



Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

5401 Baden / 5610 Wohlen, 17. Dezember 2012

Änderung ZGB, Bundeslösung Infostar (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch)

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorstand des Aargauischen Verbandes für Zivilstandswesen (AVZ) hat die vorgesehene Änderung des ZGB im Bereich Zivilstandswesen/Bundeslösung Infostar geprüft und erlaubt sich, seine Vernehmlassung einzureichen

Es stellen sich dabei folgende Fragen:

1. Ist die Kostenbeteiligung der Kantone bzw. der Gemeinden mit drei Millionen jährlich (jährliche Anpassung an die Teuerung) angemessen oder nicht? (Art. 6a Abs. 1 VE Schlusstitel ZGB)
2. Wollen die Kantone bzw. die Gemeinden dem Bund für die Neuentwicklung des Systems wirklich einen Blankocheck geben und einfach genehmigen, dass sie die Hälfte der Kosten tragen, die das Zivilstandswesen betreffen (Art. 6a Abs. 2 VE SchlT ZGB).
3. Ist das Mitspracherecht der Kantone bzw. der Gemeinden in der vorgeschlagenen Form genügend gewährleistet?
4. Ist Art. 45a Abs. 3 VE wirklich sinnvoll.

Zu Art. 43a Verordnungsentwurf (VE)

Das Abrufverfahren ist ganz genau zu definieren und die Daten welche angesehen werden können aufzulisten. Auch ist sicherzustellen, dass die Gebühren weiterhin den Kantonen bzw. den Gemeinden gutgeschrieben werden. So soll der Abruf nicht den Heimatschein ersetzen bzw. wenn dadurch der Heimatschein ersetzt wird, so soll die Gebühr dem Heimatort gutgeschrieben werden. Insbesondere besteht die Vermutung, dass heute ein Teil der CH-Vertretungen im Ausland Zivilstandsdaten aus Infostar für Kunden abrufen und dies dann nicht verrechnen und so die Zivilstandsämter keine Vergütung erhalten. Auf jeden Fall haben unseres Erachtens seit der Zugriffsmöglichkeit der CH-Vertretungen die Gebühreneinnahmen abgenommen, obwohl der Bedarf für solche Daten eher zu höheren Einnahmen hätte führen sollen.

Infolge Datensicherheits- und Datenschutzgründen sollten eigentlich die zugriffsberechtigten Stellen eher reduziert werden. Insbesondere der Zugriff der CH-Vertretungen im Ausland auf Infostar ist als problematisch zu betrachten. Auch werden nicht selten Anfragen von solchen Stellen unverschlüsselt und mit eingescannten Dokumenten getätigt.

Zu Art. 45a Abs. 3 VE

Die kann-Form ist unglücklich. Es würde so im Ermessen des Bundesrates liegen, ob er Dritten die Kosten von Dienstleistungen ausserhalb des Zivilstandswesens in Rechnung stellen will oder nicht. Dies ist aus der Sicht der Rechtsgleichheit nicht befriedigend. Auch der Beschrieb ist unklar, was hier wirklich enthalten ist. Zuständig wären, wenn tatsächlich ein solcher Artikel formuliert würde nicht der Bundesrat, sondern die Kantone. Auch über die Gebühr wäre etwas auszusagen.

Fazit: Dieser Artikel ist ersatzlos zu streichen unter Anpassung des Art. 45a Abs. 2.

Zu Art. 45a Abs. 4 VE

Die Mitwirkung der Kantone wird gemäss erläuterndem Bericht (Seite 13) sichergestellt. Allerdings ist nicht mehr als ein beratendes Organ vorgesehen. Es ist daher davon auszugehen, dass vorgesehen ist, dass diese Mitglieder durch den Bundesrat und nicht durch die Kantone gewählt werden.

Fazit: Das Gesetz (nicht der Bundesrat) muss die Grundzüge der Mitwirkung der Kantone regeln. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass nicht die Informatiker sagen, was das Informationssystem kann (also dann quasi die Informatiker bestimmen, wie ein Gesetz angewendet wird und ab wann die Informatik dann in der Lage ist, das Gesetz auch umzusetzen...!).

Zu Art 45a Abs. 2 VE. Dieser ist wie folgt neu zu formulieren (Kommentar unter Art. 6aSchIT):

Die Kantone bezahlen dem Bund einen Pauschalbetrag von 1.25 Millionen Franken. Dieser Betrag wird nach der Einwohnerzahl aufgeteilt und wird jährlich der Teuerung angepasst.

Zu Art. 6a SchIT (dieser Artikel ist aus diversen Überlegungen zu streichen und dafür der Art. 45a Abs. 2 neu zu formulieren → siehe oben)

Der Artikel ist unseres Erachtens am falschen Ort (da bereits bisher eine Abgabe vorgesehen war).

Beispielsweise könnten für die Datenlieferung an die Einwohnerkontrollbehörden die Kantone später einmal zur Kasse gebeten werden. Auch Bundesstellen, welche Daten beziehen, wie der Zentralen Ausgleichskasse, kann Rechnung gestellt werden. Ausserdem ist alles miteinander so verhängt, dass man die Kosten später kaum mit vernünftigem Aufwand zuordnen kann. Es gehört z.B. nicht zu den eigentlichen Zivilstandsaufgaben, die AHV-Nummer im Register zu führen. Für diese Vorgaben waren ganz andere Interessen massgebend. Daher sollte man eine Regelung vorsehen, wonach der Bund entweder die gesamten Kosten des Informationssystems übernimmt – das Zivilstandswesen ist ohnehin nicht kostendeckend und die Zivilstandsführung dient vielen anderen Stellen – oder zumindest mit den Pauschalabgaben an den Bund auch Datenlieferungen z.B. an die Einwohnerkontrollstellen abgegolten sind.

Fazit: Wenn man pauschalisieren will, dann richtig und nicht nur teilweise.

Die Kosten von Mio CHF 3 sind zu hoch gegriffen. Der Bund geht gesamthaft von Kosten von Mio CHF 1.6 aus. Eigentliche Zivilstandskosten sind vermutlich aber eher nur Mio CHF 1.25. Pro Jahr rechnet der Bund Mio CHF von 1 bis 1.5 Investitionsvolumen/Jahr für die Weiterentwicklung des Systems, welche die Betriebskosten wieder erhöhen werden. In keiner Art und Weise wird gerechnet, welche Kosten den Kantonen bzw. den Gemeinden für den Erhalt der Daten weiterhin entstehen werden (ein Grossteil der Kosten kann nicht weiter verrechnet werden wie Verfügungen von Gerichten, vom Ausland, Nachtragungen etc. etc.).



Im Bericht mit Vorentwurf wird auf Seite 17, 2.3 Schlusstitel viel über Kosteneinsparungen dank Infostar geschrieben. Mit keinem Wort wird erwähnt, dass Infostar aber auch neue und hohe Kosten generiert. So werden zum Beispiel die Kosten der Rückerfassungen aus den Familienregistern, welche sicher gesamtschweizerisch in die Millionen gehen, ebensowenig berücksichtigt (viele Daten kommen nie und nimmer zu einer „Gebührengenerierung“) wie die hohen Aufwände im zu kompliziert geregelten Bereich Ausländeraufnahmen und entsprechende Korrekturen und Nachtragungen und Auskünften und und.

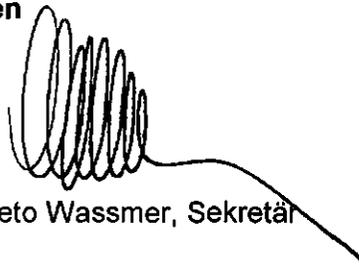
Den Wert der Daten hatten wir schon einmal für den Kanton Aargau für das Jahr 2008 überschlagen (Mio CHF 38 bis 60 bei Gebühren von Mio CHF 1.15/Jahr oder wenn 600'000 Einw. im Leben für 100 CHF Dienstleistungen vom Bürgerort beziehen). Diese Daten stehen heute auch verschiedensten Bundesstellen zur Einsicht oder teilweisen Einsicht kostenlos zur Einsicht zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

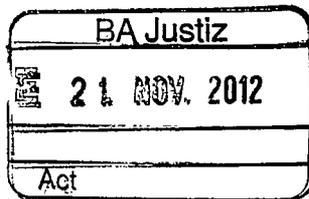
Aargauischer Verband für Zivilstandswesen



Albert Conrad, Präsident



Reto Wassmer, Sekretär



Office fédéral de la justice
Bundesrain 20
2003 Berne

Paudex, le 16 novembre 2012
ASN/bn

**Procédure de consultation fédérale
Modification du code civil suisse (enregistrement de l'état civil et registre foncier)**

Madame, Monsieur,

Dans le cadre de la procédure de consultation fédérale citée sous rubrique, nous avons l'avantage de vous faire parvenir notre prise de position.

I. Remarques générales

La cyberadministration s'impose progressivement au sein des autorités. Les offices d'état civil suisses font, par exemple, usage depuis 2005 du registre informatique Infostar, qui reflète toutes les mutations en la matière et l'on peut s'attendre à un usage de plus en plus fréquent d'outils électroniques.

Par ailleurs, la mobilité croissante des individus, de même que les modifications législatives qui s'annoncent, notamment quant au nom de famille en faveur duquel pourront opter les époux, ont pour conséquence de rendre plus complexe l'identification des administrés.

On a en outre pu constater ces dernières années la volonté clairement affichée par la Confédération d'introduire un traitement uniforme et harmonisé des données afférentes aux personnes physiques dans tous les registres de droit privé afin d'atteindre une cohérence entre les différentes autorités.

Aussi, nous considérons qu'il est nécessaire de se doter d'une réglementation suffisamment large qui permette, d'une part, de couvrir les développements technologiques futurs et les nouvelles exigences légales, et, d'autre part, qui favorise une approche globalisée et facilitée de la tenue des registres. La proposition de l'Office fédéral de la justice (OFJ) nous paraît être de nature à atteindre ces objectifs. Nous tenons toutefois à apporter les précisions suivantes.

II. Remarques spéciales

a. L'état civil

Le projet mis en consultation apporte pour l'essentiel des modifications quant au financement des tâches en matière d'état civil.

La distinction entre exploitation, développements et nouveaux aménagements ainsi que la répartition des tâches qui en résulte est, à notre avis, judicieuse et facilite la ventilation des coûts entre la Confédération et les cantons.

Nous ne sommes en revanche pas favorables au principe du forfait annuel fixe de trois millions de francs, dont les cantons devront s'acquitter pour l'exploitation et le développement du système d'information central de l'état civil, dans la mesure où les coûts pourraient se révéler inférieurs. Une contribution cantonale en fonction des charges effectives nous paraît dès lors hautement souhaitable. Nous regrettons par ailleurs que le rapport de l'OFJ passe quasiment sous silence le projet « Infostar 2020 » compte tenu du fait que la facture finale pourrait avoisiner trente millions de francs.

Pour le surplus, les modifications proposées par l'OFJ n'appellent pas de commentaire de notre part.

b. Le registre foncier

Le numéro d'assuré AVS faisant d'ores et déjà office de référence pour la tenue du registre d'état civil, il ne nous paraît pas dénuer de sens d'étendre son utilisation à d'autres domaines. Nous approuvons par ailleurs que cet identifiant ne puisse être communiqué par l'office du registre foncier qu'à des conditions restrictives.

Nous sommes en outre favorables à l'attribution à un organisme de droit privé de projets partiels pour la réalisation des applications en relation avec l'accès électronique selon une procédure en ligne, la communication des données du grand livre consultables sans justification d'un intérêt ainsi que les communications et les transactions électroniques avec l'office du registre foncier. Enfin, nous accueillons positivement cette proposition dans la mesure où ces tâches doivent être effectuées en collaboration avec les cantons, ce qui, à notre sens, réduit fortement le risque de placer l'organisme de droit privé désigné dans une position monopolistique.

III. Conclusions

Pour les motifs développés ci-dessus, nous entrons en matière et approuvons les modifications proposées sous réserve des remarques qui précèdent.

* * * * *

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à la présente et vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments distingués.

Centre Patronal



Anne-Sophie Narbel

Per E-Mail: egba@bj.admin.ch

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

21. Dezember 2012

Vernehmlassung zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch)

Sehr geehrte Damen und Herren

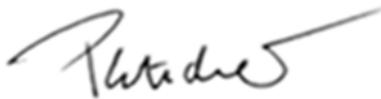
Mit Schreiben vom 24. September 2012 hat uns Frau Bundesrätin Sommaruga in rubrizierter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen. Für diese Gelegenheit der Meinungsäusserung danken wir Ihnen. economieuisse nimmt aus gesamtwirtschaftlicher Sicht dazu wie folgt Stellung:

Die Vorlage wird grundsätzlich begrüsst. Aus Sicht der Wirtschaft ist der standardisierte, medienbruchfreie, elektronische Meldungs Austausch mit den Behörden (E-Government) voranzutreiben. Dies führt zu Effizienzsteigerungen. Allfällige Hindernisse, wie fehlende eindeutige Identifikatoren (bspw. die eindeutigen Identifikatoren für natürliche Personen in den Registern des Privatrechts) sind so rasch als möglich zu beseitigen.

Mit der Übertragung bestimmter Aufgaben an eine private Trägerschaft ist überdies eine Fokussierung auf Kernkompetenzen und damit auch eine Professionalisierung möglich. Die hoheitliche Aufgabe der Grundbuchführung bleibt Sache der Kantone, weshalb dieser Gesetzesanpassung zuzustimmen ist.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir bestens. Bei Fragen oder Unklarheiten stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
economieuisse



Thomas Pletscher
Mitglied der Geschäftsleitung



Dr. Meinrad Vetter
Stv. Leiter Wettbewerb & Regulatorisches

Parti Evangélique Suisse

Secrétariat Général

Nägelligasse 9

Postfach 294

3000 Bern

Tél. 031 351 71 71

Fax 031 351 71 02

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Office fédéral de la justice
Bundesrain 20
3003 Berne
egba@bj.admin.ch

Berne, le 10 décembre 2012

Modification du code civil suisse (enregistrement de l'état civil et registre foncier)

Réponse du Parti Evangélique Suisse (PEV).

Madame la Conseillère fédérale

Madame, Monsieur,

Le PEV vous transmet ses remerciements quant à la possibilité de prendre position sur la modification du code civil suisse – état civil et registre foncier.

Le PEV soutient sans réserve le projet soumis à consultation. Le PEV estime que les objectifs d'uniformisation, de simplification, d'harmonisation et de qualité sont justes et peuvent être atteints par les moyens énoncés. La sécurité et la protection des données est assurée et des garde-fous efficaces sont mis en place. Par conséquent, le PEV n'a aucune remarque à apporter à ce projet de loi et soutient les efforts entrepris par la Confédération et les cantons.

Nous vous remercions pour la prise en compte de notre opinion ainsi que pour le précieux travail accompli et vous transmettons, Madame la Conseillère fédérale, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.

PARTI EVANGELIQUE SUISSE (PEV)



Président du Parti
Heiner Studer



Secrétaire général
Joel Blunier

Office fédéral de la justice
Bundesrain 20
3003 Berne

Berne, le 12 décembre 2012 /FT
VL_Etat_civil_registre_foncier_f

Code civil suisse (Enregistrement de l'état civil et registre foncier)
Prise de position du PLR.Les Libéraux-Radicaux Suisse

Madame, Monsieur,

En vous remerciant de nous avoir consultés dans le cadre de la consultation sous rubrique, nous vous prions de trouver, ci-après, notre prise de position.

Infostar a été introduit suite à l'adoption de l'art. 45a du Code civil, ce qui a permis la mise en place d'une banque de données électronique centrale dans le domaine de l'état civile. L'expérience a été satisfaisante et a permis de rendre les processus bureaucratique plus efficaces et plus efficaces.

Le PLR.Les Libéraux-Radicaux soutient le projet soumis à consultation. La clarification de la répartition des rôles entre Confédération et cantons est bienvenue, notamment sur le fait que les cantons gardent un rôle prépondérant dans l'utilisation, la réalisation et la suite du développement du projet. De manière générale, une harmonisation de la saisie des différents registres est opportune. L'identification des personnes grâce au n°AVS est pertinente: code personnel unique, il améliorera considérablement la qualité et l'actualité des données et facilitera leurs échanges. En outre, cette identification personnelle pourra être étendue à d'autres domaines, tel que l'e-voting. Néanmoins, des limites s'imposent pour éviter les abus; la proposition de l'art 949b al. 2 AP-CC est un minimum nécessaire. La protection des données doit rester une priorité, surtout avec le mouvement de mise en commun des différents registres.

Les nouvelles dispositions concernant le registre foncier sont nécessaires. Les problèmes actuels en matière de désignation de personne pourront être réglé grâce à un identifiant permanent. Le PLR soutient également les possibilités de recherche d'immeubles sur tout le pays, pour autant que cette possibilité soit limitée aux autorités habilitées et que l'accès à un tel registre ne soit pas public.

Il est justifié que la Confédération reprenne les coûts annuels qui dépassent 3 millions ainsi que la moitié des coûts d'aménagement d'un nouveau système. Néanmoins, il est nécessaire d'avoir une fourchette d'estimation réaliste plutôt «peut être de l'ordre de 10, 20 ou 30 millions». D'autant que les économies attendues ne sont pas chiffrables et ne profiteront pas directement à la Confédération.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos arguments, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos plus cordiales salutations.

PLR.Les Libéraux-Radicaux
Le Président

Le Secrétaire général

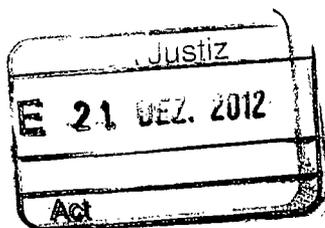


Philipp Müller
Conseiller national

Stefan Brupbacher



Fédération des
Entreprises
Romandes



Secrétariat général

egba@bj.admin.ch

Office fédéral de la justice
Madame Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Bundesrain 20
3003 Berne

Genève, le 20 décembre 2012
FER No 53-2012

Modification du code civil suisse (enregistrement de l'état civil et registre foncier)

Madame la Conseillère fédérale,

Nous vous remercions de nous donner la possibilité de répondre à la procédure de consultation citée en marge.

Les aménagements proposés dans le cadre du code civil suisse sont dans la droite ligne de ceux qui ont mené à la mise en œuvre du numéro à treize chiffres de l'AVS, comme identifiant administratif général des personnes physiques et de la législation fédérale sur l'harmonisation des registres. Le développement stratégique de la cyberadministration impose par ailleurs l'extension de ce type de moyens et de ressources.

La reprise dans le registre foncier de cet identifiant univoque dans un souci de sécurité et d'efficacité juridique nous paraît plus que souhaitable si elle répond à des critères d'autorisation strictes. Il s'agit en effet d'assurer, dans le cadre de protection de la sphère privée, la cohérence et l'intégralité des informations qui se retrouvent dans diverses bases de données. La délégation de la réalisation de ce projet à une entreprise privée n'appelle pas davantage de remarque de notre part.

S'agissant du positionnement au niveau de la Confédération du registre Infostar en tant que système central d'information de l'état civil, nous saluons la volonté de gommer les faiblesses et les lacunes de l'organisation actuelle. Dans ce contexte, en tant qu'association fondatrice d'organes d'application du 1^{er} pilier et des allocations familiales, nous sommes particulièrement intéressés à ce que ces derniers puissent exécuter leurs tâches légales avec le maximum d'efficacité. Or force est d'admettre que la situation actuelle n'est pas satisfaisante et est source d'insécurité. Les registres centraux des assurances sociales (ex. NRA/UPI) sont désormais directement et prioritairement alimentés par des registres d'état civil via le système Infostar et exigent donc une adhérence absolue avec les données détenues par les institutions sociales de notre pays.

Nous espérons que cette nouvelle répartition des compétences entre les cantons et la Confédération favorisera la transmission des données d'état civil nécessaires à l'application des législations sociales fédérales et ce, jusqu'aux organes qui en ont la charge quotidiennement, dans une préoccupation constante d'intégrité et de sécurité.

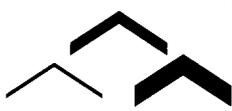
En vous remerciant de votre attention, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, nos salutations les meilleures.



Blaise Matthey
Secrétaire général



Luc Abbé-DeCarroux
Directeur général adjoint
FER Genève



HEV Schweiz

Hauseigentümerverband
Schweiz

Seefeldstrasse 60
Postfach · 8032 Zürich

Tel. 044 254 90 20
Fax 044 254 90 21

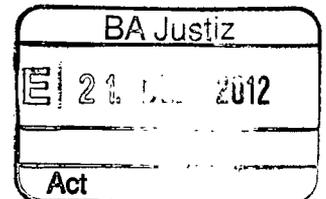
info@hev-schweiz.ch
www.hev-schweiz.ch

PC 80-32534-9
MWSt-Nr. 344 838

Bundesamt für Justiz
Eidg. Amt für Grundbuch- und
Bodenrecht
Prof. Dr. M. Jametti Greiner
Bundesrain 20
3003 Bern

19. Dezember 2012

Vernehmlassungsstellungnahme



Sehr geehrte Frau Prof. Jametti Greiner

Beiliegend senden wir Ihnen die Stellungnahme des HEV Schweiz zur Änderung des ZGB „Beurkundung des Personenstands und Grundbuch“. Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Das digitale Dokument ging gleichzeitig an egba@bj.admin.ch.

Wir wünschen Ihnen frohe Festtage und ein erfolgreiches 2013.

Freundliche Grüsse

HEV Schweiz

Michael Landolt

Volkswirtschaftlicher Mitarbeiter



Hauseigentümerversand
Schweiz

Seefeldstrasse 60
Postfach 8032 Zürich

Tel. 044 254 90 20 info@hev-schweiz.ch
Fax. 044 254 90 21 www.hev-schweiz.ch

HEV Schweiz

Prof.
Monique Jametti Greiner
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Unser Zeichen JC / La

Zürich, 19. Dezember 2012

**Vernehmlassung: Zivilgesetzbuch –
Beurkundung des Personenstands und Grundbuch**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga, sehr geehrte Frau Prof. Jametti Greiner,
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Hauseigentümerversand Schweiz (HEV Schweiz) ist mit seinen rund 300'000 Mitgliedern der grösste Vertreter der Interessen der Haus-, Grund- und Stockwerkeigentümer in der Schweiz. In dieser Funktion setzen wir uns konsequent für die Förderung und den Erhalt des Wohn- und Grundeigentums in der Schweiz ein und vertreten die Interessen unserer Mitglieder auf allen Ebenen. Wir erlauben uns, zu denjenigen Änderungen am Zivilgesetzbuch (ZGB) Stellung zu nehmen, die das Grundbuch betreffen.

Ausgangslage

Das Grundbuchwesen ist nach dem Dafürhalten des HEV Schweiz in den meisten Kantonen heute gut organisiert. Der notwendige Digitalisierungsschub hat bereits weitestgehend stattgefunden. Der Bund möchte hier jedoch weiter vereinheitlichen und arbeitet an einem nationalen elektronischen Grundstück-Informationssystem (eGRIS).

Verschiedene Kantone haben ihre Grundbuchdaten ins eGRIS-System eingespielen. Über ein Abfrageportal mit Namen Terravis haben Verwaltungsstellen und bestimmte Firmen direkten Zugang zu Grundbuchinformationen. Die Projektverantwortung wurde vom eidgenössischen Amt für Grundbuch- und Bodenrecht (EAGB) an die SIX Group, eine von Banken kontrollierte Aktiengesellschaft, übertragen.

Ein juristisches Gutachten der Kantone (Gutachten Abegg¹) stellte im Frühling 2011 die Rechtmässigkeit der Aufbauorganisation in Frage. Bemängelt wurde insbesondere die Auslagerung der Projektorganisation und des zukünftigen Betriebes des eGRIS an eine private Trägerschaft. Es kommt zum Schluss, dass sich die eGRIS-Dienstleistungen im Bereich der zwingenden Staatsaufgaben befinden und deshalb nicht an die SIX-Group ausgelagert werden können.

Mit der vorliegenden Revision will das Bundesamt für Justiz (BJ) im Bereich des Grundbuchs eine ausdrückliche rechtliche Grundlage für den Aufbau und den Betrieb des eGRIS durch die SIX-Group schaffen. Gleichzeitig soll die personenbezogene Suche in diesem System in gewissen Grenzen explizit als zulässig erklärt werden. Drittens möchte das BJ neu einen Passus ins ZGB einfügen, welcher den Grundbuchämtern die systematische Verwendung der 13-stelligen AHV-Nummer und deren Bekanntgabe an Dritte ermöglicht.

Der HEV hat ab Sommer 2011 mit beratender Stimme Einsitz in den eGRIS-Steuerungsausschuss sowie in eine Untergruppe (Nutzungsrechte/Rollenprofile) genommen, da dem Verband die weitreichenden organisatorischen und datenschutzrechtlichen Konsequenzen dieses Projektes Sorge bereiten. Die Aufnahme in dieses Gremium wird vom Verband als vertrauensbildende Massnahme gewürdigt. Die Einsicht in die geplanten Abläufe vermochte die Bedenken gegenüber dem Projekt jedoch nicht vollständig zu zerstreuen.

Kritische Würdigung der geplanten Aufbau- und Ablauforganisation

Der Hauseigentümergeverband bezweifelt nach wie vor, dass die Kantone oder das EAGB ihre Kontrollfunktion über den Bezug und die Verwendung der Grundbuchdaten im System eGRIS/Terravis ausreichend wahrnehmen können. Kontrolldefizite ergeben sich sowohl aufgrund der geplanten Aufbau- als auch der Ablauforganisation:

Probleme der Aufbauorganisation:

Die SIX-Group wird auf Basis der Pläne über kurz oder lang Dreh- und Angelpunkt im Grundbuchwesen werden. Die kantonalen Grundbuchämter, denen die Führung des Grundbuchs per Gesetz obliegt, dürften sich dabei Schritt für Schritt zu einfachen Datenlieferanten degradiert sehen. Diese Monopolstellung ist deshalb problematisch, weil die SIX-Group ein von Banken und Versicherungen kontrolliertes Unternehmen und damit Partei im Immobilien- und Hypothekarmarkt ist. Wir attestieren der SIX Group ein ehrliches Bemühen um eine für alle Anspruchsgruppen gute Lösung. Diese wird jedoch nicht verhindern können, dass Banken und Versicherungen längerfristig an Einfluss über Zugang und Nutzung von Grundbuchdaten gewinnen. Wir befürchten, dass sich dadurch die Verhandlungsmacht zu Ungunsten der Haus-, Grund- und Stockwerkeigentümer verschieben könnte.

¹ Andreas Abegg: eGRIS - Gutachten zur Trägerstruktur (KSTA Anwälte) 31. Januar 2011

Probleme der Ablauforganisation:

Beim Vorliegen einer Zugangsvereinbarung wird im System eGRIS/Terravis kein Interessennachweis im Einzelnen mehr vorgelegt werden müssen. Für den HEV Schweiz im Zentrum stehen dabei die Eintragungen zu den Grundpfandrechten, die via Terravis ohne Interessennachweis eingesehen werden. Ein generelles Einsichtsrecht zu eingetragenen Lasten gab es bislang nicht. So stützte das Kantonsgericht des Kt. Wallis in Urteil Nr. A1 10 55 vom 27.5.2010 den Entscheid des Grundbuchverwalters gegenüber einer schweizerischen Grossbank, der die Ausstellung des Auszugs mit der Begründung verweigerte, dass das berechnete Interesse nicht glaubhaft gemacht wurde. Im Rahmen der GBV Revision 2011, wurde das generelle Einsichtsrecht für bestimmte Nutzergruppen im erweiterten Zugang jedoch eingeführt (Art. 28. Abs. 1 GBV).

Problematisch ist das Einsichtsrecht ohne Interessennachweis, weil die Nutzergruppen nicht klar eingegrenzt werden können. Ein Beispiel einer sehr diffusen und schwer sanktionierbaren Nutzergruppe sind die in der Schweiz im Hypothekarmarkt tätigen ausländischen Banken oder grenznahen Bankfilialen ausländischer Banken. Aus wettbewerbsrechtlichen Gründen würde ihnen wohl längerfristig derselbe Zugriff zugestanden werden müssen, wie Hypothekarbanken mit Schweizer Bankenlizenz. Hinzu kommen professionelle Servicer von Hypotheken, wie das Hypothekenzentrum, welche in Art. 28 GBV noch gar nicht aufgeführt sind. Ein zweites Beispiel einer schwer eingrenzenden Nutzergruppe sind die Rechtsanwälte. Sie können nach Art. 28 Abs. 1 Bst. c GBV grundsätzlich einen Antrag auf Zugang via Terravis stellen, sobald sie im Anwaltsregister eingetragen sind. Mit der Zugangsvereinbarung erhalten sie ein generelles Einsichtsrecht. Die Mitarbeit in der eGRIS-Arbeitsgruppe „Nutzergruppen/Rollenprofile“ hat gezeigt, dass eine geographische, zeitliche oder funktionale Eingrenzung der Nutzergruppen schwierig und eine wirksame Kontrolle des rechtmässigen Bezugs sowie der zielkonformen Verwendung der Daten nahezu unmöglich ist.

Nach Ansicht des HEV Schweiz besteht ein erhebliches Risiko, dass die Grundbuchdaten von einem Teil der zugangsberechtigten Firmen systematisch gesammelt, mit Personendaten verknüpft und für die Marktanalyse- und bearbeitung verwendet, respektive an unbefugte Dritte weitergegeben werden.

Zur Revision im Einzelnen

Art. 949b ZGB (neu): Versichertennummer der AHV

Die 13-stellige AHV-Nummer hat in den letzten Jahren in der Verwaltung immer breitere Verwendung gefunden. Obwohl ihre Nutzung ursprünglich sehr restriktiv für die Sozialversicherung gedacht war, stellen immer mehr Ämter Antrag auf eine systematische Nutzungsberechtigung. Die Einwohnerregister, die Steuerämter, die Sozialhilfe, u.a. sind mittlerweile zur systematischen Verwendung der AHV-Nummer berechtigt. Es muss deshalb damit gerechnet werden, dass die Daten zu Grundstücken sehr einfach mit diesen Daten verknüpft werden können. Damit steigt auch das Missbrauchspotential.

Die für die Zwecke des eGRIS erforderliche Genauigkeit kann durchaus auch mit Name, Vorname und Geburtsdatum, respektive dem Namen der Erbgemeinschaft und dessen Gründungsdatum erreicht werden. Letztere verfügen heute in aller Regel noch nicht über eine AHV-Nummer.

Wir müssen davon ausgehen, dass sich aus dem Projekt eGRIS heraus Sachzwänge ergeben, welche die Bekanntgabe und Vergabe der AHV-Nummer an immer weiter gesteckte Personenkreise/Gruppen erforderlich machen würden. Neben den Erbgemeinschaften müssten auch ausländische Staatsangehörige mit Grundbesitz in der Schweiz mit einer AHV-Nummer ausgerüstet werden. Dafür ist die AHV-Nummer jedoch nicht konzipiert worden.

Abschliessend kann festgestellt werden, dass es erhebliche Zweifel an der Notwendigkeit und Eignung der AHV-Nummer für das Grundbuch gibt. Die Gefahr einer Vernüpfung der Grundstückdaten mit Steuer- und weiteren Daten ist jedoch erheblich.

Aufgrund dieser Erwägungen lehnt der HEV Schweiz die vorgeschlagene Verwendung der AHV-Nummer als Personenidentifikator im Grundbuch entschieden ab. Artikel 949b ZGB (neu) ist zu streichen.

Art. 949c ZGB (neu): Landesweite Suche

Das eGRIS war ursprünglich für die grundstückbezogene Suche konzipiert. Von diesem Grundsatz soll nun nach Art. 949c ZGB (neu) zumindest für gewisse Behörden abgewichen werden. Der HEV Schweiz versteht zwar, dass es für einige Behörden praktisch wäre, die zu einer Person gehörigen Grundstücke auf Knopfdruck zweifelsfrei ausfindig machen zu können. Es ist jedoch eine erhebliche Kompetenzausweitung für den Bund, wenn der Bundesrat allein und ohne dass die Kantone dies anders handhaben könnten, gewissen Behörden die landesweite Personensuche erlauben kann. Es sind die Kantone, die sich einigen müssen, welche Behörden diese Berechtigung erhalten sollten. Schliesslich sind es auch kantonale Behörden (etwa die kantonalen Steuerbehörden), welche danach eine solche Suche sinnvoll einsetzen könnten. Sodann sind die berechtigten Behörden bereits im ZGB abschliessend zu nennen, um einer stetigen Ausweitung der berechtigten Behörden auf dem Verordnungsweg vorzubeugen.

Der Artikel 949c ZGB (neu) ist so umzuformulieren, dass die Kantone zusammen mit dem Bund die zur personenbezogenen Suche berechtigten Behörden bestimmen. Diese sind im Gesetz abschliessend zu nennen.

Art. 949d ZGB (neu): Aufgabenträger privaten Rechts (SIX Group)

Den Kantonen ist per Gesetz die Führung des Grundbuchs auferlegt. Obwohl sich die SIX-Group nur als „Briefträger“ von Grundbuchinformationen bezeichnet, wird sie längerfristig aufgrund der geplanten Aufbau- und Ablauforganisation eine absolut zentrale Rolle im

Grundbuchwesen spielen. Dies ist wie bereits weiter oben ausgeführt deshalb problematisch, weil die SIX-Group ein von Banken und Versicherungen kontrolliertes Unternehmen und damit Partei im Immobilien- und Hypothekarmarkt ist.

Nach Ansicht des HEV kommt als Organisationsform für eGRIS/Terravis entweder eine öffentlich-rechtliche Trägerschaft oder eine absolut neutrale und unabhängige privat-rechtliche Trägerschaft in Frage. Ein Beispiel für eine öffentlich-rechtliche Körperschaft, welche für den Bund und die Kantone Dienstleistungen auf nationaler Ebene erbringt, ist SCHWEIZ TOURISMUS. Ein Beispiel für eine neutrale und unabhängige private Organisation, die von der öffentlichen Hand gegründet wurde und für eine breite Öffentlichkeit wichtige Dienstleistungen erbringt, ist die Stiftung SWITCH. Sie ist u.a. verantwortlich für die Vergabe der Top-level-domain „.ch“ und erbringt dabei auch Regulierungsfunktionen.

Dies bedeutet nicht, dass die Aufbauarbeit der SIX-Group abgebrochen werden müsste. Die SIX-Group hat mit grosser Kompetenz und beträchtlichen Mittel die Arbeiten an eGRIS professionell vorangetrieben. Das Erreichte verdient Respekt.

Am Schluss des Aufbauprozesses ist das System eGRIS/Terravis nach Meinung des HEV Schweiz jedoch einer wie oben beschriebenen neutralen Trägerschaft zu übergeben und von dieser zu betreiben. Ein solches Vorgehen erscheint uns für die Akzeptanz des Projektes entscheidend und der Bedeutung des Grundbuchwesens für die Bevölkerung und Wirtschaft angemessen.

Der HEV Schweiz lehnt den vorgeschlagenen Artikel 949d ZGB (neu) aus den obigen Gründen ab. Er soll so umformuliert werden, dass daraus klar hervorgeht, dass SIX Group die Nutzungen des privaten Rechts zwar verwirklichen, jedoch das eGRIS/Terravis-System nicht selber betreiben kann. Als Betriebsgesellschaft soll eine öffentlich-rechtliche oder eine neutrale und unabhängige privat-rechtliche Trägerschaft bezeichnet werden.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Vizedirektorin des BJ, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Hauseigentümerverband Schweiz



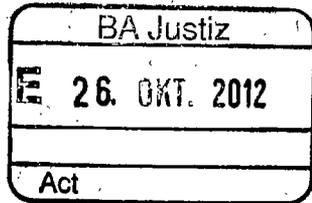
NR Hans Egloff
Präsident



Jacques Chèvre
Vize-Präsident

**KONFERENZ DER KANTONALEN AUFSICHTSBEHÖRDEN IM ZIVILSTANDSDIENST
CONFÉRENCE DES AUTORITÉS CANTONALES DE SURVEILLANCE DE L'ÉTAT CIVIL
CONFERENZA DELLE AUTORITÀ CANTONALI DI VIGILANZA SULLO STATO CIVILE**

ADRESSE DU SECRETARIAT
Rathausgasse 84
3000 Berne 7
Tél. 079 785 88 45
Courriel: walter.grossenbacher@conwin.ch



Office fédéral de la justice
Bundesrain 20
3003 Berne

Berne, le 25 octobre 2012

Code civil suisse CC (modification en matière d'enregistrement de l'état civil)
Prise de position à l'occasion de la procédure de consultation

Mesdames, Messieurs,

En nous incluant dans la procédure de consultation, vous nous offrez l'opportunité de prendre position sur le sujet cité en exergue, ce dont nous vous savons gré. Le présent courrier est envoyé avant l'échéance du délai de consultation, fixé au 21 décembre 2012.

Au cours des dernières années, les cantons ont, au vu des dispositions du Code civil suisse (CC) en vigueur, mis au point le registre informatisé de l'état civil (Infostar) avant d'en assurer continuellement le développement. Cette base de données répond aux exigences relatives à l'enregistrement légitime de l'état civil ainsi qu'à celles concernant une convivialité élevée d'utilisation au niveau cantonal. Cette excellente situation résulte en premier lieu d'investissements importants consentis par les cantons. Les investissements directs dépassent les 10 millions de francs, les coûts d'exploitation annuels sont de l'ordre de 1,25 million de francs et les investissements indirects dans les ressources humaines nécessaires à la ressaisie de la population représentent entre 50 et 60 millions de francs. La tâche exécutoire du service de l'état civil permet aux cantons de garantir à l'avenir également les données maîtresses pour tous les registres de personnes subséquents.

La Conférence des autorités cantonales de l'état civil (CEC) défend les intérêts des autorités cantonales chargées du service de l'état civil, car tous les membres de gouvernement répondant dudit service sont membres de la CEC. Au cours de son assemblée générale du 13 novembre 2009, la CEC a décidé, compte tenu des compétences mixtes, de transférer intégralement Infostar dans le domaine de compétences de la Confédération, sous réserve de voir cinq conditions être satisfaites. Par conséquent, nous avons examiné les documents remis à l'aune de ces conditions; nous avons également formulé d'autres constatations.

Nous tenons à relever que le rapport remis pour consultation par l'Office fédéral de la justice (OFJ) est incomplet en ce qui concerne le «condensé» (p. 2) ainsi qu'au deuxième paragraphe du chiffre 1.2.2. La volonté de transmettre Infostar à la Confédération est liée à la satisfaction pleine et entière de cinq conditions, celles-ci étant très importantes en ce qui concerne l'exécution légale et économique de l'état civil dans les cantons.

Conditions

Condition N° 1: droits de participation des cantons (concerne l'art. 45a, al. 4 et 5 CC)

Au cours des entretiens préalables avec l'Office fédéral de la justice et à l'occasion de la consultation des offices, la CEC a rappelé à plusieurs reprises, par oral et par écrit, que les cantons, dans leur décision du 13 novembre 2009, demandaient des droits de participation. Un droit de collaboration ou la simple intégration des cantons dans les développements et nouveaux aménagements du système ne suffisent pas.

Dans l'avant-projet soumis à consultation, l'article 45a, alinéa 4 CC ne mentionne désormais qu'une «intégration des cantons dans les développements et nouveaux aménagements du système». Cette forme de collaboration est trop vague, la définition de ladite forme étant laissée totalement ouverte. Une simple consultation administrative permettrait de satisfaire la norme proposée, ce que les cantons considèrent comme insuffisant. La participation des cantons doit être ancrée au niveau légal, ceux-ci continuant à l'avenir à participer au financement du système et mettant en outre à disposition les forces de travail requises pour l'exploitation du registre et, partant, pour une exécution légitime au niveau cantonal de l'état civil. Le caractère pratique d'Infostar, qui doit à long terme garantir des processus de travail économiques et conviviaux pour les citoyens, ne peut être garanti qu'en incluant des représentants des cantons, qui doivent disposer des droits correspondants. La CEC ne s'explique pas pourquoi l'instance mentionnée dans le rapport n'est pas inscrite dans la loi.

La première condition n'est pas satisfaite. Les cantons exigent des droits de participation sous forme d'un organe paritaire composé de représentants de la Confédération et des cantons. Nommer une «Commission Infostar» dans le rapport sur l'avant-projet de révision du CC ne saurait être durablement contraignant et ne constitue pas une base légale appropriée.

Proposition concernant le texte de loi:

Article 45a

L'alinéa 4 (nouvellement alinéa 3) doit être reformulé comme suit:

La Confédération et les cantons s'accordent, au sein d'un organe composé de manière paritaire, sur le développement du registre informatisé de l'état civil.

Alinéa 5 (nouvellement alinéa 4)

Le chiffre 1 doit être reformulé comme suit:

- 1. les détails concernant la composition paritaire de l'organe chargé du développement du registre informatisé de l'état civil et représentant la Confédération et les cantons;***

Condition N° 2: non-dépassement des coûts actuels (concerne l'art. 45a, al. 2 et l'art. 6a titre final CC)

Lors de l'assemblée générale du 13 novembre 2009, les cantons ont décrété que les coûts réglés jusqu'alors ne devraient pas être dépassés. Il s'agit en l'espèce des coûts d'exploitation qui devraient être d'un même montant en cas de passage à une solution fédérale Infostar que ceux connus au cours des dernières années sur la base d'une convention d'exploitation entre la Confédération et les cantons (représentés par la CEC). Au cours de la procédure de formulation de ses conditions, de même que lors des divers entretiens et dans la correspondance à ce propos, la CEC a mentionné à plusieurs reprises que les coûts actuels se fondent sur les coûts d'exploitation de 1,25 million de francs (hors renchérissement). L'avant-projet soumis à consultation mentionne désormais une participation annuelle forfaitaire des cantons à hauteur de 3 millions de francs.

Les coûts annuels supplémentaires de 0,1 million de francs, mentionnés dans le rapport en ce qui concerne l'article 6a du titre final CC, et les charges pour l'introduction du nouveau numéro d'assurance sociale (NNSS) dans le registre de l'état civil, de même que les coûts moyens de 1 à 1,5 million de francs pour le développement d'Infostar (projets) ne doivent pas être imputés aux coûts devant être assumés par les cantons.

La solution fédérale a été bien acceptée par les cantons, notamment car il n'en résultait qu'une prise en charge des coûts d'exploitation. Les cantons estiment eux aussi qu'il pourrait être nécessaire, au cours des années à venir, d'investir pour renouveler le système et exigent, en cas de transmission d'Infostar à la Confédération, que celle-ci assume elle seule l'intégralité des coûts résultant des développements et nouveaux aménagements. Par ailleurs, les cantons reconnaissent le devoir de financement qui leur incombe intégralement pour les projets uniquement destinés à répondre aux besoins du service de l'état civil dans les cantons. De tels projets doivent toutefois être planifiés, financés et exécutés par le biais de projets spécifiques, auxquels participent les cantons.

En ce qui concerne le NNSS, la CEC a indiqué à diverses occasions qu'une base légale permettant ce report de charge faisait défaut. Toutefois, l'accès qu'il est prévu d'octroyer aux offices chargés de l'assurance-vieillesse et survivants (AVS) devrait rendre ces charges caduques, à l'instar de l'imputation des coûts de 0,1 million de francs qui y sont liés.

Il convient de constater que les cantons continueront à assumer une majeure partie des coûts en finançant les coûts de personnel et d'infrastructure permettant une saisie de données aux fins de tenue des registres et une mise à disposition de données prêtes à être consultées par des instances extérieures au service de l'état civil.

La deuxième condition n'est pas satisfaite. Les cantons sont disposés à participer aux coûts d'exploitation du registre informatisé de l'état civil à hauteur de 1,25 million de francs, hors renchérissement. Toute autre participation à des coûts est refusée.

Proposition concernant le texte de loi:

Article 45a

L'alinéa 2 doit être reformulé comme suit:

Les cantons participent aux coûts d'exploitation du registre informatisé de l'état civil. La Confédération couvre les coûts des développements et des nouveaux aménagements dudit registre.

Titre final, article 6a

L'alinéa 1 doit être modifié comme suit: *...aux coûts annuels d'exploitation du registre informatisé de l'état civil, prévus à l'article 45a alinéa 2, à hauteur de 1,25 million de francs. Ce montant est réparti.....*

L'alinéa 2 concernant la couverture des frais pour les nouveaux aménagements du système doit être supprimé.

Condition N° 3: transparence des coûts (concerne l'art. 39, al. 1, l'art. 45a, al. 1 et 3 et l'art. 6a titre final CC)

Pour satisfaire cette condition, il faut qu'en tout temps, il soit possible de comprendre quand et pour quels motifs les ressources cantonales ont été utilisées.

L'article 45a CC, tel que formulé dans l'avant-projet, prévoit que «les cantons contribuent au financement de l'exploitation, des développements et des nouveaux aménagements du système qui relèvent du domaine de l'état civil». Les données et prestations résultant de demandes ne ressortant pas du service de l'état civil peuvent être facturées aux services autorisés à les obtenir.

Dans la mesure où des données sont vendues à des services autorisés, il n'est pas légitime de faire participer les cantons aux coûts d'exploitation. Il est particulièrement choquant de constater qu'il en résulterait une participation des cantons aux coûts d'exploitation en matière d'état civil et qu'en ce qui concerne d'autres canaux n'appartenant pas à l'état civil (p.ex. contrôle des habitants, offices de la circulation routière, etc.), les cantons devraient payer la livraison de données qui ont été générées par leur personnel et au moyen de leur infrastructure.

La CEC estime que la réglementation en matière de partage à hauteur de moitié entre la Confédération et les cantons, mentionnée à l'article 6a, alinéa 2 du titre final CC et relative aux nouveaux aménagements du système, est opaque. Conformément à la teneur du texte soumis à consultation, les nouveaux aménagements portent sur le système d'information redéfini. L'étendue de ce système dépassera celle de l'actuel système Infostar, sans pour autant être définie plus précisément (cf. art. 39, al. 1 CC), alors que le montant des coûts des nouveaux aménagements est totalement inconnu. Pour l'environnement systémique actuel d'Infostar, restreint, de nouveaux aménagements engendreraient des coûts de plus de 15 millions de francs.

La troisième condition n'est pas satisfaite:

- **La notion de «registre informatisé de l'état civil» doit apparaître dans le CC en lieu et place de «système d'information central de l'état civil».**
- **Les frais résultant de nouveaux aménagements du registre informatisé de l'état civil doivent être assumés exclusivement par la Confédération.**
- **Il y a lieu de renoncer à la facturation des prestations à des tiers, faites en dehors du domaine de l'état civil.**

Proposition concernant le texte de loi:

Article 39

L'alinéa 1 doit être reformulé comme suit:

L'état civil est constaté dans le registre informatisé de l'état civil.

Article 45a

Le titre marginal doit être reformulé comme suit:

1a. Registre informatisé de l'état civil

L'alinéa 1 doit être reformulé comme suit:

La Confédération exploite et développe le registre informatisé de l'état civil.

L'alinéa 3 concernant la facturation potentielle des coûts de prestations à des tiers doit être supprimé.

Titre final article 6a

L'alinéa 1 doit être modifié comme suit: ***...aux coûts annuels d'exploitation du registre informatisé de l'état civil, prévus à l'article 45a alinéa 2, à hauteur de 1,25 million de francs. Ce montant est réparti.....***

L'alinéa 2 concernant la couverture des frais pour les nouveaux aménagements du système doit être supprimé.

Condition N° 4: garantie du support (concerne l'art. 45a, al. 5 CC, nouveau)

La reformulation de l'article 45a CC supprime toutes les bases ayant précédemment garanti aux cantons un support adéquat en matière d'exploitation d'Infostar.

La CEC est d'avis que la disposition énoncée à l'article 45a, alinéa 3, chiffre 1 CC en vigueur, selon laquelle le Conseil fédéral règle le mode de collaboration, doit être conservée et complétée d'une remarque quant au support fourni pour le système. Dans les faits, les cantons continueront, même avec la solution fédérale, à se charger majoritairement de l'exécution de l'état civil au moyen du registre informatisé de l'état civil Infostar.

La quatrième condition n'est pas satisfaite. Il y a lieu de conserver dans le CC la définition du mode de collaboration entre la Confédération et les cantons en tant que base permettant de garantir un support opérationnel pour le système.

Proposition concernant le texte de loi:

Article 45a

Alinéa 5 (nouvellement alinéa 4)

Le chiffre 2 doit être introduit; sa teneur est la suivante:

2. *les détails de la collaboration opérationnelle entre la Confédération et les cantons;*

Condition N° 5: séparation de la haute surveillance et de l'exploitation d'Infostar

Le rapport soumis à consultation mentionne que «la séparation de l'exploitation et du développement d'Infostar et de la haute surveillance sur l'état civil exercée par la Confédération est déjà réalité depuis le 1^{er} janvier 2012».

La CEC estime que la séparation mentionnée est insuffisante. Tant l'Office fédéral de l'état civil (OFEC) que le Service Infostar sont rattachés au Domaine de direction Droit privé de l'Office fédéral de la justice (OFJ). La CEC est d'avis qu'une véritable séparation permettant une indépendance suffisante du Service Infostar ne peut avoir lieu qu'en dehors d'une structure d'un office fédéral. La CEC estime qu'une implémentation au sein du CSI-DFJP pourrait constituer une solution satisfaisante.

La cinquième condition n'est pas satisfaite. Il n'est toutefois pas indiqué de régler cette séparation dans le CC.

Autres constatations

Accès octroyé aux autorités compétentes pour la tenue des registres des habitants (concerne l'art. 43a CC)

De l'avis des cantons, il n'est pas nécessaire que les autorités chargées de tenir les registres des habitants puissent accéder au registre informatisé de l'état civil. Les interfaces Sedex déjà opérationnelles permettent à ces autorités d'obtenir par voie électronique toutes les données personnelles tirées d'Infostar requises pour l'exercice de leur mandat légal. Techniquement, il est déjà possible à l'heure actuelle de renoncer à l'acte d'origine. La question des émoluments demeure quant à elle ouverte. Que cela soit avec ou sans acte d'origine, les offices de l'état civil fournissent une prestation aux personnes touchées par un changement d'état civil. Une telle prestation doit être financée par le biais d'un émolument au titre de la divulgation de données.

Le rapport et l'avant-projet ne mentionnent pas qui fournit une assistance aux utilisateurs des systèmes des registres des habitants (de l'installation des logiciels requis, tels que le portail SSO, l'interface avec Infostar, au support informatique en passant par la mise à disposition d'une infrastructure de clé publique, l'attribution des rôles d'utilisateurs et des droits). Cette assistance a des répercussions en termes de coûts pour la Confédération et les cantons, resp. la multiplicité des demandes entraîne le risque de voir les performances du système d'enregistrement être réduites.

L'accès qu'il est prévu d'octroyer aux personnes œuvrant pour les autorités tenant les registres des habitants leur permet d'accéder à des données sensibles. Contrairement aux données des registres cantonaux des habitants, les données du registre informatisé de l'état civil sont soumises à la protection spéciale que leur confère le CC. Les officiers de l'état civil ne peuvent manipuler ou divulguer ces données qu'après avoir passé avec succès les examens du brevet fédéral. L'accès prévu octroyé à un groupe de personnes nettement plus large (plusieurs milliers de personnes) représente un risque potentiel de voir la protection des données en matière d'état civil être affaiblie.

Proposition concernant le texte de loi:

Article 43a

L'**alinéa 4, chiffre 5** concernant l'accès octroyé aux autorités compétentes pour la tenue des registres cantonaux et communaux des habitants doit être **supprimé**.

Responsabilité et mesures disciplinaires (concerne les art. 46 et 47 CC)

La prise complète de contrôle de la Confédération sur le système d'enregistrement amène la CEC à soulever la question de la pertinence des articles 46 et 47 CC, qui règlent la responsabilité et les mesures disciplinaires. Ces deux dispositions ne sont plus d'actualité, car le statut de fonctionnaire qui les sous-tendait n'existe plus au niveau cantonal, et les droits cantonaux contiennent des dispositions quant aux responsabilités et mesures disciplinaires.

Proposition concernant le texte de loi:

Art. 46

Doit être supprimé.

Art. 47

Doit être supprimé.

Définition de l'état civil (concerne l'art. 39, al. 2, ch. 2 CC)

L'état civil relatif au partenariat enregistré fait défaut dans la liste actuelle concernant le statut personnel et familial d'une personne.

Proposition concernant le texte de loi:

L'**alinéa 2, chiffre 2** doit être complété comme suit: ..., *le lien matrimonial, l'enregistrement d'un partenariat;*

Nous vous remercions de bien vouloir tenir compte de ce qui précède et vous prions d'agréer, Mesdames, Messieurs, nos salutations distinguées.

**CONFÉRENCE DES AUTORITÉS CANTONALES
DE SURVEILLANCE DE L'ÉTAT CIVIL**

Au nom du comité

La présidente:

Le secrétaire:



Heidi Z'graggen, conseillère d'Etat

Walter Grossenbacher

Copie  :

- Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police CCDJP
- Tous les cantons, à l'intention des membres du gouvernement répondant du service de l'état civil
- Assoc9iation suisse des officiers de l'état civil

**KONFERENZ DER KANTONALEN AUFSICHTSBEHÖRDEN IM ZIVILSTANDSDIENST
CONFÉRENCE DES AUTORITÉS CANTONALES DE SURVEILLANCE DE L'ÉTAT CIVIL
CONFERENZA DELLE AUTORITÀ CANTONALI DI VIGILANZA SULLO STATO CIVILE**

ADRESSE DER GESCHÄFTSSTELLE
Rathausgasse 84
3000 Bern 7
Tel. 079 785 88 45
E-Mail: walter.grossenbacher@conwin.ch

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Bern, 25. Oktober 2012

**Schweizerisches Zivilgesetzbuch ZGB (Änderung betreffend Beurkundung des
Personenstandes)**
Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Einreichung einer Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens. Mit dieser Eingabe ist die Vernehmlassungsfrist vom 21. Dezember 2012 eingehalten.

Die Kantone haben in den letzten Jahren aufgrund der heutigen ZGB-Bestimmungen das Informatisierte Standesregister (Infostar) aufgebaut und laufend weiterentwickelt. Das System wird den Anforderungen bezüglich der rechtmässigen Beurkundung des Personenstandes und der hohen Anwenderorientierung in den Kantonen vollumfänglich gerecht. Diese gute Ausgangslage wurde primär durch grosse Investitionen der Kantone geschaffen. Direkte Investitionen von über 10 Millionen Franken und jährliche Betriebskosten von 1,25 Millionen Franken in das System sowie indirekte Investitionen in Personalressourcen zur Rückerfassung der Bevölkerung von rund 50 bis 60 Millionen Franken wurden eingesetzt. Durch die Vollzugsaufgabe im Zivilstandsdienst werden die Kantone weiterhin die Masterdaten für alle nachgelagerten Personenregister gewährleisten.

Die Regierungskonferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) vertritt die Interessen der kantonalen Zivilstandsbehörden, da alle für das Zivilstandswesen zuständigen Regierungsmitglieder in dieser Konferenz vereint sind. Die Generalversammlung der Konferenz hat sich aufgrund der gemischten Zuständigkeiten am 13. November 2009 entschieden, Infostar unter Einhaltung von fünf Bedingungen in die vollumfängliche Zuständigkeit des Bundes zu übertragen. Entsprechend beurteilen wir die in die Vernehmlassung geschickte ZGB-Revision entlang dieser Bedingungen und machen weitere Feststellungen.

Wir halten fest, dass der Vernehmlassungsbericht des Bundesamtes für Justiz unter Titel Übersicht (Seite 2) und Ziffer 1.2.2., Zweiter Abschnitt unvollständig ist. Der Wille zur Übergabe von Infostar an den Bund ist an die vollumfängliche Erfüllung von fünf Bedingungen geknüpft, welche für den rechtmässigen und wirtschaftlichen Vollzug des Zivilstandswesens in den Kantonen von sehr grosser Bedeutung sind.

Bedingungen

Bedingung 1: Mitbestimmungsrechte der Kantone (betrifft Artikel 45a Abs. 4 und 5 ZGB)

Im Rahmen der Vorgespräche mit dem Bundesamt für Justiz und der Ämterkonsultation wurde seitens der Konferenz mehrmals mündlich und schriftlich darauf hingewiesen, dass die Kantone mit Beschluss vom 13. November 2009 Mitbestimmungsrechte fordern. Eine Mitwirkung, resp. der einfache Einbezug der Kantone in die Weiter- und Neuentwicklung des Systems reicht nicht aus.

In der Entwurfsversion von Art. 45a Abs. 4 ZGB wird nun lediglich der allgemeine Einbezug der Kantone in die Weiter- und Neuentwicklungen des Systems festgehalten. Diese Form der Mitwirkung ist zu vage und lässt die Form völlig offen. Bereits eine administrative Vernehmlassung würde die vorgeschlagene Norm erfüllen, was für die Kantone ungenügend ist. Die Mitsprache der Kantone muss gesetzlich institutionalisiert sein, da diese auch künftig mitfinanzieren und zudem die Arbeitskräfte zum Betreiben der Register und damit zum rechtmässigen kantonalen Vollzug des Zivilstandswesens zur Verfügung stellen. Die Praktikabilität von Infostar, welche langfristig bürgerfreundliche und wirtschaftliche Arbeitsprozesse gewährleisten muss, kann nur durch Einbezug von Kantonsvertretern gewahrt werden. Diese sind mit entsprechenden Rechten auszustatten. Es ist nicht nachvollziehbar, warum das im Bericht erwähnte Gremium nicht im Gesetz verankert wird.

Bedingung 1 ist nicht erfüllt. Die Kantone fordern die Mitbestimmungsrechte in Form eines paritätisch aus Vertretern von Bund und Kantonen zusammengesetzten Organes. Die Nennung einer Infostarkommission im Bericht ist auf Dauer nicht verbindlich und als Rechtsgrundlage nicht geeignet.

Antrag zum Gesetzestext:

Art. 45a

Abs. 4 (neu Abs. 3) ist wie folgt neu zu formulieren:

Bund und Kantone einigen sich gemeinsam in einem paritätisch zusammengesetzten Organ über die Weiterentwicklung des elektronischen Personenstandsregisters.

Abs. 5 (neu Abs. 4)

Ziffer 1 ist wie folgt neu zu formulieren:

1. die Einzelheiten des paritätisch zusammengesetzten Organs von Bund und Kantonen für die Weiterentwicklung des elektronischen Personenstandsregisters;

Bedingung 2: Einhaltung bisherige Kostenhöhe (betrifft Art. 45a Abs. 2 und Schlusstitel Art. 6a ZGB)

Die Kantone haben anlässlich der Generalversammlung vom 13. November 2009 festgehalten, dass die bisherigen Kosten nicht überschritten werden sollen. Bei den Kosten handelt es sich um die Betriebskosten, welche im Rahmen einer Bundeslösung Infostar in gleicher Höhe ausgerichtet werden sollen, wie sie in den letzten Jahren auf Basis einer Betriebsvereinbarung zwischen Bund und Kantonen (vertreten durch die Konferenz) geflossen sind. Die KAZ hat bei der Beschlussfassung der Bedingung sowie in den bisherigen Gesprächen und Korrespondenzen mehrmals festgehalten, dass der Ausgangspunkt der bisherigen Kosten die Betriebskosten von 1,25 Millionen Franken (exkl. Teuerung) sind. Die Vorlage sieht nun vor, dass sich die Kantone jährlich pauschal mit 3 Millionen Franken beteiligen sollen.

Die im Bericht zu Schlusstitel Art. 6a ZGB erwähnten, zusätzlichen jährlichen Kosten für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einführung der Neuen Sozialversicherungsnummer (NSS) im Zivilstandsregister über 0,1 Millionen Franken und die eingerechneten

durchschnittlichen Weiterentwicklungskosten (Projekte) im Umfang von 1 bis 1,5 Millionen Franken sind den durch die Kantone zu tragenden Kosten nicht anzurechnen.

Die Bundeslösung Infostar fand bei den Kantonen insbesondere Akzeptanz, da damit ausschliesslich die Betriebskosten getragen werden sollen. Auch die Kantone gehen davon aus, dass in den nächsten Jahren Investitionen zur Erneuerung des Systems anstehen könnten und fordern, bei der Übergabe von Infostar an den Bund, dass von diesem ausgelöste Kosten für Neu- und Weiterentwicklungen vollständig selber getragen werden. Hingegen anerkennen die Kantone die vollumfängliche Finanzierungspflicht bei Projekten, welche ausschliesslich auf Bedürfnissen des Zivilstandswesens der Kantone gründen. Diese sind jedoch in spezifischen Projekten, mit Einbezug der Kantone zu planen, zu finanzieren und abzuwickeln.

Bezüglich NNSS hat die KAZ verschiedentlich darauf hingewiesen, dass für diese Kostenüberwälzung eine Rechtsgrundlage fehlt. Mit dem geplanten Zugriff der Stellen der Alters- und Hinterlassenenversicherung dürften sich diese Aufwendungen erübrigen und damit auch die Aufrechnung der damit verbundenen Kosten über 0,1 Millionen Franken.

Festzuhalten ist, dass die Kantone auch in Zukunft einen grossen Teil der Kosten tragen, indem sie das Personal und die Infrastruktur finanzieren, welche den Beurkundungsbetrieb mit Datenerfassung und letztlich abrufbereiten Daten für Kreise ausserhalb des Zivilstandswesens zur Verfügung stellen.

Bedingung 2 ist nicht erfüllt. Die Kantone sind bereit, sich mit einem Betriebskostenanteil am elektronischen Personenstandsregister von 1,25 Millionen Franken, zuzüglich Teuerung, zu beteiligen. Alle übrigen Kostenbeteiligungen werden abgelehnt.

Antrag zum Gesetzestext:

Art. 45a

Abs. 2 ist wie folgt neu zu formulieren:

Die Kantone beteiligen sich an den Kosten für den Betrieb des elektronischen Personenstandsregisters. Die Kosten für Weiter- und Neuentwicklungen trägt der Bund.

Schlusstitel Art. 6a

Abs. 1 ist wie folgt anzupassen:.....*jährlich pauschal 1,25 Millionen Franken für die Betriebskosten des elektronischen Personenstandsregisters nach Artikel 45a Absatz 2. Dieser Betrag wird nach.....*

Abs. 2 bezüglich der Kostentragung für Neuentwicklungen des Systems ist ersatzlos zu streichen.

Bedingung 3: Kostentransparenz (betrifft Art. 39 Abs. 1, Art. 45a Abs. 1 und 3, Schlusstitel Art. 6a)

Die Bedingung verlangt, dass jederzeit nachvollziehbar ist, wann und wofür die kantonalen Mittel eingesetzt wurden.

Die Vorlage sieht in Art. 45a ZGB vor, dass sich die Kantone an den Kosten für Betrieb, Weiter- und Neuentwicklungen beteiligen, soweit die Belange des Zivilstandswesens betreffend. Für ausserhalb des Zivilstandswesens liegende Belange können den bezugsberechtigten Stellen Daten und Dienstleistungen in Rechnung gestellt werden.

Sofern Daten an bezugsberechtigte Stellen verkauft werden, ist es nicht legitim, die Kantone an den Betriebskosten zu beteiligen. Insbesondere ist stossend, dass die Kantone über das Zivilstandswesen an den Betriebskosten beteiligt werden und über andere Kanäle, ausserhalb des Zivilstandswesens (bspw. Einwohnerdienste, Strassenverkehrsämter und dgl.), die

Lieferung von Daten bezahlen sollen, welche sie unter eigenem Personal- und Infrastruktureinsatz generiert haben.

Die in Schlusstitel Art. 6a Abs. 2 ZGB erwähnte Kostenregelung für Neuentwicklungen des Systems, welche zwischen Bund und Kantonen hälftig zu tragen sind, erachten wir als intransparent. Entsprechend dem Wortlaut kommen Neuentwicklungen des neu definierten Personeninformationssystems zum Tragen. Der Umfang dieses Systems wird über das heutige Infostar-System hinausgehen, ist aber nicht näher definiert (vgl. Art. 39 Abs. 1 ZGB) und die Höhe der Neuentwicklungskosten völlig offen. Bereits für die begrenzte, heutige Systemumgebung Infostar dürfte eine Neuentwicklung Kosten von über 15 Millionen Franken auslösen.

Bedingung 3 ist nicht erfüllt:

- **Der Begriff des elektronischen Personenstandsregisters ist im ZGB anstelle des Zentralen Personen-Informationssystems zu nennen.**
- **Die Neuentwicklungskosten des elektronischen Personenstandsregisters sind ausschliesslich durch den Bund zu tragen.**
- **Auf die Rechnungsstellung von Kosten für Dienstleistungen gegenüber Dritten, für Zwecke ausserhalb des Zivilstandswesens, ist zu verzichten.**

Antrag zum Gesetzestext:

Art. 39

Abs. 1 ist wie folgt neu zu formulieren:

Der Personenstand wird im elektronischen Personenstandsregister beurkundet.

Art. 45a

Randtitel ist wie folgt neu zu formulieren:

1a. Elektronisches Personenstandsregister

Abs. 1 ist wie folgt neu zu formulieren:

Der Bund betreibt und entwickelt das elektronische Personenstandsregister.

Abs. 3 bezüglich der Kostenverrechnung von Dienstleistungen gegenüber Dritten ist ersatzlos zu streichen.

Schlusstitel Art. 6a

Abs. 1 ist wie folgt anzupassen:.....***jährlich pauschal 1,25 Millionen Franken für die Betriebskosten des elektronischen Personenstandsregisters nach Artikel 45a Absatz 2. Dieser Betrag wird nach.....***

Abs. 2 bezüglich der Kostentragung für Neuentwicklungen des Systems ist ersatzlos zu streichen.

Bedingung 4: Sicherstellung Support (betrifft Art. 45a Abs. 5 ZGB, neu)

Mit der Neuformulierung von Art. 45a ZGB gehen jegliche bisherigen Grundlagen verloren, welche den Kantonen einen zweckmässigen Betriebssupport garantieren.

Die bisherige Bestimmung in Art. 45a Abs. 3 Ziffer 1 ZGB, wonach das Verfahren der Zusammenarbeit durch den Bundesrat zu regeln ist, muss unseres Erachtens beibehalten werden und mit einem Hinweis zum Systemsupport ergänzt werden. Es ist eine Tatsache, dass

die Kantone auch im Rahmen einer Bundeslösung Infostar das Zivilstandswesen massgeblich mit dem elektronisch geführten Personenstandsregister vollziehen.

Bedingung 4 ist nicht erfüllt. Das Verfahren der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen ist als Grundlage für die Sicherstellung eines operativen Systemsupports im ZGB beizubehalten.

Antrag zum Gesetzestext:

Art. 45a

Abs. 5 (neu Abs. 4)

Ziffer 2 ist neu einzufügen und wie folgt zu formulieren:

2. *das Verfahren der betrieblichen Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kantonen;*

Bedingung 5: Trennung Oberaufsicht und Betrieb Infostar

Die Vorlage erwähnt, dass die Trennung von Oberaufsicht und Infostar per 1. Januar 2012 bereits vollzogen sei.

Die erwähnte Trennung erachten wir als ungenügend. Sowohl das Eidg. Amt für Zivilstandswesen als auch die Fachstelle Infostar unterstehen dem Direktionsbereich Privatrecht im Bundesamt für Justiz. Eine echte Trennung mit Gewährleistung einer genügenden Unabhängigkeit der Fachstelle Infostar sehen wir bei einer Bundesamts-getrennten Organisation. Naheliegend wäre aus unserer Sicht eine Ansiedlung beim ISC-EJPD.

Bedingung 5 ist nicht erfüllt. Es ist jedoch nicht sachgerecht, die Trennung von Oberaufsicht und Betrieb Infostar im ZGB zu regeln.

Weitere Feststellungen

Systemzugriff Einwohnerregister (betrifft Art. 43a ZGB)

Der für Einwohnerregister vorgesehene Zugriff auf das elektronische Personenstandsregister ist aus Sicht der Kantone nicht notwendig. Durch die heute operativ funktionierenden Sedex-Schnittstellen erhalten die Einwohnerregister alle zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben notwendigen Personendaten aus Infostar elektronisch übermittelt. Aus technischer Sicht kann bereits heute auf den Heimatschein verzichtet werden. Offen bleibt die Gebührenfrage. Ob mit oder ohne Heimatschein, die Zivilstandsämter erbringen eine Dienstleistung für die von Personenstandsänderungen betroffenen Personen. Diese Dienstleistung ist im Rahmen der Datenbekanntgabe über eine Gebühr zu finanzieren.

In Bericht und Vorentwurf ist nicht festgehalten, wer die System-User der Einwohnerregister unterstützt (von der Installation der notwendigen Programme wie SSO-Portal, Infostar-Schnittstelle, über Ausstellung der Public-Key-Infrastruktur, Vergabe der Benutzerrollen und Rechte bis hin zum IT-Support). Durch die Unterstützung entstehen zusätzliche Kosten für den Bund und die Kantone, bzw. mit der Vielzahl der Abfragen besteht Gefahr, dass die Performance des Beurkundungssystems in Mitleidenschaft gezogen wird.

Mit dem geplanten Zugriff erhalten für Einwohnerregister tätige Personen Zugang zu sensiblen Daten. Die Daten des elektronischen Personenstandsregisters unterliegen, anders als die kantonalen Einwohnerregisterdaten, dem speziellen Schutz des ZGB. Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamte dürfen die Daten nur nach Erwerb des eidge-

nössischen Fachausweises bewirtschaften, bzw. bekanntgeben. Der vorgesehene Datenzugriff durch eine grosse Personengruppe (mehrere tausend Personen), stellt eine potentielle Schwächung des Datenschutzes im Zivilstandswesen dar.

Antrag zum Gesetzestext:

Art. 43a

Ziffer 5. in Abs. 4 bezüglich des Zugriffs der kantonalen und kommunalen Einwohnerregister ist **ersatzlos zu streichen**

Haftung und Disziplinarmaßnahmen (betrifft Art. 46 und 47 ZGB)

Mit der gänzlichen Übernahme der Herrschaft des Bundes über das Beurkundungssystem sind die in Art. 46 und 47 geregelten Haftungs- und Disziplinarbestimmungen zu überdenken. Beide Bestimmungen sind nicht mehr zeitgemäss, da der zugrunde liegende Beamtenstatus in den Kantonen abgeschafft ist und im kantonalen Recht Bestimmungen zu Verantwortlichkeit und Disziplinarmaßnahmen bestehen.

Antrag zum Gesetzestext:

Art. 46

ist ersatzlos zu streichen.

Art. 47

ist ersatzlos zu streichen.

Begriffsdefinition Personenstand (betrifft Art. 39 Abs. 2 Ziffer 2. ZGB)

Der Zivilstand der eingetragenen Partnerschaft fehlt in der heutigen Fassung bei der Aufzählung der personen- und familienrechtlichen Stellung.

Antrag zum Gesetzestext:

Abs. 2, Ziffer 2 ist wie folgt zu ergänzen: ..., **die Ehe, die eingetragene Partnerschaft;**

Wir danken Ihnen bestens für die Berücksichtigung unserer Anträge.

**KONFERENZ DER KANTONALEN AUFSICHTSBEHÖRDEN
IM ZIVILSTANDSDIENST**

Namens des Vorstandes

Die Präsidentin:



Dr. Heidi Z'graggen, Regierungsrätin

Der Geschäftsführer:



Walter Grossenbacher

Kopie an

- Kantonale Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren
- alle Kantone, z.H. der für den Zivilstandsdienst zuständigen Regierungsmitglieder
- Schweizerischer Verband für Zivilstandswesen

Konferenz der Innerschweizer Zivilstandsämter



Luzern



Uri



Schwyz



Obwalden



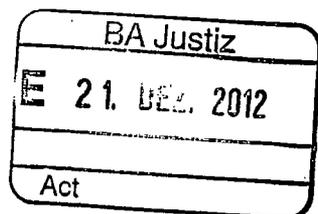
Nidwalden



Zug

ADRESSE DER GESCHÄFTSSTELLE

Hansjörg Gassmann
Schlossstrasse 5
6130 Willisau
Tel. 041 972 71 91
hansjoerg.gassmann@willisau.ch



Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Willisau, 20. Dezember 2012

Schweizerisches Zivilgesetzbuch ZGB (Änderung betreffend Beurkundung des Personenstandes) Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Einreichung einer Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens. Mit dieser Eingabe ist die Vernehmlassungsfrist vom 21. Dezember 2012 eingehalten.

Einleitung

Die Gemeinden, beziehungsweise die regionalen Zivilstandsämter – unter der Aufsicht der Kantone - haben seit dem Jahre 2004 aufgrund der heutigen ZGB-Bestimmungen das Informatisierte Standesregister (Infostar) aufgebaut und laufend weiterentwickelt. Heute können wir feststellen, dass das neue System den Anforderungen bezüglich der rechtmässigen Beurkundung des Personenstandes und der hohen Anwenderorientierung in den Kantonen vollumfänglich gerecht wird. Diese gute Ausgangslage wurde primär durch Investitionen der Kantone und durch grosse Investitionen der Gemeinden geschaffen. Dabei handelt es sich um direkte Investitionen von über 10 Millionen Franken und jährliche Betriebskosten von 1,25 Millionen Franken in das System, sowie indirekte Investitionen in Personalressourcen zur Rück Erfassung der Bevölkerung von rund 50 bis 60 Millionen Franken. Weil es sich beim Zivilstandsdienst um eine Vollzugsaufgabe handelt, werden die Kantone, beziehungsweise die Gemeinden weiterhin die Masterdaten für alle nachgelagerten Personenregister gewährleisten. Diese Ausgangslage - so scheint uns - wird bei der geplanten ZGB-Revision gegenüber den Kantonen und Gemeinden überhaupt nicht respektvoll berücksichtigt.

Gegenüber dem Bund vertritt die Regierungskonferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) die Interessen der kantonalen Zivilstandsbehörden und somit auch der Gemeinden. In dieser Konferenz sind alle für das Zivilstandswesen zuständigen Regierungsmitglieder vereinigt.

Die Generalversammlung der erwähnten Konferenz hat sich aufgrund der gemischten Zuständigkeiten am 13. November 2009 entschieden, Infostar unter Einhaltung von fünf Bedingungen in die vollumfängliche Zuständigkeit des Bundes zu übertragen.

Die Gemeinden und die Zivilstandsämter wurden seinerzeit entsprechend informiert. Deshalb beurteilen wir die in die Vernehmlassung geschickte ZGB-Revision ebenfalls gemäss diesen Bedingungen und machen weitere Feststellungen.

Grundsätzliche Vorbemerkung

Es erstaunt uns sehr, dass in der Vernehmlassungsvorlage keine einzige der gestellten fünf Bedingungen der Regierungskonferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) und damit der Gemeinden erfüllt sind.

Vernehmlassung zum Bericht mit Vorentwurf

Übersicht und Inhaltsverzeichnis

Wir halten fest, dass der Vernehmlassungsbericht in der "Übersicht" (Seite 2) und im "Inhaltsverzeichnis" (Ziffer 1.2.2 – beantragte Neuregelung) unvollständig ist. Der Wille zur Übergabe von Infostar an den Bund und damit zur erforderlichen Neuregelung ist an die vollumfängliche Erfüllung von fünf Bedingungen der KAZ geknüpft. Diese Bedingungen sind allesamt für den rechtmässigen und wirtschaftlichen Vollzug des Zivilstandswesens in den Kantonen und Gemeinden von sehr grosser Bedeutung. Leider werden diese Bedingungen im Vernehmlassungsentwurf weder erwähnt, noch abgehandelt und schon gar nicht in irgend einer Weise erfüllt.

Ausführungen zu den einzelnen Bedingungen

Bedingung 1

Mitbestimmungsrechte der Kantone (betrifft Artikel 45a Abs. 4 und 5 ZGB)

Im Rahmen der Vorgespräche mit dem Bundesamt für Justiz und der Ämterkonsultation wurde seitens der Konferenz mehrmals mündlich und schriftlich darauf hingewiesen, dass die Kantone mit Beschluss vom 13. November 2009 "Mitbestimmungsrechte" fordern. Eine Mitwirkung, respektive der einfache Einbezug der Kantone in die Weiter- und Neuentwicklung des Systems reicht nicht aus und wird der erwähnten Forderung nicht gerecht.

In der Entwurfsversion von Art. 45a Abs. 4 ZGB wird nun lediglich der "allgemeine Einbezug der Kantone" in die Weiter- und Neuentwicklungen des Systems festgehalten. Diese Form der Mitwirkung ist zu vage und lässt die Form völlig offen. Die Mitsprache der Kantone muss gesetzlich institutionalisiert sein, da diese – und folglich auch die Gemeinden - auch künftig wesentlich mitfinanzieren und zudem die Arbeitskräfte zum Betreiben der Register und damit zum rechtmässigen kantonalen Vollzug des Zivilstandswesens zur Verfügung stellen. Die Praktikabilität von Infostar, welche langfristig bürgerfreundliche und wirtschaftliche Arbeitsprozesse gewährleisten muss, kann nur durch Einbezug von Kantonsvertretern gewahrt werden. Diese sind mit entsprechenden Rechten auszustatten. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, warum das im Bericht erwähnte Gremium nicht im Gesetz verankert wird.

Bedingung 1 ist deshalb nicht erfüllt:

Die Kantone (mit Unterstützung der Gemeinden) fordern die Mitbestimmungsrechte in Form eines paritätisch aus Vertretern von Bund und Kantonen zusammengesetzten Organes. Die Nennung einer Infostarkommission im Bericht ist auf Dauer nicht verbindlich und als Rechtsgrundlage nicht geeignet.

Antrag zum Gesetzestext

Art. 45a

Abs. 4 (neu Abs. 3) ist wie folgt neu zu formulieren:

Bund und Kantone einigen sich gemeinsam in einem paritätisch zusammengesetzten Organ über die Weiterentwicklung des elektronischen Personenstandsregisters.

Abs. 5 (neu Abs. 4)

Ziffer 1 ist wie folgt neu zu formulieren

- 1. die Einzelheiten des paritätisch zusammengesetzten Organs von Bund und Kantonen für die Weiterentwicklung des elektronischen Personenstandsregisters;***

Bedingung 2

Einhaltung bisheriger Kostenhöhe (betrifft Art. 45a Abs. 2 und Schlusstitel Art. 6a ZGB)

Die Kantone haben anlässlich der erwähnten GV vom 13. November 2009 festgehalten, dass die bisherigen Kosten nicht überschritten werden sollen. Bei den Kosten handelt es sich um die Betriebskosten, welche im Rahmen einer Bundeslösung Infostar in gleicher Höhe ausgerichtet werden sollen, wie sie in den letzten Jahren auf Basis einer Betriebsvereinbarung zwischen Bund und Kantonen (vertreten durch die Konferenz) geflossen sind. Die KAZ hat bei der Beschlussfassung der Bedingung sowie in den bisherigen Gesprächen und Korrespondenzen mehrmals festgehalten, dass der Ausgangspunkt der bisherigen Kosten die Betriebskosten von 1,25 Millionen Franken (exkl. Teuerung) sind. Die Vorlage sieht nun vor, dass sich die Kantone jährlich pauschal mit 3 Millionen Franken beteiligen sollen.

Die im Bericht zu Schlusstitel Art. 6a ZGB erwähnten, zusätzlichen jährlichen Kosten für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einführung der Neuen Sozialversicherungsnummer (NSS) im Zivilstandsregister über 0,1 Millionen Franken und die eingerechneten durchschnittlichen Weiterentwicklungskosten (Projekte) im Umfang von 1 bis 1,5 Millionen Franken, sind den durch die Kantone zu tragenden Kosten nicht anzurechnen.

Die Bundeslösung Infostar fand bei den Kantonen insbesondere Akzeptanz, weil damit ausschliesslich die Betriebskosten getragen werden sollen. Auch die Kantone gehen davon aus, dass in den nächsten Jahren Investitionen zur Erneuerung des Systems anstehen könnten. Sie forderten, bei der Übergabe von Infostar an den Bund, dass von diesem ausgelöste Kosten für Neu- und Weiterentwicklungen vollständig vom Bund getragen werden. Hingegen anerkennen die Kantone, beziehungsweise die Gemeinden, die vollumfängliche Finanzierungspflicht bei Projekten, welche ausschliesslich auf Bedürfnissen des Zivilstandswesens gründen. Diese sind jedoch in spezifischen Projekten, mit Einbezug, das heisst Mitsprache der Kantone zu planen, zu finanzieren und abzuwickeln.

Bezüglich NSS hat die KAZ verschiedentlich darauf hingewiesen, dass für diese Kostenüberwälzung eine Rechtsgrundlage fehlt. Mit dem geplanten Zugriff der Stellen der Alters- und Hinterlassenenversicherung dürften sich diese Aufwendungen erübrigen und damit auch die Aufrechnung der damit verbundenen Kosten über 0,1 Millionen Franken.

Festzuhalten ist, dass die Kantone, beziehungsweise die Gemeinden auch in Zukunft einen grossen Teil der Kosten tragen, indem sie das Personal und die Infrastruktur finanzieren, welche den Beurkundungsbetrieb mit Datenerfassung und letztlich die abrufbereiten Daten für Kreise ausserhalb des Zivilstandswesens zur Verfügung stellen.

Bedingung 2 ist nicht erfüllt

Die Kantone beziehungsweise die Gemeinden sind bereit, sich mit einem Betriebskostenanteil am elektronischen Personenstandsregister von 1,25 Mio. Franken, zuzüglich Teuerung, zu beteiligen. Alle übrigen Kostenbeteiligungen werden abgelehnt.

Antrag zum GesetzestextArt. 45a

Abs. 2 ist wie folgt neu zu formulieren:

Die Kantone beteiligen sich an den Kosten für den Betrieb des elektronischen Personenstandsregisters. Die Kosten für Weiter- und Neuentwicklungen trägt der Bund.

Schlusstitel Art. 6a

Abs. 1 ist wie folgt anzupassen:

Die Kantone bezahlen dem Bund jährlich pauschal 1,25 Millionen Franken für die Betriebskosten des elektronischen Personenstandsregisters nach Artikel 45a Absatz 2. Dieser Betrag wird nach der Einwohnerzahl aufgeteilt und wird ab dem Jahr, das der Inkraftsetzung dieser Bestimmung folgt, jährlich der Teuerung angepasst.

Abs. 2

bezüglich der Kostentragung für Neuentwicklungen des Systems **ist ersatzlos zu streichen.**

Bedingung 3

Kostentransparenz (betrifft Art. 39 Abs. 1, Art. 45a Abs. 1 und 3, Schlusstitel Art. 6a)

Die Bedingung verlangt, dass jederzeit nachvollziehbar ist, wann und wofür die kantonalen Mittel eingesetzt wurden.

Die Vorlage sieht in Art. 45a ZGB vor, dass sich die Kantone an den Kosten für Betrieb, Weiter- und Neuentwicklungen beteiligen, soweit die Belange des Zivilstandswesens betreffend. Für ausserhalb des Zivilstandswesens liegende Belange können den bezugsberechtigten Stellen Daten und Dienstleistungen in Rechnung gestellt werden.

Sofern Daten an bezugsberechtigte Stellen verkauft werden, ist es nicht legitim, die Kantone an den Betriebskosten zu beteiligen. Insbesondere ist stossend, dass die Kantone, beziehungsweise die Gemeinden, über das Zivilstandswesen an den Betriebskosten beteiligt werden und über andere Kanäle, ausserhalb des Zivilstandswesens (beispielsweise Einwohnerdienste, Strassenverkehrsämter und dergleichen), die Lieferung von Daten bezahlen sollen, welche sie mit eigenem Personal- und Infrastruktureinsatz generiert haben.

Die in Schlusstitel Art. 6a Abs. 2 ZGB erwähnte Kostenregelung für Neuentwicklungen des Systems, welche zwischen Bund und Kantonen hälftig zu tragen sind, erachten wir als intransparent. Entsprechend dem Wortlaut kommen Neuentwicklungen des neu definierten Personeninformationssystems zum Tragen. Der Umfang dieses Systems wird über das heutige Infostar-System hinausgehen. Das ist aber nicht näher definiert (vgl. Art. 39 Abs. 1 ZGB) und die Höhe der Neuentwicklungskosten sind völlig offen. Bereits für die begrenzte, heutige Systemumgebung Infostar dürfte eine Neuentwicklung Kosten von über 15 Millionen Franken auslösen.

Bedingung 3 ist nicht erfüllt

- Der Begriff des elektronischen Personenstandsregisters ist im ZGB anstelle des Zentralen Personen-Informationssystems zu nennen.
- Die Neuentwicklungskosten des elektronischen Personenstandsregisters sind ausschliesslich durch den Bund zu tragen.
- Auf die Rechnungsstellung von Kosten für Dienstleistungen gegenüber Dritten, für Zwecke ausserhalb des Zivilstandswesens, ist zu verzichten.

Antrag zum Gesetzestext**Art. 39**

Abs. 1 ist wie folgt neu zu formulieren:

Der Personenstand wird im elektronischen Personenstandsregister beurkundet.

Art. 45a

Der Randtitel ist wie folgt neu zu formulieren:

1a. Elektronisches Personenstandsregister

Abs. 1 ist wie folgt neu zu formulieren:

Der Bund betreibt und entwickelt das elektronische Personenstandsregister.

Abs. 3

bezüglich der Kostenverrechnung von Dienstleistungen gegenüber Dritten
ist ersatzlos zu streichen.

Schlusstitel Art. 6a

Abs. 1 ist wie folgt anzupassen:

Die Kantone bezahlen dem Bund jährlich pauschal 1,25 Millionen Franken für die Betriebskosten des elektronischen Personenstandsregisters nach Artikel 45a Absatz 2. Dieser Betrag wird nach der Einwohnerzahl aufgeteilt und wird ab dem Jahr, das der Inkraftsetzung dieser Bestimmung folgt, jährlich der Teuerung angepasst.

Abs. 2

bezüglich der Kostentragung für Neuentwicklungen des Systems
ist ersatzlos zu streichen.

Bedingung 4

Sicherstellung Support (betrifft Art. 45a Abs. 5 ZGB, neu)

Mit der vorgeschlagenen Neuformulierung von Art. 45a ZGB gehen jegliche bisherigen Grundlagen und Rechte verloren, welche den Kantonen, beziehungsweise den Gemeinden, einen zweckmässigen Betriebssupport garantieren.

Die bisherige Bestimmung in Art. 45a Abs. 3 Ziffer 1 ZGB, wonach das "Verfahren der Zusammenarbeit" durch den Bundesrat zu regeln ist, muss unseres Erachtens beibehalten und mit einem Hinweis zum Systemsupport ergänzt werden. Es ist eine Tatsache, dass die Kantone mit Hilfe der beteiligten Gemeinden auch im Rahmen einer Bundeslösung Infostar das Zivilstandswesen massgeblich mit dem elektronisch geführten Personenstandsregister vollziehen.

Bedingung 4 ist nicht erfüllt.

Das bisher bewährte Verfahren der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen ist als Grundlage für die Sicherstellung eines operativen Systemsupports im ZGB beizubehalten.

Antrag zum Gesetzestext**Art. 45a**

Abs. 5 (neu Abs. 4)

Ziffer 2 ist neu einzufügen und wie folgt zu formulieren:

2. das Verfahren der betrieblichen Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kantonen;

Bedingung 5**Trennung Oberaufsicht und Betrieb Infostar**

Die Vorlage erwähnt, dass die Trennung von Oberaufsicht und Infostar per 1. Januar 2012 bereits vollzogen sei.

Die erwähnte Trennung erachten wir als ungenügend. Sowohl das Eidg. Amt für Zivilstandswesen als auch die Fachstelle Infostar unterstehen dem Direktionsbereich Privatrecht im Bundesamt für Justiz. Eine echte Trennung mit Gewährleistung einer genügenden Unabhängigkeit der Fachstelle Infostar sehen wir bei einer Bundesamts-getrennten Organisation. Naheliegend wäre aus unserer Sicht eine Ansiedlung beim ISC-EJPD.

Bedingung 5 ist ebenfalls nicht erfüllt.

Es ist nicht sachgerecht, die Trennung von Oberaufsicht und Betrieb Infostar im ZGB zu regeln.

Weitere Feststellungen**Systemzugriff Einwohnerregister (betrifft Art. 43a ZGB)**

Der für Einwohnerregisterführer vorgesehene Zugriff auf das elektronische Personenstandsregister ist aus Sicht der Kantone nicht notwendig. Durch die heute operativ funktionierenden "Sedex-Schnittstellen" erhalten die Einwohnerregister alle zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben notwendigen Personendaten aus Infostar elektronisch übermittelt. Aus technischer Sicht kann bereits heute auf den Heimatschein verzichtet werden. Offen bleibt die Gebührenfrage. Ob mit oder ohne Heimatschein, die Zivilstandsämter erbringen eine Dienstleistung für die von Personenstandsänderungen betroffenen Personen. Diese Dienstleistung ist im Rahmen der Datenbekanntgabe über eine Gebühr zu finanzieren.

In Bericht und Vorentwurf ist nicht festgehalten, wer die System-User der Einwohnerregister unterstützt (von der Installation der notwendigen Programme wie SSO-Portal, Infostar-Schnittstelle, über Ausstellung der Public-Key-Infrastruktur, Vergabe der Benutzerrollen und Rechte bis hin zum IT-Support). Durch die Unterstützung entstehen zusätzliche Kosten für den Bund und die Kantone, bzw. mit der Vielzahl der Abfragen besteht Gefahr, dass die Performance des Beurkundungssystems in Mitleidenschaft gezogen wird.

Mit dem geplanten Zugriff erhalten für Einwohnerregister tätige Personen Zugang zu sensiblen Daten. Die Daten des elektronischen Personenstandsregisters unterliegen, anders als die kantonalen Einwohnerregisterdaten, dem speziellen Schutz des ZGB. Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamte dürfen die Daten nur nach Erwerb des eidgenössischen Fachausweises bewirtschaften, bzw. bekanntgeben. Der vorgesehene Datenzugriff durch eine grosse Personengruppe (mehrere tausend Personen), stellt eine potentielle Schwächung des Datenschutzes im Zivilstandswesen dar.

Antrag zum Gesetzestext

Art. 43a

Ziffer 5. in Abs. 4

bezüglich des Zugriffs der kantonalen und kommunalen Einwohnerregister ist **ersatzlos zu streichen**

Haftung und Disziplinarmaßnahmen (betrifft Art. 46 und 47 ZGB)

Mit der gänzlichen Übernahme der Herrschaft des Bundes über das Beurkundungssystem sind die in Art. 46 und 47 geregelten Haftungs- und Disziplinarbestimmungen zu überdenken. Beide Bestimmungen sind nicht mehr zeitgemäss, da der zugrunde liegende Beamtenstatus in den Kantonen abgeschafft ist und im kantonalen Recht Bestimmungen zu Verantwortlichkeit und Disziplinarmaßnahmen bestehen.

Antrag zum Gesetzestext

Art. 46 und Art. 47

sind ersatzlos zu streichen.

Begriffsdefinition Personenstand (betrifft Art. 39 Abs. 2 Ziffer 2. ZGB)

Der Zivilstand der eingetragenen Partnerschaft fehlt in der heutigen Fassung bei der Aufzählung der personen- und familienrechtlichen Stellung.

Antrag zum Gesetzestext

Abs. 2, Ziffer 2 ist wie folgt zu ergänzen: *die personen- und familienrechtliche Stellung einer Person wie die Mündigkeit, die Abstammung, die Ehe, **die eingetragene Partnerschaft**;*

Wir danken Ihnen bestens für die Berücksichtigung unserer Anträge.

Freundliche Grüsse

**IM AUFTRAG DER
KONFERENZ DER INNERSCHWEIZER ZIVILSTANDSÄMTER
Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Zug**



Hansjörg Gassmann
Vorsitz



Martina Brunner
Sekretariat

Kopie an

- Mitglieder der Konferenz der Innerschweizer Zivilstandsämter der Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Zug
- Verband Luzerner Gemeinden (VLG)
Tribtschenstrasse 7, Postfach 3065, 6002 Luzern
- Amt für Gemeinden des Kantons Luzern
Zivilstands- und Bürgerrechtswesen, Bundesplatz 14, 6002 Luzern
- Schweizerischer Verband für Zivilstandswesen,
c/o bwd, Weiterbildung BV Bern, Papiermühlestrasse 65, 3014 Bern
- Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ)
Geschäftsstelle, Herr Walter Grossenbacher, Rathausgasse 84, 3000 Bern



Notiz an den Vorsteher des Eidgenössischen Amts für Zivilstandswesen

Datum: 19.12.2012
Kopie an: LIJ, MAG, PDA, POV, TMA, NAR

Thema: Änderung von Art. 43 ZGB, Zugriff auf Infostar im Abrufverfahren

Réf. : KPF / PDA / REB

Sehr geehrter Herr Massa

Ich nehme Bezug auf Ihr Mail vom 25.09.2012 an meine Direktion im Zusammenhang mit der Vernehmlassung zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches im Bereich Beurkundung des Personenstandes und Grundbuch und danke Ihnen, dass Sie uns die Möglichkeit geben, unsere Anliegen einzubringen.

1. Ausgangslage / Präsentation der Problematik

Das EDA führt ein Register für die im Ausland niedergelassenen Schweizerbürger und –bürgerinnen. Dieses Informatiksystem heisst Vernetzte Verwaltung der Auslandschweizer (VERA) und verwaltet, analog zu einer Einwohnerkontrolle in der Schweiz, ca. 700.000 Auslandschweizer. Dieses System hat das Ende des LifeCycles erreicht, und das EDA wird dieses Register durch eine geeignete, sich innerhalb der laufenden Bundesstrategien im Bereich E-Government umsetzbaren IT-Lösung ablösen. Im Weiteren muss VERA den in den letzten Jahren entstandenen neuen rechtlichen Anforderungen im Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister (Registerharmonisierungsgesetz, RHG SR 431.02) gerecht werden.

Die Projektarbeiten zur Ablösung des VERA-Registers sind unter dem Projektnamen eGovKDL (E-Government Konsularische Dienstleistungen) angelaufen. In der Voranalyse hat sich bestätigt, dass nur eine E-Government-Lösung mit den entsprechenden Schnittstellen eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen im Registerharmonisierungsgesetz aufgeführten Registern gewährleisten kann. Am 24. Oktober 2012 wurde zudem das Projekt eGovKDL als Vorhaben A2.11 in den Katalog der priorisierten Vorhaben von E-Government Schweiz aufgenommen.

2. Kommentierung für den Begleitbericht

Cadre politique / juridique

Le cadre relatif au soutien et à la protection des citoyens suisses séjournant à l'étranger a fait l'objet d'une attention politique particulière dans les dernières années. Les attentes placées auprès de l'administration fédérale dans ce domaine se sont développées ; l'octroi de services de qualité, des contacts facilités et centralisés ainsi qu'une coordination efficace entre les services impliqués sont attendus. Ces développements amènent le DFAE à la conclusion qu'un accès direct aux données figurant dans le système Infostar s'avère désormais indispensable à l'accomplissement de ses tâches légales.

En particulier, les points suivants peuvent être relevés :

a. Création de la Direction consulaire du DFAE / Tâches légales

Par modification du 20 avril 2011 de l'Ordonnance sur l'organisation du DFAE (Org DFAE – RS 172.211.1), le Conseil fédéral a formellement créé la Direction consulaire, service spécialisé chargé notamment du soutien aux Suisses séjournant à l'étranger. L'article 11 Org DFAE stipule notamment que:

¹ La Direction consulaire (DC) veille à ce que les prestations consulaires soient **efficaces et tournées vers la clientèle**.

² A cet effet, elle exerce les fonctions suivantes:

- a. elle crée les bases nécessaires pour **assurer les prestations consulaires dans le monde entier** aux Suisses de l'étranger, aux ressortissants suisses voyageant à l'étranger et aux bénéficiaires de prestations étrangers;
- b. elle aide les services consulaires à l'étranger à assurer leurs prestations, notamment en **mettant des outils de travail adéquats à leur disposition**;
- c. [...]
- d. elle s'occupe des cas de **protection consulaire et défend les intérêts des Suisses de l'étranger**, [...]
- e. **elle coordonne et optimise** la coopération en matière de prestations consulaires au sein du DFAE, **avec d'autres services fédéraux** et organismes cantonaux, ainsi qu'avec des partenaires internationaux d'autres ministères des affaires étrangères.

b. Guichet unique

En mars 2011, l'ancienne Conseillère nationale Martine Brunschwig Graf a déposé une motion relative aux Suisses de l'étranger, visant à la coordination des services de l'administration fédérale dans ce domaine et à la création d'un *guichet unique* (Mo 11.3203).

Aussi bien le Conseil fédéral que les deux conseils ont soutenu cette proposition qui demande que « *Le Conseil fédéral garantit que les services de l'administration fédérale compétents pour les Suisses de l'étranger travaillent de manière coordonnée et fournissent leurs prestations par voie de guichet unique qui sera également à la disposition des administrations cantonales et communales* ».

Dans sa réponse du 18 mai 2011, le Conseil fédéral a d'ailleurs précisé que la Direction consulaire du DFAE représentait un guichet unique au sens de ce qui précède.

c. Initiative parlementaire Lombardi

En juin 2011, le Conseiller aux Etats Filippo Lombardi a déposé une initiative parlementaire visant à la création d'une loi fédérale pour les Suisses de l'étranger (11.446). En janvier, respectivement février 2012, les Commissions des Institutions politiques du Conseil des Etats et du Conseil national ont décidé de donner suite favorablement à cette initiative. Sous l'égide d'une sous-commission dirigée par M. Lombardi, les travaux de rédaction de cette loi sont actuellement en cours et un premier projet sera soumis à la CIP-E au début 2013.

Dans le cadre des délibérations actuellement en cours, l'importance d'assurer des services de qualité aux Suisses de l'étranger a été rappelée à de nombreuses reprises, tandis que le maintien d'un registre de nos compatriotes expatriés n'est pas remis en cause

d. Stratégie de politique étrangère

Le 2 mars 2012, le Conseil fédéral a approuvé le *Rapport sur les axes stratégiques de la politique étrangère 2012-2015* soumis par le DFAE.

Un chapitre du rapport est consacré aux Suisses vivant ou voyageant à l'étranger, une mission centrale de la Confédération en matière de politique étrangère. Aujourd'hui, environ 700'000 ressortissants suisses vivent hors des frontières et environ 16 millions de voyages à l'étranger par année sont entrepris par des citoyens helvétiques. Pour leur apporter son soutien, le DFAE a regroupé et modernisé les prestations consulaires. Une 'Helpline' faisant office de guichet unique ainsi qu'un centre de gestion des crises ont été mis en place. Au cours de la législature, il est prévu de consolider le fonctionnement de ces services et d'examiner la façon dont les outils modernes pourront influencer l'offre de prestations en faveur des Suisses qui voyagent ou vivent à l'étranger.

e. Cadre légal actuel

L'Ordonnance du 7 juin 2004 concernant l'administration en réseau des Suisses à l'étranger (O-VERA – RS 235.22) définit les tâches confiées au DFAE dans le cadre de l'utilisation du système VERA, mentionne les informations devant y figurer et règle les différents droits d'accès.

Ainsi, l'article 2 traite du but et du contenu du système et précise les éléments suivants (al. 1) :

Le système VERA sert à l'accomplissement des tâches consulaires confiées aux représentations dans le cadre du renforcement des liens qui unissent les Suisses de l'étranger entre eux et avec la patrie. Les représentations se chargent, en particulier, des tâches en rapport avec:

- a. la tenue du rôle d'immatriculation;**
- b. l'accomplissement des obligations militaires qui incombent aux Suisses de l'étranger;
- c. le soutien apporté aux Suisses de l'étranger;**
- d. l'exercice des droits politiques des Suisses de l'étranger;
- e. la prestation d'assistance accordée aux Suisses privés de liberté à l'étranger;
- f. la délivrance de documents d'identité pour les Suisses de l'étranger;**
- g. la mise à jour du registre de l'état civil.**

En particulier les tâches liées aux litera a, c, f et g nécessitent que les données à disposition des services consulaires soient complètes et à jour. Dans ce but, un accès aux données figurant dans Infostar s'avère nécessaire, soit directement, soit par le biais d'une intégration dans le système VERA.

Technischer Rahmen

Seit dem 19. Januar 2009 wird die neue AHV-Versichertennummer im VERA-Register geführt, und die Zentrale Ausgleichsstelle ZAS der AHV ist seit diesem Zeitpunkt elektronisch mit dem VERA-Register verbunden. Weil die Neue AVH-Versichertennummer seit dem 01. Dezember 2007 ebenfalls in den Zivilstandsregistern geführt wird, besteht die Möglichkeit, dass das VERA-Register mit der für Infostar zuständigen Einheit im Bundesamt für Justiz BJ elektronisch kommunizieren könnte.

Es hat sich gezeigt, dass das seit dem 19. Januar 2009 mit der ZAS eingeführte Abrufverfahren der neuen AHV-Versichertennummer im VERA-Register für alle beteiligten Stellen gewinnbringend war. Die Zusammenarbeit zwischen EAZW/FIS, den Kantonen und den zuständigen Stellen im EDA könnte daher durch eine elektronische Anbindung ebenfalls wesentlich effizienter abgewickelt werden. Die im EDA zuständigen Stellen sollten daher, analog zu den heutigen Ziffern 1-4 und der neu vorgeschlagenen Ziffer 5 und 6, mit einer ebenfalls neuen Ziffer 7 ein Abrufverfahren für die Daten aus Infostar zur Verfügung gestellt werden.

Begründung

- Dies würde :
 - die Verfahrensabläufe wesentlich beschleunigen,
 - die Datenqualität der Register erhöhen und
 - gleichzeitig dem Grundgedanken des Registerharmonisierungsgesetzes Rechnung tragen.
- Zivilstandsereignisse von Schweizerbürgern und -bürgerinnen im Ausland könnten somit
 - kundenfreundlich,
 - datenschutzgerecht,
 - elektronisch nachvollziehbar und
 - raschabgewickelt werden.
- Zudem würden die Modernisierungsbestrebungen des Bundes, der Kanton und der Gemeinden im Bereich Zivilstandswesen und dem Meldewesen vorangetrieben und modernisiert.
- Im Weiteren könnten die Vertretungen im Ausland mit dem Zugriff auf Infostar ihre Aufgaben bezüglich der Führung des VERA-Registers, insbesondere für die Überprüfung der Identität einer Person, besser sicherstellen.

3. *Proposition pour une modification de l'art. 43a, al. 4, du Code civil (Protection et divulgation des données)*

⁴ Les autorités suivantes peuvent accéder en ligne aux données nécessaires à la vérification de l'identité d'une personne:
(...)

Nouveau chiffre :

7. les unités administratives du DFAE fournissant des prestations consulaires à l'attention des personnes suisses à l'étranger

4. Conclusion

Ces éléments démontrent le caractère prioritaire que revêt le dossier des Suisses de l'étranger aussi bien pour le Parlement que pour le Conseil fédéral. Afin d'assurer un service de qualité, de développer la fonction de guichet unique octroyée du DFAE en général et, plus précisément, à la Direction consulaire, ainsi que dans la perspective de poursuivre le développement d'instruments modernes, il apparaît qu'un **accès direct de différents services du DFAE aux données figurant dans le système Infostar est indispensable**. En particulier, **les tâches légales confiées au DFAE** en vue du soutien des Suisses de l'étranger par le biais de l'article 11 de l'Ordonnance sur l'organisation du DFAE ne peuvent être remplies de manière correcte qu'avec un accès direct aux données figurant dans Infostar. Cela concerne en particulier **l'article 11, al. 2, lit. a (prestations consulaires aux Suisses de l'étranger) et d (protection consulaire)**.

Les **tâches liées au système VERA**, précisées dans l'O-VERA, nécessitent également un tel accès. Il peut en outre être conclu que, selon toute vraisemblance, les dispositions prévues par la loi en préparation sur la base de l'Initiative parlementaire Lombardi vont encore préciser et étendre ces tâches légales.

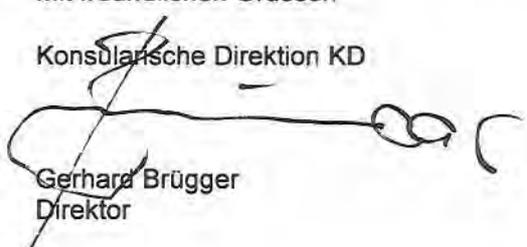
Ainsi, les questions de **protection consulaire, de soutien à nos citoyens, d'uniformisation et d'actualisation des données disponibles** justifient qu'un tel accès soit octroyé aux services et personnes directement impliqués dans ces affaires afin que le DFAE puisse remplir ses tâches légales.

Bitte teilen Sie uns mit, ob Sie sich dieser Formulierung anschliessen können. Wir sind selbstverständlich zu einer persönlichen oder telefonischen Besprechung gerne zur Verfügung.

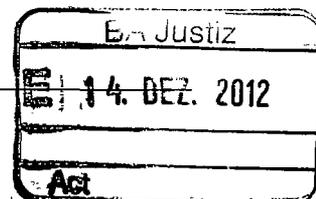
Für eine wohlwollende Überprüfung unseres Anliegens danken wir Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

Konsularische Direktion KD



Gerhard Brügger
Direktor



Postadresse:
Regierungsrat des Kantons Aargau
Regierungsgebäude
5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40
Fax 062 835 12 50
E-Mail regierungsrat@ag.ch

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Aarau, 12. Dezember 2012

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 24. September 2012 wurden die Kantone eingeladen, zum vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) erstellten Vorentwurf betreffend die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch) Stellung zu nehmen. Wir danken dafür und nehmen diese Gelegenheit gerne wahr.

1. Allgemeine Bemerkungen

Der Regierungsrat begrüsst grundsätzlich die Bestrebungen, für die Zusammenarbeit der Informationssysteme des Bundes und der Kantone im Bereich der Registerharmonisierung eine gesetzliche Grundlage in das Schweizerische Zivilgesetzbuch aufzunehmen. Diese Zielsetzung deckt sich mit der regierungsrätlichen Stossrichtung im Entwicklungsleitbild, die öffentliche Aufgabenerfüllung mittels einer verstärkten interkantonalen Kooperation effizienter zu gestalten.

Ein zentrales Personen-Informationssystem kann den mit der Reduktion der Zivilstandsämter erreichten Effizienzgewinn weiter steigern und den Aufwand für die Registerführung entsprechend senken. Auch ist davon auszugehen, dass die Datenqualität dank einheitlicher Standards weiter erhöht werden kann.

Die Übergabe der kantonalen Infostar-Lösung in die vollumfängliche Zuständigkeit des Bundes ist seit längerem ein Thema. Die Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) hat anlässlich ihrer Generalversammlung vom 13. November 2009 einer solchen Übergabe unter fünf Bedingungen zugestimmt. Der vorgelegte Lösungsvorschlag des Bundes erfüllt nun aber leider keine der fünf an den Bund gestellten Bedingungen, weshalb der Vorentwurf diesbezüglich abgelehnt wird.

Der Kanton Aargau verweist vollumfänglich auf die ausführliche Vernehmlassung der KAZ vom 25. Oktober 2012 und schliesst sich dieser an.

2. Besondere Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

2.1 Zum Bereich Beurkundung des Personenstandes

Es wird auf die Normvorschläge in der Vernehmlassung der KAZ verwiesen.

2.2 Zum Bereich Grundbuch

Art. 949b VE ZGB; Personenidentifikator im Grundbuch

Angesichts der rechtsbegründenden Wirkung der Eintragung einer natürlichen Person im Grundbuch und dem damit verbundenen Bedürfnis nach Rechtssicherheit sowie der zunehmenden Bedeutung des Datenaustauschs zwischen den Behörden, wird die Einführung der AHV-Versichertennummer als Personenidentifikator im Grundbuch sehr begrüsst.

In der Umsetzung wird eine Abstimmung der Bekanntgabe der AHV-Versichertennummer (vgl. Art. 949b Abs. 2 VE ZGB) erforderlich sein; einerseits mit den datenschutzrechtlichen Vorgaben sowie andererseits mit der bestehenden Systematik der Öffentlichkeit des Grundbuchs und den damit verbundenen Einsichtsformen.

Für die Verwendung und insbesondere Bekanntgabe der AHV-Versichertennummer in der Grundbuchführung sind klare Richtlinien aufzustellen (zum Beispiel Vorgehen bei Ausländerinnen und Ausländern oder zu ergreifende sichernde Massnahmen).

Art. 949c VE ZGB; Landesweite Grundstücksuche

Das hinter der Neuerung stehende praktische Bedürfnis ist unumstritten. Die Schaffung einer entsprechenden gesetzlichen Grundlage wird daher begrüsst.

Die Ausführungsbestimmungen sind mit der Bekanntgabe der AHV-Versichertennummer gemäss Art. 949b Abs. 2 VE ZGB und dem erweiterten Zugang gemäss Art. 28 ff. Grundbuchverordnung (GBV) vom 23. September 2011 abzustimmen.

Art. 949d VE ZGB; Aufgabenträger des privaten Rechts

Die Weiterführung des Projekts eGRIS (elektronisches Grundstück-Informationssystem) wird ausdrücklich begrüsst. Die vorgesehenen Teilprojekte "Auskunftsportal", "Datenbezug" und "elektronischer Geschäftsverkehr" versprechen einen effektiven Nutzen sowohl für die Grundbuchämter als auch für die Nutzerinnen und Nutzer der Grundbuchführung.

Gemäss Ausführungen im Bericht ist der private Aufgabenträger vom Bund nicht beauftragt, sondern mit verschiedenen Teilprojekten "betraut" (vgl. S. 15). Offen bleibt, wie sich die Zusammenarbeit Bund – private Aufgabenträger – Kantone konkret gestalten wird (zum Beispiel einzelne Vertragsverhältnisse).

Eine Monopolstellung des privaten Aufgabenträgers ist gemäss Bericht nicht vorgesehen. Sind jedoch mehrere Aufgabenträger denkbar, stellt sich die Frage, wie wünschenswert ein Nebeneinander verschiedener Systeme und Anbieter ist (zum Beispiel Schnittstellenproblematik). Dasselbe gilt für die Freiheit der Kantone, die Öffentlichkeit des Grundbuchs und den elektronischen Geschäftsverkehr mit dem Grundbuchamt im Rahmen der bundesrechtlichen Vorgaben durch andere Formen der Zusammenarbeit oder selbständig sicherzustellen (vgl. Bericht, S. 15). Sofern sich ein Kanton entscheidet, die Dienstleistungen "Auskunftsportal", "Datenbezug" und "elektronischen Geschäftsverkehr" anzubieten, wäre eine vorgeschriebene Einheitslösung anzustreben.

Bei der "Betrauung" eines Aufgabenträgers des privaten Rechts stellt sich die Frage nach der Verlässlichkeit des privaten Rechtssubjekts als Erbringer einer mit der Grundbuchführung verbundenen Dienstleistung (zum Beispiel möglicher Konkurs), ähnlich wie bei den Lieferanten der Softwarelösungen für das informatisierte Grundbuch. Von grosser Bedeutung ist daher, dass das Bundesamt für Justiz entsprechenden Risiken mit einer effektiven Aufsicht und weiteren Massnahmen begegnet.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung und versichern Sie, sehr geehrte Damen und Herren, unserer ausgezeichneten Hochachtung.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATS

Landammann:



Susanne Hochuli

Staatsschreiber:



Dr. Peter Grünenfelder

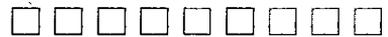
Kopie an:

- egba@bj.admin.ch
- Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ), Rathausgasse 84, 3000 Bern 7
- Departement Volkswirtschaft und Inneres
- Abteilung Register und Personenstand DVI

XXXXXXXXXX



KANTON
APPENZELL INNERRHODEN



BA Justiz	
E	24. DEZ. 2012
Act	

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 25
Telefax +41 71 788 93 39
karin.rusch@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Appenzell, 20. Dezember 2012

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

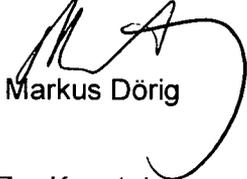
Fristgerecht nehmen wir zur Vernehmlassung betreffend Anpassungen im Bereich der Register des Privatrechts (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch) wie folgt Stellung:

Die Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) hat mit Schreiben vom 25. Oktober 2012 bereits Stellung bezogen. Darin wird dargelegt, dass fünf Bedingungen vollumfänglich erfüllt sein müssen, damit die Übergabe von Infostar an den Bund erfolgen kann. Wir unterstützen die Änderungen im Bereich Beurkundung des Personenstands nur, wenn die im Schreiben der KAZ erwähnten Bedingungen gänzlich erfüllt werden.

Die Änderungen im Bereich Beurkundung des Grundbuchs werden abgelehnt, weil für die Führung des Grundbuchs die Kantone zuständig sind und mit der vorliegenden Regelung die Zuständigkeit der Kantone aufgeweicht würde. Zudem wurde das Sachenrecht (IV. Teil ZGB) auf den 1. Januar 2012 totalrevidiert, sodass eine erneute Revision der Rechtssicherheit abträglich wäre.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:



Markus Dörig

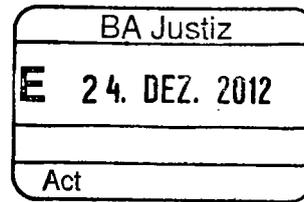
Zur Kenntnis an:

Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
Volkswirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell



Regierungsrat, 9102 Herisau

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern



Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. 071 353 63 51
Roger.Nobs@ar.ch

Herisau, 19. Dezember 2012 / RS

Eidg. Vernehmlassung, Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 24. September 2012 lud das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement die Kantonsregierungen ein, sich bis zum 21. Dezember 2012 zur vorstehend genannten Vorlage vernehmen zu lassen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

1. Änderung betreffend Beurkundung des Personenstandes

Die Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) vertritt die Interessen der kantonalen Zivilstandsbehörden, da alle für das Zivilstandswesen zuständigen Regierungsmitglieder in dieser Konferenz vereint sind. Die Generalversammlung der Konferenz hat sich am 13. November 2009 entschieden, Infostar unter Einhaltung von fünf Bedingungen in die vollumfängliche Zuständigkeit des Bundes zu übertragen.

Unter Berücksichtigung dieser Ausgangslage hat die KAZ die in die Vernehmlassung gegebene Änderung des ZGB betreffend Beurkundung des Personenstandes beurteilt. Die KAZ hat sich mit Schreiben vom 25. Oktober 2012 gegenüber dem Bundesamt für Justiz vernehmen lassen. Die wichtigsten Ausführungen der KAZ sind die folgenden:

Der Wille zur Übergabe von Infostar an den Bund ist an die vollumfängliche Erfüllung von fünf Bedingungen geknüpft, welche für den rechtmässigen und wirtschaftlichen Vollzug des Zivilstandswesens in den Kantonen von sehr grosser Bedeutung sind.

Gemäss den Ausführungen der KAZ vom 25. Oktober 2012 sind die fünf Bedingungen nicht erfüllt. Die KAZ beantragt verschiedene Änderungen des Gesetzestextes.



Die KAZ macht überdies weitere Feststellungen. Zum einen wird ausgeführt, dass der für Einwohnerregister vorgesehene Zugriff auf das elektronische Personenstandsregister aus Sicht der Kantone nicht notwendig sei. Zum anderen wird darauf hingewiesen, dass mit der gänzlichen Übernahme der Herrschaft des Bundes über das Beurkundungssystem die in Art. 46 und 47 ZGB geregelten Haftungs- und Disziplinarbestimmungen zu überdenken seien. Auch mit Blick auf diese beiden Feststellungen beantragt die KAZ verschiedene Änderungen des Gesetzestextes.

Im Einzelnen wird auf die Ausführungen der KAZ gemäss deren Vernehmlassung vom 25. Oktober 2012 verwiesen. Die Revisionsvorlage wird in der vorliegenden Fassung abgelehnt. Der Regierungsrat schliesst sich den Ausführungen der KAZ vollumfänglich an und unterstützt die darin formulierten Änderungsanträge ausdrücklich.

2. Änderung betreffend das Grundbuch

Die beiden das Grundbuchwesen betreffenden Änderungen waren seitens des Bundes bereits angekündigt und wurden deshalb erwartet.

Die erste Änderung, die AHV-Nummer als Identifikator einzuführen, war schon im Zug der Revision der Grundbuchverordnung ein Thema. Es wurde damals festgestellt, dass die gesetzliche Grundlage dafür fehlte. Diese soll nun geschaffen werden.

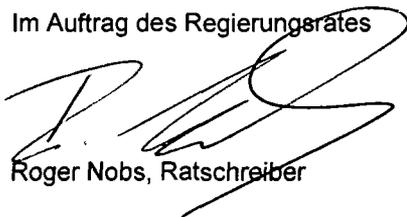
Die zweite Änderung (Grundlage für das Betrauen eines privaten Aufgabenträgers mit Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem EDV-Grundbuch) schafft die erforderliche Klarheit, damit die laufenden eGRIS-Projekte mit der SIX Terravis AG weiterverfolgt werden können. Ursprünglich bestand die Auffassung, es sei keine ausdrückliche gesetzliche Grundlage erforderlich. Nunmehr soll eine entsprechende gesetzliche Grundlage geschaffen werden.

Der Regierungsrat stimmt der Revisionsvorlage, soweit sie sich auf die grundbuchrechtlichen Aspekte bezieht, zu.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

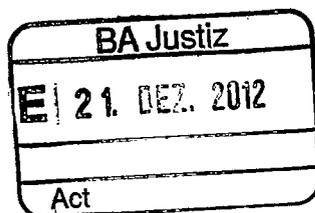
Mit freundlichen Grüssen

Im Auftrag des Regierungsrates



Roger Nobs, Ratschreiber

Eidgenössisches Justiz- und Polizeide-
partement EJPD
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern



I824

Bern, 19. Dezember 2012 JGK C

Änderung des ZGB (Beurkundung des Personenstandes, Grundbuch): Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt Ihnen für die ihm gebotene Möglichkeit, sich zur rubrizierten Revision des ZGB äussern zu können. Zur Vorlage ist aus der Sicht des Kantons Bern Folgendes zu bemerken:

A. Beurkundung des Personenstandes

1. Allgemeine Ausführungen

Die Kantone haben in den letzten Jahren aufgrund der heutigen ZGB-Bestimmungen das schweizerische Personenstandsregister (Infostar) aufgebaut und laufend weiterentwickelt. Das System wird den Anforderungen bezüglich der rechtmässigen Beurkundung des Personenstandes und der hohen Anwenderorientierung in den Kantonen vollumfänglich gerecht. Diese gute Ausgangslage wurde primär durch grosse Investitionen der Kantone geschaffen. Direkte Investitionen von über 10 Millionen Franken und jährliche Betriebskosten von 1,25 Millionen Franken in das System sowie indirekte Investitionen in Personalressourcen zur Rückerfassung der Bevölkerung von rund 50 bis 60 Millionen Franken wurden eingesetzt. Durch die Vollzugsaufgabe im Zivilstandsdienst werden die Kantone weiterhin die Masterdaten für alle nachgelagerten Personenregister gewährleisten.

Die Regierungskonferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) vertritt die Interessen der kantonalen Zivilstandsbehörden, da alle für das Zivilstandswesen zuständigen Regierungsmitglieder in dieser Konferenz vereint sind. Die Generalversammlung der Konferenz hat sich aufgrund der gemischten Zuständigkeiten am 13. 11.2009 entschieden, Infostar unter der Voraussetzung, dass fünf Bedingungen eingehalten werden, in die vollumfängliche Zuständigkeit des Bundes zu übertragen.

Der Vernehmlassungsbericht des BJ ist diesbezüglich unter dem Titel Übersicht (Seite 2) und Ziff. 1.2.2, zweiter Abschnitt (Seite 4), unvollständig. Der Wille der Kantone zur Übergabe von Infostar an den Bund ist an die vollumfängliche Erfüllung der anlässlich der a.o. Versammlung der KAZ vom 13.11.2009 beschlossenen fünf Bedingungen geknüpft, welche für den recht-

mässigen und wirtschaftlichen Vollzug des Zivilstandswesens in den Kantonen von sehr grosser Bedeutung sind.

2. Bedingungen

a. **Bedingung 1:** Mitbestimmungsrechte der Kantone (Artikel 45a Abs. 4 und 5 ZGB)

Im Rahmen der Vorgespräche mit dem Bundesamt für Justiz (BJ) und der Ämterkonsultation wurde seitens der Konferenz mehrmals mündlich und schriftlich darauf hingewiesen, dass die Kantone mit Beschluss vom 13. 11.2009 Mitbestimmungsrechte fordern. Eine Mitwirkung, resp. der einfache Einbezug der Kantone in die Weiter- und Neuentwicklung des Systems erfüllt diese Bedingung nicht.

In der Entwurfsversion von Art. 45a Abs. 4 ZGB wird lediglich von einem allgemeine Einbezug der Kantone in die Weiter- und Neuentwicklungen des Systems gesprochen. Diese Art der Mitwirkung ist zu vage und lässt die Form völlig offen. Bereits eine administrative Vernehmlassung würde die vorgeschlagene Norm erfüllen, was für den Kanton Bern ungenügend ist. Die Mitsprache der Kantone muss gesetzlich institutionalisiert sein, da diese auch künftig mitfinanzieren sollen und zudem die Arbeitskräfte zum Betreiben der Register und damit zum rechtmässigen kantonalen Vollzug des Zivilstandswesens zur Verfügung stellen. Deshalb ist das im Bericht erwähnte Gremium im Gesetz zu verankern. Die blosser Nennung einer Infostarkkommission im Bericht ist auf Dauer nicht verbindlich und als Rechtsgrundlage ungenügend. Der Kanton Bern fordert deshalb die Mitbestimmungsrechte in Form eines paritätisch aus Vertretern von Bund und Kantonen zusammengesetzten Organes.

Antrag zum Gesetzestext:

Art. 45a Abs. 4 ZGB ist wie folgt neu zu formulieren:

Bund und Kantone einigen sich gemeinsam in einem paritätisch zusammengesetzten Organ über die Weiterentwicklung des Personenstandsregisters.

Art. 45a Abs. 5 Ziff. 1 ZGB ist wie folgt neu zu formulieren:

1. die Einzelheiten des paritätisch zusammengesetzten Organs von Bund und Kantonen für die Weiterentwicklung des Personenstandsregisters;

b. **Bedingung 2:** Einhaltung bisherige Kostenhöhe (Art. 45a Abs. 2 ZGB, Art. 6a SchIT ZGB)

Die Kantone haben anlässlich der a.o. Generalversammlung vom 13. 11.2009 festgehalten, dass die bisherigen Kosten nicht überschritten werden sollen. Dabei handelt es sich um die Betriebskosten, welche im Rahmen einer Bundeslösung Infostar in gleicher Höhe ausgerichtet werden sollen, wie sie in den letzten Jahren auf Basis einer Betriebsvereinbarung zwischen Bund und Kantonen (vertreten durch die Konferenz) geflossen sind. Die KAZ hat bei der Beschlussfassung der Bedingung sowie in den bisherigen Gesprächen und Korrespondenzen mehrmals festgehalten, dass als Ausgangspunkt für die bisherigen Kosten diejenigen für den Betrieb von 1,25 Millionen Franken (exkl. Teuerung) dienen sollen. Die Vorlage sieht nun vor, dass sich die Kantone jährlich pauschal mit 3 Millionen Franken beteiligen sollen.

Die im Bericht zu Art. 6a SchIT ZGB erwähnten, zusätzlichen jährlichen durchschnittlichen Kosten für die Weiterentwicklung (Projekte) im Umfang von 1 bis 1,5 Millionen Franken sind den durch die Kantone zu tragenden Kosten nicht anzurechnen.

Die Bundeslösung Infostar fand bei den Kantonen insbesondere Akzeptanz, da damit ausschliesslich die Betriebskosten getragen werden sollen. Auch die Kantone gehen davon aus, dass in den nächsten Jahren Investitionen zur Erneuerung des Systems anstehen könnten. Sie fordern bei der Übergabe von Infostar an den Bund allerdings, dass von diesem ausgelöste Kosten für Neu- und Weiterentwicklungen vollständig durch ihn selbst getragen werden.

Hingegen anerkennen die Kantone die vollumfängliche Finanzierungspflicht bei Projekten, welche ausschliesslich auf Bedürfnissen des Zivilstandswesens der Kantone gründen. Diese sind jedoch in spezifischen Projekten, unter Einbezug der Kantone, zu planen, zu finanzieren und abzuwickeln.

Die Kantone tragen auch in Zukunft ohnehin einen grossen Teil der Kosten, indem sie das Personal und die Infrastruktur finanzieren, welche den Beurkundungsbetrieb mit Datenerfassung sowie abrufbereite Daten für Kreise ausserhalb des Zivilstandswesens zur Verfügung stellen.

Bedingung 2 ist somit nicht erfüllt. Der Kanton Bern ist bereit, sich mit einem Betriebskostenanteil an den Gesamtkosten des Personenstandsregisters von 1,25 Millionen Franken (zuzüglich Teuerung) zu beteiligen. Alle übrigen Kostenbeteiligungen werden abgelehnt.

Antrag zum Gesetzestext:

Art. 45a Abs. 2 ZGB ist wie folgt neu zu formulieren:

Die Kantone beteiligen sich an den Kosten für den Betrieb des Personenstandsregisters. Die Kosten für Weiter- und Neuentwicklungen trägt der Bund.

Art. Art. 6a Abs. 1 SchIT ZGB ist wie folgt anzupassen:

.....jährlich pauschal 1,25 Millionen Franken für die Betriebskosten des Personenstandsregisters nach Artikel 45a Absatz 2. Dieser Betrag wird nach.....

Art. Art. 6a Abs. 2 SchIT ZGB bezüglich der Kostentragung für Neuentwicklungen des Systems ist ersatzlos zu streichen.

- c. **Bedingung 3: Kostentransparenz** (Art. 39 Abs. 1, Art. 45a Abs. 1, 3 ZGB, Art. 6a SchIT ZGB)
Die Bedingung verlangt, dass jederzeit nachvollziehbar sein soll, wann und wofür die kantonalen Mittel eingesetzt werden.

Die Vorlage sieht in Art. 45a ZGB vor, dass sich die Kantone an den Kosten für Betrieb, Weiter- und Neuentwicklungen beteiligen, soweit die Belange des Zivilstandswesens betreffend. Für ausserhalb des Zivilstandswesens liegende Belange können den bezugsberechtigten Stellen Daten und Dienstleistungen in Rechnung gestellt werden.

Dabei ist auf den Vorsorgeauftrag hinzuweisen, dessen Hinterlegungsort ab 1.1.2013 beim Zivilstandsamt angemeldet und im Infostar beurkundet werden kann. Dies ist ein erster registerfremder Eintrag, den die Zivilstandsämter in Infostar beurkunden müssen. Weitere solche (wie z.B. das Sorgerecht) werden diskutiert. Die Zivilstandsbeamten, d.h. Mitarbeitende der Kantone und Gemeinden, müssen immer mehr solche Zusatzarbeiten erledigen.

Sofern Daten an bezugsberechtigte Stellen verkauft werden, ist es nicht legitim, die Kantone an den entsprechenden Betriebskosten zu beteiligen. Insbesondere ist stossend, dass die Kantone einerseits über das Zivilstandswesen an den Betriebskosten partizipieren müssen und andererseits über andere Kanäle ausserhalb des Zivilstandswesens für die Lieferung von Daten bezahlen sollen, welche sie mit eigenem Personal- und Infrastruktureinsatz generiert haben. Das gilt beispielsweise für Daten der Einwohnerdienste, Strassenverkehrsämter, etc. Die Kantone würden so doppelt bezahlen.

Die in Art. 6a Abs. 2 SchIT ZGB erwähnte Kostenregelung für Neuentwicklungen des Systems, welche zwischen Bund und Kantonen hälftig zu tragen sind, erachten wir als intransparent. Entsprechend dem Wortlaut kommen Neuentwicklungen des neu definierten Personen-

informationssystems zum Tragen. Der Umfang dieses Systems wird über das heutige Infostar-System hinausgehen, ist aber nicht näher definiert (vgl. Art. 39 Abs. 1 ZGB). Auch ist der Umfang der Neuentwicklungskosten völlig offen. Schon jetzt werden von verschiedensten Seiten Zugriffsrechte auf die Daten aus Infostar geltend gemacht. Bereits für die begrenzte, heutige Systemumgebung Infostar dürfte eine Neuentwicklung Kosten von über 15 Millionen Franken auslösen.

Bedingung 3 ist nicht erfüllt:

- Der Begriff des Personenstandsregisters ist im ZGB anstelle des zentralen Personen-Informationssystems zu nennen.
- Die Neuentwicklungskosten des Personenstandsregisters sind ausschliesslich durch den Bund zu tragen.
- Auf die Rechnungsstellung von Kosten für Dienstleistungen gegenüber Dritten, für Zwecke ausserhalb des Zivilstandswesens, ist zu verzichten.

Antrag zum Gesetzestext:

Art. 39 Abs. 1 ZGB ist wie folgt neu zu formulieren:

Der Personenstand wird im Personenstandsregister beurkundet.

Art. 45a ZGB, Randtitel, ist wie folgt neu zu formulieren:

1a. Personenstandsregister

Art. 45a Abs. 1 ZGB ist wie folgt neu zu formulieren:

Der Bund betreibt und entwickelt das Personenstandsregister.

Art. 45a Abs. 3 ZGB bezüglich der Kostenverrechnung von Dienstleistungen gegenüber Dritten ist ersatzlos zu streichen.

Art. Art. 6a Abs. 1 SchIT ZGB ist wie folgt anzupassen:

.....jährlich pauschal 1,25 Millionen Franken für die Betriebskosten des elektronischen Personenstandsregisters nach Artikel 45a Absatz 2. Dieser Betrag wird nach.....

Art. Art. 6a Abs. 2 SchIT ZGB bezüglich der Kostentragung für Neuentwicklungen des Systems ist ersatzlos zu streichen.

d. Bedingung 4: Sicherstellung Support (betrifft Art. 45a Abs. 5 ZGB)

Mit der Neuformulierung von Art. 45a ZGB gehen jegliche bisherigen Grundlagen verloren, welche den Kantonen einen zweckmässigen Betriebssupport garantierten.

Die bisherige Bestimmung in Art. 45a Abs. 3 Ziff. 1 ZGB, wonach das Verfahren der Zusammenarbeit durch den Bundesrat zu regeln ist, muss unseres Erachtens beibehalten werden und mit einem Hinweis zum Systemsupport ergänzt werden. Es ist eine Tatsache, dass die Kantone auch im Rahmen einer Bundeslösung Infostar das Zivilstandswesen massgeblich mit dem Personenstandsregister vollziehen.

Bedingung 4 ist deswegen nicht erfüllt. Das Verfahren der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen ist als Grundlage für die Sicherstellung eines operativen Systemsupports im ZGB beizubehalten.

Antrag zum Gesetzestext:

Art. 45a Abs. 5 Ziff. 2 ZGB ist neu einzufügen und wie folgt zu formulieren:

2. das Verfahren der betrieblichen Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kantonen;

- e. **Bedingung 5:** Trennung Oberaufsicht und Betrieb Infostar
 Hierzu haben wir keine Bemerkungen anzubringen. Ob sich die Trennung der Oberaufsicht von Infostar bewährt, wie sie seit dem 1.1.2012 operativ ist, kann im heutigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden.

3. Weitere Feststellungen

a. **Systemzugriff Einwohnerregister** (Art. 43a Abs. 4 Ziff. 5 ZGB)

Der für Einwohnerregister vorgesehene Zugriff auf das Personenstandsregister ist nicht notwendig. Durch die heute operativ funktionierenden Sedex-Schnittstellen erhalten die Einwohnerregister alle zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben notwendigen Personendaten aus Infostar elektronisch übermittelt. Die Bestimmungen der eidgenössischen Zivilstandsverordnung sehen vor, dass sämtliche Datenlieferungen der Zivilstandsämter an die Einwohnerregister (Gemeinden) per 1.1.2015 elektronisch erfolgen, was ein Anschluss der Einwohnerregister an die Sedex-Schnittstelle erfordert. Aus technischer Sicht kann deshalb bereits heute auf den Heimatschein verzichtet werden, sofern die Gemeinden eine Sedex-Schnittstelle finanziert haben. Offen bleibt die Gebührenfrage. Ob mit oder ohne Heimatschein, die Zivilstandsämter erbringen eine Dienstleistung für die von Personenstandsänderungen betroffenen Personen. Diese Dienstleistung ist im Rahmen der Datenbekanntgabe über eine Gebühr zu finanzieren. Bei einer Abfrage wäre diese für die Gemeinden aber kostenlos.

In Bericht und Vorentwurf fehlen Informationen darüber, wer die System-User der Einwohnerregister unterstützt (Installation der notwendigen Programme [SSO-Portal, Infostar-Schnittstelle], Ausstellung der Public-Key-Infrastruktur, Vergabe der Benutzerrollen, IT-Support, etc.). Durch die Unterstützung entstehen zusätzliche Kosten für den Bund und die Kantone. Zudem besteht mit der Vielzahl der Abfragen die Gefahr, dass die Performance des Beurkundungssystems in Mitleidenschaft gezogen wird.

Mit dem geplanten Zugriff erhalten für Einwohnerregister tätige Personen Zugang zu sensiblen Daten. Das Missbrauchsrisiko würde mit der sprunghaften Erweiterung der Zugriffe (welche per se ein grosses Missbrauchspotential darstellt) deutlich ansteigen. Die Daten des Personenstandsregisters unterliegen, anders als die Einwohnerregisterdaten, dem speziellen Schutz des ZGB. Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamte dürfen die Daten nur nach Erwerb des eidgenössischen Fachausweises bewirtschaften bzw. bekanntgeben. Der vorgesehene Datenzugriff durch eine grosse Personengruppe (mehrere tausend Personen), stellt eine potentielle Schwächung des Datenschutzes im Zivilstandswesen dar¹.

Ein Zugang zu Infostar auf Gemeindeebene ist aus diesen Gründen zu verweigern.

Antrag zum Gesetzestext:

Art. 43a Abs. 4 Ziff. 5 ZGB: Hier ist die Passage bezüglich des Zugriffs der kantonalen und kommunalen Einwohnerregister ersatzlos zu streichen.

b. **Haftung und Disziplinar massnahmen** (Art. 46 und 47 ZGB)

Mit der gänzlichen Übernahme der Herrschaft des Bundes über das Beurkundungssystem sind die in Art. 46 und 47 geregelten Haftungs- und Disziplinarbestimmungen zu überdenken. Beide Bestimmungen sind nicht mehr zeitgemäss, da der zugrunde liegende Beamtenstatus

¹ Vgl. Erläuternder Bericht zum Vorentwurf für ein Bundesgesetz über das Strafregister-Informationssystem Vostra vom 3.9.2012

in den Kantonen abgeschafft ist und im kantonalen Recht Bestimmungen zu Verantwortlichkeit und Disziplinar massnahmen bestehen.

Antrag zum Gesetzestext:

Art. 46 und 47 ZGB sind beide ersatzlos zu streichen.

c. Begriffsdefinition Personenstand (Art. 39 Abs. 2 Ziff. 2 ZGB)

Der Zivilstand der eingetragenen Partnerschaft fehlt in der heutigen Fassung bei der Aufzählung der personen- und familienrechtlichen Stellung. Antrag zum Gesetzestext:

Art. 39 Abs. 2 Ziff. 2 ZGB ist wie folgt zu ergänzen:

..., die Ehe, die eingetragene Partnerschaft;

B. Personenidentifikator im Grundbuch

Der Kanton Bern begrüsst die Absicht, im ZGB die Grundlage zu schaffen, welche die Verwendung der neuen Sozialversicherungsnummer im Grundbuch erlaubt. Im Hinblick auf die von mehreren Kantonen geplante Einführung des elektronischen Geschäftsverkehrs und zur schweizweiten Identifikation der im Grundbuch eingetragenen Personen ist diese Möglichkeit von grosser Bedeutung. Allerdings befürchten wir, dass eine Kann-Vorschrift den Zweck der Bestimmung weitgehend vereitelt. Die Führung der neuen Sozialversicherungsnummer im Grundbuch entfaltet nur dann den grössten Nutzen, wenn sie in möglichst allen Kantonen geführt wird.

Ziel muss es sein, in Art. 51 Abs. 1 lit. a der Grundbuchverordnung (GBV) den Anmelder zu verpflichten, die neue Sozialversicherungsnummer als zusätzliche Personenangabe anzugeben. Als Korrelat müssen die Kantone zudem in Art. 90 Abs. 1 lit. a GBV verpflichtet werden, diese Nummer im Hauptbuch als weitere Personenangabe zu führen.

Das heisst, in Art. 949a ZGB muss somit die Grundlage und Kompetenz geschaffen werden, damit der Bundesrat die soeben dargelegten Ergänzungen in der Grundbuchverordnung vornehmen kann. Anstelle einer Kann-Vorschrift zu Gunsten der Kantone ist also eine entsprechende Delegationsnorm an den Bundesrat zu legiferieren.

C. Landesweite Grundstücksuche

Die Absicht zur Schliessung dieser derzeit vorhandenen Gesetzeslücke ist zu begrüessen. Allerdings ist die vorgeschlagene Bestimmung unseres Erachtens zu wenig präzise formuliert. Insbesondere ist nicht klar, welche Rolle diese Personen haben sollen, damit nach ihnen schweizweit gesucht werden kann. Offen ist, ob bloss nach Eigentümern, oder auch nach Dienstbarkeitsberechtigten, –belasteten oder Grundpfandgläubigern gesucht werden können soll. Obwohl vermutlich die Suche nach Eigentümern im Vordergrund stehen dürfte, regen wir an, die Bestimmung offen zu formulieren. Auch wenn zurzeit eine Suche nach anderen Personen als nach den Eigentümern nicht diskutiert wird, könnte dieses Thema in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Mit der zunehmenden Informatisierung, der Verknüpfung von Personendaten und der Vernetzung der Systeme bestehen vielleicht schon bald Möglichkeiten, die heute noch nicht realistisch erscheinen. Es wäre dann zu bedauern, wenn im Rahmen der vorliegenden ZGB-Revision die notwendige gesetzliche Grundlage zur Nutzung der künftigen Möglichkeiten nicht gerade geschaffen würde. Dem Bundesrat ist daher diesbezügliche eine möglichst umfassende Kompetenz zu erteilen. Ob und in welchem Zeitpunkt er diese Kompetenz dann effektiv wahrnehmen will, ist eine andere Frage.

D. Aufgabenträger des privaten Rechts

Zu Art. 949d Abs. 1:

Diese Bestimmung schafft im ZGB erfreulicherweise Rechtsklarheit darüber, ob und welche Aufgaben einem Aufgabenträger des privaten Rechts (Trägerorganisation) übertragen werden dürfen. Allerdings ist die vorgeschlagene Bestimmung zu unpräzise. Gemäss dem Entwurf wird lediglich geregelt, dass das BJ eine Trägerorganisation mit der Verwirklichung der entsprechenden Dienstleistungen betrauen kann. Damit bleiben aber folgende Fragen offen:

- Dürfen die Kantone ihre hoheitlichen Aufgaben im Bereich des Grundbuches an eine private Trägerorganisation delegieren? Gemäss dem bekannten Gutachten ABEGG wurde genau diese Frage mit Blick auf das geltende Recht verneint. Mit dem vorliegenden Vorschlag soll dieser Kritik aus dem Gutachten Rechnung getragen werden. Die vorgeschlagene Bestimmung ist daher in diesem Punkt zwingend zu ergänzen.
- Gemäss der vorgeschlagenen Formulierung wird die Trägerorganisation vom BJ *betraut*, in Zusammenarbeit mit den Kantonen die Dienstleistungen gemäss Art. 949d Abs. 1 Ziff. 1 - 3 zu verwirklichen. Die Aufgaben und Kompetenzen der Trägerorganisation sind damit aber alles andere als klar festgelegt. Der Entwurfsvorschlag lässt vermuten, dass die Trägerorganisation nur für die technischen Belange (Entwicklung und Betrieb der Prozessplattform) zuständig sein soll. Dazu wäre aber keine Gesetzesänderung notwendig. Eine solche ist nur notwendig, wenn der Trägerorganisation die Möglichkeit eingeräumt werden soll, gegenüber den Nutzern selbständig als Anbieter der Daten und somit hoheitlich aufzutreten. Die Kantone träten somit gegenüber den Nutzern nicht mehr in Erscheinung, sondern stünden nur noch in einem Rechtsverhältnis mit der Trägerorganisation. Unseres Wissens entspricht diese Lösung genau den Vorstellungen des BJ. Der vorliegende Vorschlag schafft jedoch leider nicht die dazu notwendige Gesetzesgrundlage.

Schliesslich ist es begrüssenswert, dass die oben erwähnten Fragen im ZGB klar geregelt werden sollen. Die Trägerorganisation soll auch die Möglichkeit erhalten, gegenüber den Nutzern selbstständig und ohne die Kantone als Anbieter aufzutreten zu können. Die Kantone würden entsprechend lediglich die Trägerorganisation mit den Daten beliefern. Nur weil diese Lösung de lege ferenda möglich sein wird, ist damit aber noch nicht gesagt, dass die Kantone mit ihr auch einverstanden sein werden. Vielmehr wird es nach wie vor möglich sein, beispielsweise eine spezialrechtliche Aktiengesellschaft unter überwiegendem Einfluss der Kantone als Anbieterin der Dienstleistungen zu schaffen. Oder anders gesagt wird mit der Schaffung der Möglichkeit, die Trägerorganisation als Anbieterin aufzutreten zu lassen, in keiner Weise präjudiziert, dass dieses Modell auch effektiv einmal umgesetzt wird. Die bereits heute bestehenden Modelle bleiben auch künftig möglich und den Entscheid zugunsten eines der Modelle werden die Kantone zu einem späteren Zeitpunkt fällen. Aufgrund der bei den Kantonen angesiedelten Datenhoheit verbleibt der Entscheid zugunsten eines der Modelle in ihrem Kompetenzbereich.

Zu Art. 949d Abs. 2:

Wir begrüssen, dass die Trägerorganisation der Aufsicht des BJ unterstehen soll. Allerdings bezweifeln wir, dass das Bundesamt über genügend technisches Know-how, praktische Erfahrung und notwendige personelle Ressourcen verfügt, um diese höchst anspruchsvolle Aufgabe auszuüben.

Ungeachtet der Aufsicht der Trägerorganisation durch das BJ haben im Übrigen auch die Kantone ein unmittelbares Interesse, selber gewisse Aufsichts- und Controllingfunktionen auszuüben, zumal sie als Herren ihrer Daten die Verantwortung über dieselben tragen und für allfällige Schäden haften. Diese Aufsichts- und Controllingfunktionen werden jedoch im Rahmen der Verträge zwischen den Kantonen und der Trägerorganisation begründet und bedürfen daher keiner weiteren gesetzlichen Grundlage.

Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt Ihnen für die Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen.

Freundliche Grüsse
Namens des Regierungsrates:
Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'C. Meuwert', written in a cursive style.

Der Staatsschreiber:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'L. Pegg', written in a cursive style.

LIESTAL, 21. Dezember 2012

Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

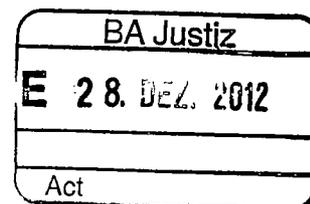
28. DEZ. 2012

No. _____



DER REGIERUNGSRAT
DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern



Vernehmlassung zum Entwurf einer Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme und teilen in erwähnter Angelegenheit Folgendes mit:

I. Änderungen des ZGB im Zusammenhang mit der Beurkundung des Personenstands

Artikel 39 und 43a nZGB

In Artikel 39 ZGB wird festgelegt, welche Personendaten im elektronischen Register geführt werden. Der Begriff "elektronische Register" soll durch die Begriffe "zentrales Personen-Informationssystem" und "Personenstandsregister" ersetzt werden. Gemäss den Ausführungen im Bericht zum Vorentwurf soll die neue Formulierung ermöglichen, dass in Zukunft vermehrt eine systematische Behördenzusammenarbeit mit modernisierten elektronischen und automatischen Meldeprozessen erfolgen kann. So soll in Zukunft Infostar mit den Einwohnerdiensten und auch mit den AHV-Registern gekoppelt werden können (vgl. Artikel 43a Absatz 4 Ziffern 5 und 6 nZGB).

Durch die heute operativ funktionierenden Sedex-Schnittstellen erhalten die Einwohnerregister alle zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben notwendigen Personendaten aus Infostar elektronisch übermittelt. Aus technischer Sicht kann bereits heute auf den Heimatschein verzichtet werden. Es erscheint uns deshalb weder notwendig, den Zugriff zu erweitern noch einen solchen im Gesetz festzuschreiben. Aus diesem Grund erscheint es uns auch nicht notwendig, von einem "zentralen Personen-Informationssystem" zu sprechen, sondern es kann der bekannte Begriff "elektronisches Register" durch "Personenstandsregister" ersetzt werden.

Bei der Definition des Begriffs Personenstand (Artikel 39 Absatz 2 nZGB) fehlt die "eingetragene Partnerschaft" sowohl als Zivilstandstatsache (Ziffer 1 der Bestimmung) als auch bei der personen- und familienrechtlichen Stellung (Ziffer 2). Die eingetragene Partnerschaft müsste jeweils ergänzt werden.

Antrag: Änderung des Revisionsentwurfs im Sinne unserer Bemerkungen.

Artikel 45a nZGB

In dieser Bestimmung wird festgehalten, dass das Personenstandsregister durch den Bund betrieben wird. Einer vollständigen Übergabe von Infostar an den Bund hat die Mehrheit der Kantone nur zugestimmt, wenn 5 Bedingungen eingehalten werden. Eine der wichtigsten Bedingungen war ein garantiertes Mitbestimmungsrecht der Kantone. Im Rahmen der Vorgespräche mit dem Bundesamt für Justiz und der Ämterkonsultation hat die Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) offenbar mehrmals mündlich und schriftlich darauf hingewiesen, dass die Kantone mit Beschluss vom 13. November 2009 Mitbestimmungsrechte gefordert haben.

In Artikel 45a Absatz 4 ZGB des Revisionsentwurfs wird nun lediglich der allgemeine Einbezug der Kantone in die Weiter- und Neuentwicklungen des Systems festgehalten. Diese Regelung ist zu vage und lässt die Form der Mitwirkung völlig offen. Bereits eine administrative Vernehmlassung würde die vorgeschlagene Norm erfüllen, was wir als ungenügend einstufen. Die Mitsprache der Kantone muss gesetzlich institutionalisiert sein, weil diese auch künftig mitfinanzieren und zudem die Arbeitskräfte zum Betreiben der Register zur Verfügung stellen und damit den rechtmässigen kantonalen Vollzug des Zivilstandswesens sicher stellen. Die Praktikabilität von Infostar, welche langfristig bürgerfreundliche und wirtschaftliche Arbeitsprozesse gewährleisten muss, kann nur durch den Einbezug von Kantonsvertretern/-innen gewahrt werden. Diese sind mit entsprechenden Befugnissen auszustatten.

Die von den Kantonen eingesetzte und aktuell tätige Infostarkommission leistet schon heute äusserst effiziente Arbeit und garantiert den Kantonen, dass Infostar reibungslos läuft und die notwendigen Anpassungen und Änderungen in Gang gesetzt und umgesetzt werden. Es ist nicht nachvollziehbar, warum das im Bericht zum Vorentwurf erwähnte Gremium nicht im Gesetz verankert wird. Die Formulierung der Entwurfsbestimmung, wonach der Bundesrat die Einzelheiten des Einbezugs der Kantone in die Weiter- und Neuentwicklung regeln soll, entspricht nicht den Abmachungen mit der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ).

Im Schlusstitel des ZGB wird in Artikel 6a neu geregelt, dass die Kantone dem Bund pauschal 3 Millionen Franken für Betriebs- und Weiterentwicklungskosten von Infostar bezahlen (Absatz 1). Kosten für die Neuentwicklungen sollen noch zusätzlich zur Hälfte von den Kantonen getragen werden (Absatz 2). Die Kantone haben anlässlich der Generalversammlung vom 13. November 2009 der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) als weitere Bedingung festgehalten, dass die bisherigen Kosten nicht überschritten werden. Bei den Kosten handelt es sich um die Betriebskosten, welche im Rahmen einer Bundeslösung Infostar in gleicher Höhe ausgerichtet werden sollen, wie sie in den letzten Jahren auf der Basis einer Betriebsvereinbarung zwischen Bund und Kantonen (vertreten durch die Konferenz) geflossen sind. Die Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) hat bei der Beschlussfassung der Bedingung sowie in den bisherigen Gesprächen und Korrespondenzen offenbar mehrmals festgehalten, dass der Ausgangspunkt der bisherigen Kosten die Betriebskosten von 1.25 Millionen Franken (exkl. Teuerung) sind.

Die im Bericht zum Vorentwurf zu Schlusstitel Artikel 6a ZGB erwähnten, zusätzlichen jährlichen Kosten für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einführung der Neuen Sozialversicherungsnummer (NSS) im Zivilstandsregister über 0.1 Millionen Franken und die eingerechneten durchschnittlichen Weiterentwicklungskosten (Projekte) im Umfang von 1

bis 1.5 Millionen Franken dürfen den durch die Kantone zu tragenden Kosten nicht angerechnet werden.

Die Bundeslösung Infostar fand bei den Kantonen insbesondere deshalb Akzeptanz, weil damit ausschliesslich die Betriebskosten getragen werden sollen. Auch wir gehen davon aus, dass in den nächsten Jahren Investitionen zur Erneuerung des Systems anstehen könnten und wünschen bei der Übergabe von Infostar an den Bund, dass von diesem ausgelöste Kosten für Neu- und Weiterentwicklungen vollständig selber getragen werden. Hingegen können wir die vollumfängliche Finanzierungspflicht bei Projekten, die ausschliesslich auf Bedürfnissen des Zivilstandswesens der Kantone gründen, anerkennen. Diese sind jedoch in spezifischen Projekten, mit Einbezug der Kantone zu planen, zu finanzieren und abzuwickeln. Es ist dabei festzuhalten, dass auch die Kantone einen grossen Teil der Infostar-Kosten tragen, da sie das Personal und die Infrastruktur von Daten finanzieren, die auch Kreisen ausserhalb des Zivilstandswesens zur Verfügung gestellt werden.

Aus diesen Gründen muss ein deutlich geringerer Pauschalbetrag für die Kantone im Gesetz verankert werden. Wir schliessen uns der Meinung der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) an und würden den Betrag von 1.25 Millionen im Gesetz verankern. Wir sind ebenso der Ansicht, dass die Bestimmung bezüglich der Kostentragung für Neuentwicklungen des Systems zu streichen ist.

Antrag: *Änderung des Revisionsentwurfs im Sinne unserer Bemerkungen.*

II. Änderungen des ZGB im Zusammenhang mit dem Grundbuch

Artikel 949b nZGB

Mit Artikel 949b wird für die Kantone die Möglichkeit geschaffen, die Versichertennummer der AHV gemäss AHVG als Personenidentifikator im Grundbuchwesen zu verwenden. Die Möglichkeit wird grundsätzlich – und unter Vorbehalt der nachstehenden Ausführungen – sehr begrüsst, weil der bisherige Ausschluss des Grundbuchs von der Verwendung der Versichertennummer im Kanton Basel-Landschaft bisher zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Verknüpfung der natürlichen Personen in der kantonalen Personendatenbank mit dem Grundeigentum geführt hat. Mit der neu geschaffenen Möglichkeit wird die Konsolidierung der Einwohner- und Steuerregister, bei denen bereits die Versichertennummer als Identifikator genutzt wird, mit dem Grundbuch möglich.

Im Bericht zu Artikel 949b wird davon ausgegangen, dass Namensänderungen in Zukunft automatisch aktualisiert werden können. Um dies zu ermöglichen, müsste allerdings auch Artikel 963 ZGB angepasst werden, da automatische Anpassungen dem Antragsprinzip widersprechen, wie es im Grundbuchwesen gilt. Für dessen Durchbrechung wäre eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage erforderlich, die zugleich mit der hier unterbreiteten Revisionsvorlage einzuführen wäre. Weil die Namensänderungen im Bericht lediglich beispielhaft für einen Abgleich zwischen Datenbanken angeführt werden, ist hinsichtlich einer solchen gesetzlichen Grundlage auch eine automatisierte Aktualisierung anderer Personendaten vorzusehen, beispielsweise des Zivilstands oder der Heimatorte / der Staatsangehörigkeit.

Antrag: *Änderung von Artikel 963 ZGB respektive Schaffung einer zusätzlichen Bestimmung im Sinne unserer Bemerkungen.*

Artikel 949c nZGB

Die Einführung einer landesweiten Suche berechtigter Behörden nach Grundstücken der aufgrund der Versichertennummer identifizierten Person stösst auf ein praktisches Problem. Die Verwendung der Versichertennummer wird in Artikel 949b nZGB mit einer "Kann-Regelung" statuiert. Die vorgesehene landesweite Suche aufgrund der Versichertennummer würde hingegen voraussetzen, dass alle Kantone diese einheitlich als Personenidentifikator verwenden würden. Wesentliche Zielsetzungen von Artikel 949b und 949c nZGB werden daher mit einer optionalen Formulierung nicht erreicht. Dies wäre mit einer zwingenden Verwendung der Versichertennummer als Personenidentifikator herbeizuführen. Von einem entsprechenden Antrag wird indessen abgesehen.

Artikel 949d nZGB

Mit Artikel 949d nZGB wird die erforderliche gesetzlichen Grundlage nachgereicht, mit der die Weiterverfolgung des Projekts eGris unter der Ägide der SIX-Group möglich wird. Dies ist klar zu begrüssen. Allerdings ist die Formulierung der neuen gesetzlichen Grundlage zu wenig präzise. Die reine Realisierung von IT-Projekten in Zusammenarbeit mit den Kantonen gehört nicht zu denjenigen Gegenständen, die einer gesetzlichen Grundlage im ZGB bedürfen. Vielmehr haben die Erfahrungen des Kantons Basel-Landschaft mit dem Projekt eGris gezeigt, dass die SIX-Group letztlich der Betreiber der elektronischen Plattform für die Datenabfrage und für den elektronischen Geschäftsverkehr ist (Terravis). Weil dies eigentlich die Aufgabe der Kantone wäre, die mit der hoheitlichen Aufgabe der Führung des eidgenössischen Grundbuchs betraut sind, sind für die Einführung der Plattform komplizierte vertragliche Regelungen erforderlich, die namentlich Fragen der Datenhoheit und des Datenflusses regeln. Es ist aber insbesondere die Auslagerung dieses Teils der hoheitlichen Aufgaben, für die Artikel 949d nZGB notwendig wäre. Das Ziel, dafür die Basis zu bieten, erreicht die entworfene Formulierung indes nicht.

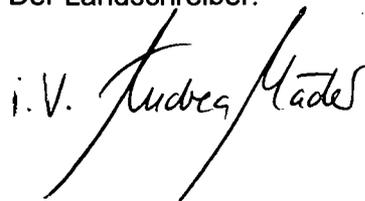
Antrag: *In Artikel 949d nZGB ist eine klare Aussage vorzusehen, dass die Kantone hoheitliche Aufgaben – wie den Betrieb einer elektronischen Plattform für den Datenaustausch – an den privaten Aufgabenträger delegieren können.*

Wir hoffen, Ihnen mit unseren Bemerkungen dienen zu können, und danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrats
Die Präsidentin:



Der Landschreiber:

i.V. 

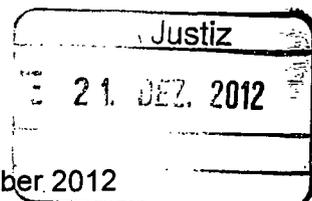


Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Staatskanzlei
Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Telefon +41 (0)61 267 85 62
Telefax +41 (0)61 267 85 72
E-Mail staatskanzlei@bs.ch
Internet www.bs.ch

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern



Basel, 18. Dezember 2012

Regierungsratsbeschluss
vom 11. Dezember 2012

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch) Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 24. September 2012, mit welchem Sie uns die Unterlagen zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch) zugesandt und uns eingeladen haben, zu dieser Stellung zu nehmen. Gerne übermitteln wir Ihnen hiermit die Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt.

A. Allgemeine Bemerkungen

1.

Die vorgeschlagenen Änderungen bezwecken Anpassungen im Bereich der Register des Privatrechts. Sie beziehen sich einerseits auf das Informatisierte Standesregister „Infostar“, also auf das Zivilstandswesen, andererseits auf das Grundbuch. In den nachstehenden Ausführungen finden sich unter Ziffer 2 unsere Bemerkungen zu den Bestimmungen, welche das Zivilstandswesen, unter Ziffer 3 diejenigen, welche das Grundbuch betreffen.

2. Beurkundung des Personenstandes

Es ist richtig, dass sich die Kantone anlässlich der ausserordentlichen Versammlung der Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst KAZ vom 13. November 2009 dafür ausgesprochen haben, das Informatisierte Standesregister Infostar allein durch

den Bund betreiben und weiterentwickeln zu lassen. Allerdings wurde dieser Beschluss von der Einhaltung von fünf Bedingungen abhängig gemacht. Diese sind: 1. Mitbestimmungsrechte der Kantone, 2. Einhaltung bisheriger Kostenhöhe, 3. Kostentransparenz, 4. Sicherstellung Support, 5. Trennung Oberaufsicht und Betrieb Infostar. Es muss leider festgestellt werden, dass diese fünf Bedingungen in den vorliegenden Gesetzesänderungen keine Beachtung gefunden haben. Auf ausführliche Bemerkungen zu den neuen Bestimmungen wird hier verzichtet. Die Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst, welcher der Kanton Basel-Stadt ebenfalls angehört, wird Mitte Dezember eine umfassende Vernehmlassung einreichen, die alle wesentlichen Kritikpunkte enthält und die Probleme aus Sicht der Fachleute beleuchtet und kommentiert. Wir schliessen uns dieser Vernehmlassung ausnahmslos an und verweisen explizit auf diese.

3. Personenidentifikator im Grundbuch

Die neuen Bestimmungen wurden in unserem Kanton der kritischen Prüfung durch die Fachabteilung (Grundbuchamt) unterzogen. Daneben fand eine Würdigung aus Sicht des Datenschutzes statt. Der besseren Übersichtlichkeit wegen finden sich nachstehend diese beiden Betrachtungsweisen getrennt wieder. Unter Abschn. B sind die Ausführungen aus Sicht der Fachabteilung, unter Abschn. C diejenigen aus Sicht des Datenschutzes wiedergegeben.

B. Zu den einzelnen Artikeln

1. Erster Titel des Zivilgesetzbuches: Art. 39, 43a und 45a ZGB

Wie bereits unter Abschn. A Ziff. 2 festgehalten, verzichten wir auf die Kommentierung der neuen Bestimmungen Art. 39, 43a und 45a ZGB und verweisen stattdessen vollumfänglich auf die Vernehmlassung der Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst.

Einzig sei Folgendes betreffend Zugriff der Einwohnerdienste auf Infostar bemerkt:

- Aus Sicht des Einwohneramtes unseres Kantons wird die Absicht, Infostar den Einwohnerdiensten im Abrufverfahren zur Verfügung zu stellen (Art. 43a Abs. 4 Ziff. 5 ZGB) begrüsst. Können die Einwohnerdienste die in Infostar vorhandenen Daten nutzen, kann der Heimatschein (endlich) abgeschafft werden. Da diese Stellen nicht über Mutationsrechte, sondern nur über Einsichtsrechte in die vom Bund freigegebenen Daten verfügen, dürften diesbezüglich keine datenschutzrechtlichen Probleme bestehen. Es ist davon auszugehen, dass auf elektronischem Wege nur jene Daten eingesehen werden dürfen, welche heute bereits auf dem Heimatschein ausgewiesen sind.
- Schon heute werden Zivilstandsmutationen auf elektronischem Wege über eine Sedex-Schnittstelle an die Einwohnersysteme geliefert und sollen in absehbarer Zeit die heute noch gängigen Papiermeldungen ablösen. Die derzeitigen elektronischen Meldungen können die vorgesehene Datenabfrage durch die Einwohnerdienste jedoch nicht ersetzen, da heutzutage nur Mutationen geliefert werden. Ausserdem erhalten die Einwohnerdienste nur Mutationen jener Personen, wel-

che in ihrer Gemeinde Wohnsitz haben. Daten von Zuzügerinnen und Zuzüger werden nicht über Infostar geliefert. Wenn aber Infostar sowohl innerhalb des Bundes, als auch gegenüber kantonalen Systemen Referenzsystem sein soll, müssten die Infostardaten auch unkompliziert in die Einwohnersysteme übernommen werden können. Im Hinblick auf ein allfälliges späteres Zivilstandsergebnis nehmen die Gemeinden des Kantons Basel-Stadt aus diesem Grunde schon heute sogar die Personendaten von neu zuziehenden Ausländerinnen und Ausländern ab Zivilstandsdokumenten in ihr Register auf.

- Schliesslich hätte die direkte Übernahme der Daten von Infostar in die Einwohnerregister den Vorteil der besseren Datenqualität. Falschschreibungen, Zahlendreher und Ähnliches könnte so vermieden werden.

2. Fünfundzwanzigster Titel des Zivilgesetzbuches: Art. 949b, 949c und 949d ZGB

2.1. Art. 949b (neu) ZGB (Personenidentifikator im Grundbuch)

Der Bericht zum Vorentwurf geht im Grundsatz davon aus, dass für die einheitliche Erfassung von Daten von natürlichen Personen eine Grundlage geschaffen werden muss, weil keine einheitliche Praxis der beteiligten Behörden bestehen würde. Dies führe zu administrativem Leerlauf und zu unnötigem Koordinationsaufwand.

Diese Aussage trifft - zumindest im Kanton Basel-Stadt - in keiner Weise zu, denn im Kanton Basel-Stadt werden Daten zu Informationsobjekten, die von verschiedenen Fachabteilungen bewirtschaftet werden, zentral erfasst, gepflegt und über den kantonalen Datenmarkt an weitere berechnete Fachinstanzen verteilt. Dazu gehören beispielsweise Personen, Eigentum, Adressen und Gebäude. Für die Registerführung im Kanton Basel-Stadt besteht somit kein Handlungsbedarf.

Da es sich bei der neuen Bestimmung lediglich um eine „Kann-Vorschrift“ handelt und es den Kantonen somit freisteht, ob sie in Zukunft die Versicherungsnummer der AHV verwenden wollen oder nicht, ist von vornherein ausgeschlossen, dass eine gesamtschweizerische Bereinigung der Daten der natürlichen Personen möglich sein wird.

Die Verwendung der Versicherungsnummer würde also nur dann wirklich Sinn machen, wenn sie von den Kantonen zwingend geführt werden müsste und auch die Urkundspersonen verpflichtet würden, die Nummer in den Urkunden anzugeben. Ausserdem müsste die Einführung des neuen Personenidentifikators zwingend in einer vorgegebenen Frist erfolgen, wie dies beispielsweise für die Einführung der Schnittstelle für den Grundbuchdatenbezug und -austausch (GBDBS) für die Grundbuchsysteme und für die Einführung des Bezugsrahmens der Landesvermessung 1995 (LV95) für die amtliche Vermessung der Fall ist.

Im Kanton Basel-Stadt sind zurzeit rund 47'800 Personen in der Grundbuchdatenbank registriert. Dabei handelt es sich nicht nur um aktuelle und historische Eigentümerinnen und Eigentümer, sondern auch um andere (dinglich oder obligatorisch) berechnete Personen an Grundstücken (bsp. Dienstbarkeitsberechnete, Vorkaufsberechnete, Nutzniesserinnen und Nutzniesser, Mieterinnen und Mieter, Schuldnerinnen und Schuldner sowie Gläubigerinnen

und Gläubiger). Um das angestrebte Ziel erreichen zu können, müsste allen in der Grundbuchdatenbank vorhandenen Personen eine AHV-Nummer zugewiesen werden, unabhängig davon, ob diese Person noch am Leben ist oder nicht. Der Bereinigungsaufwand dürfte somit horrend sein. Ganz abgesehen davon, dass es Personen in der Grundbuchdatenbank gibt, die gar nicht identifizierbar sind. Diese Personen sind bereits vor Jahrzehnten ohne Geburtsdatum eingetragen worden, leben eventuell im Ausland oder sind schon längst verstorben und die Erbinnen und Erben sind unbekannt.

Unklar ist in diesem Zusammenhang auch das Procedere, wenn Ausländerinnen und Ausländer mit Wohnsitz im Ausland, die bisher keine AHV-Versichertennummer erhalten haben, ein Grundstück oder ein Recht an einem Grundstück in der Schweiz erwerben. Es kann ja nicht sein, dass die entsprechende Grundbuchanmeldung wegen Fehlens der Versicherungsnummer abgewiesen werden müsste. Muss sich die Grundbuchverwalterin oder der Grundbuchverwalter also selbst darum kümmern und bei der AHV-Behörde eine Nummer beantragen? Wie kann die Nummer nachträglich mit der Person verknüpft werden?

Im Bericht wird sodann davon ausgegangen, dass Namensänderungen in Zukunft automatisch aktualisiert werden könnten. Dieses Vorgehen würde dem im Grundbuchrecht geltenden Antragsprinzip widersprechen und müsste ausdrücklich im Gesetz als zulässig erklärt werden. Art. 963 ZGB müsste dementsprechend angepasst werden.

Unklar ist ferner, ob die AHV-Versichertennummer auf dem Grundbuchauszug erscheinen soll. Dem Bericht (S. 14) ist zu entnehmen, dass dies auf jeden Fall verneint wird. In Art. 26 Abs. 1 lit. a GBV ist demgegenüber ausdrücklich erwähnt, dass die Identifikation der Eigentümerin und des Eigentümers auf dem Auszug enthalten ist. Hier stellt sich die Frage, was, wenn nun nicht die AHV-Nummer, ist dann die Identifikation der Eigentümerin und des Eigentümers?

2.2. Art. 949c (neu)ZGB (Landesweite Grundstücksuche)

Auch diese Bestimmung macht nur dann wirklich Sinn, wenn alle Kantone die Versichertennummer als Personenidentifikator im Grundbuch einsetzen würden.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass eine landesweite Grundstücksuche nur betreffend die im Hauptbuch rechtsgültig eingetragenen Personen möglich ist. Entsprechend ist zu berücksichtigen, dass der Eintrag im Hauptbuch nicht auf allen Grundbuchämtern denselben Aktualitätsstand aufweist, ist doch die Dauer zwischen Grundbuchanmeldung und definitivem Hauptbucheintrag von verschiedenen Faktoren abhängig (Arbeitsanfall, Beanstandung etc.). Gerade im Falle des Konkurses einer Person sind solche pendenten Grundbuchgeschäfte von grosser Bedeutung. Der Kanton Basel-Stadt kennt deshalb – wohl als einziger Kanton – die Möglichkeit, nach provisorischen Eigentümerinnen und Eigentümern zu suchen, um dem Konkursamt auch eben erst erworbene Grundstücke einer konkurssiten Person anzugeben.

Der Wortlaut von nArt. 949c ZGB ist unklar. Dem Bericht (S. 15) ist zu entnehmen, dass landesweit offenbar nur nach Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern gesucht wird.

Falls die Suche tatsächlich nur auf das Eigentum einer Person beschränkt sein soll, müsste dies ausdrücklich gesagt werden. Es ist nämlich zu bedenken, dass ein solcher Personenidentifikator auch die Möglichkeit zulassen würde, nach einer Person zu suchen, welcher eine andere Rolle als die Rolle „Eigentümerin“ oder „Eigentümer“ zukommt. Entsprechend gross könnte damit die Gefahr eines Missbrauchs der gesammelten Informationen werden und sogar sog. Rasterfahndungen über bestimmte Personen ermöglichen.

Schliesslich muss der Begriff „berechtigte Behörde“ genauer definiert werden. Sind etwa die freiberuflichen Notarinnen und Notare dazu zu rechnen? Diesen kommt im Zusammenhang mit der Behandlung von Erbgängen eine wichtige Bedeutung zu, wenn es darum geht, sämtliche sich in einem Nachlass befindlichen Grundstücke und andere Rechte der Erblasserin oder des Erblassers ausfindig zu machen.

2.3. Art. 949d (neu) ZGB (Aufgabenträger des privaten Rechts)

Die Führung des Grundbuchs ist eine hoheitliche Aufgabe der Kantone. Nach der auch hier vertretenen Auffassung ist es nach geltendem Recht die Aufgabe der Kantone, darüber zu entscheiden, welchen Personen ein Zugriff auf die Daten des Grundbuchs gewährt werden darf und welche Daten eingesehen werden können.

Mit nArt. 949d ZGB soll nun die erforderliche gesetzliche Grundlage dazu geschaffen werden, dass die Kantone diese Aufgabe an eine Person ausserhalb der kantonalen Verwaltung übertragen können. Diese neue Bestimmung ist somit die Voraussetzung, dass das Projekt elektronisches Grundstückinformationssystem eGRIS weiterverfolgt werden kann, welches durch die SIX-Group vorangetrieben wird.

Der Wortlaut der vorgeschlagenen Bestimmung ist zu unpräzise. Es fehlt etwa die klare Aussage, dass die Kantone die hoheitlichen Aufgaben an eine private Aufgabenträgerin oder einen privaten Aufgabenträger delegieren dürfen. Der Wortlaut von nArt. 949c ZGB lässt demgegenüber vermuten, dass private Aufgabenträgerinnen oder private Aufgabenträger nur bei der Systementwicklung mitwirken werden (...in Zusammenarbeit mit den Kantonen folgende Nutzungen des informatisierten Grundbuchs zu verwirklichen), was natürlich keine gesetzliche Grundlage erforderlich machen würde.

Da auch diese Bestimmung optional ist und die Kantone somit frei entscheiden könnten, ob sie von der Möglichkeit der Delegation Gebrauch machen oder nicht, drängt sich die Frage auf, ob damit das Ziel – ein schweizweit einheitlicher Zugang zu den Grundbuchdaten - tatsächlich erreicht werden kann. Zudem soll ausdrücklich kein Monopolanbieter vorgegeben werden. Dies würde aber dazu führen, dass weitere Koordinationsaufgaben nötig wären, wenn wiederum verschiedene Systeme miteinander verknüpft werden müssten.

Die Aufsicht über die private Aufgabenträgerin oder den privaten Aufgabenträger soll schliesslich vom Bundesamt für Justiz vorgenommen werden. Es ist aus unserer Sicht fraglich, ob dieses Bundesamt über genügend technisches Know-how und auch personelle Ressourcen für diese höchst anspruchsvolle Aufgabe verfügt.

3. Schlusstitel des Zivilgesetzbuches: Art. 6a SchIT ZGB

Keine Bemerkungen.

C. Bemerkungen aus der Sicht des Datenschutzes

1.

Auch wenn das Vorhaben, in sämtlichen Registern des Privatrechts eine einheitliche Erfassung der natürlichen Personen sicherzustellen, aus der Sicht des Datenschutzes begrüsst wird, sei doch mit Nachdruck auf einen wichtigen Punkt hingewiesen: Die anvisierte Verknüpfung mit verschiedenen anderen Registern und damit verbunden die Ausweitung der Nutzung der Personenregister (Stichwort „Data-Warehouse“, Bericht zum Vorentwurf, S. 10 f.) darf aufgrund der verfassungs- und datenschutzrechtlichen Vorgaben (Art. 5 bzw. 36 BV; Art. 4 bzw. 17 des Bundesgesetzes) vom 19. Juni 1992¹ über den Datenschutz (DSG für Bundesorgane; §§ 9 bzw. 21 des baselstädtischen Gesetzes vom 9. Juni 2010² über die Information und den Datenschutz (Informations- und Datenschutzgesetz, IDG) für kantonale Organe) ausschliesslich gestützt auf gesetzliche Grundlagen, welche sowohl in Bezug auf die Norm-Stufe wie auch auf die Norm-Dichte über ein genügend hohes Niveau verfügen, erfolgen.

2. Einführung der AHVN13 als Personenidentifikator im Grundbuch

Die in der Vorlage vorgesehene Nutzung der AHVN13 als Personenidentifikator im Grundbuch ist aus datenschutzrechtlicher Sicht aus folgenden Gründen abzulehnen:

2.1. **Schleichende Zweckentfremdung** der AHVN13: Die AHVN13 ist eine *Sozialversicherungsnummer*. Die Nutzung der AHVN13 als Personenidentifikator im Grundbuch basiert mit der vorgeschlagenen Revision zwar auf einer formell-gesetzlichen Grundlage, wie sie von Art. 50e Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946³ über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) verlangt wird, stellt aber eine schleichende Zweckentfremdung der AHVN13 dar und ist damit aus rechtstaatlicher Sicht fragwürdig.

2.2. **Fehlende Geeignetheit der AHVN13**: Die AHVN13 soll eingesetzt werden, um eine eindeutige und somit verlässliche Identifikation der Grundeigentümerinnen und -eigentümer zu gewährleisten. Die Sozialversicherungsnummer dürfte diesen Ansprüchen nicht gerecht werden:

- Nach Aussage der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) sind circa 20 Millionen AHVN13 vergeben, wobei die ZAS selbst davon ausgeht, dass circa 200'000 Personen mehr als eine AHVN13 zugeteilt erhalten haben und rund 10'000 bis 20'000 AHVN13 mehr als einer Person zugeteilt wurden. Eine eindeutige und verlässliche Identifikation der Grundeigentümerinnen und -eigentümer kann somit nicht gewährleistet werden.

¹ SR 235.1.

² SG 153.260.

³ SR 831.10.

- Verknüpfbarkeit, Missbrauchspotenzial: Weil die AHVN13 ungeschickterweise als Personenidentifikator für die Registerharmonisierung vorgesehen wurde und deshalb in der Verwaltung breite Verwendung findet (Sozialversicherung, Sozialhilfe, Einwohnerregister, Bildungswesen, Steuerwesen, Statistik und z.T. weitere Bereiche nach kantonalem Recht) muss damit gerechnet werden, dass die diversen Daten sehr einfach miteinander verknüpft werden können. Damit steigt auch das Missbrauchspotential, was es zu vermeiden gilt.

2.3. **Keine Erforderlichkeit** eines Personenidentifikators: Die Ausführungen im Bericht zum Vorentwurf machen deutlich, dass in keinem der vier begutachteten Länder derzeit ein Personenidentifikator im Grundbuch genutzt wird: Offensichtlich haben diese Staaten das Problem der eindeutigen Zuordnung eines Grundstücks zu einer natürlichen Person anderweitig lösen können oder erachten das „Problem“ als eher marginaler Natur. Auch die im Bericht zum Vorentwurf angeführten Gründe für die Einführung (S. 13) lassen darauf schliessen, dass der Einsatz der AHVN13 schlicht als „nice to have“ bezeichnet werden kann: Ein Personenidentifikator im Grundbuch ist damit aus datenschutzrechtlicher Sicht für die Aufgabenerfüllung der jeweiligen Organe nicht erforderlich.

2.4. Schliesslich ist auch fraglich, ob die Vergabe einer AHVN13 an ausländische Grundeigentümerinnen und -eigentümer mit Art. 50c Abs. 3 lit. b AHVG vereinbar ist: Diese Bestimmung sieht vor, dass Ausländerinnen und Ausländer mit Wohnsitz im Ausland eine AHV-Nummer erhalten können, wenn dies im Verkehr mit einer Stelle oder Institution *notwendig* ist. Wie auch im Zusammenhang mit der allgemeinen Erforderlichkeit des Einsatzes eines Personenidentifikators ausgeführt, ist es mehr als fraglich, ob es tatsächlich für den Verkehr zwischen den jeweiligen Behörden und den ausländischen Grundeigentümerinnen und -eigentümer erforderlich ist, extra eine AHVN13 zu schaffen und nicht als Sozialversicherungsnummer, sondern als Personenidentifikator im Grundbuch einzusetzen.

3. Zusammenfassung

Aus Sicht des Datenschutzes wird zusammengefasst zur geplanten Revision der Beurkundung des Personenstandes und des Grundbuchs wie folgt Stellung genommen:

1. Die geplante einheitliche Erfassung natürlicher Personen im Personenstandsregister wird begrüsst.
2. Die anvisierte Verknüpfung und die Ausweitung der Verwendung des Personenstandsregisters bedürfen zwingend einer formell-gesetzlichen Grundlage, welche genügend bestimmt ist.
3. Die Verwendung der AHVN13 als Personenidentifikator im Grundbuch ist abzulehnen. Der Einsatz der AHVN13 in diesem Kontext birgt eine weitere Zweckentfremdung der Sozialversicherungsnummer und ist weder geeignet noch erforderlich, um die eindeutige Identifikation von Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer zu gewährleisten.

D. Schlussbemerkungen

1. Zu den Bestimmungen des Zivilstandswesens

Der Kanton Basel-Stadt kann den neuen Bestimmungen (Art. 39, 43a und 45a ZGB) nicht zustimmen. Die Übertragung des Betriebs und der Weiterentwicklung des Informatisierten Standesregisters Infostar an den Bund wurde unter fünf Bedingungen beschlossen, welche in der vorliegenden Gesetzesänderung keine Berücksichtigung gefunden haben. Mit aller Deutlichkeit verlangen wir die Erfüllung dieser Bedingungen. Die Vorlage ist entsprechend zu überarbeiten.

2. Zu den Bestimmungen des Grundbuches

Neben den unter Abschn. C Ziff. 3 festgehaltenen Ausführungen aus Sicht des Datenschutzes erlauben wir uns hier folgende Bemerkungen:

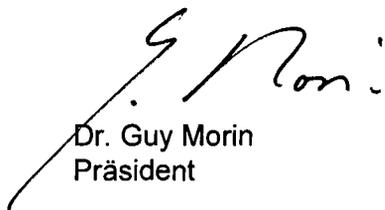
Der Kanton Basel-Stadt befürwortet es, dass keine neue Identifikationsnummer geschaffen, sondern dass die bewährte AHV-Versichertennummer als Personenidentifikator im Grundbuch eingesetzt werden soll. Allerdings kann aufgrund der zahlreichen, noch offenen Fragen den vorgeschlagenen Bestimmungen in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen. Da gemäss den im Bericht erwähnten Rechtsvergleichen keines der benachbarten Länder über vergleichbare Bestimmungen verfügt, besteht aus unserer Sicht genügend Zeit, die neuen Gesetzesbestimmungen im Sinne der Ausführungen unter Abschn. B Ziff. 2 nochmals zu überarbeiten. Entsprechend stellen wir folgende Anträge:

1. Die Bestimmungen sind im Sinne unserer Bemerkungen zu überarbeiten, allenfalls mit dem Verbinden einer Machbarkeitsstudie, um die Kosten für die Kantone aufzuzeigen.
2. Die Rolle des Bundes im Bereich der Grundbuchführung ist grundsätzlich zu überprüfen. Wie viel Autonomie soll den Kantonen für die Erledigung dieser Aufgabe in Zukunft noch zugestanden werden? Gesamtschweizerische Projekte lassen sich in den Kantonen einfacher verwirklichen, wenn sich der Bund daran finanziell beteiligt. Zum Vergleich: die amtliche Vermessung ist eine Verbundaufgabe. Entsprechend beteiligt sich der Bund bei jedem Projekt an den Kosten.
3. Die Verbindlichkeit der Bestimmungen muss konkreter festgelegt werden. „Kann-Vorschriften“ führen kaum zu einer schnellen Realisierung der skizzierten Ziele. Betreffend Kostenbeteiligung gilt das oben Gesagte.
4. Die Frage der Aufsicht muss neu geprüft werden. Auch ist grundsätzlich zu prüfen, ob nicht ein Konkordat die bessere Grundlage für die Trägerschaft wäre.

Wir hoffen, Ihnen mit unseren Ausführungen gedient zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



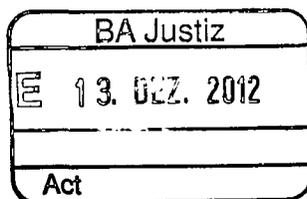
Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG



Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Office fédéral de la justice
Bundesrain 20
3003 Berne

Fribourg, le 11 décembre 2012

Modification du Code civil suisse (modifications concernant l'enregistrement de l'état civil et le registre foncier)

Procédure de consultation

Mesdames, Messieurs,

Comme suite à votre communication du 24 septembre 2012, nous avons l'honneur de vous faire part de notre réponse à la consultation citée en référence.

Tout en relevant que les modifications légales projetées vont dans le sens d'une modernisation des modes de communication des informations entre Confédération, cantons et communes, ainsi que des accès à Infostar, nous vous adressons les remarques suivantes :

Rappel et remarques liminaires

Le registre informatisé de l'état civil Infostar est entré en production à la fin 2003 – printemps 2004. Dans le cas du canton de Fribourg, le registre informatisé est en service depuis le 1^{er} avril 2004. Il convient de rappeler que ce registre informatisé a été voulu et développé par la Conférence des autorités cantonales de l'état civil (ci-après CEC), avec le concours de l'autorité fédérale. Ce registre informatisé, qui remplace les anciens registres « papier » de l'état civil, est propriété des cantons, bien qu'exploité par la Confédération pour d'évidentes raisons techniques. L'essentiel des frais de développement a été supporté par les cantons. Avec le temps, la CEC s'est rendu compte qu'il était tout à fait justifié que cet outil de travail soit transféré à la Confédération, pour son exploitation et ses développements futurs. Ce transfert était également souhaité de longue date par la Confédération, qui consciente des excellentes performances de cette base de données, en a fait le pilier de tout le processus actuellement en cours d'harmonisation des registres des personnes. Les applications pratiques d'Infostar sont également importantes dans de nombreux autres domaines (contrôle des habitants, assurances sociales, etc.). Ce registre informatisé de l'état civil, unique et auquel tous les cantons sont reliés, répondait aussi à un souci d'économie des deniers publics des cantons, en particulier par le biais de l'abandon des innombrables communications entre arrondissements de l'état civil, une diminution des effectifs et une amélioration des performances de l'état civil. Cet objectif a été pleinement réalisé depuis l'entrée en service d'Infostar.

Durant toutes ces années passées, les cantons ont supporté les frais d'exploitation d'Infostar. Le budget de fonctionnement d'Infostar a toujours été, de manière générale, d'environ 1,5 millions de francs par année. Les développements successifs et ultérieurs ont fait l'objet de budgets d'investissements, financés par l'ensemble des cantons. Cette façon de faire a été bien acceptée par les cantons et a permis de toujours clairement distinguer les frais de fonctionnement des frais d'investissements. Au titre de sa participation au budget de fonctionnement, la part du canton de Fribourg a été en moyenne d'environ 150'000 francs par année. Cela étant, des investissements ont été également consentis par les cantons pour améliorer Infostar ou répondre aux modifications législatives. A titre d'exemple, l'adaptation d'Infostar à la loi fédérale sur le partenariat, a coûté aux cantons un investissement de 1,350 million de francs.

Depuis le début des réflexions relatives au transfert d'Infostar à la Confédération, le canton de Fribourg a toujours soutenu la solution « Infostar solution fédérale ». Cependant, cette solution a été acceptée par la CEC lors de son assemblée du 13 novembre 2009 moyennant 5 conditions, qui sont les suivantes :

1. Droit de participation des cantons dans l'exploitation et le développement du registre informatisé de l'état civil.
2. Maintien des coûts de fonctionnements actuels (soit 1,5 millions de francs par année au titre de l'exploitation).
3. Transparence des coûts.
4. Garantie du support d'exploitation d'Infostar.
5. Séparation de la haute surveillance de l'état civil (par l'Office fédéral de l'état civil, ci-après OFEC) et de l'exploitation d'Infostar.

De notre point de vue, la réalisation de certaines de ces conditions nous paraît incertaine. Aussi, tout en réitérant notre soutien de principe à la solution fédérale, nous sommes d'avis que certains points tels que projetés dans la révision mise en consultation devront impérativement être à nouveau travaillés par les autorités fédérales compétentes. Cela concerne en particulier les points suivants :

Participation des cantons dans l'exploitation et le développement d'Infostar

L'article 45a al. 4 de l'avant-projet stipule que « la Confédération intègre les cantons dans les développements et nouveaux aménagements du système ». Le rapport explicatif, en page 12 et 13 parle d'un organisme nouveau chargé de conseiller la Confédération sur des questions techniques pour les nouveaux aménagements du registre Infostar. Le rapport précise encore que cet organisme sera simplement un groupe de travail interne à l'administration fédérale auquel les cantons participeront de manière appropriée (Commission Infostar). Cette conception des rapports de travail entre la Confédération et les cantons ne nous paraît pas adéquate compte-tenu des circonstances. En effet, à bien lire le rapport, force est de constater que les cantons, développeurs et concepteurs initiaux du système, seront invités à participer de manière appropriée aux développements futurs. Il faut considérer de tels propos à la lumière du temps qui s'écoulera... Rien n'est moins sûr que dans 10 ans ou davantage la notion de la participation « appropriée » des cantons soit perçue de la même manière qu'actuellement.

Aussi, nous sommes de l'avis que le droit de participation des cantons doit être plus clairement exprimé dans le texte même du Code civil. L'Ordonnance fédérale sur l'état civil pourrait pour sa part régler les autres questions de détail, telles que la composition de la Commission, son cahier des charges et ses modalités de fonctionnement.

Maintien des coûts de fonctionnements actuels et transparence des coûts

Comme indiqué en préambule, les frais de fonctionnement d'Infostar s'élèvent grosso modo à 1,5 million de francs par année. En outre, les développements commandés par les circonstances font l'objet de crédits d'investissements jusqu'à présent votés par la CEC. Il faut relever que, le rapport comporte une imprécision importante et qu'il convient de corriger. Certes les cantons ont régulièrement voté des budgets d'investissement pour l'amélioration d'Infostar, mais il est erroné de dire que ces montants se sont élevés chaque année à 1,5 million de francs. Souvent les investissements votés étaient très inférieurs à ce montant et d'autre part certaines années les réserves faites par la CEC ont permis de limiter considérablement les crédits d'investissements.

L'avant-projet mis en consultation retient une solution forfaitaire à 3 millions de francs annuels (fonctionnement et investissements). En outre, l'article 6a al. 2 précise que les cantons devront supporter la moitié des frais pour les nouveaux aménagements du système relevant du domaine de l'état civil. La lecture du rapport permet donc de comprendre, entre les lignes, que chaque année les cantons devront payer systématiquement 3 millions de francs pour Infostar et qu'en plus ils pourraient supporter par moitié les autres nouveaux aménagements, sans que soit précisée la nature de ces nouveaux aménagements.

Nous nous opposons fermement à la solution mise en œuvre dans l'avant-projet mis en consultation. Il en découlera concrètement une multiplication par deux du montant alloué généralement par le canton pour le registre Infostar et en plus le canton devrait assurer sa quote-part des autres frais d'investissements, sans que leur nature soit clairement définie. Cette solution n'est absolument pas celle à laquelle nous avons adhéré lors de la votation déterminante de la CEC, le 13 novembre 2009.

Nous souhaitons également que la conceptualisation des coûts, entre frais de fonctionnement et frais d'investissement soit définie de manière plus simple, conformément à la pratique actuellement en cours. Cette idée de forfait comprenant les deux notions combinée avec la lecture de l'article 6a du Titre final AP-CC est source de confusion. Elle ne favorise absolument pas la transparence des coûts.

Sur ces deux points, l'avant-projet devra être sérieusement corrigé dans le sens souhaité par les cantons. L'avant-projet tel que rédigé corrompt l'esprit dans lequel les cantons ont accepté le transfert d'Infostar à la Confédération et entame quelque peu notre confiance.

Garantie du support et séparation entre la haute surveillance de l'état civil et l'exploitation d'Infostar

Sur ces deux conditions, traitées à l'article 45a al. 1 AP-CCS et dans le rapport explicatif, nous n'avons pas d'observation particulière et nous pouvons nous rallier au projet.

Autres remarques

Ad art. 43 al. 4, ch. 5

L'avant-projet prévoit l'accès en ligne au registre informatisé de l'état civil pour les autorités en charge du contrôle des habitants.

De notre point de vue, cet accès n'est pas nécessaire. En effet les autorités du contrôle des habitants bénéficient déjà directement, et de manière de plus en plus informatisée, des communications de tous les événements d'état civil concernant les personnes domiciliées dans leurs communes. En outre, elles tirent profit de l'harmonisation des registres de personnes (projet HarmPers) et disposent déjà des données dont elles ont besoin pour l'exercice de leurs tâches. Accorder aux contrôles des habitants un accès au registre informatisé de l'état civil nécessitera la mise en place de contrôles d'accès onéreux et complexes ou, à défaut, un accès total au registre Infostar qui comporte des données particulièrement sensibles. En pareille circonstance, il faut relever que les officiers et officières de l'état civil procèdent à la divulgation des données de manière rigoureuse, dans le respect des dispositions de l'Ordonnance fédérale sur l'état civil. Il n'est pas certain que les préposés et préposées au contrôle des habitants des communes aient la même rigueur. Pour ces motifs, nous ne sommes pas favorables à un tel accès en ligne en faveur des autorités du contrôle des habitants.

Ad art. 949 c

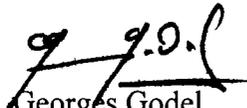
La notion « d'autorité » devrait être explicitée dans la loi : quelles sont les instances visées, les officiers publics (notaires, géomètres, etc.) sont-ils également concernés ? De même, les critères que le Conseil fédéral doit appliquer pour habiliter une telle autorité à effectuer des recherches sur l'ensemble du pays devraient être fixés dans la loi.

Ad art. 949 d

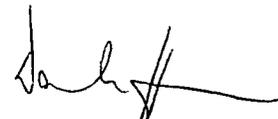
Nous sommes conscients des besoins d'accès et de communications toujours plus rapides et efficaces avec les offices du registre foncier et saluons la mise en place d'une plateforme informatique permettant d'atteindre un tel résultat. Néanmoins, nous pensons qu'il convient de prendre en compte l'importance des données du registre foncier et le risque d'une utilisation incontrôlée de ces données.

Nous vous prions de croire, Mesdames, Messieurs, à l'assurance de notre parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat:

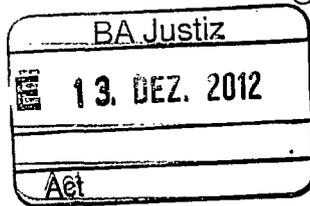

Georges Godel
Président




Danielle Gagnaux
Chancelière d'Etat



Genève, le 12 décembre 2012



Le Conseil d'Etat

9909-2012

Département fédéral de justice et police
Madame Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Palais fédéral
3003 Berne

**Concerne : Procédure de consultation relative à une modification du code civil
(enregistrement de l'état civil et registre foncier)**

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à la lettre que vous avez adressée le 24 septembre 2012 au gouvernements cantonaux concernant la procédure visée en titre.

Après avoir examiné les documents que vous nous avez fait parvenir, nous sommes présentement en mesure de vous faire part de notre détermination.

Sur le plan de la technique législative, et quand bien même l'on comprend la nécessité d'une base légale formelle, il est pour le moins douteux que les normes proposées aient leur place au sein du code civil, dont la vocation consiste à régir les droits subjectifs des personnes, issus du droit privé. La problématique visée par ces nouvelles dispositions auraient, sans aucun doute, pu faire l'objet d'une loi spécifique, à l'instar de la loi fédérale sur l'harmonisation du registre des habitants et d'autres registres officiels de personnes, du 23 juin 2006 (LHR; RS 431.02).

1. Modification relative à l'enregistrement de l'état civil

D'une manière générale, nous adhérons au but poursuivi, qui est de réorganiser l'exploitation et le futur développement du registre informatisé de l'état civil (Infostar).

Cela étant, nous regrettons que le projet soumis à la procédure de consultation ne tienne pas compte des négociations entre le comité de la conférence des autorités cantonales de surveillance de l'état civil (CEC) et l'office fédéral de la justice (OFJ), ainsi que des cinq conditions posées par les cantons lors de l'assemblée générale de la CEC du 13 novembre 2009 (encore confirmées, lors d'une réunion avec l'OFJ, le 26 août 2011).

Nous vous rappelons par conséquent que la volonté de transmettre Infostar à la Confédération était expressément liée à la satisfaction des cinq conditions suivantes :

- droit de participation des cantons;
- non dépassement des coûts actuels;
- transparence des coûts;
- garantie du support;
- séparation de la haute surveillance et de l'exploitation d'Infostar.

Pour le surplus, nous vous invitons à vous référer à la prise de position qui vous a été adressée directement par la CEC, à laquelle nous adhérons entièrement.

Enfin, dans la perspective de la prochaine entrée en vigueur du nouveau droit de protection de l'adulte et de l'enfant, il nous semble indispensable que soit prévu un accès direct des autorités de protection à Infostar, afin de vérifier en ligne l'existence d'un mandat pour cause d'incapacité.

2. *Modification relative au registre foncier*

D'une manière générale, nous saluons la volonté d'optimiser la fiabilité des données du registre foncier par l'introduction du numéro d'AVS (ce système d'identification ne devant toutefois pas être exclusif), et de poursuivre la modernisation du registre foncier par le biais de la création d'un index national des propriétaires.

Nous ne pouvons par contre qu'accueillir avec réserve la faculté de déléguer à un organisme de droit privé, les services eGRIS relatifs aux communications et transferts, en ligne et à l'échelle nationale, de données du registre foncier, ainsi qu'aux communications et transactions électroniques.

Pour le surplus, nous vous invitons à vous référer au document annexé, dans lequel nous formulons différentes remarques et propositions complémentaires concernant certaines dispositions du projet de révision.

Vous remerciant de l'attention que vous prêterez à la prise de position de notre canton, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

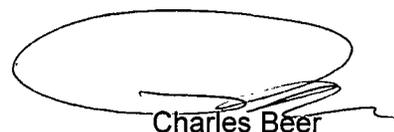
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Anja Wyden Guelpa

Le président :



Charles Béer

Annexes mentionnées

Procédure de consultation relative à une modification du code civil (registre foncier)

Remarques et propositions complémentaires formulées par le Conseil d'Etat genevois concernant la modification relative au registre foncier

Article 949 b CC

Si l'utilisation du numéro AVS constitue assurément un identifiant commun adéquat pour la création d'un index national des propriétaires, elle ne saurait empêcher, comme le laisse entendre l'OFJ dans son rapport du mois de septembre 2012, le maintien ou la création d'autres systèmes d'identification.

Sur le plan de la fiabilisation des données afférentes aux personnes physiques, des solutions cantonales fondées sur d'autres identifiants ont, en effet, d'ores et déjà été mises en place ou sont en cours de réalisation. Il convient donc de laisser aux cantons la possibilité de faire usage, à des fins administratives, de tels identifiants.

Article 949 c CC

Cette disposition n'appelle pas de remarque particulière.

Article 949 d CC

Tel que libellé, l'article en question ne reflète pas clairement l'objectif visé, soit confier - comme cela résulte tant de la convention d'ores et déjà conclue entre les autorités fédérales et le Six Group que des explications de l'OFJ - à Six Terravis SA, société précisément créée à cet effet, non seulement la réalisation et l'exploitation des applications nécessaires à la mise en œuvre du projet eGRIS, mais également la fourniture des prestations y relatives.

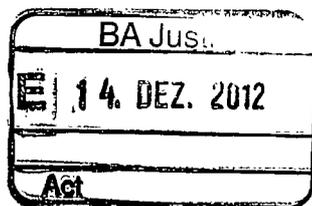
L'institution du registre foncier revêtant une importance manifeste sur le plan politique, économique et social, la délégation de certaines de ses tâches éminemment régaliennes à un organisme privé, a fortiori émanant des milieux principalement intéressés par les développements projetés, ne peut que susciter quelques réserves, une telle délégation comportant des risques patents, notamment en termes de responsabilité - en l'état toujours causale des cantons, l'article 955 CC n'étant pas touché par la modification projetée - et de perte de :

- souveraineté des cantons sur leurs données;
- contrôle des priorités dans le traitement des affaires;
- contrôle du coût des systèmes d'information et des opérations d'inscription au registre foncier, ainsi que de fixation, administration et répartition des émoluments y afférents.

Bien que prévue dans le nouvel article projeté, la collaboration avec les cantons n'est en effet, comme relevé dans l'expertise Abegg, guère aisée à définir, instaurer et garantir dans le cadre d'un mode de gouvernance privé, dès lors que les mécanismes juridiques permettant à ces derniers de maîtriser la réalisation et l'évolution du projet eGRIS, de défendre leurs intérêts, de contrôler la gestion de la société d'exploitation et de veiller au traitement adéquat de leurs données s'avèrent limités et quoi qu'il en soit fort complexes.

Néanmoins, il conviendra donc de s'assurer, en cas d'adoption de la modification envisagée, que l'intérêt commercial des instituts de crédit ne porte, à terme, aucune atteinte à l'intérêt public à une exécution efficiente et conforme au droit de l'ensemble des prestations incombant aux offices du registre foncier et non des seules tâches liées aux processus bancaires

* * * *
* * *
*



Glarus, 11. Dezember 2012
Unsere Ref: 2012-157

Vernehmlassung i. S. Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch)

Hochgeachtete Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz und Polizeidepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Betreffend der finanziellen Beteiligung der Kantone an den Kosten des zentralen Personen-Informationssystems (Personenstandsregister) stimmen wir lediglich einem Beitragsplafond der Kantone im Umfang von 1,6 Millionen Franken jährlich als pauschale Abgeltung zu. Die in der Vorlage vorgeschlagene Beteiligung von 3 Millionen Franken wird von uns abgelehnt, zumal es sich dabei zu einem beträchtlichen Teil um Kosten für Neuentwicklungen handelt, die ohnehin grundsätzlich vom Bund getragen werden sollten. Die Kostenbeteiligung der Kantone am Personenstandsregister hat zudem mit deren Einbezug in die betreffenden Entscheidungsprozesse einherzugehen. Die Kantone verkommen sonst zur reinen Zahlstelle, die strategische Entscheide des Bundes in diesem kostentreibenden Bereich einfach hinnehmen müssen. Deshalb ist in der Vorlage entgegen des vom Bund vorgeschlagenen blossen „Einbezugs“ der Kantone – vielmehr ausdrücklich festzuhalten, dass Bund und Kantone über an Hand zu nehmende Neu- und Weiterentwicklungen des Systems gemeinsam zu befinden haben. Als sinnvoll erachten wir sodann den für die Einwohnerregister vorgesehenen Zugriff auf das elektronische Personenstandsregister. Die Zugriffsmöglichkeit der Einwohnerkontrollen auf die entsprechenden Daten sollte im Umfang und der Art wie für die Passämter oder die Schweizer Vertretungen im Ausland erfolgen. Dadurch könnte künftig namentlich auch auf die Ausstellung des Heimatscheines verzichtet werden, was als bürgerfreundlich zu werten ist und einen Effizienzgewinn bringen würde. Im Übrigen möchten wir im Zusammenhang mit der Beurkundung des Personenstandes auf die entsprechende Vernehmlassung der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) vom 15. Dezember 2012 an das Bundesamt für Justiz verweisen.

Die vorgeschlagenen Änderungen betreffend den Bereich Grundbuch befürworten wir von der Stossrichtung her ebenfalls. Es erweist sich als zweckmässig, dass die natürlichen Personen in allen Registern nach einheitlichen Kriterien erfasst werden. Wichtig scheint uns aber, dass die Datenhoheit bei den Kantonen verbleibt. Abs. 1 von Art. 949 d soll daher wie folgt angepasst werden: *„Die Kantone können einen Aufgabenträger des privaten Rechts ermächtigen, folgende Nutzungen des informatisierten Grundbuches zu verwirklichen:“*

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Für den Regierungsrat


Andrea Bettiga
Landammann


Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

versandt am: 1 3. Dez. 2012



Sitzung vom

18. Dezember 2012

Mitgeteilt den

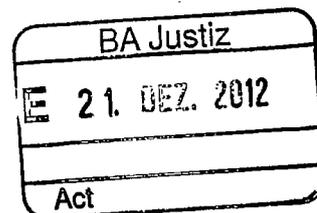
19. Dezember 2012

Protokoll Nr.

1234

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

auch per Mail zustellen: egba@bj.admin.ch



Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstandes und Grundbuch)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 24. September 2012 geben Sie uns die Gelegenheit, zur oben genannten Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs Stellung zu nehmen, wofür wir uns bedanken.

Die Regierung begrüsst unter Berücksichtigung der nachfolgenden Ausführungen die Zielsetzung der Vorlage, Anpassungen im Bereich der Register des Privatrechts vorzunehmen und das Informatisierte Standesregister (Infostar) an den Bund zu übergeben.

Im Zusammenhang mit den vorgesehenen Änderungen betreffend Beurkundung des Personenstandes (Art. 39, Art. 43a Abs. 4 Ziff. 5. und 6., Art. 45a und Art. 6a SchIT VE ZGB) erlauben wir uns, auf die Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst zu verweisen. Bezüglich der geplanten Änderungen im Grundbuch (Art. 949b, Art. 949c und Art. 949d VE ZGB) möchten wir die Frage aufwerfen, ob sich aufgrund des auf Bundesebene geplanten zentralen Perso-

nen-Informationssystem nicht auch ein analoges Vorgehen für das elektronische Grundstückinformationssystem (eGRIS) aufdrängt, um eine effiziente Projektleitung und Koordination im Rahmen der weiteren Entwicklung und Nutzung der Systemerweiterungen zu gewährleisten. Eine diesbezügliche Koordination durch den Bund wäre wünschenswert, weshalb Art. 949d VE ZGB in einem dritten Absatz so zu ergänzen wäre, dass der Bund die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen, den Systemherstellern und dem Aufgabenträger des privaten Rechts koordiniert.

Abschliessend danken wir Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme.



Namens der Regierung

Die Präsidentin:

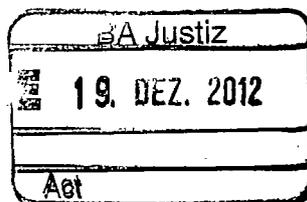
A handwritten signature in black ink, appearing to read "B. Janom Steiner".

Barbara Janom Steiner

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "C. Riesen".

Dr. C. Riesen



Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Office fédéral de la justice
Unité Informatique juridique
Bundesrain 20
3003 Berne

Delémont, le 11 décembre 2012

**Modification du code civil suisse (enregistrement de l'état civil et registre foncier)
Procédure de consultation**

Madame, Monsieur,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous transmet sa réponse dans le cadre de la consultation citée en titre.

Le rapport et l'avant-projet en question ne suscitent pas de remarques de notre part s'agissant des modifications du code civil suisse qui touchent au registre foncier.

En ce qui concerne les modifications en matière d'enregistrement de l'état civil, le Gouvernement a également pris connaissance de la prise de position du comité de la Conférence des autorités cantonales de surveillance de l'état civil (CEC), lequel a établi une réponse détaillée en rapport avec les modifications proposées dans le cadre de la présente consultation.

Pour rappel, lors de son assemblée générale du 13 novembre 2009, la CEC a accepté de transférer intégralement le registre informatisé de l'état civil dans le domaine de compétences de la Confédération, sous réserve de voir cinq conditions être satisfaites. Or, force est de constater, à la lecture de la réponse de la CEC, que les modifications contenues dans l'avant-projet de révision ne répondent pas à ses attentes.

Le Gouvernement partage dans une très large mesure l'avis exprimé par la CEC ainsi que ses préoccupations au sujet de la future organisation de l'exploitation du logiciel Infostar, notamment du point de vue financier. Partant, l'avant-projet de révision du CCS a été examiné au regard des cinq conditions posées par la CEC.

1. Droits de participation des cantons (article 45a, al. 4 et 5 CCS)

Le projet d'article 45a, al. 4 ne prévoit qu'une intégration des cantons dans les développements et nouveaux aménagements du système. Selon le rapport, il s'agit simplement d'un groupe de travail interne à l'administration fédérale auquel les cantons participeront de manière appropriée. La solution proposée n'est pas satisfaisante, dans la mesure où elle ne garantit pas un droit de participation suffisant des cantons, lesquels demeurent les principaux utilisateurs d'Infostar. La proposition formulée par la CEC consistant en la création d'un organe paritaire est une piste qui mérite d'être étudiée et approfondie.

2. Non-dépassement des coûts annuels (articles 45a, al. 2 et 6a titre final CCS)

L'avant-projet mis en consultation prévoit une participation annuelle forfaitaire des cantons à hauteur de 3 millions de francs, contre 1,25 million de francs actuellement pour l'exploitation courante d'Infostar. Les coûts supplémentaires mentionnés dans le rapport; les charges liées à l'introduction du nouveau numéro d'assurance sociale (NNS), ainsi que les coûts moyens en rapport avec l'aménagement de nouveaux projets relevant de l'exploitation courante ne doivent pas faire l'objet d'un transfert de charges aux cantons. Compte tenu de la transmission d'Infostar à la Confédération, il lui incombe d'assumer l'intégralité de ces coûts. La participation financière actuelle des cantons doit dès lors être maintenue et se limiter aux seuls frais d'exploitation. Partant, la proposition d'une contribution forfaitaire est rejetée.

En ce qui concerne les nouveaux aménagements destinés à remplacer à terme le système Infostar, la République et Canton du Jura ne conteste pas une participation financière pour les projets concernant exclusivement les tâches et les besoins de l'état civil. Ceux-ci devront, le cas échéant, être planifiés, financés et exécutés en collaboration étroite avec les cantons dans le cadre de projets spécifiques.

3. Transparence des coûts (articles 39, al. 1, 45a, al. 1 et 3 et 6 titre final CCS)

La transparence des coûts postule qu'il soit possible de comprendre quand et pour quels motifs les ressources versées par les cantons sont utilisées. Dans le prolongement des remarques formulées sous chiffre 2, une contribution forfaitaire ne satisfait pas à cette exigence.

A cela s'ajoute le fait que le projet d'article 45, al. 3 CCS réserve la possibilité de percevoir des émoluments auprès de services bénéficiaires (contrôle de l'habitant par ex.) pour les données et prestations fournies pour des opérations qui n'entrent pas dans le domaine de l'état civil, selon le principe du paiement par l'utilisateur. La solution proposée n'est pas satisfaisante dans la mesure où les cantons participent déjà aux coûts d'exploitation et qu'ils pourraient en plus, en fonction de l'extension de l'accès de la base de données à des services cantonaux autres que l'état civil, être obligés de s'acquitter de nouveaux émoluments. Dans ces conditions, il y a lieu de renoncer à la facturation des prestations à des tiers fournies en dehors du domaine de l'état civil.

En ce qui concerne la répartition par moitié entre la Confédération et les cantons des frais pour les nouveaux aménagements du système proposée à l'article 6a, al. 2 du titre final, cette réglementation est aujourd'hui prématurée.

Au vu de la volonté de la Confédération de développer un système d'information central de l'état civil, dont l'étendue sera visiblement bien supérieure à celle du logiciel Infostar, il n'est pas judicieux de fixer aujourd'hui dans la loi une clé de répartition. La question du financement devra être réglée en temps voulu entre les différents partenaires concernés par le futur système d'information central et en fonction des aménagements retenus, lesquels sont inconnus pour l'instant.

4. Garantie du support (article 45a, al. 5 CCS)

Le nouveau libellé de l'article 45a CCS supprime les bases ayant jusqu'à présent garanti aux cantons un support adéquat en matière d'exploitation d'Infostar. A l'instar de la CEC, le Gouvernement estime que la teneur de l'actuel article 45a, al. 3, ch. 1 CCS doit être conservée et augmentée d'une référence au sujet du support fourni pour le système. Le maintien de la disposition précitée se justifie dans la mesure où les services cantonaux de l'état civil continueront à se charger dans une large proportion de l'exécution de l'état civil par l'intermédiaire du registre informatisé.

5. Séparation de la haute surveillance et de l'exploitation d'Infostar

Il est pris acte que la séparation organisationnelle de l'exploitation et du développement d'Infostar et de la haute surveillance, exercée par l'Office fédéral de l'état civil (OFEC), est effective depuis le 1^{er} janvier 2012. Celle-ci est réalisée depuis le transfert des tâches et du personnel chargé de l'exploitation courante et du développement de l'application Infostar vers une unité indépendante de l'OFEC.

Dans l'optique de disposer d'un support à long terme pour les cantons, compte tenu du transfert de compétences en faveur de la Confédération, il y a lieu d'insister sur la nécessité de garantir durablement une séparation claire de l'exploitation d'Infostar d'une part, et de la haute surveillance sur l'état civil d'autre part.

6. Observations complémentaires

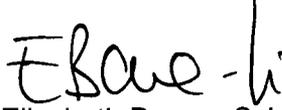
Pour le surplus, il est renvoyé à la rubrique "Autres constatations" contenue dans la prise de position détaillée de la CEC en ce qui concerne la suppression des articles 46 et 47 CCS qui traitent de la responsabilité et des mesures disciplinaires, respectivement la définition de l'état civil relatif au partenariat enregistré (article 39, al. 2, ch. 2 CCS).

Au-delà des remarques faites ci-dessus, le rapport et l'avant-projet rencontre notre agrément.

Nous vous remercions de nous avoir associés à la présente consultation.

Veillez agréer, Madame, Monsieur, nos sentiments les meilleurs.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DE JURA


Elisabeth Baume-Schneider
Présidente



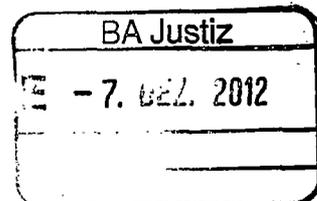

Sigismond Jacquod
Chancelier d'État

**Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
Telefax 041 228 67 27
justiz@lu.ch
www.lu.ch

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Luzern, 04. Dezember 2012



Protokoll-Nr.: 1349

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch)

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben die Kantonsregierungen zur Stellungnahme im Zusammenhang mit der Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns im Namen und Auftrag des Regierungsrats wie folgt:

1. Allgemeines

Die Kantone haben in den letzten Jahren das Informatisierte Standesregister (Infostar) aufgebaut und weiterentwickelt. Infostar entwickelte sich auch dank der hohen Arbeitsqualität in den regionalen Zivilstandsämtern zum Personenregister mit Bedeutung weit über das Zivilstandswesen hinaus. Zusammen mit der Einführung von Infostar erfolgte auch eine Reorganisation der Zivilstandsämter. All dies hat sich grundsätzlich bewährt. Mit der nun vorgeschlagenen Gesetzesänderung besteht aber das Risiko, dass die Kosten für die Kantone und Gemeinden stark zunehmen werden. Dies erachten wir nicht für richtig, zumal es sich dabei um Kosten handelt, die von den Kantonen und Gemeinden selber gar nicht mehr wirklich beeinflusst werden können.

2. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen des Vorentwurfs**– zu Artikel 43a ZGB**

Bei dem für Einwohnerregister vorgesehenen Zugriff auf das elektronische Personenstandsregister ist sicherzustellen, dass die Performance des Beurkundungssystems nicht in Mitleidenschaft gezogen wird.

– zu Artikel 45a ZGB

Absatz 1: Die Kantone haben an der a.o. Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) vom 13. November 2009 sich dafür ausgesprochen, das Informatisierte Standesregister Infostar allein durch den Bund betreiben und weiterentwickeln zu lassen. Mit der nun vorgeschlagenen Formulierung in Absatz 1 sind wir einverstanden.

Absatz 2: Dieser Bestimmung können wir nicht zustimmen. Absatz 2 beinhaltet das Risiko, dass die Kosten für die Kantone und Gemeinden unkontrolliert und ohne wirkliche Einflussnahme ansteigen. Wenn der Bund künftig das Personenstandsregister als zentrales Personen-Informationssystem betreibt und entwickelt, hat er auch die Kosten für die Weiter- und Neuentwicklungen zu tragen. Wenn Infostar der Eckpfeiler in der Registerharmonisierung ist, ist es sachgerecht, wenn der Bund die Kosten für die Weiter- und Neuentwicklung übernimmt. Andernfalls müsste im Rahmen der Gesamtstrategie E-Government ein Kosten-schlüssel zwischen Bund, Kanton und Gemeinden gefunden werden. Es geht jedoch nicht an, die Kantone und die Gemeinden über eine Hintertür mit Entwicklungskosten für die Registerharmonisierung zu belasten. Zu berücksichtigen ist weiter, dass die Kantone und die Gemeinden auch in Zukunft einen grossen Teil der Kosten tragen, indem sie Personal und Infrastruktur finanzieren, welche den Beurkundungsbetrieb mit Datenerfassung und letztlich abrufbaren Daten für Kreise ausserhalb des Zivilstandswesens zur Verfügung stellen. Wir unterstützen deshalb die von der KAZ vorgeschlagene Formulierung, wonach sich die Kantone an den Kosten für den Betrieb des elektronischen Personenstandsregisters beteiligen. Die Kosten für Weiter- und Neuentwicklungen hat jedoch der Bund zu tragen.

Absatz 3: Absatz 3 ist unserer Meinung nach zu streichen. Wir schliessen uns in diesem Punkt der Meinung der KAZ an. Bei der vorgeschlagenen Regelung ist stossend, dass die Kantone und Gemeinden über das Zivilstandswesen sich an den Betriebskosten beteiligen. Nach dem Vorschlag des Bundes hätten sie sich auch an den Kosten für die Neu- und Weiterentwicklung zu beteiligen und zusätzlich gestützt auf Absatz 3 auch noch Gebühren zu bezahlen. Dies erachten wir für nicht gerechtfertigt.

Absatz 4: Das Zusammenwirken von Bund und Kantonen hängt davon ab, wie die Kosten aufgeteilt werden.

– zu Artikel 949b ZGB (neu)

Die Verwendung der AHV-Nummer als Hilfe zur Identifikation von natürlichen Personen – als Gegenstück zur Unternehmens-Identifikationsnummer (UID) bei den juristischen Personen – erachten wir als sinnvoll. Auch die Verwendung der AHV-Nummer als Vereinfachung für einen Datenaustausch, wie es beispielsweise Artikel 949c ZGB vorsieht, macht Sinn. Soll Letzteres aber wirklich schweizweit greifen können, müsste wohl ein anderes Instrument, als eine Kann-Vorschrift eingesetzt werden.

Um die vorgesehene Verwendung der AHV-Nummer in der Praxis umzusetzen, drängt sich eine Anpassung von Artikel 51 Absatz 1 litera a der Grundbuchverordnung (GBV) vom 23. September 2011 auf. In Analogie zur UID bei den juristischen Personen gemäss Artikel 51 Absatz 1 litera b GBV sollte die Bestimmung in der Weise ergänzt werden, dass in den Anmeldebelegen jeweils Angaben zur AHV-Nummer der verfügenden und erwerbenden Personen gemacht werden. Gleichzeitig mit dieser Anpassung von Artikel 51 GBV könnte der nun unnötig gewordene Passus bezüglich der Beilage einer Kopie des Passes oder der Identitätskarte aufgehoben werden.

– zu Artikel 949c ZGB (neu)

Voraussetzung für eine lückenlose landesweite Suche via AHV-Nummer wäre – wie bereits erwähnt – eine Verpflichtung zur Führung der Versichertennummer.

Dem Bericht zum Vorentwurf ist zu entnehmen (S. 21), dass die Kosten für die Einführung der landesweiten Grundstücksuche von den Kantonen zu tragen sind und dass eine Einigung mit den Systemherstellern ebenfalls den Kantonen obliegt. Es stellt sich daher einerseits die Frage der technischen Machbarkeit einer Verknüpfung der Grundstücksuche mit der AHV-Nummer und der eidgenössischen Grundstücksidentifikation (E-GRID) und andererseits die Frage nach den damit verbundenen Kosten und dem Aufwand. Beim heutigen Grundbuchsystem ISOV GVV5 wäre eine Suche via AHV-Nummer oder E-GRID technisch gar nicht möglich. Eine Verpflichtung der Kantone zur Einführung einer derartigen Suche, ohne vorher die Machbarkeit und Höhe der Kosten in etwa abgeschätzt zu haben, erachten wir deshalb als nicht gerechtfertigt.

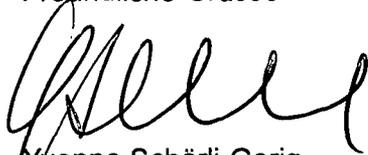
- zu Artikel 6a SchIT

Die Kantone haben anlässlich der a.o. Konferenz der KAZ festgehalten, dass die bisherigen Kosten von 1,25 Millionen Franken nicht überschritten werden sollen. Die Vorlage des Bundes sieht nun vor, dass sich die Kantone jährlich pauschal mit 3 Millionen Franken beteiligen sollen. Die Kantone sind bereit, sich mit einem Betriebskostenanteil von 1,25 Millionen Franken am elektronischen Personenstandsregister zu beteiligen. Eine darüber hinausgehende Beteiligung wird abgelehnt.

Die in Absatz 2 vorgeschlagene Formulierung lehnen wir ebenfalls ab. Die Kosten für Neuentwicklungen des Systems sind vom Bund zu tragen.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme und danken Ihnen nochmals für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Yvonne Schärli-Gerig
Regierungspräsidentin

per E-Mail an:
egba@bj.admin.ch

BA Justiz
E 27. DEZ. 2012
Act



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Office fédéral de la justice
Bundesrain 20
3003 Berne

Modification du code civil suisse (enregistrement de l'état civil et registre foncier)

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir associé à la consultation susmentionnée.

Le Conseil d'Etat a pris connaissance de votre projet de modification du code civil suisse, lequel a pour but de procéder à des adaptations dans le domaine des registres du droit privé. Il a également pris connaissance du rapport y relatif et a ainsi l'avantage de vous faire part de quelques observations.

Volet de l'état civil

En préambule, nous tenons à confirmer l'importance non seulement des exigences élevées dues à l'enregistrement des événements d'état civil au travers du registre informatisé "INFOSTAR" mais également d'une utilisation pragmatique de ce répertoire par les officiers d'état civil et leur autorité de surveillance. A ce jour, la bonne situation d'utilisation du système résulte en premier lieu d'investissements importants consentis par les cantons. Les investissements directs dépassent les 10 millions de francs, les coûts d'exploitation annuels sont de l'ordre de 1,25 million de francs. Ces engagements financiers d'importance ont permis aux cantons de garantir l'accès aux données par l'ensemble des utilisateurs "INFOSTAR" y compris pour ceux de la base de données des documents d'identité "ISA". Pour information, "ISA" permet de vérifier l'exactitude des données personnelles de chaque citoyen désirant obtenir un document d'identité.

Le rapport présenté nous semble incomplet. Au deuxième paragraphe du chiffre 1.2.2, il est mentionné que la volonté de transmettre "INFOSTAR" à la Confédération est liée à la satisfaction pleine et entière de **cinq conditions**. Celles-ci étant très importantes en ce qui concerne l'application légale et économique de l'état civil dans les cantons, nous vous présentons nos appréciations quant à ces cinq points.

La **première condition** relative aux droits de participation des cantons (art. 45a al.4 et 5 CC) n'est pas satisfaisante car il est opportun que les cantons participent à un organe paritaire composé de représentants de la Confédération et des cantons. Nommer une Commission "INFOSTAR", telle que stipulée dans le rapport ne saurait être durablement satisfaisant et ne constitue donc pas une base légale appropriée.

Nous proposons que l'article 45a soit modifié comme suit :

Alinéa 4 : La Confédération et les cantons s'accordent, au sein d'un organe composé de manière paritaire, sur le développement du registre informatisé de l'état civil.

Alinéa 5, chiffre 1 : Les détails concernant la composition paritaire de l'organe chargé du développement du registre informatisé de l'état civil;

La **deuxième condition** faisant état du non dépassement des coûts actuels (art. 45a al.2 et art.6a titre final CC) n'est pas réalisée. En effet, lors de l'assemblée générale de la Conférence des autorités cantonales de surveillance de l'état civil du 13 novembre 2009, les cantons ont défini que les coûts d'exploitation ne devaient pas dépasser les montants connus au cours des dernières années et qu'ils devaient être basés sur une convention d'exploitation passée entre la Confédération et les cantons.

Cependant, nous constatons qu'il est dorénavant question d'une participation annuelle forfaitaire des cantons à hauteur de 3 millions de francs et malgré que ces derniers continueront à assumer une majeure partie des coûts, notamment en terme de personnel et d'infrastructures permettant une exacte tenue des registres ainsi qu'une mise à disposition de données prêtes à être consultées par d'autres entités que celle de l'état civil.

Nous ne sommes pas favorables à ce que les cantons prennent en charge un montant annuel de 3 millions de francs, nous acceptons une participation annuelle maximale aux coûts d'exploitation à concurrence de 1,25 million de francs.

Nous proposons que l'article 45a, alinéa 2 soit modifié comme suit :

Les cantons participent aux coûts d'exploitation du registre informatisé de l'état civil. Cependant, la Confédération couvre la totalité des coûts de développement et de nouveaux aménagements du registre.

De même, nous proposons que l'article 6a du titre final soit modifié comme suit :

Alinéa 1: les cantons participent aux coûts annuels d'exploitation du registre informatisé de l'état civil prévus à l'article 45a al.2, à hauteur de 1,25 million de francs. Ce montant est réparti en fonction du nombre d'habitants et sera adapté annuellement au renchérissement à compter de l'année qui suit l'entrée en vigueur de cette disposition.

L'alinéa 2 portant sur la couverture des frais pour les nouveaux aménagements du système devrait être supprimé.

La **troisième condition** relative à la transparence des coûts (art. 39 al.1, art. 45a al.1 et 3 ainsi qu'art. 6a titre final CC) n'est pas satisfaite car la notion de "registre informatisé de l'état civil" doit apparaître dans le Code Civil en lieu et place de "système d'information central de l'état civil" et que les frais résultant de nouveaux aménagements du registre informatisé de l'état civil doivent être assumés exclusivement par la Confédération donc qu'il y a lieu de renoncer à la facturation de prestations à des tiers.

Il nous semble également indispensable qu'en tout temps, il soit possible de comprendre quand et pour quels motifs les ressources cantonales ont été utilisées.

L'article 45a de l'avant-projet prévoit que "les cantons contribuent au financement de l'exploitation, des développements et des nouveaux aménagements du système qui relève du domaine de l'état civil". Les données et prestations résultant de demandes ne ressortant pas du service de l'état civil peuvent être facturées aux services autorisés à les obtenir.

Dans la mesure où des données seraient vendues à des services autorisés, il ne serait pas légitime de faire participer les cantons aux coûts d'exploitation. Il est choquant de constater qu'il en résulterait une participation des cantons aux coûts d'exploitation en matière d'état civil et qu'en plus, pour tout ce qui concerne d'autres entités administratives n'appartenant pas à l'état civil (p. ex. contrôle des habitants, office de la circulation routière, etc.), les cantons devraient payer la livraison de données qui ont été générées par leur personnel et au moyen de leurs infrastructures.

Nous proposons que les articles suivants soient modifiés comme suit :

Art. 39 al.1 : *L'état civil est constaté dans le registre informatisé de l'état civil.*

Art. 45a : titre marginal reformulé ainsi : *la. Registre informatisé de l'état civil*

Al.1 : *La Confédération exploite et développe le registre informatisé de l'état civil.*

L'alinéa 3 concernant la facturation potentielle des coûts de prestations à des tiers doit être supprimé.

La **quatrième condition** n'est également pas satisfaite car il y a lieu de conserver dans le Code Civil la définition du mode de collaboration entre la Confédération et les cantons afin de garantir un support opérationnel cantonal pour le système de l'état civil.

Nous proposons que l'article 45a, alinéa 5, chiffre 2 soit modifié comme suit :

Les détails de la collaboration opérationnelle entre la Confédération et les cantons;

La **cinquième condition** n'est pas appropriée du fait que la séparation complète de l'exploitation et du développement "INFOSTAR" avec la haute surveillance sur l'état civil exercée par la Confédération n'est actuellement pas encore réalisée. Seule une séparation partielle est déjà une réalité depuis le 1^{er} janvier 2012.

Tant l'Office fédéral de l'état civil que le Service "INFOSTAR" sont rattachés au Domaine de direction du Droit privé de l'Office fédéral de la justice. Nous sommes dès lors d'avis qu'une véritable séparation permettant une indépendance suffisante du Service "INFOSTAR" ne peut avoir lieu qu'en dehors d'une structure d'un office fédéral et de ce fait, il nous semblerait pertinent d'envisager une implantation au sein du Centre de services informatiques du département fédéral de justice et police.

En ce qui concerne l'accès octroyé aux autorités compétentes pour la tenue des registres des habitants (art. 43a), nous sommes d'avis qu'il n'est pas fondé pour les contrôles des habitants d'accéder au registre informatisé de l'état civil. L'interface SEDEX entre les bases informatiques de l'état civil et du contrôle des habitants sera opérationnelle au début de

l'année prochaine dans notre canton, elle permettra aux autorités du contrôle de l'habitant d'obtenir par voie électronique toutes les données de personne issues de "INFOSTAR".

De surcroît, les rôles et les droits informatiques des préposés au contrôle des habitants ne sont pas clairement définis. Cette situation aura assurément des conséquences en termes de coûts pour la Confédération et les cantons. De plus, la multiplication des demandes d'accès risque d'entraîner une baisse significative des performances du système informatique.

Il est également à relever que l'accès informatique tel qu'il est prévu permettrait aux préposés du contrôle des habitants, ainsi qu'à toutes les personnes ayant accès aux registres du contrôle des habitants et par extension celles du registre cantonal de la base de données personnes, d'obtenir sans légitimité des données sensibles.

Contrairement aux données des registres du contrôle des habitants, les données du registre informatisé de l'état civil sont soumises à la protection des données que leur confère l'article 43a et les articles 44 à 47 de l'ordonnance sur l'état civil. Il est à relever que seuls les officiers d'état civil ayant passé avec succès les examens du brevet fédéral peuvent recevoir, traiter ou encore divulguer ces informations.

Nous proposons que l'article 43a soit modifié comme suit :

Alinéa 4, chiffre 5 concernant l'accès octroyé aux autorités compétentes pour la tenue des registres cantonaux et communaux des habitants doit être supprimé.

Enfin, nous notons que le statut d'état civil relatif au partenariat enregistré fait défaut dans la liste actuelle concernant le statut personnel et familial d'une personne.

Nous proposons que l'article 39, alinéa 2, chiffre 2 soit complété comme suit :

..., le lien matrimonial, l'enregistrement d'un partenariat;

Volet du registre foncier

Art. 949b CCS – Identifiant des personnes dans le registre foncier

L'introduction d'un identifiant des personnes dans le registre foncier, basé sur l'utilisation du numéro d'assuré AVS, a pour but l'identification univoque d'une personne. En réalité l'objectif premier est de donner la possibilité, aux autorités habilitées, de procéder à une recherche des biens immobiliers d'une personne déterminée sur l'ensemble du territoire suisse. En effet la nouvelle ordonnance sur le registre foncier, entrée en vigueur le 1.1.12, définit déjà clairement (art.90), c'était un des buts de la révision, les indications devant figurer au registre foncier afin de désigner de manière juste et fiable les personnes (propriétaire ou autre titulaire de droit).

Si nous comprenons bien le but de l'introduction, en sus des autres données, du numéro d'assuré AVS, nous avons cependant encore quelques interrogations à la lecture de ce projet de révision:

- L'art. 949b "habilite" les cantons à utiliser le numéro AVS, mais ne les y contraint pas. Ceci aura sans doute comme conséquence que le ou les objectifs poursuivis ne pourront probablement pas être atteints;
- Nous n'avons pas d'information concernant la méthode d'introduction de ce numéro: doit-il être introduit en une fois, ou systématiquement lors de chaque nouvelle inscription d'une personne au registre foncier? Ne serait-il dans ce cas pas opportun

d'exiger que ce numéro AVS figure dans l'acte notarié? Cela engendrera dans tous les cas inévitablement un travail supplémentaire de la part du conservateur.

- Se posera aussi inévitablement la question des coûts. Nous constatons que la Confédération souhaite une unification au niveau suisse de la saisie des données des personnes, mais ne prend pas en charge les frais induits par les adaptations techniques. Le rapport (point 3.2.2) justifie les dépenses par une "plus-value grâce à l'amélioration de l'efficacité et de la sécurité juridique qui en résultera". Nous sommes quelque peu dubitatifs face à ces arguments.
- Le rapport précise que ce numéro d'assuré n'apparaîtra pas à l'extrait. N'y a-t-il pas une contradiction avec l'art. 26 al.1 lettre a ORF? Cet article cite le nom et *l'identité* du propriétaire parmi les données figurant à l'extrait.
- Qu'en est-il d'un étranger domicilié à l'étranger, ne possédant pas de numéro d'assuré? Le conservateur devra-t-il s'enquérir de l'obtention de ce numéro auprès des autorités AVS?
- Enfin nous sommes surpris de lire que cet identifiant permettra d'actualiser automatiquement les modifications du nom. Ceci va à l'encontre de la règle contenue à l'art. 963 CCS.

Art. 949c CCS – Recherche d'immeubles dans tout le pays

Pas de remarques particulières.

Art. 949d CCS – Organisme responsable de droit privé

Cette nouvelle disposition a pour but de clarifier et légitimer si besoin est, le mandat donné à SIX Group en 2009 par l'office fédéral de la Justice, afin de réaliser les projets partiels en relation avec eGRIS. Une question primordiale est de déterminer si ces projets sont ou non conformes à la législation, plus précisément si leur réalisation par un organisme privé enfreint ou non le domaine de la compétence exclusive des cantons, au sens de l'art. 953 CCS.

L'expert indépendant mandaté par les cantons a posé des questions et proposé des solutions pertinentes à cette problématique. Après réflexion nous sommes d'avis que la réalisation de ces projets par un organisme privé ne contrevient pas à l'art. 953 CCS et que ce nouvel article 949 d est dès lors acceptable. Le projet est en cours de réalisation par SIX Group en collaboration avec les cantons, qui sont intégrés de manière équitable au comité de pilotage du projet eGRIS. En outre les cantons resteront à l'avenir en mesure de décider s'ils souhaitent ou non participer à l'une ou l'autre des applications prévues (portail d'accès, transactions électroniques avec la plateforme Terravis).

Nous formulons toutefois la remarque suivante: ce nouvel article pose le principe de la délégation de compétence par l'office fédéral de la justice à un organisme privé afin de réaliser les différents modules liés à eGRIS. En soi, ce mandat ne nécessite sans doute pas de base légale expresse. C'est pourquoi nous sommes d'avis qu'il serait judicieux d'exprimer également dans ce nouvel article, que les cantons pourront décider, et seront à cet effet seuls compétents, de conclure avec un tel organisme des conventions en vue de l'utilisation de ces nouveaux services.

Enfin la question de la haute surveillance ne nous paraît pas suffisamment précisée. L'office fédéral de la justice se déclare compétent, mais cela ne concerne visiblement que la délégation de compétence à cet organisme privé afin de "réaliser" les trois applications. Les cantons devraient également pouvoir être intégrés dans cette haute surveillance dans le

cadre de la mise en production et de la collaboration future avec l'organisme privé. Ce thème est en cours d'analyse dans le cadre des représentants cantonaux au comité de pilotage eGRIS. Dès lors il nous paraît que le nouvel article 949 d est trop lacunaire ou prématuré sur ce point.

Conclusion :

Le Conseil d'Etat émet un préavis réservé quant aux nouveaux articles 949b et 949d CCS. Par contre, il salue la volonté d'harmoniser les pratiques cantonales par une adaptation des registres foncier et de l'état civil. Il est favorable à l'utilisation du n° AVS au titre d'identifiant des systèmes d'information publics. Les modifications proposées sont conformes à une vision réaliste d'un gouvernement électronique. Néanmoins, une question légitime se pose quant au soutien financier par les cantons au développement et à l'exploitation du support informatique "INFOSTAR" vu la maîtrise complète revendiquée par la Confédération. Il est judicieux de rappeler que les cantons assument déjà les coûts des infrastructures et du personnel en charge de la gestion des informations dans le système informatique. Enfin, le Conseil d'Etat regrette le manque d'informations du présent rapport quant à la protection et à la conservation des données informatiques de l'état civil.

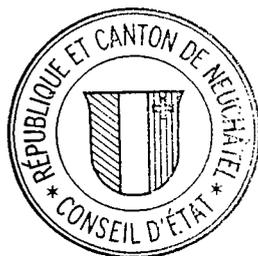
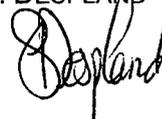
En vous remerciant d'avoir associé notre Autorité à la présente procédure de consultation, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'assurance de notre considération distinguée.

Neuchâtel, le 19 décembre 2012

Au nom du Conseil d'Etat:

Le président,
P. GNAEGI

La chancelière,
S. DESPLAND

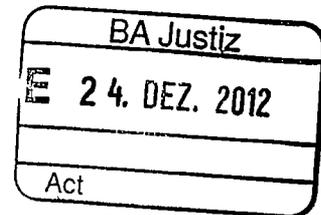




CH-6371 Stans, Postfach, STK

A-Post

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern



Stans, 18.12.2012

Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Änderungen betreffend Beurkundung des Personenstandes und Grundbuch)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Brief vom 24. September 2012 haben Sie uns eingeladen, zu den obengenannten vorgesehenen Änderungen des Zivilgesetzbuches bis am 21. Dezember 2012 Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und lassen uns gerne wie folgt vernehmen.

I. Personenstand

An der Regierungskonferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) vom 13. November 2009 wurde beschlossen, das informatisierte Personenstandsregister Infostar unter Einhaltung von fünf Bedingungen in die vollumfängliche Zuständigkeit des Bundes zu übertragen. Das nun Vorliegende entspricht in weiten Teilen nicht dem erwähnten Beschluss, weshalb wir nachstehend die fünf Bedingungen noch einmal auflisten:

1. Mitbestimmungsrechte der Kantone (Art. 45a Abs. 4 und 5 ZGB)

Die Kantone fordern ein Mitbestimmungsrecht in Form eines paritätisch aus Vertretern von Bund und Kantonen zusammengesetzten Organs, nicht bloss den „Einbezug“.

2. Einhaltung der bisherigen Kostenhöhe (Art. 45a Abs. 2 ZGB)

Die bisherigen Betriebskosten von 1,25 Millionen Franken sollen nicht überschritten werden. Die Vorlage sieht vor, dass sich die Kantone nun mit jährlich pauschal 3 Millionen Franken zu beteiligen hätten.

3. Kostentransparenz (Art. 39 Abs. 1, Art. 45a Abs. 1 und 3 ZGB, SchlT Art. 6a)

Neuentwicklungskosten von Infostar, die nach der Übernahme anfallen, sollen vollumfänglich durch den Bund getragen werden.

4. Sicherstellung Support (Art. 45a Abs. 5 ZGB)

Bei der Neuformulierung von Artikel 45a ZGB gehen jegliche bisherigen Grundlagen verloren, welche den Kantonen einen zweckmässigen Betriebs-Support garantieren. Die bis-

herige Bestimmung ist daher zwingend beibehalten werden. Es werden auch künftig die Kantone sein, die mit Infostar arbeiten.

5. Trennung Oberaufsicht und Betrieb Infostar

Sowohl das EAZW als auch die Fachstelle Infostar unterstehen dem Direktionsbereich Privatrecht des Bundesamts für Justiz. Nur mit einer bundesamtsgetrennten Organisation sehen wir eine echte Trennung. So sei auch darauf hingewiesen, dass das EAZW die Kantone am 29. Oktober 2012 zusätzlich orientierte, dass die Übermittlung der Auslandsurkunden per 1. Januar 2013 vom Fachbereich INFOSTAR (FIS) wahrgenommen wird. Der Kontakt mit den Schweizer Vertretungen ist eine Tätigkeit des Bundes in seiner Eigenschaft als Oberaufsicht über das Zivilstandswesen. Die Ansiedelung dieser Aufgabe beim technischen Betrieb der Datenbank erfüllt die geforderte Trennung der Bereiche Betrieb und Aufsicht nicht.

Im Übrigen verweisen wir auf die Stellungnahme des Vorstands der Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) vom 25. Oktober 2012, welcher wir uns vollumfänglich anschliessen.

II. Grundbuch

- Zum Art. 949b ZGB

Wir erachten die Einführung des Personenidentifikators im Grundbuch in der vorgesehenen Form nicht als zweckmässig. Es handelt sich lediglich um eine „kann-Bestimmung“, weshalb nicht zu erwarten ist, dass alle Kantone die Versicherungsnummer der AHV verwenden werden. Somit ist das Ziel der gesamtschweizerischen Vereinheitlichung und Bereinigung nicht realistisch. Die Einführung des Personenidentifikators würde nur Sinn machen, wenn die Kantone und Urkundspersonen verpflichtet würden, diese Nummer zu verwenden, und wenn für die Umsetzung eine verbindliche Frist gesetzt würde. Der Aufwand der Grundbuchämter, im Nachhinein allen erfassten Personen den Personenidentifikator zuzuordnen, wäre immens. Es stellt sich die Frage, ob dieser Aufwand in einem vernünftigen Verhältnis zum angestrebten Nutzen steht.

Die automatische Anpassung des Grundbuchs bei Namensänderungen würde unseres Erachtens auch dem im Grundbuchrecht fundamentalen Antragsprinzip widersprechen und bedürfte einer expliziten gesetzlichen Grundlage (Art. 963 ZGB anpassen). Unklar ist zudem, ob die AHV-Nummer auf dem Grundbuchauszug erscheinen müsste. Im Bericht (S. 14) wird dies verneint. Gemäss Art. 26 Abs. 1 lit. a GBV ist jedoch die Identifikation des Eigentümers auf dem Auszug vorzusehen.

- Zum Art. 949c ZGB

Auch diese Bestimmung macht nur Sinn, wenn alle Kantone die AHV-Nummer als Personenidentifikator im Grundbuch einsetzen würden.

Schliesslich muss der Begriff „berechtigte Behörde“ genauer umschrieben werden. Gehören die Urkundspersonen ebenfalls dazu?

- Zum Art. 949d ZGB

Die Führung des Grundbuchs ist eine hoheitliche Aufgabe der Kantone. Folglich sind die Kantone zuständig zu entscheiden, wem der Zugriff zu den Daten des Grundbuchs gewährt werden darf und welche Daten eingesehen werden können.

Mit nArt. 949d ZGB wird einzig die Voraussetzung geschaffen, dass das Projekt eGRIS durch die SIX-Group vorangetrieben werden kann.

Wir erachten diese Bestimmung als zu ungenau. Da diese ebenfalls nur optional ist, wird der gesamtschweizerisch vereinheitlichte Zugang zu den Grundbuchdaten nicht erreichbar sein.

Aus diesen Überlegungen findet die in die Vernehmlassung geschickte Vorlage unsere Zustimmung nicht. Wir regen vielmehr an, den Gesetzesentwurf einer umfassenden Überarbeitung zuzuführen.

Freundliche Grüsse

NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Landammann



Ueli Amstad



Landschreiber



Hugo Murer



Kanton
Obwalden

Regierungsrat

BA Justiz
E 20. DEZ. 2012
Act

CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

A-Post

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Per E-Mail an: egba@bj.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.1320
Unser Zeichen: sp

Sarnen, 18. Dezember 2012

**Änderung des Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch):
Stellungnahme.**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch). Gerne nehmen wir wie folgt Stellung:

Eine Entflechtung von Oberaufsicht des Bundes einerseits und Betrieb und Weiterentwicklung der Datenbank Infostar (inklusive einfacher Abrechnungsmodi) andererseits ist sinnvoll und wird begrüsst. Die Kantone haben sich anlässlich der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen (KAZ) vom 13. November 2009 dafür ausgesprochen, das informatisierte Standesregister Infostar allein durch den Bund betreiben und weiterentwickeln zu lassen. Dieser Beschluss wird nach wie vor unterstützt. Allerdings wurde auch beschlossen, dass die Übertragung in die vollumfängliche Zuständigkeit des Bundes nur unter Einhaltung von fünf Bedingungen erfolgen dürfe (Mitbestimmungsrecht, Einhaltung bisheriger Kostenhöhe, Kostentransparenz, Sicherstellung des Supports sowie Trennung der Oberaufsicht und des Betriebs Infostar). Diese Bedingungen werden mit der unterbreiteten Vorlage jedoch nicht erfüllt, wie die Stellungnahme der KAZ vom 15. Dezember 2012 ausführlich und richtig darlegt. Der Kanton Obwalden schliesst sich daher vollumfänglich der Stellungnahme und Anträge der KAZ vom 15. Dezember 2012 an.

Der Bericht zum Vorentwurf geht davon aus, dass für die einheitliche Erfassung von Daten von natürlichen Personen eine Grundlage geschaffen werden muss, weil keine einheitliche Praxis der beteiligten Behörden bestehen würde. Bei der neuen vorgesehenen Bestimmung handelt es sich um eine „Kann-Vorschrift“. Es steht den Kantonen somit frei, ob sie in Zukunft die AHV-Nummer verwenden wollen oder nicht. Somit ist zum vornherein ausgeschlossen, dass eine gesamtschweizerische Bereinigung der Personendaten von natürlichen Personen möglich sein wird. Die Verwendung der AHV-Nummer macht nur dann Sinn, wenn sie von den Kantonen zwingend geführt werden muss, und gleichzeitig die Notare verpflichtet werden, diese Nummer in den Urkunden anzugeben. Allerdings gäbe es bei einer solchen Vorschrift Anwendungsprobleme:

Regierungsrat
c/o Staatskanzlei STK
Postadresse: Postfach 1562, 6061 Sarnen
Tel. 041 666 62 03, Fax 041 660 65 81
staatskanzlei@ow.ch
www.ow.ch

Auch bei der Verwendung der AHV-Nummer ist es nicht möglich, alle im Grundbuch registrierten Personen zu erfassen. Es sind im Grundbuch Personen eingetragen, denen keine Versicherungsnummer zugeordnet werden kann, z. B. Personen, die bereits gestorben sind, im Grundbuch aber immer noch als Eigentümer eingetragen sind, minderjährige Kinder in Erbengemeinschaften oder ausländische Grundstückbesitzer. In solchen Fällen müsste durch den Notar oder das Grundbuchamt zuerst eine AHV-Nummer beantragt werden oder es müsste für solche Personen eine Ausnahmeregelung gelten.

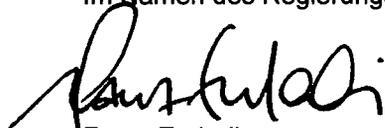
Bezüglich Namensänderungen geht der Bericht davon aus, dass diese in Zukunft automatisch aktualisiert werden könnten. Dieses Vorgehen würde jedoch dem im Grundbuchrecht geltenden Antragsprinzip widersprechen und müsste ausdrücklich im Gesetz als zulässig erklärt werden. Art. 963 ZGB müsste entsprechend angepasst werden.

Keine Einwände werden gegen die Einführung einer gesetzlichen Grundlage erhoben, welche eine Delegation der eGRIS-Aufgaben an eine private Trägerschaft zulässt.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats


Franz Enderli
Landammann


Dr. Stefan Hossli
Landschreiber

21. DEZ. 2012

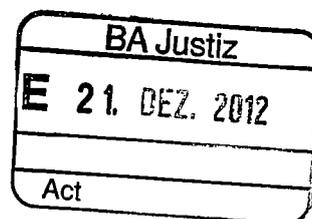


Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepar-
tement
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 20. Dezember 2012



Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch): Vernehmlassungsverfahren

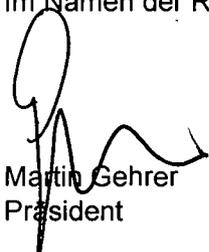
Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 24. September 2012 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, sich zum Vorentwurf über die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch) samt Erläuterungen bis 21. Dezember 2012 vernehmen zu lassen. Die Vorlage bezweckt Anpassungen im Bereich der Register des Privatrechts. Dabei geht es um eine Neuorganisation für den Betrieb und die Weiterentwicklung des elektronischen Zivilstandsregisters (Informatisiertes Standesregister "Infostar") unter der alleinigen Verantwortung des Bundes, die Verwendung der AHV-Versichertennummer als Personenidentifikator im Grundbuch sowie die Verwirklichung gewisser Nutzungen des informatisierten Grundbuchs durch einen Aufgabenträger des privaten Rechts.

Die Regierung des Kantons St.Gallen befürwortet grundsätzlich die vorgeschlagenen Änderungen. Im Interesse der registrierten Personen ist allerdings bei den Vorhaben der Datensicherheit und dem Datenschutz besondere Beachtung zu schenken. Bei der Weiter- und Neuentwicklung des Personen-Informationssystems wird zudem anstelle eines Einbezugs ein gesetzlich verankertes Mitspracherecht der Kantone gefordert. Die vorgeschlagene jährliche Pauschale von 3 Mio. Franken zu Lasten der Kantone für Betrieb und Weiterentwicklung des Systems lehnen wir in dieser Form ab.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns im Anhang zu dieser Vernehmlassung.

Im Namen der Regierung


Martin Gehrer
Präsident


Canisius Braun
Staatssekretär





Beilage:
– Anhang

Anhang zur Vernehmlassung der Regierung des Kantons St.Gallen zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch)

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

1. Art. 39 ZGB

Dass mit der vorgesehenen Gesetzesänderung der Realisierung der "Bundeslösung InfoStar" entsprochen und damit dem Informatiksystem eine tragfähige gesetzliche Basis für die Zukunft gegeben wird, wird begrüsst. Mit Blick auf die Registerharmonisierung bekommt das Personenstandsregister als "Master-Register" für Daten natürlicher Personen zusammen mit der gesetzlichen Vermutung der Richtigkeit seiner Daten nach Art. 9 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (SR 210; abgekürzt ZGB) eine Bedeutung weit über das Zivilstandswesen hinaus. Damit wird auch die vom Bund angestrebte Strategie, wonach das elektronische Personenstandsregister nicht als bloss elektronische Abbildung der papiernen Zivilstandsregister, sondern als zentrales Personen-Informationssystem geführt werden soll, unterstützt. Allerdings sollte der inzwischen etablierte Begriff "Personenstandsregister" auch aus Gründen der Rechtssicherheit weiterhin verwendet werden. Der Ausbau in ein "zentrales Personen-Informationssystem" ist davon unabhängig möglich. So kann die bereits begonnene Behördenzusammenarbeit künftig über elektronische Prozesse und Schnittstellen weiter entwickelt werden. Verwaltungsabläufe werden damit bereichsübergreifend modernisiert und effizienter gestaltet; der Dateninhalt der verschiedenen Register wird synchronisiert und die Datenqualität in den Registern erhöht. Nicht zu vergessen mit Bezug auf den Bericht des Bundes zum vorliegenden Vorentwurf ist die Erwähnung von E-Government. Kann das Personenstandsregister im Sinn eines zentralen Personen-Informationssystems realisiert werden, wird sich der daraus entstehende Nutzen und Mehrwert für alle Beteiligten auch in finanzieller Hinsicht umso kostengünstiger rechnen. Ein solches Personen-Informationssystem gereicht ferner zum Vorteil für betroffene Bürger und Bürgerinnen sowie weitere Kundinnen beziehungsweise Kunden der Behörden. Im Interesse der registrierten Personen ist allerdings bei allen Vorhaben der Datensicherheit und dem Datenschutz besondere Beachtung zu schenken.

Zukunftsweisend wäre ebenfalls die Registrierung der elterlichen Sorge der unmündigen Kinder im Personenstandsregister. Im Weiteren wird eine Strategie zur Aufnahme der ausländischen Personen mit Wohnsitz in der Schweiz in den Bevölkerungsregistern und damit auch im Personenstandsregister vermisst. Eine Gesamtkonzeption aller Bevölkerungsregister, bei welcher die Kantone aktiv einbezogen werden, wird als unerlässlich erachtet. Wir machen beliebt, diese Themen im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung vertieft zu prüfen.

Abschliessend wird mit Bezug auf Art. 39 Abs. 2 Ziffer 2 ZGB darauf hingewiesen, dass der Zivilstand der eingetragenen Partnerschaft bei der Aufzählung der personen- und familienrechtlichen Stellung fehlt und entsprechend zu ergänzen ist.

2. Art. 43a ZGB

Unter Bezug auf die zu Artikel 39 ZGB gemachten Ausführungen wird die Ergänzung der Zugriffsmöglichkeit im Abrufverfahren für die für die Führung der kantonalen und kommunalen Einwohnerregister nach dem Registerharmonisierungsgesetz vom 23. Juni 2006 zuständigen Behörden sowie für die für die Führung des zentralen Versichertenregisters nach Art. 71 Abs. 4 des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (SR 831.10) zuständige Stelle des Bundes ausdrücklich als positiv beurteilt.



3. Art. 45a ZGB

Absatz 1 und 2

Die vorgeschlagene Formulierung von Abs. 1 der Bestimmung sowie von Abs. 2 im Sinn einer angemessenen Kostenregelung zwischen Bund und Kantonen für den Betrieb sowie die Weiter- und Neuentwicklung des Systems im Bereich des Zivilstandswesens wird unterstützt. Zu den im Bericht zum Vorentwurf zu Art. 6a Schlusstitel ZGB gemachten detaillierten Ausführungen zum Verteilschlüssel der Kosten zwischen Bund und Kantonen wird auf die Bemerkungen an entsprechender Stelle verwiesen.

Absatz 3

Die Formulierung wird abgelehnt, weil die Kantone vollumfänglich für die Betriebskosten des Personen-Informationssystems aufkommen. Dateninformationen als Dienstleistungen für Dritte (zum Beispiel Einwohnerämter und Strassenverkehrsämter) ausserhalb des Zivilstandswesens betreffen stets Personenstandsdaten. Es wäre somit nicht angebracht, wenn der Bund auf Kosten der Kantone entsprechende Einnahmen generiert. Es wird als selbstverständlich erachtet, dass Kosten für die Schaffung von Schnittstellen nicht von den Zivilstandsbehörden, sondern von den Nutzniessern getragen werden müssen.

Absatz 4 und 5

Bei der Weiter- und Neuentwicklung des Personen-Informationssystems wird anstelle eines Einbezugs ein Mitspracherecht der Kantone gefordert. Hinzu kommt die in Abs. 5 Ziff. 1 festgehaltene Delegation an den Bundesrat, die Einzelheiten des Einbezugs der Kantone in die Weiter- und Neuentwicklung des zentralen Informations-Systems zu regeln. Diese Form ist zu offen und würde beispielsweise auch eine rein administrative Vernehmlassung zulassen. Die Mitsprache der Kantone muss gesetzlich institutionalisiert sein, da diese das System auch künftig mitfinanzieren und den rechtmässigen Vollzug des Zivilstandswesens und die korrekte Führung des Personenstandsregisters sicherstellen müssen. Durch die Öffnung des Systems im Sinn eines zentralen Personen-Informationssystems ist der aktive Einbezug der Kantone bei der strategischen Weiterentwicklung ohnehin unerlässlich. Die Gewährleistung von bürgerfreundlichen und wirtschaftlichen Arbeitsabläufen ist der Regierung des Kantons St.Gallen ein grosses Anliegen. Folglich ist der Einbezug von Vertretern der Kantone im Gesetz selbst festzuhalten. Es wird die Mitbestimmungsrechte der Kantone in Form **eines paritätisch aus Vertretern von Bund und Kantonen zusammengesetzten Organs** beantragt. Abs. 4 und Abs. 5 Ziff. 1 sind entsprechend zu präzisieren.

4. Art. 949b ZGB

Absatz 1

Die Verwendung der Versichertennummer der AHV im Grundbuch für die genauere Bezeichnung einer Person und damit auch Abs. 1 der neuen Bestimmung werden begrüsst. Eine schweizweit eindeutige Personennummer ist notwendig.

Die Ausführungen im Bericht treffen mindestens für den Kanton St.Gallen in wichtigen Punkten nicht zu. So trifft es nicht zu, dass nur die Versichertennummer eine eindeutige Identifizierung einer Person zulässt. Im Kanton St.Gallen wird ein funktionierendes System betrieben, mit welchem die Person im Grundbuch eindeutig mit der gleichen Person in einem anderen System verknüpft wird. Die Aktualität der Grundbuchdaten wird zwar aufgrund des Antragsprinzips durch die zusätzlichen Personendaten des auf 1. Januar



2012 in Vollzug gesetzten Art. 90 Abs. 1 der Grundbuchverordnung (SR 211.432.1; abgekürzt GBV) beeinträchtigt. Die Identifikation ist im Kanton St.Gallen trotzdem gewährleistet.

Falls Art. 949b Abs. 1 ZGB, wie im Bericht dargelegt, dazu dienen soll, Grundbuchdaten automatisch zu aktualisieren, müsste dies auf Gesetzesstufe geregelt werden. Die neue Bestimmung enthält diese Ausnahme vom Antragsprinzip nicht, womit weiterhin Art. 964 Abs. 1 ZGB gelten würde. Eine Verordnungsbestimmung genügt nicht, um diese Gesetzesbestimmung zu umgehen.

Wird die Versichertennummer der AHV als einzige Identifikation für Personen verwendet, kann dies ebenfalls nicht über die Grundbuchverordnung erfolgen. Art. 949b Abs. 1 ZGB ist richtigerweise als Kann-Bestimmung vorgesehen, weil die Einführung für bestehende Einträge zeit- und kostenintensiv sein wird. Es bleibt also den Kantonen überlassen, ob und wann sie diese Nummer flächendeckend einsetzen wollen. Bei einer flächendeckenden Vergabe der Versichertennummer wird es bei vielen Personen, welche ihre Rechte vor langer Zeit erworben haben, nicht möglich sein, schweizweit nur eine Versichertennummer zuzuweisen (z.B. Müller Hans mit oder ohne Jahrgang, ohne weitere Angaben). Bei der Vergabe der Versichertennummer z.B. bei einem Erwerb durch eine Person mit Wohnsitz im Ausland müsste sichergestellt werden, dass die Nummer sofort verfügbar ist, damit das Grundbuch nicht wegen einer schleppenden Nummernvergabe blockiert bleibt (Art. 92 GBV).

Absatz 2

Diese Bestimmung erscheint problematisch, weil der Grundbuchauszug ohne Versichertennummer nicht alle Grundbuchdaten umfasst, was bei einem Auszug aus dem Grundbuch per Definition der Fall sein müsste. Noch problematischer wird die Vorschrift, falls die Versichertennummer als einzige Identifikation für eine Person verwendet wird. Damit würde es fast unmöglich, gestützt auf den Grundbuchauszug die Rechtmässigkeit einer Berechtigung zu überprüfen. Auf jeden Fall ist der Widerspruch zu Art. 970 Abs. 2 Ziff. 2 ZGB zu klären, nach welchem jeder Person die Identifikation des Eigentümers richtigerweise voraussetzungslos bekannt zu geben ist.

5. Art. 949c ZGB

Die landesweite Personensuche für Behörden über ein Portal entspricht einem Bedürfnis. Heute müssen schweizweite Abfragen in der Regel bei den über 200 Grundbuchämtern angefragt und ein Interesse glaubhaft gemacht werden. Die neue Möglichkeit birgt allerdings eine hohe Missbrauchsgefahr. Die Erfahrungen im Bankensektor haben gezeigt, dass Daten nicht geheim gehalten werden können, wenn viele Personen umfassende Zugriffsrechte besitzen. Dies gilt es auch für die Grundbuchdaten zu beachten. Für ausländische Steuerbehörden sind die Eigentumsverhältnisse an Grundstücken von grosser Bedeutung, weil viel Schwarzgeld in Immobilien investiert sein könnte. Unter den Begriff der "Behörden" fallen wegen ihrer hoheitlichen Aufgaben auch die in der Schweiz tätigen freiberuflichen Notarinnen und Notare, welche in der Regel auch als Rechtsanwälte tätig sind.

Gemäss Bericht soll ein Grundeigentümerregister ermöglicht werden (S. 15). Die Kompetenznorm von Art. 949c enthält diese Einschränkung nicht. Aufgrund des vorgeschlagenen Wortlauts der Bestimmung würde nicht nur die Kompetenz für die Abfrage des Eigentums einer Person, sondern auch für andere Rechte an Grundstücken erteilt (z.B. Gläubi-



gerrechte an Hypotheken, Kaufrechte, vorgemerkte Miet- und Pachtverhältnisse). Die Beschränkung auf ein Grundeigentümerregister sollte deshalb in die Bestimmung aufgenommen werden:

*Der Bundesrat regelt die landesweite Suche der berechtigten Behörden nach **Grundeigentümern**, welche aufgrund der Versichertennummer **identifiziert werden**.*

Gemäss Ausführungsverordnung soll darauf verzichtet werden, freiberuflichen Notarinnen und Notare zusätzlich zur grundstückbezogenen Abfrage auch den schweizweiten Zugriff auf die Grundstücksdaten einer Person zu ermöglichen. Umso mehr muss dies auch für alle übrigen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte gelten (vgl. Art. 28 Abs. 1 Bst. c GBV).

6. Art. 949d ZGB

Absatz 1

Die Führung des Grundbuchs ist eine hoheitliche Aufgabe der Kantone (Art. 953 ZGB). Nach geltendem Recht haben die Kantone darüber zu entscheiden, welchen Personen ein Zugriff auf die Daten des Grundbuchs gewährt wird und welche Daten eingesehen werden können.

Mit Abs. 1 von Art. 949d ZGB soll die erforderliche gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit die Kantone diese Aufgabe an eine Person ausserhalb der kantonalen Verwaltung übertragen können. Diese neue Bestimmung ist somit die Voraussetzung, dass das Projekt eGRIS im bisherigen Umfang weiterverfolgt werden kann beziehungsweise die bereits eingesetzten Teilsysteme Auskunft, Datenbezug und Geschäftsverkehr eine genügende gesetzliche Grundlage erhalten. Die vorgesehene Delegation und der gesamtschweizerische Zugriff auf die Grundbuchdaten bergen ein erhebliches Datenschutzrisiko.

Der Wortlaut der vorgeschlagenen Bestimmung enthält die Befugnis zur Delegation von hoheitlichen Funktionen nicht oder mindestens nicht ausdrücklich. Er sieht eine Zusammenarbeit vor, was die Übertragung von hoheitlichen Aufgaben nicht einschliesst. Falls die Bestimmung die Grundlage für die Übertragung von hoheitlichen Aufgaben von den Kantonen auf die SIX Group oder andere private Anbieter bilden soll, müsste diese Befugnis zur Übertragung in der Gesetzesbestimmung ausdrücklich erwähnt werden. Zudem sollte bereits in der Delegationsnorm festgehalten werden, dass der Zugriff auf die Daten des Grundbuchs im Abrufverfahren nur bestimmten Personen offen steht.

Abs. 1 dieser Bestimmung führt zu einer Ungleichbehandlung der anfragenden Personen. Sind sie Kunden des Aufgabenträgers des privaten Rechts, können sie Daten abrufen. Die restlichen Personen müssen nach Art. 970 ZGB ihr Interesse in jedem konkreten Fall glaubhaft machen oder können einen beschränkten Teil der Daten nur grundstückbezogen abfragen und unterstehen einer mengenmässigen Beschränkung (Art. 27 Abs. 2 GBV).

Absatz 2

Die Aufsicht über den Aufgabenträger des privaten Rechts durch das Bundesamt für Justiz ist notwendig, weshalb Abs. 2 ausdrücklich gutgeheissen wird. Ohne wirkungsvolle Aufsicht ist davon auszugehen, dass die Grundbuchdaten teilweise missbräuchlich bezogen und verwendet werden, weil sie einen immensen Wert darstellen.



7. Schlusstitel Art. 6a ZGB

Absatz 1

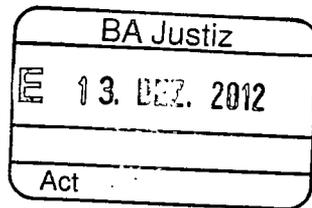
Die vorgesehene jährliche Pauschale von 3 Mio. Franken für Betrieb und Weiterentwicklung des Systems wird in dieser Form abgelehnt. Zwecks vereinfachter Abrechnung werden jährlich 1,25 Mio. Franken für den laufenden Betrieb von Infostar sowie 0,1 Mio. Franken für den zukünftigen Betrieb eines Data-Warehouses, insgesamt somit 1,35 Mio. Franken (zuzüglich Teuerung) für den Betrieb des Systems, aufgeteilt nach der Einwohnerzahl der Kantone, anerkannt. Hingegen ist eine Pauschale für die Bereinigungsverfahren der neuen Sozialversicherungsnummer von insgesamt 0,25 Mio. Franken nicht gerechtfertigt, weil diese Aufwendungen im Rahmen der Registerharmonisierung in diesem Ausmass nicht als dauerhaft angesehen beziehungsweise die zukünftigen Zusammenarbeitsmöglichkeiten effizienter abgewickelt werden können.

Im Weiteren wird die Finanzierungspflicht bei Projekten für Weiterentwicklungskosten im Bereich des Zivilstandswesens akzeptiert. Die Kosten für neue Projekte müssen jedoch transparent ausgewiesen werden. Es ist nicht angezeigt, auf gesetzlicher Stufe zum Voraus eine Pauschale von 1,4 Mio. Franken als Weiterentwicklungskosten vorzusehen. Jede weiteren Entwicklungsschritte sind über entsprechende Projekte von den Kantonen genehmigen zu lassen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Weiterentwicklung auch im Sinn der Kantone gestaltet und realisiert wird. Für kleinere Projekte (beispielsweise im Umfang bis zu Fr. 200'000.-) machen wir beliebt, dass die paritätisch zusammengesetzte Kommission eine entsprechende Entscheidkompetenz zugestanden erhält. Damit wäre gewährleistet, dass in diesem Umfange effiziente und zielgerichtete Entscheidungen innert nützlicher Zeit getroffen werden können.

Absatz 2

Die vorgeschlagene hälftige Kostentragung von Bund und Kantonen für eine allenfalls *notwendige* Neuentwicklung des Systems im Bereich des Zivilstandswesens wird mitgetragen.

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat
Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch



Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 10
3003 Bern

Schaffhausen, 11. Dezember 2012

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch); Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 24. September 2012 haben Sie uns den Entwurf in oben genannter Angelegenheit zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und nehmen innert Frist gerne Stellung.

Die Neuregelung der Zuständigkeiten im Bereich des Zivilstandsregisters Infostar beurteilt der Regierungsrat positiv, lehnt die vorgeschlagene Gesetzesänderung jedoch teilweise ab. Insbesondere wird bemängelt, dass den Kantonen nur noch ein Mitwirkungsrecht zugestanden werden soll. Damit ist die wichtigste Forderung der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden (KAZ) vom 13. November 2009, nämlich ein Mitbestimmungsrecht, nicht erfüllt. Ebenfalls abgelehnt wird eine Pauschale von rund 1.5 Millionen Franken durch die Kantone für Weiterentwicklungskosten, ohne jedoch über die einzelnen Ausbauschritte entscheiden zu können und ohne projektbezogene Abrechnung durch den Bund. Diese Neuregelung widerspricht der Forderung nach Kostentransparenz.

Der Regierungsrat begrüsst die systematische Verwendung der Versichertennummer bei der Führung des Grundbuchs.

Nachfolgend unsere Bemerkungen im Detail:

Art. 39 Abs. 1 ZGB Terminologie

Der Begriff "elektronisches Personenstandsregister", der sich eingebürgert hat, ist im ZGB zu nennen. Ob das Personenstandsregister dereinst einmal tatsächlich ein umfassendes "Personen-Informationssystem" wird, ist mit der jetzigen Gesetzgebung noch nicht zu entscheiden (vgl. Art. 39 Abs. 1 ZGB und weitere Bestimmungen).

Art. 39 Abs. 2 Ziff. 2 ZGB Eingetragene Partnerschaft

Der Hinweis auf die eingetragene Partnerschaft fehlt.

Art. 43a Abs. 4 Ziff. 5 ZGB Öffnung für Einwohnerregisterführer

Beim Zugriff auf Infostar muss dem Datenschutz hohe Priorität eingeräumt werden, auch im Abrufverfahren. Zudem stellt sich die Frage, ob die Einwohnerregisterführer mit dieser Gesetzesänderung in die Situation gesetzt werden, dass sie künftig bei der Überprüfung der Angaben einer Person zwingend auf Infostar zugreifen müssen. Falls beabsichtigt, wäre dies klar zu formulieren, denn die im Entwurf vorgesehene Möglichkeit zum Abruf zeigt, dass die Daten auch anderweitig überprüft werden können. Der zwingende Zugang aller Einwohnerregisterführer zu Infostar wäre zudem für die Kantone mit Mehrkosten verbunden, beispielsweise im Bereich technischer Zugang, Schulung.

Art. 45a ZGB Zusammenarbeit Bund – Kantone

Wir sind einverstanden, dass das elektronische Zivilstandsregister Infostar in Zukunft vollständig durch den Bund betrieben wird. Im Sinne des Ihnen vorliegenden Beschlusses der KAZ vom 13. November 2009 erachten wir jedoch die Einräumung einer blossen Mitwirkung als ungenügend und fordern eine Mitbestimmung der Kantone. Dieses Mitbestimmungsrecht ist auch im Zusammenhang der Kostenverlegung von grosser Bedeutung. Zu diesem Zweck ist bereits auf Gesetzesstufe die Schaffung eines paritätisch zusammengesetzten Organs vorzusehen, welches sich im Sinne einer Fachkommission mit der Weiterentwicklung von Infostar befasst. Das paritätische Organ ist mit einer Finanzkompetenz auszugestalten. Wir erachten dabei eine Finanzkompetenz für Projektkosten von 200'000.-- Franken als angemessen. Dies ermöglicht, kleinere Weiterentwicklungen aufgrund einer Gesetzesänderung direkt durch das paritätische Organ zu genehmigen, ohne dass dafür alle Kantone einbezogen werden müssen. Grössere Projekte bedürfen jedoch wie bisher der Zustimmung der Kantone; konkret der KAZ, einer regierungsrätlichen Konferenz. Wie der Entwurf des Bundes selbst vorsieht (vgl. Art. 45a Abs. 2 nZGB), werden die Kosten für die Weiter- und Neuentwicklungen von Bund und Kantonen gemeinsam getragen. Falls ein paritätisches Organ geschaffen wird, das als Fachkommission die

Projekte unter Vorbehalt der Zustimmung der KAZ beurteilt, sind wir mit einer hälftigen Tragung der Projektkosten einverstanden. Konkret schlagen wir folgende Gesetzesformulierung vor:

Art. 45a Abs. 5 Ziff. 1 und 2 ZGB:

«⁵ Der Bundesrat regelt:

1. die Einzelheiten des paritätisch zusammengesetzten Organs von Bund und Kantonen für die Weiterentwicklung des elektronischen Personenstandsregisters und dessen finanziellen Kompetenzen;
2. das Verfahren der betrieblichen Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kantonen;»

[Ziff. 3 - 5 gemäss Ziff. 2 - 4 der Fassung des Bundes]

Art. 45a Abs. 3 ZGB Kosten

Wie bereits erwähnt sind wir damit einverstanden, dass sich die Kantone an der Finanzierung des Betriebs beteiligen. Wir erachten dabei eine jährliche Pauschale von 1.6 Millionen Franken als angemessen, denn sie entspricht aufgerundet dem mehrjährigen Mittelwert. Der Betrag ist, wie vom Bund vorgesehen und schon jetzt praktiziert, nach der Einwohnerzahl der Kantone aufzuteilen und der Teuerung anzupassen. Bei den Weiterentwicklungskosten wird eine Pauschale jedoch abgelehnt. Wie eingangs ausgeführt sollen Weiterentwicklungen neu vom paritätischen Organ geprüft werden. Kleinere Anpassungen können von diesem Organ in eigener Kompetenz beschlossen werden, grössere Projekte sind der KAZ zum Beschluss vorzulegen. Die vom Bund vorgeschlagene generelle Pauschale für Projekte würden wir selbst bei guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als untragbar erachten.

Einverstanden sind wir mit Art. 6a Abs. 2 Schlusstitel, das heisst der hälftigen Tragung der Kosten für Neuentwicklungen des Systems, die das Zivilstandswesen betreffen. Selbstredend jedoch ebenfalls unter der Voraussetzung, dass diese Kosten durch das paritätische Organ geprüft und der KAZ zum Beschluss unterbreitet werden.

In Art. 45a Abs. 3 ZGB sieht der Bund vor, Dritten beim Bezug von Daten aus Infostar Kosten zu verrechnen. Es ist nicht klar, was damit gemeint ist. Wir halten jedoch fest, dass die Daten durch Mitarbeitende aus den Kantonen erfasst werden und es somit stossend wäre, wenn den kantonalen Bezüglern dieser Daten Kosten auferlegt werden müssten.

Art. 949b ZGB Personenidentifikator im Grundbuch

Die geplante systematische Verwendung der Versichertennummer als weiteren Identifikator für natürliche Personen ist zu begrüssen. Es macht Sinn, eine seit langem eingeführte und bekannte Identifikationsnummer zu verwenden anstelle einer neuen, nur für den Grundbuchbereich nutzbaren (neuen) Personennummer.

Damit die Versichertennummer künftig möglichst reibungslos und mit geringem Arbeitsaufwand verwendet werden kann, ist den Grundbuchämtern eine einfache Möglichkeit zur Abklärung beziehungsweise zum Bezug der Nummer einzuräumen. Zu begrüssen wäre es, wenn

dies nicht mittels einer allenfalls mühsamen Abfrage, sondern mit einem Direktzugriff auf die Daten der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) erfolgen könnte. Wir gehen davon aus, dass die Grundbuchämter die Versichertennummer nicht nur führen, sondern von der ZAS auch einfordern können.

Art. 949c ZGB Landesweite Grundstücksuche

Eine landesweite Grundstücksuche macht nur Sinn, wenn sie flächendeckend erfolgen kann. Falls es im Belieben einzelner Grundbuchämter ist, die Grundstücke mit den Versichertennummern zu verknüpfen (wie sich aus der kann-Formulierung in Art. 949b Abs. 1 ZGB ergibt), ist eine landesweite Suche gar nicht möglich. Folgedessen müssten die Grundbuchämter verpflichtet werden, diese Verknüpfung herzustellen (analog Art. 90 GBV).

Die Einführung des Personenidentifikators im Grundbuch und der damit anfallenden Kosten obliegen klarerweise den Kantonen. Demgegenüber ist aus unserer Sicht nochmals zu prüfen, ob aufgrund der Nutzen-Situation der landesweiten Grundstücksuche nicht eine (Mit-)Finanzierung des Bundes angezeigt ist. In jedem Falle sind vor einer Verpflichtung der Kantone zur Umsetzung der landesweiten Suche zwingend die Machbarkeit zu prüfen und die Kosten zur Klärung des Kosten/Nutzen-Verhältnisses zu erheben.

Art. 949d ZGB Aufgabenträger des privaten Rechts

Zu prüfen ist bei dieser Bestimmung, ob das Wort "einen" nicht ersatzlos gestrichen werden kann, denn gemäss Bericht soll ja kein Monopol gebildet werden. Und auch, ob mit dem Einschub "in Zusammenarbeit mit den Kantonen" der gewünschte freie Entscheid der Kantone wirklich gewährleistet ist. Im Zweifelsfalle beziehungsweise aus Transparenz wäre eine klarere gesetzliche Regelung zu begrüßen.

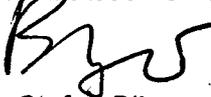
Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

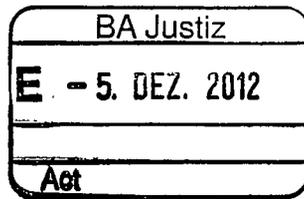


Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates
Die Präsidentin:


Ursula Hafner-Wipf

Der Staatsschreiber:


Dr. Stefan Bilger



Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

3. Dezember 2012

Änderung des schweizerischen Zivilgesetzbuches (Beurkundung des Personenstandes und Grundbuch)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 24. September 2012 in oben genannter Angelegenheit, danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns dazu gerne wie folgt:

A Beurkundung Personenstand

Vorbemerkung

Die Kantone haben bisher sehr viel in Infostar investiert, sei es über personelle, sei es über finanzielle Ressourcen. So wurden beispielsweise auch alle seit 2004 anstehenden ZGB-Revisionen von den Kantonen bestritten, d.h. die (zwingende) Umsetzung in Infostar bezahlt, obwohl diese Kosten in den jeweiligen Gesetzesvorlagen hätten ausgewiesen und die Finanzierung geregelt werden müssen. Es kann nicht sein, dass (wie erneut wieder geschehen bei der Änderung des ZGB betreffend Namens- und Bürgerrecht), bei der Änderung eines Bundesgesetzes in der Vorlage die Kosten ausgeblendet werden und die notwendigen Anpassungen des Beurkundungssystems in der Folge von den Kantonen bezahlt werden müssen, weil sonst der Vollzug der neuen Gesetzesbestimmungen nicht umgesetzt werden kann.

Falls der Bund aufgrund der Datenqualität (Masterdaten) das Personenbeurkundungssystem Infostar für seine Register zum „Masterregister“ („zentrales Personen-Informationssystem“) machen will, ist dies wohl möglich, dies muss er aber ausserhalb des Zivilgesetzbuches regeln, da dies mit dem Zivilstandswesen nichts mehr zu tun hat. Mit den Kantonen wird in dieser hier vorliegenden Gesetzesänderung die Beurkundung des Personenstandes geregelt und dabei soll es auch bleiben. Nur so ist eine klare Kostentransparenz möglich.

Stellungnahme

Prinzipiell unterstützen wir die Absicht des Bundesrates, die Beurkundung des Personenstandes zentral für die ganze Schweiz, durch eine Bundesbehörde betreiben zu lassen. **Leider können wir aber aufgrund des vorliegenden Revisionsentwurfs dieser Umsetzung nicht zustimmen.**

Der Entwurf sollte eigentlich das Resultat von Verhandlungen zwischen den Kantonen, vertreten durch die Konferenz der Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ), und dem Bund, vertreten durch das Bundesamt für Justiz, widerspiegeln. An der Generalversammlung der KAZ vom 13. November 2009 wurde von den Kantonen beschlossen, die Führung von Infostar (System zur elektronischen Beurkundung des Personenstandes) dem Bund zu übergeben, wenn 5 Bedingungen erfüllt werden:

- die Mitbestimmungsrechte der Kantone bei der Weiterentwicklung von Infostar muss gesetzlich verankert sein;
- die bisher von den Kantonen an den Betrieb geleistete Summe von 1,25 Millionen Franken gilt auch künftig als maximale Betriebsunterstützung durch die Kantone (exkl. Teuerung);
- es müsse künftig Kostentransparenz herrschen, d.h. die Kantone sollen nachverfolgen können, dass die Gelder (1,25 Mio.) für den Betrieb von Infostar eingesetzt werden;
- der bisherige Support der Kantone für das System Infostar durch eine Fachstelle des Bundes („second-level-support“) muss weiterhin gewährleistet sein;
- es muss eine klare Trennung zwischen der Oberaufsicht und der Behörde garantiert sein, welche Infostar betreibt (was wiederum zur Kostentransparenz beiträgt).

Die damals anwesende Vertreterin des Bundesamtes für Justiz hat die Erfüllung dieser Bedingungen als Übergabevoraussetzungen zur Kenntnis genommen. Obwohl die Kantone die Bedeutung dieser Voraussetzungen in den Gesprächen immer wieder unterstrichen haben, ist davon leider nicht viel übrig geblieben und die Bedingungen sind im vorliegenden Entwurf des Zivilgesetzbuches nicht genügend berücksichtigt. Unsere Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln entnehmen Sie bitte der synoptischen Darstellung im Anhang zu diesem Schreiben.

Weiter weisen wir auf die **Vernehmlassungsantwort** der Konferenz der Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (**KAZ**) vom 25. Oktober 2012, hin. Als Mitglied der Konferenz unterstützen wir die dort angebrachten Punkte vollumfänglich.

B Grundbuch

Art. 949b /949c ZGB (Personenidentifikator im Grundbuch; Landesweite Suche)

Die neue Bestimmung soll bezwecken, dass eine Schweiz weit einheitliche Bereinigung der Daten von natürlichen Personen und eine landesweite Suche im Grundbuch ermöglicht werden sollen. Dieses Ziel könnte jedoch nur erreicht werden, wenn sämtliche Kantone den vorgeschlagenen Personenidentifikator verwenden würden. Art. 949b Abs. 1 ZGB (formuliert als „Kann“-Vorschrift) überlässt es (korrekterweise) allerdings den Kantonen, ob sie die Versichertennummer der AHV als zusätzlichen Personenidentifikator im Grundbuch verwenden wollen. Das verunmöglicht eine gesamtschweizerische Sicht und den erwarteten Effizienzgewinn. Die Kantone werden vor diesem Hintergrund zu prüfen haben, ob sie die AHV-Versichertennummer verwenden wollen oder nicht. Der Aufwand für einen Systemwechsel wäre erheblich, da nebst der Schaffung einer Schnittstelle alle Eigentumseintragungen durch den Kanton als Verantwortlicher für die Grundbuchführung überprüft werden müssten. Ob sich dieser grosse Aufwand im Verhältnis mit dem erhofften Nutzen lohnt, ist fraglich, insbesondere wenn nicht sichergestellt ist, dass alle Kantone einen Systemwechsel vornehmen werden.

Im Grundbuch sind sowohl aktuelle wie auch historische Personendaten verzeichnet. Dabei sind einzelne – auch aktuelle – Personen nicht mittels einer AHV-Versichertennummer identifizierbar, wie z.B. seit längerer Zeit verstorbene Personen oder Personengemeinschaften (beispielsweise Erbengemeinschaften, bei denen die einzelnen Erben dem Amt unbekannt sind). Eine flächendeckende Ausstattung der im Grundbuch verzeichneten natürlichen Personen mit einer Versichertennummer der AHV scheint daher kaum möglich zu sein.

Unklar ist weiter, wie die Vergabe von AHV-Versichertennummern an ausländische Personen

erfolgen soll. Ist dies Aufgabe der Urkundspersonen bzw. des Grundbuchverwalters? Unklar ist auch, wie die erstmalige Vergabe dieser Nummern an ausländische Personen erfolgen soll.

Gemäss Botschaft soll die Verwendung der Versichertennummer erlauben, Daten zwischen verschiedenen Datenbanken abzugleichen. Im Dunkeln bleibt, um welche Datenbanken es sich dabei handeln könnte, da Voraussetzung dazu die systematische Verwendung dieser Daten im Zusammenhang mit dem Grundbuch notwendig wäre. Im Kanton Solothurn besteht bisher kein Bedarf, mittels Verwendung der AHV-Versichertennummer einen Datenabgleich vorzunehmen.

Die Verwendung der AHV-Versichertennummer soll es auch ermöglichen, Namensänderungen automatisch zu aktualisieren. Eine solche automatische Nachführung der Daten widerspricht dem Antragsprinzip des Grundbuchrechts. Wir sind deshalb der Meinung, dass es dafür einer zusätzlichen gesetzlichen Grundlage bedarf.

Mit der Teilrevision der Grundbuchverordnung per 1. Januar 2012 wurde Art. 51 angepasst. Dem Grundbuchamt sind seither weitere Personendaten zu liefern, die – zumindest im Kanton Solothurn – auch im Grundbuch erfasst werden. Für die Grundbuchführung genügen diese Daten zur Identifikation der Personen. Die Schaffung eines weiteren Identifikators ist vor diesem Hintergrund nicht notwendig.

Zusammenfassend halten wir fest, dass die vorgeschlagene Bestimmung wenig Nutzen bringen dürfte, solange nicht alle Kantone die AHV-Versichertennummer als Personenidentifikator übernehmen werden. Eine zwingende Vorgabe kann der Bund allerdings nicht erteilen. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis bei einem Systemwechsel wird als ungünstig beurteilt.

Art. 949d ZGB (Aufgabenträger des privaten Rechts)

Die Bestimmung räumt die Bedenken aus, dass als eGRIS-Betreibergesellschaft nur eine öffentlich-rechtliche Organisationsform unter überwiegendem Einfluss der Kantone in Frage komme. Mit dieser Bestimmung wird somit Klarheit für ein Projekt geschaffen, welches bereits am Laufen ist. Bei der technischen Abwicklung des Projektes eGRIS wird zudem besonderes Augenmerk gefordert sein, dass Zugriffe auf Daten des Grundbuches nicht missbräuchlich erfolgen können und Massensuchen ausgeschlossen sind.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES



Peter Gomm
Landammann



Andreas Eng
Staatschreiber

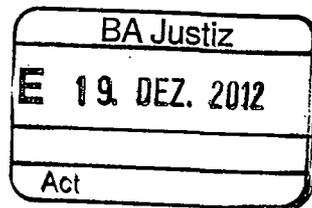
Beilagen

- Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln betreffend Beurkundung Personenstand
- Vernehmlassungsantwort der Konferenz der Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ), vom 25. Oktober 2012

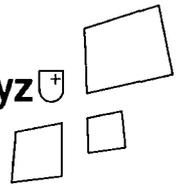
Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln betreffend Beurkundung Personenstand

Entwurf ZGB	Änderungsantrag Kt SO	Bemerkungen
<p>Art. 39 1 Der Personenstand wird im zentralen Personen-Informationssystem (Personenstandsregister) beurkundet. 2 Zum Personenstand gehören insbesondere: 1. die Zivilstandstatsachen wie die Geburt, die Heirat, der Tod; 2. die personen- und familienrechtliche Stellung wie die Mündigkeit, die Abstammung, die Ehe; 3. die Namen; 4. die Kantons- und Gemeindebürgerrechte; 5. die Staatsangehörigkeit.</p>	<p>Art. 39 1 Der Personenstand wird im elektronischen Personenstandsregister beurkundet. 2 Zum Personenstand gehören insbesondere: 1. die Zivilstandstatsachen wie die Geburt, die Heirat, der Tod; 2. die personen- und familienrechtliche Stellung wie die Mündigkeit, die Abstammung, die Ehe, die eingetragene Partnerschaft; 3. die Namen; 4. die Kantons- und Gemeindebürgerrechte; 5. die Staatsangehörigkeit.</p>	<p>Das „Personen-Informationssystem“, welches neu in Artikel 39 des Zivilgesetzbuches eingeführt werden soll, ist nicht eingrenzbare. Die Definition ist offen und kann weit über das Zivilstandswesen hinausgehen. Ein solcher Begriff gehört nicht ins Zivilgesetzbuch. Die Beurkundung des Personenstandes ist klar definierbar; auch der Aufwand, den es für diese Beurkundung braucht, ist leicht feststellbar. Bei einem „Personen-Informationssystem“ ist die Abgrenzung der Kosten, welche dann tatsächlich von den Kantonen an das Zivilstandswesen zu zahlen sind, schwierig, Abgrenzungsprobleme sind vorprogrammiert. Um solchen vorzubeugen, braucht es weiterhin eine klare gesetzliche Formulierung der Beurkundung des Personenstandes. Die „eingetragene Partnerschaft“ wurde wohl „vergessen“ und sollte der Vollständigkeit wegen ergänzt werden.</p>
<p>Randtitel: Ia. Zentrales Personen-Informationssystem Art. 45a 1 Der Bund betreibt und entwickelt das Personenstandsregister als zentrales Personen-Informationssystem. 2 Die Kantone beteiligen sich an den Kosten für den Betrieb, die Weiter- und Neuentwicklung des Systems im Bereich des Zivilstandswesens. 3 Der Bundesrat kann vorsehen, dass Kosten von Dienstleistungen für Dritte für Zwecke ausserhalb des Zivilstandswesens diesen Dritten in Rechnung gestellt werden.</p>	<p>Randtitel: Ia. Elektronisches Personenstandsregister Art. 45a 1 Der Bund betreibt und entwickelt das elektronische Personenstandsregister. 2 Die Kantone beteiligen sich an den Kosten für den Betrieb des elektronischen Personenstandsregisters. Die Kosten für Weiter- und Neuentwicklungen trägt der Bund. 3 Der Bundesrat kann vorsehen, dass Kosten von Dienstleistungen für Dritte für Zwecke ausserhalb des Zivilstandswesens diesen Dritten in Rechnung gestellt werden.</p>	<p>Die Kantone sind mit den Zivilstandsämtern zu stark in den betrieblichen Ablauf von Infostar involviert, als dass die Mitsprache nicht gesetzlich institutionalisiert sein sollte. Sie stellen das Personal und sorgen mit diesem für die Erfassung (Beurkundung) und Bewirtschaftung der Daten. Nur mit einer umfassenden Mitbestimmung aus Praxiskreisen wird demzufolge das Beurkundungssystem weiterhin reüssieren und zur Zufriedenheit aller Beteiligten betrieben und weiterentwickelt werden können. Dies haben die Kantone seit 2004 bewiesen, indem sie mittels der Aufsichtsbehördenkonferenz im Zivilstandsdienst (KAZ) Infostar</p>

<p>4 Der Bund bezieht die Kantone in die Weiter- und Neuentwicklungen des Systems ein.</p> <p>5 Der Bundesrat regelt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Einzelheiten des Einbezuges der Kantone in die Weiter- und Neuentwicklungen des zentralen Personen-Informationssystems; 2. die Zugriffsrechte der Zivilstandsbehörden und der zugriffsberechtigten Stellen nach Artikel 43a Absatz 4; 3. die zur Sicherstellung des Datenschutzes und der Datensicherheit erforderlichen organisatorischen und technischen Massnahmen; 4. die Archivierung der Daten. 	<p>4 Bund und Kantone einigen sich gemeinsam in einem paritätisch zusammengesetzten Organ über die Neu- und Weiterentwicklung des elektronischen Personenstandsregisters.</p> <p>4 Der Bundesrat regelt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Einzelheiten des paritätisch zusammengesetzten Organs von Bund und Kantonen für die Weiter- und Neuentwicklungen des elektronischen Personenstandsregisters; 2. das Verfahren der betrieblichen Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kantonen; 3. die zur Sicherstellung des Datenschutzes und der Datensicherheit erforderlichen organisatorischen und technischen Massnahmen; 4. die Archivierung der Daten. 	<p>bis zum heutigen Tag zu einem effizienten, userfreundlichen und kundenorientierten Beurkundungssystem ausgebaut haben.</p> <p>Um künftig weitere finanzielle Reibungspunkte zu vermeiden, muss die Kostenaufteilung klar geregelt sein. Die Kantone beteiligen sich bereits mit den personellen Ressourcen, indem Infostar durch die kantonalen Zivilstandsämter betreut wird, d.h. die Datenpflege vor Ort geschieht auf Kosten der Kantone. Hier wurde mit der laufenden und bald abgeschlossenen Rückerfassung der lebenden Bevölkerung eine grosse Arbeit geleistet, welche ebenfalls vollumfänglich von den Kantonen bezahlt wurde. Mit der Übergabe von Infostar an den Bund macht es Sinn, dass künftig die Bundesprojekte vollständig vom Bund finanziert werden, d.h. auch die Weiterentwicklung.</p>
<p>Art. 6a Schlusstitel</p> <p>1 Die Kantone bezahlen dem Bund jährlich pauschal 3 Millionen Franken für diejenigen Betriebs- und Weiterentwicklungskosten des zentralen Personen-Informationssystems nach Artikel 45a Absatz 1, die das Zivilstandswesen betreffen.</p> <p>Dieser Betrag wird nach der Einwohnerzahl aufgeteilt und wird ab dem Jahr, das der Inkraftsetzung dieser Bestimmung folgt, jährlich der Teuerung angepasst.</p> <p>2 Die Kantone tragen die Hälfte derjenigen Kosten für Neuentwicklungen des Systems, die das Zivilstandswesen betreffen. Der entsprechende Betrag wird nach der Einwohnerzahl aufgeteilt.</p>	<p>Art. 6a Schlusstitel</p> <p>Die Kantone bezahlen dem Bund jährlich pauschal 1,25 Millionen Franken für die Betriebskosten des elektronischen Personenstandsregister nach Artikel 45a Absatz 1. Dieser Betrag wird nach der Einwohnerzahl aufgeteilt und wird ab dem Jahr, das der Inkraftsetzung dieser Bestimmung folgt, jährlich der Teuerung angepasst.</p>	<p>Neben den kantonalen personellen Ressourcen auf den Zivilstandsämtern haben die Kantone anlässlich der Generalversammlung der KAZ, am 13. November 2009, beschlossen, dass auch die damaligen Betriebskosten von 1,25 Millionen Franken weiterhin von den Kantonen für den Betrieb an Infostar zu zahlen seien. Weshalb hier der Bund, in Artikel 6a Schlusstitel, von 3 Millionen Franken spricht, ist nicht nachvollziehbar bzw. wirkt nach den Verhandlungen zwischen den Parteien als befremdend.</p>



kantonschwyz⁺



6431 Schwyz, Postfach 1260

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Schwyz, 11. Dezember 2012 / bz

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch)

Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 24. September 2012 unterbreitet die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) den Kantonsregierungen die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch) zur Stellungnahme bis 21. Dezember 2012. Dieser Einladung kommen wir fristgerecht gerne nach.

1. Änderung der Beurkundung des Personenstands

Die Änderung des ZGB im Bereich der Beurkundung des Personenstandes bzw. die vollständige Übergabe von Infostar an den Bund wird infolge Nichteinhaltung der von den Kantonen geforderten fünf Bedingungen vom Regierungsrat des Kantons Schwyz nicht befürwortet. Deshalb schliesst sich der Regierungsrat der Vernehmlassungsantwort vom 25. Oktober 2012 der Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) an.

2. Änderung im Grundbuchbereich

Die vorgeschlagenen Änderungen für den Grundbuchbereich werden vom Regierungsrat grundsätzlich begrüsst; insbesondere die Vereinfachung der landesweiten Grundstücksuche. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen:

Zu nArt. 949b Abs. 1 und 2 ZGB

Es werden "Kann"-Formulierungen verwendet, die nicht zweckmässig sind. Damit die Verwendung des Personenidentifikators im Grundbuch Sinn macht, sind dessen flächendeckende Einführung und einheitliche Bekanntgabe unabdingbar. Es ist nicht zielführend, wenn der einzelne Grundbuchverwalter selbst entscheiden kann, ob er den Personenidentifikator verwendet und wann er ihn bekannt gibt. Dies würde die korrekte Identifizierung von (interkantonalen) Grundstückeigentümern vereiteln

oder mindestens unnötig erschweren. Es wird daher eine Umformulierung dieser beiden Absätze mit Ersatz der "Kann"-Formulierung zugunsten einer verbindlichen Vorschrift beantragt.

Zu nArt. 949c ZGB

Die Modalitäten für die landesweite Grundstücksuche sind noch offen. Die Kantone sind deshalb zu gegebener Zeit in das Mitberichtverfahren zur bundesrätlichen Verordnung miteinzubeziehen. Es wird bereits angemerkt, dass auch die Fiskalbehörden Zugang zu den neuen Suchmöglichkeiten erhalten sollen.

Zu nArt. 949 d ZGB

Die neue Bestimmung macht aufgrund des ‚Gutachtens Abegg‘ durchaus Sinn. Aus der Formulierung geht jedoch noch nicht ausdrücklich hervor, dass die Zusammenarbeit mit der privaten Trägerorganisation für die Kantone freiwillig ist – obschon dies gemäss den Ausführungen im Bericht ganz klar der Fall sein müsste, nachdem die Datenhoheit ja bei den Kantonen liegt.

Im Rahmen der Ausarbeitung der Vernehmlassungsantwort wurde auch der Verband der Schwyzer Notare zum Mitbericht eingeladen. Diese Stellungnahme wird nachfolgend zur Kenntnis gebracht:

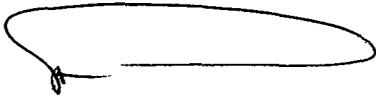
1. Grundsätzlich steht der Schwyzer Notarenverband der Verwendung der Versichertennummer nach Art. 50c AHVG als Personenidentifikator skeptisch gegenüber.
2. Gemäss Art. 50c AHVG werde unter anderem jeder Person eine Versichertennummer zugewiesen, wenn dies im Verkehr mit einer Stelle oder Institution, die zur systematischen Verwendung der Nummer berechtigt ist, notwendig sei. Mit nArt. 949b Absatz 1 ZGB sei somit sichergestellt, dass dies auch im Verkehr mit dem Grundbuchamt erfolge. Nach Ansicht des Verbandes nicht bzw. ungenau geregelt sei jedoch noch:
 - a. Das Verfahren der Zuordnung der Nummer (zuständige Stelle, Ablauf, Zugriff auf Versichertennummer usw.). Dies treffe insbesondere dann zu, wenn Personen, denen noch keine Versichertennummer zugewiesen sei, mit dem Grundbuch durch irgendeinen Eintrag in Bezug auf Eigentum, Dienstbarkeit usw. in Kontakt kommen. Mögliche Zielgruppe seien hier Personen im Ausland.
 - b. Die Überprüfung der Übereinstimmung der Personalien und der Versichertennummer zur jeweiligen Person durch das Grundbuchamt im Rahmen einer Anmeldung eines Grundbuchgeschäftes. Es frage sich hier, ob jedes Mal nebst ID/Pass ein AHV-Ausweis vorgelegt werden müsse.
3. Mit der Einführung einer Versichertennummer entsteht dem Grundbuchamt ein Mehraufwand, der durch den Mehrwert in Form von gesteigerter Effizienz und Rechtssicherheit nicht abgegolten werde. Die systematische Verwendung der Versichertennummer löse nämlich einen erheblichen Mehraufwand aufgrund von Programmanpassungen, -unterhalt, Versichertennummernachführung usw. aus, der nicht geregelt sei bzw. den Grundbuchämtern zu vergüten sei. Denn der (erhoffte) Mehrwert diene in erster Linie den Datennutzern (Grundeigentümer, Bund, Kantone, Banken, SIX-Terravis usw.).
4. Der Vorlagentext enthält in nArt. 949b Absatz 1 ZGB eine Kann-Formulierung. Damit werde die Möglichkeit eröffnet, dass das Grundbuchamt auf eine Verwendung der Versichertennummer verzichte. Diesfalls wäre jedoch eine landesweite Suche nach Grundstücken über die Versichertennummer nicht gewährleistet. Weiter sei eine landesweite Grundstückssuche nur im Informatikgrundbuch durchführbar. Die nArt. 949b und 949c ZGB wären noch aufeinander abzustimmen.

3. Systemzugriff der Einwohnerkontrollbehörden auf Infostar

Der Regierungsrat lehnt diesen Systemzugriff ab und schliesst sich auch in diesem Punkt der Vernehmlassungsantwort der KAZ an.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:



Walter Stählin, Landammann

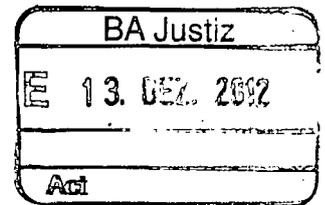


Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber



Staatskanzlei, Schlossmühlestrasse 9, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Frau Simonetta Sommaruga
Bundesrätin
3003 Bern



Frauenfeld, 11. Dezember 2012

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Personenstand und Grundbuch)

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns zum Entwurf für eine Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB; SR 210) äussern zu können und teilen Ihnen mit, dass wir mit den Änderungen betreffend das Grundbuch einverstanden sind. Was hingegen die Revisionsvorschläge zur Beurkundung des Personenstands anbelangen, lehnen wir diese mit nachfolgender Begründung entschieden ab:

I. Allgemeine Bemerkungen

Die Kantone haben in den letzten Jahren gestützt auf die geltenden Bestimmungen des ZGB das informatisierte Standesregister (Infostar) aufgebaut und weiterentwickelt. Das System wird den Anforderungen bezüglich der rechtmässigen Beurkundung des Personenstands und der hohen Anwenderorientierung in den Kantonen vollumfänglich gerecht. Diese gute Ausgangslage wurde primär durch grosse Investitionen der Kantone geschaffen. Direktinvestitionen von über 10 Mio. Franken und jährliche Kosten von 1.25 Mio. Franken für den Betrieb des Systems sowie indirekte Investitionen in Personalressourcen zur Rückerfassung der Bevölkerung von rund 50 bis 60 Mio. Franken wurden eingesetzt.

Die Regierungskonferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) vertritt die Interessen der kantonalen Zivilstandsbehörden, da alle für das Zivilstandswesen zuständigen Regierungsmitglieder in dieser Konferenz vereint sind. Die Generalversammlung der KAZ hat sich aufgrund der nach geltendem Recht gemischten Zu-



2/5

ständigkeiten zwischen Bund und Kantonen am 13. November 2009 entschieden, Infostar unter Einhaltung von fünf Bedingungen in die vollumfängliche Zuständigkeit des Bundes zu übertragen. Entsprechend beurteilen wir die Vernehmlassungsvorlage (VE ZGB) an Hand dieser Bedingungen.

II. Bemerkungen zu den von der KAZ gestellten Bedingungen

Bedingung 1: Mitbestimmungsrechte der Kantone (Art. 45a Abs. 4 und 5 VE ZGB)

An der Mitgliederversammlung vom 13. November 2009 wurde unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass die Kantone bei der Weiter- und Neuentwicklung von Infostar mitbestimmen wollen. Dieser Forderung wird mit der Formulierung in Art. 45a Abs. 4 VE ZGB in keiner Weise Rechnung getragen. Dort wird nämlich lediglich der allgemeine Einbezug der Kantone in die Weiter- und Neuentwicklung des Systems vorgesehen. Diese Form der Mitwirkung ist zu vage. Die Mitsprache der Kantone ist vielmehr klar gesetzlich zu regeln, da die Kantone auch künftig zur Finanzierung des Infostar-Betriebs beitragen sollen und weiterhin für den Vollzug der Bestimmungen über den Personenstand zuständig sein werden. Die Praktikabilität von Infostar, die langfristig bürgerfreundliche und wirtschaftliche Arbeitsprozesse gewährleisten muss, kann nur durch Einbezug der Kantone gewährleistet werden. Den Kantonen sind Mitbestimmungsrechte einzuräumen. Als geeignetes Instrument hierzu erweist sich die Einsetzung eines paritätisch aus Vertretungen der Kantone und des Bundes zusammengesetzten Organs. Dabei erachten wir es als eine angemessene Lösung, diesem Organ auch Finanzkompetenzen einzuräumen, die vom Bundesrat näher zu definieren sind.

Bedingung 2: Einhaltung bisheriger Kostenhöhe (Art. 45a Abs. 2 VE ZGB und Art. 6a VE Schlusstitel ZGB)

Die Kantone haben sich mehrfach dahingehend geäußert, dass die Beteiligung der Kantone an den Kosten des vom Bund betriebenen Systems den bisherigen Kostenrahmen nicht sprengen darf. Die bisherigen Kosten setzen sich aus den jährlichen Betriebskosten von derzeit 1.25 Mio. Franken (exkl. Teuerung) und den projektbezogenen Kosten für die Weiterentwicklung des Systems (technische Anpassungen, Ausrichtung des Systems an neue gesetzliche Vorgaben wie eingetragene Partnerschaft oder neues Namensrecht) zusammen. Die finanziellen Mittel für die Weiterentwicklung des Systems wurden bisher jeweils auf Basis eines konkreten Projektes bewilligt.

Nach den Vorstellungen des Bundes soll nun ein neues Finanzierungssystem zum Tragen kommen. Konkret wird vorgeschlagen, dass die Kantone sich jährlich mit pauschal 3 Mio. Franken an den Kosten für den Betrieb und die Weiterentwicklung des Systems



3/5

beteiligen sollen (Art. 6a Abs. 1 VE Schlusstitel ZGB). Dieses Ansinnen ist abzulehnen. Der Vorschlag zur Übertragung des Betriebs Infostar in die vollumfängliche Kompetenz des Bundes stiess bei den Kantonen mehrheitlich auf Akzeptanz, da die Meinung vorherrschte, dass ausschliesslich die Kosten für den Betrieb des Systems weiterhin durch die Kantone getragen werden sollen. Eine Beteiligung an den Kosten für die Weiterentwicklung des Systems stand nicht zur Debatte. Die Leistung eines jährlichen Beitrages in der Grössenordnung von rund 1.5 Mio. Franken für die Weiterentwicklung des Systems ohne Kenntnis der Kantone über die konkrete Verwendung dieser finanziellen Mittel lehnen wir ab. Wenn überhaupt, kann eine Kostenbeteiligung durch die Kantone nur auf Basis eines klar ausformulierten Projektes in Frage kommen. Schliesslich ist zu bemerken, dass die Kantone auch in Zukunft erhebliche Kosten für den Betrieb der Zivilstandsämter zu tragen haben. Dieser Verwaltungszweig kann nämlich nicht kostendeckend betrieben werden. Im Jahre 2011 wurde beispielsweise ein Aufwandüberschuss von insgesamt Fr. 1'063'741.-- ausgewiesen. Dieses Ergebnis entspricht einem Kostendeckungsgrad von 50%.

Bedingung 3: Kostentransparenz (Art. 39 Abs. 1, Art. 45a Abs. 1 und 3 VE ZGB, Art. 6a VE Schlusstitel ZGB)

Mit der Forderung nach Kostentransparenz wird verlangt, dass jederzeit nachvollziehbar ist, wann und wofür die kantonalen Mittel eingesetzt wurden.

Der Entwurf sieht in Art. 45a Abs. 2 vor, dass die Kantone sich an den Kosten für den Betrieb sowie die Weiter- und Neuentwicklung des Systems im Bereich des Zivilstandswesens beteiligen sollen. Für ausserhalb des Zivilstandswesens liegende Belange können den bezugsberechtigten Dritten die Kosten von entsprechenden Dienstleistungen in Rechnung gestellt werden (vgl. Art. 45a Abs. 3 VE ZGB).

Welche Arten von Dienstleistungen für Dritte diesen Dritten in Rechnung gestellt werden sollen, wird nicht konkret ausformuliert. Sofern damit gemeint ist, dass Personendaten an bezugsberechtigte Dritte gegen Kostenersatz geliefert werden sollen, ist es nicht gerechtfertigt, die Kantone an den Betriebskosten zu beteiligen. Es erweist sich insbesondere als stossend, dass vorgesehen ist, die Kantone über das Zivilstandswesen an den Kosten des Betriebes zu beteiligen und diese andererseits für die Lieferung von Personendaten an Amtsstellen ausserhalb des Zivilstandswesens (z.B. Einwohnerdienste, Strassenverkehrsamt usw.) zur Übernahme von Kosten zu verpflichten. Dies notabene für die Zurverfügungstellung von Personendaten, welche die Kantone unter Einsatz von eigener Infrastruktur und eigenem Personal generiert haben.

Die in Art. 6a Abs. 2 VE Schlusstitel ZGB vorgeschlagene Kostenregelung für Neuentwicklungen des Systems, die zwischen Bund und Kantonen hälftig zu tragen sind, er-



4/5

achten wir als intransparent. Dem Wortlaut entsprechend geht es hier um die Finanzierung von Neuentwicklungen des neu definierten Personen-Informationssystems. Der Umfang dieses Systems wird über das heutige Infostar-System hinausgehen, ist aber nicht näher definiert (vgl. Art. 39 Abs. 1 VE ZGB), und die Höhe der Kosten ist für Neuentwicklungen völlig offen.

Nach unserem Dafürhalten ist daher auf die Rechnungsstellung für Kosten von Dienstleistungen gegenüber Dritten für Zwecke ausserhalb des Zivilstandswesens zu verzichten. Ferner fordern wir, dass die Kosten für Neuentwicklungen des Systems ausschliesslich durch den Bund zu tragen sind.

Bedingung 4: Sicherstellung Support (Art. 45a Abs. 5 VE ZGB)

Die bisherige Regelung gemäss Art. 45a Abs. 3 Ziff. 1 ZGB, wonach der Bund das Verfahren der Zusammenarbeit regelt, ist beizubehalten, dies insbesondere zur Sicherstellung eines operativen Systemsupports in der praktischen Zusammenarbeit. Diesem Anliegen wird mit der Formulierung von Art. 45a Abs. 5 VE ZGB nicht Rechnung getragen.

Bedingung 5: Trennung Oberaufsicht und Betrieb Infostar

Im erläuternden Bericht wird erwähnt, dass die Trennung von Oberaufsicht und Betrieb von Infostar per 1. Januar 2012 bereits vollzogen worden sei. Die erwähnte Trennung erachten wir als unzureichend. Sowohl das Eidgenössische Amt für das Zivilstandswesen als auch die Fachstelle Infostar unterstehen dem Direktionsbereich Privatrecht innerhalb des Bundesamtes für Justiz. Eine echte Trennung mit Gewährleistung einer genügenden Unabhängigkeit der Fachstelle Infostar sehen wir nur bei einer Bundesamts-getrennten Organisation. Naheliegend wäre aus unserer Sicht eine Ansiedlung beim Informatik Service Center des Eidgenössischen Justiz und Polizeidepartementes (ISC-EJPD).

III. Weitere Bemerkungen

Begriffsdefinition Personenstand (Art. 39 Abs. 2 Ziffer 2 VE ZGB)

Die Aufzählung über die personen- und familienrechtliche Stellung ist noch mit dem Zivilstand der eingetragenen Partnerschaft zu ergänzen.

5/5

Systemzugriff für Einwohnerregister (Art. 43a Abs. 4 Ziffer 5 VE ZGB)

Nach unserem Dafürhalten sprechen gute Gründe dafür, dass den für die Führung der kantonalen und kommunalen Einwohnerregister zuständigen Behörden ein Zugriffsrecht eingeräumt werden soll. Der Umgang mit Personendaten gehört zu den ureigenen Aufgaben der Einwohnerdienste, weshalb es als sachgerecht erscheint, im Bedarfsfall Personendaten mittels eines Zugriffs auf Infostar verifizieren zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Die Präsidentin des Regierungsrates

M. Müller

Der Staatsschreiber

J. J. J. J.



numero			Bellinzona
7120	sb	8	18 dicembre 2012
			Repubblica e Cantone Ticino

BA Justiz

E 20. DEZ. 2012

Act

Il Consiglio di Stato

Ufficio federale di giustizia
Bundesrain 20
3003 Berna

Procedura di consultazione concernente la modifica del Codice civile svizzero (documentazione dello stato civile e registro fondiario)

Gentili signore,
Egregi signori,

abbiamo ricevuto la lettera del 24 settembre 2012 del Dipartimento federale di giustizia e polizia in merito alla summenzionata procedura di consultazione, e, ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, formuliamo le osservazioni seguenti.

Modifica concernente gli atti dello stato civile

Prendiamo preliminarmente atto che le modifiche proposte conseguono ad una lunga procedura maturata tra la Conferenza delle autorità cantonali di vigilanza sullo stato civile (CAS) ed i competenti organi del DFGP. Al riguardo merita di essere evidenziata l'Assemblea generale straordinaria della CAS tenutasi a Stans il 13 novembre 2009 nel corso della quale la maggioranza dei Cantoni, tra cui il nostro (17 favorevoli, 8 contrari e 1 astenuto) ha scelto di adottare, quale futura organizzazione per la gestione del registro informatizzato dello stato civile, la soluzione federale, che attribuisce esclusivamente alla Confederazione tale gestione e il suo ulteriore sviluppo; ciò in contrapposizione ad una variante completamente cantonale (con la creazione di una sorta di società anonima pubblica) o al mantenimento della situazione prevista dall'attuale articolo 45a del Codice civile svizzero, il quale stabilisce tra l'altro che la Confederazione gestisce per i Cantoni una banca dati centrale, rispettivamente che la banca dati è finanziata dai Cantoni.

L'accordo della maggioranza dei Cantoni per il passaggio ad una soluzione completamente federale è stato comunque vincolato al rispetto di 5 condizioni, in particolare:

1. ai Cantoni va garantito in modo vincolante il diritto di partecipare alle scelte per lo sviluppo di Infostar;
2. i costi, dopo trattative e lasciando aperte le scelte sul modello di finanziamento, devono attenersi ai limiti odierni;
3. va garantita la trasparenza dei costi, ovvero deve sempre essere possibile accertare quando e per cosa i mezzi dei Cantoni sono stati utilizzati;
4. il supporto a favore dei Cantoni dev'essere garantito e fissato in modo vincolante;
5. l'alta vigilanza e la gestione corrente di Infostar sono organizzativamente da separare.

Ribadito il sostegno del Cantone Ticino all'adozione della soluzione federale – l'importanza che il registro informatizzato dello stato civile (Infostar) ha acquisito e viepiù sta assumendo nell'ambito dell'armonizzazione dei registri in modo particolare e nell'amministrazione pubblica più in generale, sottolinea la necessità della sua strutturazione a livello federale – non soddisfa la soluzione proposta per il finanziamento, che non rispetta le condizioni 2 e 3 votate dalla maggioranza dei Cantoni in occasione della già citata assemblea di Stans.

In particolare non sono rispettati né il limite di costi di gestione attuale, né il principio della trasparenza; rileviamo che lo stesso rapporto di accompagnamento all'avamprogetto riconosce che i tre milioni di franchi all'anno chiesti quale partecipazione dei Cantoni rappresentano un importo forfettario e che i costi effettivi per la Confederazione potranno risultare superiori o inferiori.

Siccome lo stato civile è disciplinato dal diritto federale e ogni modifica legislativa comporta un conseguente adeguamento del programma di gestione della banca dati, appare quindi corretto che le spese per l'aggiornamento e per le nuove versioni del sistema siano completamente assunte dalla Confederazione, analogamente a quanto è ad esempio avvenuto in occasione dell'introduzione in Infostar del numero AVS.

Aggiornamenti o ampliamenti del sistema generati da esigenze dei Cantoni sono invece da porre a carico dei Cantoni stessi.

Sulla base delle considerazioni che precedono, la formulazione degli art. 45a cpv. 2 e 6a cpv. 1 titolo finale deve essere rivista nel seguente modo:

Art. 45a cpv. 2

I Cantoni partecipano ai costi per la gestione del registro informatizzato dello stato civile e finanziano le modifiche del registro chieste dai Cantoni medesimi. La Confederazione copre i costi di sviluppo per gli aggiornamenti e le nuove versioni del registro cagionati da modifiche del diritto o esigenze federali.

Art. 6a cpv. 1 titolo finale

I Cantoni versano alla Confederazione, per la gestione del registro informatizzato dello stato civile secondo i principi dell'articolo 45a capoverso 2, l'importo forfettario annuo di 1,25 milioni di franchi. Tale importo è adeguato annualmente al rincaro a partire dall'anno successivo all'entrata in vigore della presente disposizione ed è ripartito, così come il finanziamento delle modifiche del registro chieste dai Cantoni, in base al numero degli abitanti.

Art. 6a cpv. 2 titolo finale

Stralcio.

Indipendentemente dall'importante tema finanziario, altre disposizioni sono state oggetto, da parte nostra, di attento esame. Qui di seguito le nostre proposte.

Art. 43a cpv. 4 cifra 5

Ne proponiamo lo stralcio.

Infatti il proposto accesso ad Infostar per le autorità competenti per la gestione dei registri cantonali e comunali degli abitanti non è necessario, ritenuto d'un canto che tali autorità sono già ora destinatarie dirette (ed in modo informatico sempre più automatizzato) di comunicazioni di eventi di stato civile concernenti cittadini domiciliati e dispongono pertanto già in forma ufficiale dei dati inseriti nei registri armonizzati. D'altro canto, un accesso esteso in così grande misura ad una banca dati contenente dati particolarmente sensibili imporrebbe misure per la selezione dei diritti d'accesso onerosi e complessi oppure, se questi sistemi non fossero attuati, si creerebbe un potenziale accesso pressoché incontrollato ad informazioni sensibili non strettamente utili e necessarie, nella forma proposta, all'adempimento dei compiti legali degli uffici degli abitanti. Ciò vanificherebbe in gran parte gli sforzi profusi per l'innalzamento del grado di professionalità e conseguentemente di rispetto della protezione dei dati degli ufficiali dello stato civile.

Articoli 46 e 47

Seppur non oggetto della procedura di consultazione, gli articoli 46 e 47 CC meritano da parte dell'Autorità federale un puntuale approfondimento.

Infatti il trasferimento della competenza gestionale del registro informatizzato di stato civile alla Confederazione e la possibilità di consultare mediante procedura di richiamo la banca dati, impone di adeguare coerentemente le disposizioni sulla responsabilità e sulle misure disciplinari. Per il resto, siccome da noi condivise, rinviamo alle dettagliate considerazioni/osservazioni inviatevi dalla Conferenza delle autorità cantonali di vigilanza sullo stato civile, in modo particolare in merito agli articoli 39 capoverso 1 e 45a capoverso 1.

Modifica concernente il registro fondiario

Art. 949b e art. 949c

Il Consiglio di Stato non condivide l'introduzione del numero d'assicurato nel registro fondiario e propone pertanto di stralciare gli articoli 949b e 949c del codice civile. Tale identificatore non ha nessuna rilevanza per la tenuta del registro fondiario e non porta a nessun miglioramento della qualità dei dati nel registro. Abbiamo inoltre dei dubbi sull'ammissibilità dell'uso del numero d'assicurato AVS, che è stato istituito per altri scopi, nell'ambito del registro fondiario. Oltre a tali ragioni di principio, vi sono anche questioni pratiche che possono comportare difficoltà nell'uso del numero d'assicurato: per esempio, alle persone all'estero non è assegnato sistematicamente un tale numero.

Infine, i programmi informatici per la tenuta del registro fondiario dovrebbero essere adeguati, con costi per i Cantoni. Essendo il numero d'assicurato irrilevante per la tenuta del registro fondiario, tali costi, anche se non importanti, sono superflui.

Infine, non è possibile completare i dati che già figurano nel registro con il numero d'assicurato AVS senza un impiego elevato e sproporzionato di risorse. Le disposizioni si dovrebbero pertanto applicare solo alle nuove iscrizioni.

Art. 949d

Il Consiglio di Stato non è contrario alla nuova disposizione. Essa dovrebbe però essere precisata meglio per definire in modo rigoroso l'estensione della delega alle organizzazioni di diritto privato.

Ringraziando per averci dato l'opportunità di esprimerci, vogliate gradire, gentili Signore, egregi Signori, i sensi della massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:

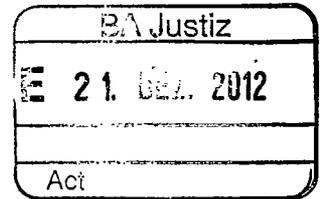
M. Borradori

Il Cancelliere:

G. Gianella

Copia p.c. a:

- Delegato per i rapporti confederali;
- Dipartimento delle istituzioni;
- Divisione degli interni;
- Divisione della giustizia;
- Sezione della popolazione;
- Ufficio dello stato civile;
- Centro dei sistemi informativi;
- Incaricato cantonale della protezione dei dati;
- Deputazione ticinese alle Camere federali, Residenza.



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 24. September 2012 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) den Regierungsrat im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs vom 10. Dezember 1907 (ZGB; SR 210) betreffend Beurkundung des Personenstands und Grundbuch Stellung zu nehmen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Mit den vorgeschlagenen Änderung des Zivilgesetzbuchs sollen die für die organisatorische Entflechtung von Oberaufsicht und Infostar und die für die Vereinfachung der Finanzierungsgrundsätze notwendigen gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden. Zudem soll das Grundbuch mittels Versichertennummer des AVH-Gesetzes als Personenidentifikator geführt werden. Wir begrüßen grundsätzlich die Vernehmlassungsvorlage. Im Übrigen verweisen wir auf die Vernehmlassung der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst vom 25. Oktober 2012, der wir uns anschliessen. Im Übrigen verzichten wir auf eine einlässliche Vernehmlassung.

Sehr geehrter Herr Direktor, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 20. Dezember 2012



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Dittli'.

Josef Dittli

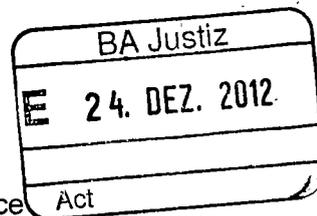
A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Balli'.

Roman Balli



CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne



Office fédéral de la justice
Bundesrain 20
3003 Berne

Réf. : PM/15012854

Lausanne, le 17 décembre 2012

Modification du Code civil suisse (enregistrement de l'état civil et registre foncier) : Procédure de consultation

Madame, Monsieur,

Le Conseil d'Etat vaudois vous fait parvenir par la présente sa prise de position dans le cadre de la procédure de consultation mentionnée en titre et il vous remercie de l'avoir consulté sur cet important projet.

L'avant-projet du Code civil présente des adaptations dans le domaine de l'état civil et du registre foncier visant à une modernisation de ces registres de droit privé de manière à ce qu'ils puissent continuer à remplir leur fonction au service de la sécurité et de l'efficacité des rapports juridiques. Deux pans d'activité sont concernés par la réforme proposée, sur lesquels le Conseil d'Etat vaudois se détermine de la manière suivante :

Enregistrement de l'état civil

Dans la situation actuelle, selon l'art. 45a al. 1 et 2 CC, entré en vigueur le 1^{er} juillet 2004, la Confédération exploite une banque de données centrale pour les cantons. Le financement est assuré par les cantons. Les dépenses sont réparties en fonction du nombre d'habitants. Après quelques années d'exploitation, il est reconnu que cette solution ne peut pas faire ses preuves à long terme.

Lors des discussions qui ont débuté en 2008 entre la Confédération et les cantons, il est apparu qu'une séparation de la haute surveillance, exercée par la Confédération, de l'exploitation et du développement de la banque de données Infostar ne pouvait être obtenue que si l'exploitation et les développements ultérieurs de cette banque de données étaient repris intégralement soit par les cantons (solution cantonale Infostar) soit par la Confédération (solution fédérale Infostar).

Dans l'intérêt d'une structure moderne, les cantons se sont prononcés lors de l'assemblée extraordinaire de la Conférence des Autorités de surveillance de l'état civil (CAC) du 13 novembre 2009 à Stans en faveur de la solution fédérale (17 voix favorables, dont celle du Canton de Vaud, contre 8 et 1 abstention), c'est-à-dire en faveur de l'exploitation et du développement du registre informatisé Infostar sous l'entière responsabilité de la Confédération.

Toutefois, il faut rappeler que lors du transfert d'Infostar à la Confédération, les cantons ont formulé les 5 exigences suivantes :

1. *Les droits de participation des cantons en matière de développement ultérieur d'Infostar doivent être réglés de manière contraignante.*
2. *Les coûts doivent être renégociés ; ils ne doivent pas dépasser le cadre budgétaire actuel. Le modèle de financement reste à déterminer.*
3. *La transparence en matière de coûts doit être garantie. Il faut donc qu'en tout temps, il soit possible de comprendre quand et pour quels motifs les ressources cantonales ont été utilisées.*
4. *Le support proposé aux cantons doit être garanti et réglé de manière contraignante.*
5. *La haute surveillance et l'organisation de l'exploitation d'Infostar doivent être séparées au niveau organisationnel.*

Dans cette consultation, le Conseil d'Etat vaudois réitère le soutien du canton de Vaud à l'adoption de la solution fédérale. Celle-ci correspond d'ailleurs au système déjà existant puisque la séparation de l'exploitation et du développement d'Infostar et de la haute surveillance de l'état civil exercée par la Confédération est devenue réalité dès le 1^{er} janvier 2012 et que, à cette occasion, les tâches et le personnel chargé de l'exploitation courante d'Infostar ont été transférés de l'Office fédéral de l'état civil à une nouvelle entité indépendante, « Infostar UIS ». L'importance que le registre informatisé de l'état civil Infostar a acquis dans le domaine de l'état civil et le rôle qu'il assume, en particulier dans le cadre de l'harmonisation des registres au niveau fédéral et, d'une manière générale, dans l'administration publique fait en sorte qu'une organisation et une structure de type fédéral s'imposent.

Néanmoins, contrairement à ces 5 exigences de base, la solution proposée par l'avant projet du Code civil ne respecte pas les conditions 2 et 3 votées par la majorité des cantons à l'occasion de l'assemblée de Stans du 13 novembre 2009. Selon l'article 6a Tit. final du nouveau projet du Code civil suisse, les cantons devraient participer aux coûts annuels d'exploitation et de développement du système d'information central de l'état civil à hauteur de 3 millions de francs par année pour autant que ces coûts relèvent du domaine de l'état civil. Ainsi, ni la limite des coûts de gestion actuels, ni la garantie de la transparence des coûts n'ont été pris en compte dans cette nouvelle disposition. Le rapport accompagnant l'avant-projet établi en septembre 2012 reconnaît d'ailleurs que les 3 millions par an de participation des cantons représentent un montant forfaitaire important et que les coûts effectifs pour la Confédération pourraient être supérieurs ou inférieurs.

Aujourd'hui, les coûts d'exploitation du registre informatisé de l'état civil sont assumés à hauteur d'environ 1,25 millions par les cantons, mais ils ne comprennent pas les coûts de développement liés à l'introduction de modifications législatives fédérales. Toutes ces adaptations spécifiques ont été financées jusqu'à présent par les cantons au moyen d'un budget extraordinaire, voté lors des assemblées annuelles de la CAC (partenariat enregistré, nouveau droit du nom et de la protection de l'adulte par exemple, etc.) L'introduction d'une norme (art. 6a Tit. final) obligeant les cantons à assumer des dépenses annuelles d'exploitation, mais aussi des développements

hypothétiques du système Infostar, sans que ces derniers ne soient justifiés et ceci à hauteur de 3 millions par année, ne garantit plus la transparence des coûts. C'est la raison pour laquelle, le Conseil d'Etat vaudois ne saurait accepter l'article 6a Tit. final de l'avant-projet sous la forme et dans la teneur proposée.

De plus, l'état civil résulte du domaine du droit privé fédéral et chaque modification législative (partenariat enregistré, nouveau droit du nom et de protection de l'adulte, etc.) comporte des développements conséquents du programme de gestion de la banque de données Infostar. Il serait même justifié que les dépenses pour les mises à jour et l'introduction des nouveaux développements du système, dans la mesure où il s'agit de droit fédéral voulu par le législateur suisse, soient complètement assumées par la Confédération, par analogie à ce qui s'est passé à l'occasion de l'introduction dans Infostar du numéro d'assuré AVS.

Dans ces circonstances, il est proposé une nouvelle formulation des articles 45a et 6a Tit. final présentés dans l'avant-projet. Ceux-ci pourraient avoir la teneur suivante :

Art. 45a CC

L'alinéa 2 est reformulé comme suit :

Les cantons participent aux coûts d'exploitation du registre informatisé de l'état civil et aux nouveaux aménagements du système qui relèvent du domaine de l'état civil.

La Confédération couvre les coûts des développements et des nouveaux aménagements du registre informatisé de l'état civil liés à des modifications législatives du droit fédéral.

Art 6a Tit. final

L'alinéa 1 de l'avant-projet doit être modifié comme suit :

Les cantons participent aux coûts annuels d'exploitation du registre informatisé de l'état civil prévus à l'article 45a al. 2 CC, à concurrence de 1,25 million de francs. Ce montant est réparti en fonction du nombre d'habitants et sera adapté annuellement au renchérissement à compter de l'année qui suit l'entrée en vigueur de cette disposition.

Dans les autres observations à signaler au sujet de l'avant-projet, il est apparu que de l'avis des autorités de l'état civil, il n'était pas nécessaire que les autorités chargées de tenir les registres des habitants puissent accéder en ligne aux données du registre informatisé de l'état civil.

En effet, aujourd'hui, avec les interfaces Sedex, déjà opérationnelles dans le cadre de l'harmonisation des registres au plan suisse, il est permis aux autorités des contrôles des habitants d'obtenir par voie électronique toutes les données personnelles tirées d'Infostar requises pour l'exercice de leur mandat légal. D'autre part, le rapport et l'avant-projet n'indiquent pas qui fournira une assistance aux utilisateurs des systèmes des registres des habitants. Cette assistance a inévitablement des répercussions en termes de coûts pour la Confédération et les cantons. De plus, la multiplicité des demandes peut entraîner le risque de voir une réduction des performances du système d'enregistrement.

Enfin, l'accès aux personnes tenant les registres des habitants leur permet d'accéder à des données sensibles. Contrairement aux données des registres des habitants, celles du registre informatisé de l'état civil sont soumises à la protection spéciale en matière de divulgation des données que leur confèrent le Code civil et l'Ordonnance sur l'état civil (art. 58 ss OEC). Les officiers de l'état civil appliquent des règles strictes en matière de divulgation et ne peuvent communiquer des données relatives aux personnes qu'après une formation adéquate et avoir passé les examens du brevet fédéral. L'accès prévu à des groupes de personnes nettement plus larges représente un risque potentiel important de voir la protection des données en matière d'état civil affaiblie.

De ce fait, il est proposé de supprimer l'alinéa 4, chiffre 5 de l'art. 43a CC concernant l'accès octroyé aux autorités compétentes pour la tenue des registres cantonaux et communaux des habitants.

Registre foncier

- Identifiant des personnes dans le registre foncier

Tout en insistant sur la nécessité de veiller strictement au respect des règles relevant de la protection des données, le Conseil d'Etat vaudois est conscient des avantages pratiques de la proposition d'autoriser la tenue du registre foncier au moyen du numéro d'assuré AVS telle que préconisée par le nouvel article 949b de l'avant-projet. Dans ce contexte, il constate que la possibilité d'utiliser un identifiant permanent des personnes présente effectivement des aspects positifs, dans la mesure où il améliore la tenue des registres, en particulier en optimisant la qualité et l'actualité des données personnelles et en facilitant l'échange de données entre autorités. Il relève que le Canton de Vaud est déjà très avancé en matière d'informatisation du registre foncier. Une relation entre la personne propriétaire et celle du contribuable a été établie au niveau cantonal afin de simplifier les relations entre l'administration cantonale des impôts et les bureaux des registres fonciers. Dans la mesure où le numéro AVS serait admis dans le cadre de la protection des données, il n'y aurait pas à craindre de problème particulier pour le registre foncier, le Canton de Vaud veillant déjà aujourd'hui à la meilleure harmonisation possible des registres.

- Organisme responsable de droit privé dans le domaine du registre foncier

L'avant-projet prévoit de clarifier la réglementation au niveau de la loi afin de permettre de confier à un organisme responsable de droit privé la réalisation d'applications, en collaboration avec les cantons, en relation avec l'accès aux données du registre foncier informatisé selon une procédure en ligne, la communication des données du grand livre consultables sans justification d'un intérêt, ainsi que les communications et les transactions électroniques avec l'office du registre foncier (art. 949d nouveau CC).

Le Conseil d'Etat est sensible à la haute surveillance exercée par la Confédération en matière de registre foncier (art. 6 de l'Ordonnance fédérale du registre foncier du 23

septembre 2011 : ORF/RS 211.432.1). Toutefois, comme il a été relevé dans la procédure de consultation de l'ORF, l'organisation des bureaux du registre foncier est de la compétence des cantons (voir le Titre 25 du CC, principalement l'art. 953 CC).

Le Canton de Vaud, par son Inspectorat du registre foncier, a toujours désapprouvé l'intervention d'un organisme de droit privé dans le domaine du registre foncier. Cette position a été confirmée par un avis de droit établi par un expert indépendant mandaté par les cantons, sur la base de l'article 953 CC. Celui-ci a clairement constaté que la tenue du registre foncier devait être considérée comme une tâche régaliennne impérative et que, partant, une délégation de cette tâche à une société d'exploitation privée était exclue.

La modification du Code civil, entrée en vigueur au premier janvier 2012, a consacré l'exigence de la forme authentique pour la constitution des gages immobiliers. Par conséquent, le législateur fédéral a confirmé la « cantonalisation » des notaires en la matière. De plus, force est de souligner que le registre foncier vaudois offre également un accès en matière de consultation aux banques d'autres cantons qui sont actives sur le territoire vaudois.

En instituant un organisme responsable de droit privé, l'affirmation selon laquelle « *la souveraineté des données des cantons n'est pas touchée* » nous paraît illusoire (voir le rapport et avant-projet, page 15, 3^{ème} §). En effet, on voit mal comment les cantons ne seraient pas obligés de collaborer avec l'organisme choisi par la Confédération (SIX Group SA) ? Pour le canton de Vaud, la situation est particulière car il a déjà développé son application informatique sans l'aide de la Confédération.

Les explications fournies dans le rapport et avant-projet au sujet de l'article 949d CC soulignent d'ailleurs cette dérive fédérale (voir en page 15 du rapport, 4^{ème} §). L'Office fédéral de la justice, disposant de compétences dans le domaine de l'informatique juridique et étant au besoin habilité à réaliser le projet lui-même en collaboration avec les cantons, effectuerait en plus de la haute surveillance l'exécution de tâches opérationnelles, ce qui ne manquerait pas de créer un conflit d'intérêts.

Actuellement, sur le plan cantonal, les notaires vaudois, l'Administration cantonale des impôts et le registre foncier mettent en place la future réquisition électronique qui satisfera plus du 95% des besoins en la matière. Il faut noter que les réquisitions d'entités d'autres cantons sont rares. Ainsi, en matière de consultation, il existe environ 8'000 réquisitions électroniques par jour ouvrable.

Dans ce contexte, les améliorations et les gains d'efficacité relevés par le rapport et avant-projet au chiffre 3.2.3 sont loin d'être significatifs pour notre canton. Ce sont principalement les banques qui profiteront du service qui sera fourni par l'organisme responsable de droit privé, dès lors que la population et l'économie vaudoise peuvent déjà bénéficier actuellement de manière efficace des prestations en ligne des registres fonciers vaudois. Au surplus, en ce qui concerne les adaptations des systèmes informatiques du registre foncier qu'il sera nécessaire d'opérer, notamment pour les interfaces à réaliser, l'indication figurant dans le rapport et précisant que « *les coûts correspondant ne peuvent pas encore être chiffrés* » ne manque pas de créer une grande incertitude.

Il convient enfin d'ajouter que sous l'angle des conséquences économiques dans le domaine des crédits hypothécaires, les bénéfices que pourrait apporter le service fourni par l'organisme responsable de droit privé, tels que mentionnés au chiffre 3.3.2 du rapport et avant-projet, ne concernent pas notre canton, étant donné que les instituts de crédit disposent déjà de la consultation directe des informations du registre foncier. En effet, cela représente quelque 13% des 8'000 réquisitions électroniques quotidiennes qui sont faites régulièrement, soit plus de 1'000 consultations par jour. La consultation en ligne faite sur le site cantonal répond déjà actuellement avec beaucoup d'efficacité aux demandes.

En conclusion, le Conseil d'Etat ne peut soutenir l'introduction de l'article 949d nouveau CC de l'avant-projet, préconisant de confier à un organisme responsable de droit privé la réalisation des applications du registre foncier. Il estime au contraire que l'Office fédéral de la justice n'a pas à confier à un organisme privé une tâche régaliennne impérative dévolue, selon le Code civil, aux cantons, cet office devant en revanche jouer un rôle de coordination et de soutien auprès des cantons qui souhaiteraient pouvoir en bénéficier.

Pour le surplus, concernant les autres observations de détails et les prises de position des milieux qui ont été consultés sur le texte proposé en relation avec la modification du Code civil, le Conseil d'Etat se permet de vous renvoyer au document récapitulatif que vous trouverez en annexe à la présente.

En vous souhaitant bonne réception de la présente, le Conseil d'Etat vaudois vous prie de croire, Madame, Monsieur, en l'expression de ses sentiments les meilleurs.

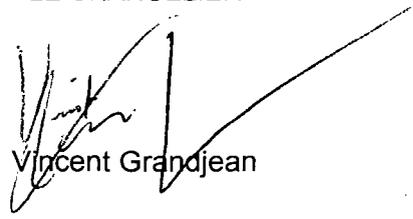
AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LE PRESIDENT

LE CHANCELIER



Pierre-Yves Maillard



Vincent Grandjean

Annexes

- 1 tableau récapitulatif des entités consultées et de leurs réponses générales concernant la modification du code civil projetée

Consultation fédérale :

Modification du code civil suisse (enregistrement de l'état civil et registre foncier)

Tableau récapitulatif des entités consultées et de leurs réponses générales

Entité consultée	Résumé de la position	Retenue/pas retenue dans la réponse
Département de la sécurité et de l'environnement	<p>Police cantonale (POLCANT)</p> <p>Le projet mis en consultation prévoit l'instauration d'un système central d'information de l'état civil.</p> <p>La collaboration entre autorités fait l'objet, dans ce cadre, d'une base légale pour des processus d'annonce tenus de manière électronique.</p> <p>Seuls le registre foncier et l'AVS sont toutefois envisagés comme partenaires de l'état civil.</p> <p>Quand il s'agit de rechercher une personne, que ce soit pour des motifs d'ordre public, judiciaires ou administratifs, les autorités ont recours à la police.</p> <p>Dans l'optique d'une activité de l'Etat rapide, efficace et peu coûteuse, il est donc indéniable que les polices cantonales devraient avoir un accès permanent, en ligne, au registre central de l'état civil prévu par ce projet.</p> <p>Service de la sécurité civile et militaire (SSCM)</p> <p>Dans le cadre du contrôle périodique des abris privés (CPA), le problème est jusqu'à ce jour celui des régions de protection civile (ORPC).</p> <p>En conséquence l'identité du propriétaire est recherchée via la commune. Cette situation n'a, à l'heure actuelle, pas de réelle incidence au niveau du SSCM mais au niveau des ORPC.</p> <p>Dans le futur, le contrôle périodique revêtira probablement une autre forme d'exécution (base de données centralisée, modalités d'exécution différentes, périodicité des contrôles, ...).</p>	<p>Non retenu. Les autorités d'état civil sont tenues de divulguer des données personnelles aux autorités administratives suisses sur demande, lorsque celles-ci sont nécessaires à l'accomplissement de leurs tâches légales. Eu égard à la protection de la sphère privée, une communication systématique des données sensibles n'est pas nécessaire.</p> <p>Pris acte.</p>

	<p>Dans ce cas il sera nécessaire au SSCM de connaître précisément le propriétaire de l'immeuble. Ceci sera particulièrement le cas lors de relance pour mise en conformité de l'abri.</p> <p>En conséquence le projet d'identification du propriétaire via son n° AVS est une solution très intéressante, voire indispensable.</p> <p>Il faut toutefois garder à l'esprit que cette identification sera valable pour des maisons individuelles.</p> <p>Pour les bâtiments en PPE ou appartenant à des sociétés, le problème de recherche de l'interlocuteur restera le même qu'aujourd'hui, soit trouver la régie s'occupant du bien.</p> <p><u>Service des automobiles et de la navigation (SAN)</u></p> <p>le SAN exprime déjà son intérêt à obtenir des accès à Infostar (registre informatisé de l'état civil), si à l'avenir et tel qu'il ressort du rapport de l'Office fédéral de la justice, celui-ci examinera de quelle manière d'autres autorités pourraient y avoir accès.</p>	<p>Non retenu, car la divulgation des données en ligne pour le SAN n'est pas indispensable à l'accomplissement de ses tâches légales. Sur simple demande, l'information peut-être fournie (art. 58 OEC).</p>
Département de la formation, de la jeunesse et de la culture	Pas de remarque à formuler	
Département de l'Intérieur	Pas de remarques à formuler	
Département de la santé et de l'action sociale		
Département des finances et des relations extérieures	<p>Pas de remarque particulière à formuler. Ce projet semble à même d'assurer un bon développement des projets informatiques dans ce domaine. <i>(réponse de M. Pierre Curchod concernant le département des finances, administration cantonale des impôts)</i></p> <p>Réponse élaborée par M. Olivier Dind, chef du Registre foncier cantonal, à l'attention du Département.</p>	

Il en ressort que le projet ici discuté viole gravement les principes les plus élémentaires du fédéralisme, et ce sans gain avéré. Nous vous remercions de bien vouloir faire ressortir cet élément dans vos propres déterminations.

Etat civil

Les chiffres 1.2.2 et 1.2.3 démontrent la volonté de plus en plus centralisatrice de la Confédération. Dans la mesure où les cantons se sont prononcés favorablement (p. 4 au milieu), je ne puis que le regretter.

Registre foncier

1. Identifiant des personnes dans le registre foncier (1.3)

Comme le relève le rapport en page 5, *un identifiant des personnes permanent a un avantage considérable*. Nous ne pouvons que partager cette affirmation. Alors que le Canton de Vaud est très avancé en matière d'informatisation du registre foncier, nous avons établi une relation entre la personne propriétaire et celle contribuable afin de simplifier les relations entre l'Administration cantonale des impôts et les registres fonciers. Dans la mesure où le numéro AVS serait admis dans le cadre de la protection des données, il n'y a pas de problème pour le registre foncier. En effet, le Canton de Vaud veille à la meilleure harmonisation des registres possible.

2. Organisme responsable de droit privé dans le domaine du registre foncier (1.4)

L'inspectorat du registre foncier vaudois est sensible à l'exercice de la haute surveillance de la Confédération en matière de registre foncier (art. 6 de l'Ordonnance fédérale du registre foncier du 23 septembre 2011 : ORF : RS 211.432.1). Toutefois, nous nous sommes déjà inquiétés, dans la procédure de consultation de l'ORF, de l'ingérence croissant du Conseil fédéral dans ce domaine pourtant de la compétence des cantons (Titre 25 du CC et principalement l'art. 953 CC).

Nous avons toujours contesté l'intervention d'un organisme de droit privé dans le domaine du registre foncier. Notre position a été confirmée par un avis de droit.

Retenu, dans le sens où l'art. 949 b nouveau CC facilite l'harmonisation du numéro AVS comme identifiant des personnes dans tous les registres de droit privé.

Retenu (ce qui suit en totalité)

Lors d'une séance avec la Vice-Directrice de l'Office fédéral de la justice, nous l'avons priée de respecter le Code civil. Pour réponse, elle nous a informé que le Conseil fédéral proposera une modification de l'art. 949 CC.

De manière générale, nous avons de la peine à comprendre l'intérêt de cette volonté centralisatrice. La modification du Code civil, entrée en vigueur au premier janvier 2012, a consacré l'exigence de la forme authentique pour la constitution des gages immobiliers. Par conséquent le législateur fédéral a confirmé la « cantonalisation » des notaires en la matière. De plus, le registre foncier vaudois offre également un accès en matière de consultation aux banques d'autres cantons, actives sur Vaud.

L'affirmation « *la souveraineté des cantons n'est pas touchée* » est, à notre avis parfaitement fallacieuse. Qui peut imaginer qu'un ou des cantons ne soient pas obligés de collaborer, si l'organisme choisi est SIX Group SA avec la bénédiction de la Confédération? Il y a lieu de préciser que les banques ont déjà investi plusieurs millions dans ce projet, alors que le Canton de Vaud a développé son application informatique sans aide de la Confédération.

Le commentaire de l'art. 949d CC démontre bien cette dérive fédérale (4^{ème} §, p.15) : l'Office fédéral de la justice passe de la haute surveillance à l'opérationnel.

Actuellement, les notaires, l'Administration cantonale des impôts et le registre foncier mettent en place la future réquisition électronique qui satisfera plus du 95% des besoins (les réquisitions d'entités d'autres cantons sont rares). En matière de consultation, nous en avons environ 8'000 par jour ouvrable.

Dans ce contexte, le chiffre 3.2.3 est spécieux. L'avantage de l'organisme de droit privé sera principalement pour les banques. La population et l'économie vaudoise profitent déjà des prestations en ligne des registres fonciers vaudois.

De plus, l'indication que « *les coûts correspondant ne peuvent pas encore*

Retenu. Les coûts doivent être définis

	<p>être chiffrés » ne manque pas d'inquiéter.</p> <p>Enfin, le chiffre 3.3.2 ne concerne pas notre canton, étant donné que les instituts de crédit bénéficient de la consultation directe des informations du registre foncier (13% de 8'000 soit plus de 1'000 par jour). Mais la consultation est sur le site cantonal, alors que SIX group SA et la Confédération sont convaincus que tout est plus efficace si c'est centralisé.</p> <p>Conclusion</p> <p>L'art. 949d (nouveau) doit être refusé. L'Office fédéral de la justice n'a pas à confier une tâche régaliennne impérative dévolue, selon le Code civil, aux cantons. Par contre, elle a un rôle de coordination et de soutien à jouer auprès des cantons qui le souhaitent.</p>	<p>précisément et correspondre aux coûts réels et effectifs d'exploitation et de développements ultérieurs. Pas de « chèque en blanc ».</p> <p>Retenu, de ne pas confier à un organisme privé la réalisation des applications fédérales liées au registre foncier.</p>
Département des infrastructures et des ressources humaines	Pas d'observations à formuler	
Département de l'économie et du sport par le Service de la population, et la Direction cantonale de l'état civil	<p>Dans la situation actuelle, selon l'art. 45a al. 1 et 2 CC, entré en vigueur le 1^{er} juillet 2004, la Confédération exploite une banque de données centrale pour les cantons. Le financement est assuré par les cantons. Les dépenses sont réparties en fonction du nombre d'habitants. Après quelques années d'exploitation, il est reconnu que cette solution ne peut pas faire ses preuves à long terme.</p> <p>Lors des discussions qui ont débuté en 2008 entre la Confédération et les cantons, il est apparu qu'une séparation de la haute surveillance, exercée par la Confédération, de l'exploitation et du développement de la banque de données Infostar ne pouvait être obtenue que si l'exploitation et les développements ultérieurs de cette banque de données étaient repris intégralement soit par les cantons (solution cantonale Infostar) soit par la Confédération (solution fédérale Infostar).</p> <p>Dans l'intérêt d'une structure moderne, les cantons se sont prononcés lors de l'assemblée extraordinaire de la Conférence des Autorités de surveillance de l'état civil (CAC) du 13 novembre 2009 à Stans en faveur</p>	Retenu ce qui suit dans sa globalité

de la solution fédérale (17 voix favorables, dont celle du canton de Vaud, contre 8 et 1 abstention), c'est-à-dire en faveur de l'exploitation et du développement du registre informatisé Infostar sous l'entière responsabilité de la Confédération.

Toutefois, il faut rappeler que lors du transfert d'Infostar à la Confédération, les cantons ont formulé les 5 exigences suivantes :

- 1. Les droits de participation des cantons en matière de développement ultérieur d'Infostar doivent être réglés de manière contraignante.*
- 2. Les coûts doivent être renégociés ; ils ne doivent pas dépasser le cadre budgétaire actuel. Le modèle de financement reste à déterminer.*
- 3. La transparence en matière de coûts doit être garantie. Il faut donc qu'en tout temps, il soit possible de comprendre quand et pour quels motifs les ressources cantonales ont été utilisées.*
- 4. Le support proposé aux cantons doit être garanti et réglé de manière contraignante.*
- 5. La haute surveillance et l'organisation de l'exploitation d'Infostar doivent être séparées au niveau organisationnel.*

Dans cette consultation, le Conseil d'Etat vaudois réitère le soutien du canton de Vaud à l'adoption de la solution fédérale. Celle-ci correspond d'ailleurs au système déjà existant puisque la séparation de l'exploitation et du développement d'Infostar et de la haute surveillance de l'état civil exercée par la Confédération est devenue réalité dès le 1^{er} janvier 2012 et que, à cette occasion, les tâches et le personnel chargé de l'exploitation courante d'Infostar ont été transférés de l'Office fédéral de l'état civil à une nouvelle entité indépendante, « Infostar UIS ». L'importance que le registre informatisé de l'état civil Infostar a acquis dans le domaine de l'état civil et le rôle qu'il assume, en particulier dans le cadre de l'harmonisation des registres au niveau fédéral et, d'une manière générale, dans l'administration publique fait en sorte qu'une organisation et une structure de type fédéral s'imposent.

Néanmoins, contrairement à ces 5 exigences de base, la solution proposée par l'avant projet du Code civil ne respecte pas les conditions 2 et 3 votées par la majorité des cantons à l'occasion de l'assemblée de Stans du 13 novembre 2009. Selon l'article 6a Tit. final du nouveau projet du Code civil suisse, les cantons devraient participer aux coûts annuels

d'exploitation et de développement du système d'information central de l'état civil à hauteur de 3 millions de francs par année pour autant que ces coûts relèvent du domaine de l'état civil. Ainsi, ni la limite des coûts de gestion actuels, ni la garantie de la transparence des coûts n'ont été pris en compte dans cette nouvelle disposition. Le rapport accompagnant l'avant-projet établi en septembre 2012 reconnaît d'ailleurs que les 3 millions par an de participation des cantons représentent un montant forfaitaire important et que les coûts effectifs pour la Confédération pourraient être supérieurs ou inférieurs.

Aujourd'hui, les coûts d'exploitation du registre informatisé de l'état civil sont assumés à hauteur d'environ 1,25 millions par les cantons, mais ils ne comprennent pas les coûts de développement liés à l'introduction de modifications législatives fédérales. Toutes ces adaptations spécifiques ont été financées jusqu'à présent par les cantons au moyen d'un budget extraordinaire, voté lors des assemblées annuelles de la CAC (partenariat enregistré, nouveau droit du nom et de la protection de l'adulte par exemple, etc.) L'introduction d'une norme (art. 6a Tit. final) obligeant les cantons à assumer des dépenses annuelles d'exploitation, mais aussi des développements hypothétiques du système Infostar, sans que ces derniers ne soient justifiés et ceci à hauteur de 3 millions par année, ne garantit plus la transparence des coûts. C'est la raison pour laquelle, le Conseil d'Etat vaudois ne saurait accepter l'article 6a Tit. final de l'avant-projet sous la forme et dans la teneur proposée.

De plus, l'état civil résulte du domaine du droit privé fédéral et chaque modification législative (partenariat enregistré, nouveau droit du nom et de protection de l'adulte, etc.) comporte des développements conséquents du programme de gestion de la banque de données Infostar. Il serait même justifié que les dépenses pour les mises à jour et l'introduction des nouveaux développements du système, dans la mesure où il s'agit de droit fédéral voulu par le législateur suisse, soient complètement assumées par la Confédération, par analogie à ce qui s'est passé à l'occasion de l'introduction dans Infostar du numéro d'assuré AVS.

Dans ces circonstances, il est proposé une nouvelle formulation des articles 45a et 6a Tit. final présentés dans l'avant-projet. Ceux-ci pourraient avoir la teneur suivante :

Art. 45a CC

L'alinéa 2 est reformulé comme suit :

Les cantons participent aux coûts d'exploitation du registre informatisé de l'état civil et aux nouveaux aménagements du système qui relèvent du domaine de l'état civil.

La Confédération couvre les coûts des développements et des nouveaux aménagements du registre informatisé de l'état civil liés à des modifications législatives du droit fédéral.

Art 6a Tit. final

L'alinéa 1 de l'avant-projet doit être modifié comme suit :

Les cantons participent aux coûts annuels d'exploitation du registre informatisé de l'état civil prévus à l'article 45a al. 2 CC, à concurrence de 1,25 million de francs. Ce montant est réparti en fonction du nombre d'habitants et sera adapté annuellement au renchérissement à compter de l'année qui suit l'entrée en vigueur de cette disposition.

Dans les autres observations à signaler au sujet de l'avant-projet, il est apparu que de l'avis des autorités de l'état civil, il n'était pas nécessaire que les autorités chargées de tenir les registres des habitants puissent accéder en ligne aux données du registre informatisé de l'état civil.

En effet, aujourd'hui, avec les interfaces Sedex, déjà opérationnelles dans le cadre de l'harmonisation des registres au plan suisse, il est permis aux autorités des registres des habitants d'obtenir par voie électronique toutes les données personnelles tirées d'Infostar requises pour l'exercice de leur mandat légal. Techniquement, il est déjà possible de renoncer à l'heure actuelle à l'acte d'origine. Que cela soit avec ou sans acte d'origine, les offices de l'état civil fournissent une prestation aux personnes touchées par un changement d'état civil. Une telle prestation doit être financée par un émolument au titre de la divulgation des données. Le rapport et l'avant-projet n'indiquent pas qui fournira une assistance aux utilisateurs des systèmes des registres des habitants. Cette assistance a inévitablement des répercussions en termes de coûts pour la Confédération et les cantons. De plus, la multiplicité des demandes peut entraîner le risque de

	<p>voir une réduction des performances du système d'enregistrement.</p> <p>Enfin, l'accès aux personnes tenant les registres des habitants leur permet d'accéder à des données sensibles. Contrairement aux données des registres des habitants, celles du registre informatisé de l'état civil sont soumises à la protection spéciale en matière de divulgation des données que leur confèrent le Code civil et l'Ordonnance sur l'état civil (art. 58 ss OEC). Les officiers de l'état civil appliquent des règles strictes en matière de divulgation et ne peuvent communiquer des données relatives aux personnes qu'après une formation adéquate et avoir passé les examens du brevet fédéral. L'accès prévu à des groupes de personnes nettement plus larges représente un risque potentiel important de voir la protection des données en matière d'état civil affaiblie.</p> <p>De ce fait, il est proposé de supprimer l'alinéa 4, chiffre 5 de l'art. 43a CC concernant l'accès octroyé aux autorités compétentes pour la tenue des registres cantonaux et communaux des habitants.</p>	
Ordre judiciaire	Renonce à se déterminer	
Parti radical-démocratique vaudois		
Parti libéral		
Parti socialiste	<p>Le Parti socialiste vaudois relève d'abord que bon nombre de dispositions ne paraissent pas relever du niveau de la loi mais plutôt de celui de l'ordonnance. Ainsi, il paraît incongru de prévoir dans le Code civil une répartition financière des coûts entre Confédération et cantons (art. 6a Tit. fin CC).</p> <p>Nous ne voyons pas d'intérêt immédiat à une uniformisation sous la seule responsabilité de la Confédération de la tenue informatisée des registres de l'état civil. La solution fédéraliste actuelle permet au contraire à notre sens une meilleure protection de ces données sensibles.</p>	<p>Non retenu, une base légale de niveau réglementaire (ordonnance) n'est pas suffisante.</p> <p>Non retenu, car la banque fédérale de données d'état civil existe déjà depuis 2004 et est exploitée aujourd'hui déjà par la Confédération. La transmission des données est de compétence cantonale (extraits d'actes d'état civil); la protection des données est garantie dans le système actuel.</p>

	<p>Nous ne sommes pas favorables à l'utilisation du numéro d'assuré AVS pour identifier les personnes dans le registre foncier prévue par l'avant-projet. L'utilisation d'un seul identifiant dans les différents domaines législatifs est de nature à mettre en danger la protection des données personnelles et à faciliter les abus.</p> <p>Le Parti socialiste vaudois est en outre clairement opposé à toute délégation de tâches en matière de tenue des registres à des organismes de droit privé telle qu'elle est prévue par l'art. 949d de l'avant-projet. L'autorité responsable de la tenue du registre doit assurer elle-même l'exécution de ces tâches, y compris lorsqu'elles ont trait à des applications informatiques.</p> <p>En conclusion, nous considérons que cet avant-projet de modification du Code civil ne convient pas et doit être entièrement remanié.</p>	<p>Non retenu, le numéro d'AVS ne sera pas indiqué dans l'extrait du registre foncier. De plus, il n'y a pas de raison de créer sans nécessité un système d'identification alternatif pour le registre foncier.</p> <p>Retenu</p> <p>Non retenu dans ce sens.</p>
Parti UDC		
Parti ouvrier et populaire et gauche en mouvement		
"Les Verts"	<p>Les Verts n'ont pas d'objection de principe à l'avant-projet présenté.</p> <p>Cependant, le message accompagnant l'avant-projet fait seulement état des avantages que la modification doit apporter par rapport au système actuel, il n'évoque pratiquement pas les problèmes et les difficultés qu'il pourrait y avoir lors de la mise en oeuvre du système préconisé. Vu l'importance des modifications envisagées, tant sur le plan technique que dans la répartition des compétences, l'expérience pratique enseigne qu'il y a des risques non négligeables de voir surgir des problèmes imprévus de diverses natures, non seulement au niveau de la simple introduction des nouvelles modalités d'application, mais aussi au niveau d'éventuelles pertes d'informations.</p> <p>Il convient donc de mettre l'accent sur la très grande importance qu'il y a à</p>	<p>Non retenu. Les inconvénients sont connus et mineurs en rapport des gains qui seront obtenus.</p> <p>Non retenu, car la transition est quasiment</p>

	préparer la transition avec le soin le plus extrême, pour éviter d'éventuels désagréments.	réalisée.
Parti démocratique chrétien		
Union des communes vaudoises	<p>L'UCV prend acte d'un projet, qui nonobstant l'accord de la Confédération et des Directeurs cantonaux, n'est pas sans inquiéter car il dénote une centralisation rampante qui intervient insidieusement par couches successives.</p> <p>Par ailleurs, on relève que la Confédération a une forte propension, dans ce domaine comme dans d'autres, à confondre haute surveillance et application.</p>	
Association des communes vaudoises		
Chambre vaudoise du commerce et de l'industrie CVCI	<p>Nous sommes favorables au projet qui assure une cohérence juridique et informatique, mais aussi une simplification administrative tant pour les usagers que pour les administrations cantonales.</p> <p>La CVCI tient également à souligner que le projet doit maintenir l'adéquation des coûts entre la Confédération et les cantons, telle que proposée dans le rapport (page 17 et suivantes).</p>	Retenu

<p>Fédération patronale vaudoise</p>	<p>Remarques générales :</p> <p>La cyber administration s'impose progressivement au sein des autorités. Les offices d'état civil suisses font, par exemple, usage depuis 2005 du registre informatique Infostar, qui reflète toutes les mutations en la matière et l'on peut s'attendre à un usage de plus en plus fréquent d'outils électroniques.</p> <p>Par ailleurs, la mobilité croissante des individus, de même que les modifications législatives qui s'annoncent, notamment quant au nom de famille en faveur duquel pourront opter les époux, ont pour conséquence de rendre plus complexe l'identification des administrés.</p> <p>On a en outre pu constater ces dernières années la volonté clairement affichée par la Confédération d'introduire un traitement uniforme et harmonisé des données afférentes aux personnes physiques dans tous les registres de droit privé afin d'atteindre une cohérence entre les différentes autorités.</p> <p>Aussi, nous considérons qu'il est nécessaire de se doter d'une réglementation suffisamment large qui permette, d'une part, de couvrir les développements technologiques futurs et les nouvelles exigences légales, et, d'autre part, qui favorise une approche globalisée et facilitée de la tenue des registres.</p> <p>La proposition de l'Office fédéral de la justice (OFJ) nous paraît être de nature à atteindre ces objectifs. Nous tenons toutefois à apporter les précisions suivantes.</p> <p>Remarques spéciales :</p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>L'état civil</u> <p>Le projet mis en consultation apporte pour l'essentiel des modifications quant au financement des tâches en matière d'état civil.</p> <p>La distinction entre exploitation, développements et nouveaux aménagements ainsi que la répartition des tâches qui en résulte est, à notre avis, judicieuse et facilite la ventilation des coûts entre la Confédération et les cantons.</p>	<p>Retenu</p> <p>Retenu</p> <p>Retenu</p>
--------------------------------------	---	---

immobilière		
-------------	--	--

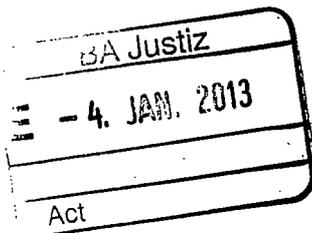


Conseil d'Etat
Staatsrat

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS



2012.05094



Madame
Simonetta SOMMARUGA
Conseillère fédérale
Cheffe du Département fédéral
de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

19 DEC. 2012

Date

**Modification du code civil suisse (enregistrement de l'état civil et registre foncier)
Procédure de consultation**

Madame la Conseillère fédérale,

Donnant suite à votre invitation du 24 septembre 2012, le Conseil d'Etat du canton du Valais vous communique, par la présente, sa détermination.

1. Reprise du registre informatisé de l'état civil par la Confédération

Le Gouvernement valaisan soutient intégralement le principe de la reprise du registre informatisé de l'état civil par la Confédération. Le transfert, des cantons à la Confédération, de l'exploitation et du futur développement du registre informatisé de l'état civil avait été décidé le 13 novembre 2009 à l'assemblée extraordinaire de la conférence des autorités cantonales de surveillance de l'état civil (CEC) (17 voix pour, 8 voix contre et 1 abstention), sous réserve que les cinq conditions suivantes soient respectées :

1. les cantons ont un droit de participation,
2. les coûts actuels de 1,5 million ne sont pas dépassés,
3. les coûts sont transparents,
4. le support est garanti,
5. la haute-surveillance est séparée de l'exploitation du registre informatisé.

Article 39 de l'avant-projet du code civil :

Le premier alinéa de cet article remplace le terme « registre informatisé » par « système d'information central ». Nous ne pouvons accepter ce changement. En effet, il nous paraît important que la fonction première soit contenue dans la dénomination. Même informatisé, le registre d'état civil reste un registre pouvant, par exemple, servir de preuve au sens de l'article 9 du code civil.

Nous proposons donc de modifier l'alinéa 1 de la manière suivante : « l'état civil est constaté dans le **registre informatisé de l'état civil** ».

Cette remarque implique d'apporter la même modification aux autres articles de l'avant-projet.

Il serait également opportun d'ajouter au chiffre 2 de l'alinéa 2 : « l'enregistrement d'un partenariat » à côté de « la majorité », « la filiation », et « le lien matrimonial ».

Article 43 de l'avant-projet du code civil :

Le canton est favorable à l'octroi d'un accès au registre informatisé de l'état civil aux autorités cantonales et communales compétentes pour la tenue des registres des habitants. Le développement du eGovernment nécessite une adaptation dans ce sens. En outre, la loi fédérale sur l'harmonisation des registres se réfère à l'identité selon l'état civil, de même; les autorités de migrations doivent elles aussi saisir les données selon l'état civil, or, elles n'ont pas d'accès à ce registre.

Cet accès étant prévu selon la procédure d'appel et uniquement en cas de besoin pour procéder à la vérification de l'identité des personnes, l'utilisation des données du registre informatisé de l'état civil respecte la protection des données. Il s'agirait d'un accès du même type que celui dont dispose les autorités chargées de l'établissement des passeports (ISA).

De plus, l'art. 45a alinéa 3 de l'avant-projet précise que la Confédération peut prévoir des coûts pour les prestations effectuées à des tiers, comme par exemple le registre des habitants. Ces coûts devront être fixés proportionnellement aux prestations effectuées.

Article 45a al. 4 et 5 ch. 1 de l'avant-projet du code civil :

Il est indispensable que les cantons soient à l'avenir associés aux décisions concernant le développement du registre informatisé de l'état civil et non seulement intégré. C'est pourquoi, le canton du Valais adhère à la proposition de modification faite dans ce sens par la CEC.

Article 6a du titre final de l'avant-projet du code civil :

L'article 6a du titre final prévoit que les cantons participent aux coûts annuels d'exploitation et de développement à hauteur de 3 millions. Cette déclaration ne respecte pas deux des conditions sous lesquelles le transfert des cantons à la Confédération a été accepté, soit le non dépassement des coûts actuels (CHF 1,5 million) et la transparence des coûts. Le canton du Valais souhaite qu'à l'avenir, sa participation aux coûts ne soit pas supérieure à sa participation actuelle et qu'elle serve uniquement à payer l'exploitation et non le développement.

De plus, les frais résultant de nouveaux aménagements du registre informatisé de l'Etat civil doivent être assumés exclusivement par la Confédération. Par conséquent, l'alinéa 2 de l'article 6a doit être supprimé.

2. Utilisation du numéro AVS par le registre foncier

Le Gouvernement valaisan soutient le principe de l'utilisation systématique du numéro AVS par le registre foncier en tant qu'identifiant des personnes. Il approuve également le projet de confier à un organisme responsable de droit privé la réalisation de certaines applications du registre foncier informatisé, à condition que la collaboration entre les cantons et l'organisme responsable de droit privé soit garanti selon l'article 949d de l'avant-projet.

Article 949b de l'avant-projet du code civil

En Valais, les registres fonciers utilisent pour identifier une personne dans le cadre de la tenue du registre foncier : le nom, le prénom, la filiation, l'état civil avec mention du conjoint ou du partenaire séparé et la date de naissance. L'adresse de domicile, quant à elle, est ajoutée dans le système interne de facturation (SAP). Elle est cependant entrée, complétée ou corrigée seulement par une nouvelle annonce auprès du bureau du registre foncier.

Actuellement, nous ne bénéficions pas encore d'une administration centrale regroupant toutes les données personnelles avec le numéro AVS comme identifiant des personnes. Toutefois, la loi cantonale sur l'harmonisation des registres prévoit la création d'une plate forme cantonale, laquelle est en cours d'élaboration. L'utilisation du numéro AVS comme identifiant des personnes est indispensable pour assurer la qualité de contrôle et la sécurité juridique. C'est pourquoi, nous sommes très favorables à la modification proposée.

De plus, pour que le registre foncier puisse disposer du numéro AVS, il faudrait que les notaires (indépendants en Valais) aient le devoir de le spécifier, par exemple en déposant une copie de la carte AVS de leur client. En effet, la pratique démontre que la recopie de chiffres entraînent souvent des fautes.

Il reste également la question de savoir quelle devra être la procédure avec une personne qui n'a pas de numéro AVS. Comme c'est le cas par exemple pour une personne à l'étranger ou décédée depuis longtemps. Il n'est donc pas certain, que la gestion des données personnelles puisse être réalisée sur l'ensemble de la Suisse de manière univoque.

Article 949c de l'avant-projet du code civil

La recherche d'immeuble sur tout le pays ne pourra être effectuée que si tous les cantons ont l'obligation d'introduire le numéro AVS comme identifiant des personnes dans le registre foncier.

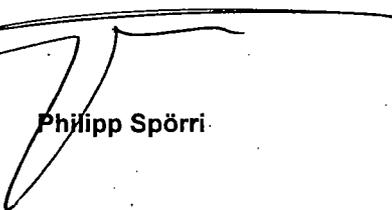
Le Gouvernement valaisan vous remercie de l'avoir consulté et vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de sa parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

La présidente

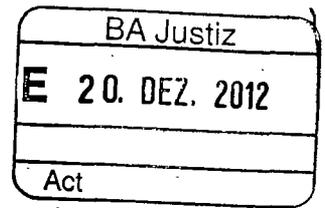
Le chancelier


Esther Waeber-Kalbermatten


Philipp Spörri



Copie à Office fédéral de la justice, Bundesrain 20, 3003 Berne
Par mail : egba@bj.admin.ch



Direktionssekretariat DI, Postfach 146, 6301 Zug

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundesamt für Justiz
Direktionsbereich Privatrecht
Bundesrain 20
3003 Bern

T direkt 041 728 31 72
markus.stoll@zg.ch
Zug, 10. Dezember 2012 strk
50336-06

Entwurf der Teilrevision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Änderungen betreffend Beurkundung des Personenstandes und Grundbuch) – Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Ihr Departement unterbreitete den obgenannten Entwurf zur Stellungnahme. Der Regierungsrat des Kantons Zug delegierte die Vernehmlassung zu der obgenannten Verordnung an die Direktion des Innern.

Die Konferenz der Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen (KAZ) hat an der Generalversammlung vom 13. November 2009 entschieden, INFOSTAR unter Einhaltung von fünf Bedingungen (Mitbestimmungsrechte der Kantone, Einhaltung der bisherigen Kostenhöhe, Kostentransparenz, Sicherstellung Support sowie Trennung Oberaufsicht und Betrieb INFOSTAR) in die vollumfängliche Zuständigkeit des Bundes zu übertragen. Die vorgeschlagene Änderung des Zivilgesetzbuches erfüllt diese Bedingungen nicht.

Aus diesem Grund stellen wir folgende **Änderungsanträge**:

1. Art. 39 Abs. 2 Ziffer 2 ZGB ist wie folgt zu ergänzen: ..., die Ehe, **die eingetragene Partnerschaft**
2. Art. 43a Abs. 4 Ziffer 5 ZGB ist **ersatzlos zu streichen**
3. Art. 45a ZGB
 - Der Randtitel ist wie folgt zu formulieren: **la Elektronisches Personenstandsregister**
 - Abs. 1 ist wie folgt zu formulieren: Der Bund betreibt und entwickelt das elektronische Personenstandsregister.

- Abs. 2 ist neu zu formulieren: **Die Kantone beteiligen sich an den Kosten für den Betrieb des elektronischen Personenstandsregisters. Die Kosten für Weiter- und Neuentwicklungen trägt der Bund.**
 - Abs. 3 bezüglich der Kostenverrechnung von Dienstleistungen gegenüber Dritten ist **ersatzlos zu streichen.**
 - Abs. 4 (neu Abs. 3) ist neu zu formulieren: **Der Bund und Kantone einigen sich gemeinsam in einem paritätisch Zusammengesetzten Organ über die Weiterentwicklung des elektronischen Personenstandsregisters.**
 - Abs. 5 (neu Abs. 4): Ziffer 2 ist neu einzufügen und wie folgt zu formulieren: **Das Verfahren der betrieblichen Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kantonen;**
4. Art. 949 b ZGB Abs. 1 ist wie folgt neu zu formulieren: Das Grundbuchamt verwendet systematisch zur Identifizierung:
 1. von natürlichen Personen die Versichertennummer der AHV nach Art. 50c des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG);
 2. von juristischen Personen sowie von Kollektiv- und Kommanditgesellschaften die Unternehmens-Identifikationsnummer (UID).
 5. Art. 949 c ZGB ist wie folgt zu formulieren: Der Bundesrat regelt die landesweite Suche der berechtigten Behörden nach der aufgrund der Versichertennummer der AHV oder der Unternehmens-Identifikationsnummer (UID) identifizierten Person.
 6. Art. 949d ZGB ist ersatzlos zu streichen.
 7. Art. 6a Schlusstitel ZGB ist wie folgt zu formulieren:
 - Abs. 1 ist wie folgt neu zu formulieren: **jährlich pauschal 1.25 Millionen Franken für die Betriebskosten des elektronischen Personenstandsregisters nach Artikel 45a Abs. 2.** Dieser Betrag wird nach...
 - Abs. 2 bezüglich der Kostentragung für Neuentwicklungen des Systems ist **ersatzlos zu streichen.**

Begründung Anträge 1, 3 und 7

Es wird auf die Stellungnahme vom 25. Oktober 2012 der Konferenz der Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen verwiesen.

Das Eidgenössische Amt für das Zivilstandswesen orientierte die Kantone am 29. Oktober 2012 zusätzlich, dass die Übermittlung der Auslandurkunden an die Schweizer Vertretungen per 1. Januar 2013 vom Fachbereich INFOSTAR (FIS) wahrgenommen wird. Der Kontakt mit den Schweizer Vertretungen stellt eine Tätigkeit des Bundes in seiner Eigenschaft als Oberaufsicht über das Zivilstandswesen dar. Die Ansiedelung dieser Aufgabe beim technischen Betrieb der Datenbank erfüllt die geforderte Trennung der Bereiche Betrieb und Aufsicht nicht.

Begründung zu Antrag 2

Die Datenverifizierung der Einwohnerkontrollen soll vereinfacht werden. Im Sinne einer Spezialregelung könnte das Auskunftsrecht der Einwohnerkontrollen erweitert werden. Ebenfalls sollte es möglich sein, dass Zivilstandsämter die Auskünfte über die benötigten Daten telefonisch erteilen könnten. Diese Rechtsanpassung könnte durch den Bundesrat auf Stufe Zivilstandsverordnung vorgenommen werden.

Begründung zu Antrag 4

Die Verwendung der AHV-Nummer als Personenidentifikator entspricht einem Bedürfnis des Grundbuches. Analog zur Verpflichtung der Angabe der Unternehmens-Identifikationsnummer (UID) in Anmeldungen betreffend juristische Personen sowie Kollektiv- und Kommanditgesellschaften (Art. 51 Abs. 1 lit. b GBV), sollte auch für die natürlichen Personen ein eindeutiger Personenidentifikator verwendet werden. Dabei sollte das Gesetz sogar einen Schritt weitergehen und anstelle einer Kann-Vorschrift die Grundbuchämter zur Verwendung der AHV-Nummer verpflichten. (Dabei müsste gleichzeitig bei Art. 51 Abs. 1 lit. a der Grundbuchverordnung die Verpflichtung Eingang finden, dass in den Anmeldungsbelegen die AHV-Nummer aufzuführen ist.) Zusätzlich sollte die Verwendung der UID für die juristischen Personen sowie die Kollektiv- und Kommanditgesellschaften im Gesetz verankert werden.

Begründung zu Antrag 5

Das praktische Bedürfnis einer landesweiten Grundstücksuche ist, wie im Vorbericht des Bundesamtes für Justiz BJ aufgeführt, zweifelsohne gegeben. Eine solche Suchmöglichkeit sollte jedoch nicht bloss für die Suche nach Grundstücken von natürlichen Personen zur Verfügung stehen, sondern auch für die Suche nach Grundstücken von juristischen Personen sowie von Kollektiv- und Kommanditgesellschaften.

Begründung zu Antrag 6

Die Führung des Grundbuches ist eine staatliche Aufgabe, die an die Kantone übertragen wurde (Art. 953 ZGB). Diese Datenhoheit bringt es mit sich, dass nicht nur die Verantwortung für die Pflege der Grundbuchdaten bei den Kantonen liegen muss, sondern auch uneingeschränkt die Steuerung des Zugriffs auf Grundbuchdaten, die nicht ohne Interessennachweis einsehbar sind.

Die Prüfung, ob ein Interesse genügend glaubhaft gemacht ist, kann nicht an einen Dritten bzw. einen Rechtsträger des privaten Rechts übertragen werden. Diese Prüfung muss beim "Datenherr", dem Kanton, verbleiben. Nur so ist gewährleistet, dass die Kantone als einzige Verantwortliche für die Grundbuchdaten ihren gesetzlichen Aufgaben und Verpflichtungen nachkommen können und bei missbräuchlicher Verwendung der Grundbuchdaten die von der Grundbuchverordnung (Art. 30 Abs. 3) geforderten Sanktionen auch tatsächlich und unmittelbar treffen können. Daran ändert auch nichts, dass gemäss Art. VE 949d Abs. 3 ZGB der Aufgabenträger des privaten Rechts der Aufsicht des Bundesamtes für Justiz unterstehen soll.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Vernehmlassung und ersuchen Sie höflich, unsere Bemerkungen und Vorschläge zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse
Direktion des Innern



Manuela Weichelt-Picard
Regierungsrätin

Beilage:

- Vernehmlassung der Konferenz der Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen

Zustellung gleichzeitig per E-Mail im Wordformat an: egba@bj.admin.ch

Kopie an:

- Regierungsrat des Kantons Zug (Zirkulationsmappe)
- Direktion des Innern
- Grundbuch- und Vermessungsamt
- Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst



Inspektorat für die Notariate, Grundbuch- und Konkursämter des Kantons Zürich

Untere Zäune 2 , 8001 Zürich
Briefadresse: Postfach 2401, 8021 Zürich
Telefon: 044 256 17 17
Telefax: 044 256 17 18

Zürich, 7. Dezember 2012

Per E-Mail: egba@bj.admin.ch

Bundesamt für Justiz
Eidgenössisches Amt für Grundbuch-
und Bodenrecht
Bundesrain 20
3003 Bern

Vernehmlassung ZGB (Beurkundung Personenstand und Grundbuch)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit grossem Interesse haben wir vom laufenden Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision des Zivilgesetzbuches (Beurkundung des Personenstandes und Grundbuch) Kenntnis genommen. Unsere Vernehmlassungsantwort beschränkt sich grundsätzlich auf die Berührungspunkte mit dem Grundbuch.

Personenidentifikator im Grundbuch

Unseres Erachtens ist es die logische Konsequenz, dass nach der Einführung und Verwendung der Unternehmensidentifikations-Nummer (UID) bei juristischen Personen im Grundbuch (Art. 90 Abs. 1 lit. b GBV) eine analoge Regelung für natürliche Personen geschaffen wird. Wir stimmen Ihnen auch zu, dass die AHV-Nummer sich am Besten als permanenten Personenidentifikator eignet, obwohl diese im Gegensatz zur UID nicht öffentlich ist.

Art. 949b VE-ZGB sieht vor, dass das Grundbuchamt die AHV-Nummer zur Identifizierung von Personen systematisch verwenden kann. Dieser Artikel sieht jedoch nicht vor, dass die Grundbuchämter Zugriff auf das System Infostar erhalten sollen. Für uns ist aus der Vorlage nicht ersichtlich, wie die Grundbuchämter zu den notwendigen Angaben kommen sollen. Wir regen daher an, dass die Grundbuchämter explizit als abfrageberechtigte Stellen gemäss Art. 43a Abs. 4 ZGB anerkannt werden oder eine analoge Lösung gefunden wird.

Die Gesetzesvorlage lässt offen, ob die (rückwirkende?) Aufnahme der AHV-Nummer als Personenidentifikator lediglich der eindeutigen Identifikation der Eigentümer dient, oder ob

eine automatisierte Aktualisierung der Personendaten beabsichtigt wird. Die Ausführungen im Bericht und Vorentwurf vom September 2012 (Ziffer 2.2. Absatz 2) deuten darauf hin, dass eine automatische Aktualisierung der Personendaten angedacht ist.

Im Gegensatz zur Grundstückbeschreibung ist der Grundbuchverwalter Primärdatenhalter der dinglichen und realobligatorischen Rechte im Grundbuch, womit insbesondere das Antrags- (Art. 963 ZGB) und das Kausalitätsprinzip (Art. 974, 975 ZGB) zur Anwendung kommen.

Nach geltendem Recht bedarf es für eine Eintragung im Grundbuch einer schriftlichen Erklärung des Eigentümers des Grundstückes (Art. 963 ZGB). Dieser fundamentale Grundsatz des Grundbuchrechts würde durch eine automatisierte Aktualisierung der Personendaten in Frage gestellt. Dem Grundbuchverwalter, als Datenherr der Einträge im Grundbuch, würde die Möglichkeit genommen, Mutationen bei den Personenangaben mangels Belegen zu überprüfen (Relativierung des Kausalitätsprinzips). Sollten diese sachenrechtlichen Prinzipien aufgebrochen werden, müsste die Rechtsetzung in einem formellen Gesetz erfolgen. Aufgrund der automatisierten Nachführung würden allfällige (wohl in jedem System vorkommende) Fehler aus der Quelle ohne Kontrollmöglichkeiten des Grundbuchverwalters im Grundbuch übernommen. Dasselbe gilt auch für eine automatisierte Aktualisierung aufgrund der UID bei der Bezeichnung von juristischen Personen.

In den Kantonen mit Amtsnotariat ist das Grundbuchamt regelmässig auch mit der Beurkundung von Rechtsgeschäften über die Begründung, Änderung und Löschung von realobligatorischen und dinglichen Rechten, teilweise auch mit der Beurkundung von Geschäften aus den Bereichen Ehegüter-, Erb- und Gesellschaftsrecht, beauftragt. Dies hat zur Folge, dass aus betrieblichen Gründen nur eine Personendatenbank geführt wird, welche für die Erledigung der notariellen und grundbuchamtlichen Geschäfte verwendet wird. Art. 949b VE-ZGB sieht nun vor, dass das Grundbuchamt ermächtigt ist, die AHV-Nummer zu verwenden. Sollte dies zur Folge haben, dass die Kantone verpflichtet werden, für die Grundbuchdaten eine separate Personendatenbank zu führen, hat dies erhebliche Konsequenzen organisatorischer und finanzieller Natur. Wir regen daher an, die Ermächtigung zur Verwendung der AHV-Nummer derart auszugestalten, dass lediglich eine Personendatenbank geführt werden kann.

Art. 949c VE-ZGB bildet die Grundlage für berechnete Stellen, landesweit nach Grundstücken von Personen aufgrund der AHV-Nummer zu suchen. Damit diese Abfragemöglichkeit innert nützlicher Frist nutzbar ist, bedarf es praktikabler Lösungen (z.B. Zugriff auf das System Infostar, sowie die Möglichkeit, dass die Angaben von Amtes wegen nachgeführt werden können), damit die Angaben der im Grundbuch erfassten Eigentümer (natürlichen Personen)

rasch ergänzt werden können. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob die Suche nach Berechtigten aus realobligatorischen oder beschränkten dinglichen Rechten (beispielsweise Gläubiger von Register-Schuldbriefen oder von Dienstbarkeitsberechtigten) möglich sein soll. Unseres Erachtens ist eine Ausdehnung der Abfragemöglichkeit auf solche Rechte sinnvoll.

Aufgabenträger des privaten Rechts im Grundbuchbereich

Wir begrüssen, dass mit Art. 949d VE-ZGB eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird, damit für den elektronischen Geschäftsverkehr, etc., ein oder mehrere Aufgabenträger des privaten Rechts betraut werden können. Mit dieser gesetzlichen Grundlage wird die heutige umstrittene Rechtslage ausgeräumt und der Weg für das Projekt eGRIS geebnet.

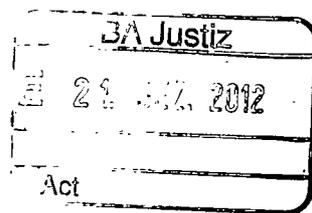
Wir hoffen, Ihnen mit diesen Ausführungen zu dienen und stehen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**NOTARIATSINSPEKTORAT
DES KANTONS ZÜRICH**



René Biber, Notariatsinspektor GL



DER REGIERUNGSRAT DES KANTONS ZÜRICH

an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement
(Zustelladresse: Bundesamt für Justiz, Bundesrain 20, 3003 Bern,
per E-Mail auch an eg-ba@bj.admin.ch)

Zürich, 19. Dezember 2012

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch); Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 24. September 2012 haben Sie uns den Vorentwurf für die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch) unterbreitet. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

1. Änderungen betreffend Personenstandsregister

a) Der Kanton Zürich unterstützt das zentrale Anliegen der Vorlage, die heutigen strukturellen Schwächen der gemischten Zuständigkeiten von Bund und Kantonen dadurch zu beheben, dass der Betrieb von InfoStar in die alleinige Zuständigkeit des Bundes übergeführt wird.

Befürwortet wird überdies das Anliegen, in sämtlichen Registern des Privatrechts eine einheitliche Erfassung von natürlichen Personen sicherzustellen. Die angestrebte Harmonisierung der Registerinhalte und die Verbesserung der Datenqualität in den Registern bilden wichtige öffentliche Interessen.

b) Gemäss revArt. 39 ZGB wird das Register zur Beurkundung des Personenstandes neu als «zentrales Personen-Informationssystem» bezeichnet. Diese Änderung soll im Hinblick auf künftige Entwicklungen (Aufbau eines Data-Warehouses) erfolgen.

Die geplante Gesetzesänderung bietet Gelegenheit, Art. 39 Abs. 2 Ziff. 2 ZGB um die eingetragene Partnerschaft zu ergänzen.

Formulierungsvorschlag revArt. 39 Abs. 2 Ziff. 2 ZGB

«2. *die personen- und familienrechtliche Stellung, wie die Mündigkeit, die Abstammung, die Ehe, die eingetragene Partnerschaft;*»

c) Mit revArt. 43a Abs. 4 Ziff. 5 und 6 ZGB soll ein modernisierter und automatischer Meldeprozess ermöglicht werden. Es wird zwei zusätzlichen Fachbehörden ein Zugriff auf Infostar erlaubt, soweit dies für die Überprüfung der Identität einer Person notwendig ist (Abrufverfahren).

Die Zielsetzung der Regelung begrüssen wir. Ein effizienter Austausch von Informationen entspricht den Vorgaben an eine moderne Verwaltung und ermöglicht eine hohe Datenqualität sowie -sicherheit. Gleichzeitig kann der Verwaltungsaufwand gesenkt werden. Soweit die bereits heute möglichen Informationsquellen der Fachbehörde für deren Aufgabenerfüllung nicht genügen, ist die Schaffung eines Zugriffs sinnvoll.

Bei der konkreten Ausgestaltung und Einräumung der Zugriffsrechte sind folgende Punkte zu beachten:

- Um den Persönlichkeitsschutz zu wahren, haben sich die Zugriffsrechte auf das für die Aufgabenerfüllung Notwendige zu beschränken.
- Um einen einheitlichen Qualitätsstandard zu gewährleisten, sind für sämtliche zugriffsberechtigten Behörden vergleichbare Nutzungsbedingungen zu schaffen.
- Im Sinne einer sachgerechten Aufgabenverteilung und Kostentragung bilden Schulung und Support für die zugriffsberechtigten Behörden Teil der Dienstleistungen des Bundes gemäss Art. 45a Abs. 2 ZGB.
- Die Funktionsfähigkeit von Infostar für die Zivilstandsbehörden als primäre Nutzer muss gewährleistet sein.

d) Gemäss revArt. 45a Abs. 1 ZGB sind der Betrieb und die Entwicklung des Personenstandsregisters künftig Sache des Bundes. Diese Lösung ist insbesondere wegen der mit dem Betrieb verbundenen Aufgaben (Bericht, S. 12) und der überkantonalen Bedeutung des Registers korrekt. Die Entwicklung des Registers hat – wie nachfolgend dargelegt – in Zusammenarbeit mit den Kantonen zu erfolgen.

e) Vor dem Hintergrund des Nutzens des Registers für die Kantone ist es gerechtfertigt, dass sich die Kantone an den Kosten beteiligen (so revArt. 45a Abs. 2 ZGB).

f) Gemäss revArt. 45a Abs. 3 ZGB können Kosten für Dienstleistungen für Dritte diesen in Rechnung gestellt werden.

Die Bestimmung ist insofern zu verschärfen, als eine Pflicht zur Kostenauflegung an Dritte einzuführen ist. Andernfalls könnte der Eindruck entstehen, der Bundesrat könne nach freiem Ermessen über eine Kostenaufgabe entscheiden. Dies wäre nicht sachgerecht. Die im Bericht erwähnten Fälle, dass ein Spezialerlass eine kostenlose Auskunft vorsieht (Bericht, S. 12), werden durch eine entsprechende Verschärfung der Bestimmung nicht ausgeschlossen (der Spezialerlass übersteuert diesfalls das ZGB). Gleichzeitig ist eine Differenzierung in der Vorschrift angezeigt, soweit es sich bei den Dritten um kommunale oder kantonale Stellen ausserhalb des Zivilstandswesens handelt. Die Kantone finanzieren auch in Zukunft die Betriebskosten von Infostar, sodass bei Leistungen, die mit wenig Aufwand erbracht werden können, auf eine zusätzliche Kostenerhebung zu verzichten ist. Fallen demgegenüber für die Dienstleistungen hohe Kosten an, ist eine Kostenauflegung gerechtfertigt. Dabei ist sicherzustellen, dass die gleichen Leistungen nicht einmal über die Beiträge der Kantone an die Betriebskosten (revArt. 6a des Schlusstitels) und ein zweites Mal über revArt. 45a Abs. 3 ZGB abgegolten werden.

Formulierungsvorschlag für revArt. 45a Abs. 3 ZGB

«³ Der Bund stellt Kosten von Dienstleistungen für Dritte für Zwecke ausserhalb des Zivilstandswesens den Dritten in Rechnung. Bei Dienstleistungen von untergeordneter Bedeutung an kommunale und kantonale Stellen wird auf eine Rechnungstellung verzichtet.»

Zu prüfen ist, ob den Dritten – über die spezifischen Kosten für die konkrete Dienstleistung hinaus – auch ein Anteil der Betriebskosten für Infostar auferlegt werden sollte. Dies würde dem Umstand gerecht, dass der Nutzen für den Dritten regelmässig höher ist als die «Grenzkosten» für die besondere Dienstleistung. Nimmt man dieses Ansinnen auf, wären die Betriebskostenbeiträge im Umfang der zusätzlichen Leistungen der Dritten zu kürzen.

g) RevArt. 45a Abs. 4 ZGB sieht vor, dass der Bund die Kantone in die Weiter- und Neuentwicklungen des Systems einbezieht.

Die Bestimmung lehnen wir ab. Die Entscheidkompetenz über Weiter- und Neuentwicklungen liegt allein beim Bund, während die Kantone einen erheblichen Teil der Kosten zu tragen haben und die Arbeitskräfte für den Vollzug zur Verfügung stellen. Zudem lässt die Bestimmung Umfang und Form der Mitwirkung offen. Bereits eine administrative Vernehmlassung würde die vorgeschlagene Norm erfüllen, was für die Kantone nicht genügt. Gleiches gilt für die im Bericht genannte Vernehmlassungskommission. Auch eine teilweise Tragung der Entwicklungskosten durch die Kantone kann nur infrage kommen, wenn die Kantone massgebend an den zugrunde liegenden Entscheiden mitwirken können.

h) In Abs. 5 von revArt. 45a ZGB wird festgelegt, die ergänzenden Bestimmungen der Regierungsrat auf Verordnungsstufe erlassen muss.

Für die Kantone, welche den Betrieb von Infostar an den Bund abgeben und gleichzeitig für den Vollzug des Zivilstandswesens zuständig bleiben, ist es unerlässlich, dass auch die Zusammenarbeit mit dem Bund geregelt wird (Systemsupport usw.; so Art. 45a Abs. 3 Ziff. 1 ZGB in seiner heutigen Fassung). RevArt. 45a Abs. 5 ZGB ist entsprechend zu ergänzen.

Formulierungsvorschlag für revArt. 45a Abs. 5 Ziff. 2 ZGB

«2. *das Verfahren der betrieblichen Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen;*»

i) RevArt. 6a des Schlusstitels sieht in Abs. 1 vor, dass die Kantone dem Bund jährlich eine Pauschale von 3 Mio. Franken für den Betrieb und die Weiterentwicklung von Infostar leisten. Dieser Betrag entspricht gemäss Bericht den erwarteten durchschnittlichen Kosten. Die Kosten würden durch Einsparungen, die aufgrund von Infostar erzielt würden, mehr als abgedeckt (Bericht, S. 17 f.). Für die Kosten von Neuentwicklungen sieht Abs. 2 eine hälftige Aufteilung zwischen Bund und Kantonen vor.

Wir unterstützen grundsätzlich die Überlegungen des Bundes, wonach die Kosten eines Registers von jenen getragen werden, die aus dem Register einen Nutzen ziehen (Bund, Kantone und Gemeinden). Indessen wird dieser Gedanke im Vorentwurf nur ungenügend umgesetzt:

- Eine Kostenbeteiligung der Kantone für die Weiter- und Neuentwicklungen von Infostar ist solange nicht sachgerecht, als der Bund allein über diese Entwicklungen entscheiden kann. Die Kantone kommen als Kostenträger nur infrage, wenn sie die entsprechenden Entwicklungen im Zivilstandswesen unterstützen.
- Die Betriebskosten betragen bisher «lediglich» 1,25 Mio. Franken pro Jahr. Unter dem Vorbehalt der teuerungsbedingten Anpassung dürfen die Beiträge der Kantone künftig nicht höher ausfallen. Zusätzliche Betriebskosten für mögliche künftige Nutzungen (Data-Warehouse usw.) könnten gegenwärtig nicht berücksichtigt werden.
- Auch der Bund zieht in vielen Bereichen Nutzen aus den kommunalen oder kantonalen Registern (Statistik, Ausgleichskassen usw.). Gleichzeitig sieht der Bundesgesetzgeber für diese Datenbezüge verschiedentlich die Unentgeltlichkeit vor (vgl. etwa Art. 14 Registerharmonisierungsgesetz vom 23. Juni 2006, SR 431.02 [RHG] oder Art. 32 Abs. 1 Bundesgesetz vom 6. Oktober 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, SR 830.1). Dies widerspricht einer nutzenbezogenen und fairen Kostenverteilung, was mittelfristig zu korrigieren ist.

Aus den genannten Gründen ist auf revArt. 45a Abs. 2 ZGB in der vorgesehenen Form zu verzichten und revArt. 6a des Schlusstitels wie folgt zu formulieren:

Formulierungsvorschlag für revArt. 6a des Schlusstitels

«¹ Die Kantone bezahlen dem Bund jährlich pauschal 1,25 Millionen Franken für diejenigen Betriebskosten des elektronischen Personenstandsregisters nach Art. 45a, die das Zivilstandswesen betreffen. Dieser Betrag wird nach der Einwohnerzahl aufgeteilt und ab dem Jahr, das der Inkraftsetzung dieser Bestimmung folgt, jährlich der Teuerung angepasst.»

2. Änderungen betreffend Grundbuch

a) Mit revArt. 949b ZGB wird dem Grundbuchamt die systematische Verwendung der AHV-Versichertennummer erlaubt.

Es ist für uns grundsätzlich sinnvoll, zur Optimierung der Qualität und Aktualität von Registerdaten einen verlässlichen Personenidentifikator zu verwenden. Dies gilt umso mehr, als die Versichertennummer gemäss Bericht nicht öffentlich gemacht werden soll und damit das Missbrauchspotenzial verkleinert wird. Ferner wird eine analoge Regelung für natürliche Personen geschaffen, wie sie bei juristischen Personen mit der Verwendung der Unternehmensidentifikationsnummer (UID) schon besteht (Art. 90 Abs. 1 lit. b Grundbuchverordnung vom 23. September 2011, SR 211.432.1).

Vorzubehalten ist indessen, dass das heutige System tatsächlich erhebliche Schwachstellen aufweist. Die auf den Seiten 5 und 13 des Berichts aufgeführten Mängel sind deshalb zu quantifizieren. Nur so lässt sich ein korrektes Bild über die Notwendigkeit der Verwendung der Versichertennummer machen. Eine korrekte Darstellung der Nachteile des heutigen Systems ist umso wichtiger, als die Versichertennummer nach Aussagen der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) nicht in allen Fällen eine eindeutige Identifikation zulässt. Dieser Umstand sollte ebenfalls offengelegt werden, bildet er doch Voraussetzung für eine korrekte Abwägung der verschiedenen Interessen.

Aus datenschutzrechtlicher und rechtsstaatlicher Sicht ist ferner anzumerken, dass die Verwendung der Versichertennummer in erster Linie für die Aufgaben der Sozialversicherungen gedacht war (Art. 50d Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung, SR 831.10). Nun lässt sich die Tendenz feststellen, diesen Grundsatz durch eine steigende Zahl spezialgesetzlicher Regelungen aufzuweichen (vgl. etwa die laufende Teilrevision des Radio- und Fernsehgesetzes). Die Tendenz belegt, dass eine Verwendung der Versichertennummer als Personenidentifikator an sich als zweckmässig und durch öffentliche Interessen abgedeckt beurteilt wird. Vor diesem Hintergrund

ist die Verwendungsmöglichkeit der Versichertennummer als Personennidentifikator mittelfristig nochmals grundlegend zu diskutieren und je nach Ergebnis Art. 50d AHVG anzupassen. Andernfalls setzt man sich mit jeder neuen Spezialgesetzgebung dem Vorwurf aus, Art. 50d AHVG auszuhöhlen.

b) RevArt. 949c ZGB, der eine landesweite Suche von Grundstücken anhand der Versichertennummer erlaubt, ist sehr offen formuliert. Er gibt dem Bundesrat kaum Leitplanken beim Erlass der Vollzugsbestimmungen.

Der Persönlichkeitsschutz verlangt, auf Gesetzesstufe Rahmenbedingungen festzulegen und beispielsweise die berechtigten Behörden oder den Zweck, zu dem eine Suche zulässig ist, zu regeln.

c) Gemäss revArt. 949d ZGB soll künftig ein Aufgabenträger des privaten Rechts damit betraut werden, die Nutzung des informatisierten Grundbuchs zu verwirklichen. Aus Sicht der Kantone kommt für die Betreibergesellschaft nur eine öffentlich-rechtliche Organisationsform mit überwiegendem Einfluss der Kantone infrage.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.



Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:

Miaa

Der Staatsschreiber:

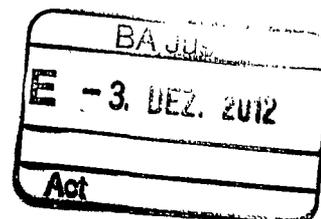
[Signature]

Marco Brander
Huebstrasse 2c
9300 Wittenbach
Tel. G 058 229 33 04
marco.brander@sg.ch

Wittenbach/Mörschwil, 30. November 2012

Jeannette Eisenhut
Fahnstrasse 18
9402 Mörschwil
Tel. G 071 878 70 20
jeannette.eisenhut@rehetobel.ar.ch

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern



Schweizerisches Zivilgesetzbuch ZGB / Änderung betreffend Beurkundung Personenstand / Stellungnahme zu Art. 43a im Rahmen der Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne stellen wir Ihnen unsere Stellungnahme zu obgenanntem Vernehmlassungsverfahren zu.

Ich, Marco Brander, seit 1999 im Zivilstandswesen tätig, referiere als Dozent im Vorbereitungskurs für den eidgenössischen Fachausweis für Zivilstandsbeamtinnen und -beamte jährlich zum Thema Sicherheit, Schutz und Bekanntgabe der Personendaten im Zivilstandswesen. Zudem leite ich als Prüfungsexperte das Korrekturteam des Prüfungsteils "Bekanntgabe (schriftlich)".

Ich, Jeannette Eisenhut, seit 1988 im Zivilstandswesen tätig, referiere seit acht Jahren als Dozentin an der AKADEMIE St. Gallen, Gemeindefachschule/Allgemeiner Teil, jährlich zum Thema Zivilstands- und Bürgerrechtswesen. Zudem erteile ich das selbe Fach an den überbetrieblichen Kursen der Lernenden der Verwaltungen der Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden und Glarus. Der Thematik "Sicherheit, Schutz und Bekanntgabe der Personendaten im Zivilstandswesen" schenke ich jeweils eine sehr grosse Aufmerksamkeit.

Von diesem Standpunkt her und von Berufes wegen nehmen wir Stellung zur vorgesehenen neuen Ziffer 5. in Abs. 4 in Art. 43a betreffend den direkten Zugriff der Einwohnerregister auf das Personenstandsregister.

Um den Schutz der Persönlichkeit als Grundrecht der Menschen zu gewährleisten, sind die Personendaten lebender Personen im Zivilstandswesen durch die Abs. 1 und 2 des gleichen Art. 43a rechtlich besonders geschützt. Zivilstandsbeamtinnen und -beamte werden gezielt dahingehend geschult. Sowohl die Beurkundung von Zivilstandsereignissen als auch die Bekanntgabe von Daten aus den Zivilstandsregistern dürfen nur nach Erwerb des eidgenössischen Fachausweises erfolgen.

Der vorgesehene direkte Zugriff der Einwohnerregister auf das elektronische Personenstandsregister ist weder notwendig noch verantwortbar aus folgenden Gründen:

- Die Einwohnerregister werden schon heute über die elektronische Sedex-Schnittstelle vom Personenstandsregister mit allen Personendaten bedient, die sie zur Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags benötigen.
- Anders als im Zivilstandswesen unterstehen Personen, welche Einwohnerdaten bearbeiten und bekanntgeben nicht den strengen Schutzbestimmungen des ZGB und den gesetzlich definierten Ausbildungsaufgaben.
- Im Gegensatz zu den Zivilstandsämtern gibt es für die Einwohnerämter kein gesetzlich festgelegtes Aufsichtsorgan, welches unter anderem die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen regelmässig überprüft.

Aus diesen Überlegungen stellen wir den Antrag, die vorgeschlagene Ziffer 5 in Abs. 4 in Art. 43a betreffend den direkten Zugriff der Einwohnerregister ersatzlos zu streichen.

Wir danken Ihnen für die Prüfung unseres Antrages.

Freundliche Grüsse


Marco Brändler


Jeannette Eisenhut

ORDINE DEI NOTAI DEL CANTONE TICINO

Recapito:

c/o avv. Maria Cristina Bonfio
Via G.B. Pioda 14 - casella postale 6409
CH - 6901 Lugano
Telefono: 091 913 91 91
Telefax: 091 913 91 99
E-mail: segretariato@odnti.ch

Presidente:

ALFIO MAZZOLA, Lugano
Avvocato e Notaio
presidente@odnti.ch

Vice-presidente:

CAMILLA GHIRINGHELLI, Bellinzona
Avvocato e Notaio

Segretaria:

MARIA CRISTINA BONFIO, Lugano
Avvocato e Notaio

Membri:

ROSELLA CHIESA LEHMANN, Mendrisio
Avvocato e Notaio

GIOVANNI MERLINI, Minusio

Avvocato e Notaio, dott.

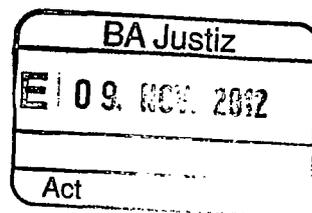
RACCOMANDATA

Lodevole

Ufficio federale di giustizia

Bundesrain 20

CH - 3003 Berna



Lugano, 8 novembre 2012

Modifica del Codice civile svizzero (documentazione dello stato civile e registro fondiario)

On. Consigliera federale Simonetta Sommaruga, Gentili Signore, Egregi Signori,

il Consiglio dell'Ordine dei Notai del Cantone Ticino ha preso atto dell'*Avamprogetto concernente la modifica del Codice civile svizzero (documentazione dello stato civile e registro fondiario)* e, nel rispetto del termine di consultazione, formula le seguenti osservazioni in merito alla possibilità di tenere il registro fondiario in base al numero d'assicurato AVS.

A nostro parere, l'applicazione del nuovo art. 949b del Codice civile potrebbe essere problematica. Infatti, il numero d'assicurato giusta l'art. 50c LAVS potrebbe non risultare già assegnato a minorenni ma, soprattutto, a persone domiciliate o dimoranti abitualmente all'estero che intendono acquistare un immobile in Svizzera, rispettivamente che ne divenissero proprietarie in via extra-tabulare (ad esempio in via ereditaria). Inoltre, per le persone domiciliate o dimoranti abitualmente all'estero ci si chiede se effettivamente vi sarebbe un aggiornamento automatico dei cambiamenti del cognome (come indicato al punto 2.2. del rapporto esplicativo dell'Avamprogetto).

Siamo quindi dell'opinione che l'introduzione del nuovo articolo di legge si giustifichi solo se:

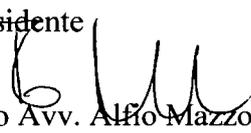
- a) l'assegnazione del numero d'assicurato può aver luogo in tempi rapidi (alcuni giorni, ma non più di 3-4), sulla scorta di pochi e facilmente reperibili documenti giustificativi e con spese contenute (magari sulla base di formulari standard predisposti dagli uffici competenti, disponibili per la compilazione anche in forma elettronica) e
- b) anche per le persone domiciliate o dimoranti abitualmente all'estero sarà possibile aggiornare automaticamente nel Registro fondiario i cambiamenti di cognome.

Inoltre, ci sembra indispensabile che venga preventivamente chiarito se l'eventuale introduzione del nuovo art. 949b del Codice civile renderà necessaria una modifica dell'art. 51 cpv. 1 lit. a dell'Ordinanza federale sul registro fondiario (RS 211.432.1) e/o degli art. 24a e 24b cifra 1 dell'Ordinanza federale sul registro di commercio (RS 221.411) e, in caso affermativo, in quali termini (in particolare se i documenti giustificativi (ad esempio l'atto pubblico) per le iscrizioni nel Registro fondiario o nel Registro di commercio dovranno contenere il Numero d'assicurato e come si dovrà procedere nel caso in cui il Numero d'assicurato non fosse (ancora) disponibile o assegnato).

Ringraziando anticipatamente e a disposizione per eventuali precisazioni, cogliamo l'occasione per presentare distinti saluti.

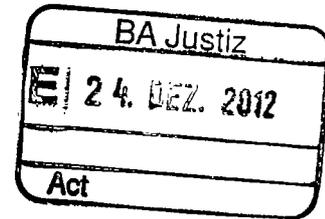
Ordine dei Notai del Cantone Ticino

Il Presidente


Notaio Avv. Alfio Mazzola

Anche in forma elettronica all'e-mail egba@bj.admin.ch

C.p.c. a: - Divisione della giustizia del Cantone Ticino, Piazza Governo, 6501 Bellinzona
- Federazione Svizzera dei Notai, Tavelweg 2, CH-3074 Muri

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

RR/tm

312

Bern, 21. Dezember 2012

Vernehmlassung zum Bericht mit Vorentwurf betreffend Aenderungen des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs betreffend Beurkundung des Personenstandes und Grundbuch

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Anwaltsverband dankt dem Bundesamt für Justiz für die Einladung, sich zum Bericht mit Vorentwurf betreffend Aenderungen des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs betreffend Beurkundung des Personenstandes und Grundbuch vernehmen zu lassen und macht von dieser Möglichkeit nachstehend gerne Gebrauch.

I. ALLGEMEINE WÜRDIGUNG

1. Der Schweizerische Anwaltsverband befasste sich einlässlich mit dem ausführlichen und schlüssigen Bericht und mit dem Vorentwurf betreffend Aenderungen des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs betreffend Beurkundung des Personenstandes und Grundbuch. Wie im anschaulichen Bericht dargelegt, handelt es sich bei den vorgeschlagenen Aenderungen grundsätzlich um sinnvolle und wünschbare Anpassungen des Schweizerischen Zivilgesetzbuches an veränderte und wesentlich verbesserte Möglichkeiten bei der elektronischen Datenverarbeitung.
2. Auch den Vorentwurf erachtet der Schweizerische Anwaltsverband, von einigen wenigen Punkten abgesehen, als zweckmässig.
3. Ganz allgemein ist der Schweizerische Anwaltsverband der Auffassung, dass der elektronische Rechtsverkehr in möglichst vielen Bereichen ermöglicht werden soll. Dazu sind aber gesamtschweizerische Lösungen erforderlich, wie sie vorliegend angestrebt werden. Kantonale Einzellösungen erachtet der Schweizerische Anwaltsverband hingegen als nicht zielführend.

II. STELLUNGNAHME ZU DEN EINZELNEN BESTIMMUNGEN DES VORENTWURFS

1. Art. 39 E-ZGB

Der Schweizerische Anwaltsverband ist der Auffassung, dass die Versichertennummer der AHV in Art. 39 E-ZGB als zusätzliches Element des Personenstandes genannt werden soll. Zum einen dient die Versichertennummer der AHV der eindeutigen Identifizierung einer Person und zum anderen ist es nicht sachgerecht, die Versichertennummer beispielsweise im Grundbuch zur Identifizierung von Personen zu verwenden, sie aber im zentralen Personen-Informationssystem im Personenstandsregister nicht zu vermerken.

2. Art. 43a E-ZGB

Keine Bemerkungen.

3. Art. 45a E-ZGB

Der Schweizerische Anwaltsverband begrüsst es ausdrücklich, dass der Bund das Personenstandsregister als zentrales Personen-Identifikationssystem betreiben und entwickeln soll. Kantonale Lösungen, auch im Verbund, beurteilt er als nicht zielführend.

4. Art. 949b E-ZGB

Der Schweizerische Anwaltsverband erachtet die Verwendung der Versichertennummer der AHV zur Personenidentifikation im Grundbuch als sinnvoll. Allerdings sollte die Verbindlichkeit zur Verwendung der Versichertennummer über eine blossе Kann-Vorschrift hinaus erhöht werden, da es nicht sinnvoll ist, die Verwendung der Versichertennummer ins Belieben der Kantone oder gar der einzelnen Grundbuchämter zu stellen. Vielmehr darf von der Verwendung der Versichertennummer nur aus triftigen Gründen abgesehen werden.

Weiter ist nach Auffassung des Schweizerischen Anwaltsverbandes ins Gesetz aufzunehmen, dass die Grundbuchämter die Personenregister laufend nachzuführen haben, was ihnen nach der Einführung des zentralen Personen-Identifikations-systems und mit Verwendung der Versichertennummer ohne weiteres möglich sein sollte.

5. Art. 949c E-ZGB

Nach Beurteilung des Schweizerischen Anwaltsverbandes sollten nicht nur Behörden, sondern auch Rechtsanwälte und Notare zur landesweiten Suche nach Grundstücken aufgrund der Versichertennummer berechtigt sein. Schon heute legt Art. 28 GBV fest:

„Art. 28 Erweiterter Zugang: Zugriffsberechtigung

¹ Aufgrund besonderer Vereinbarungen kann folgenden Personen Zugang zu den Daten des Hauptbuchs, des Tagebuchs und der Hilfsregister gewährt werden, ohne dass sie im Einzelfall ein Interesse glaubhaft machen müssen:

- a. Urkundspersonen, im Geometerregister eingetragenen Ingenieur-Geometerinnen und -Geometern, Steuerbehörden sowie anderen Behörden zu den Daten, die sie zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen;
- b. Banken, der Schweizerischen Post, Pensionskassen, Versicherungen und vom Bund anerkannten Institutionen nach Artikel 76 Absatz 1 Buchstabe a des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991¹ über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) zu den Daten, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Hypothekengeschäft benötigen;
- c. im Anwaltsregister eingetragenen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten zu den Daten, die sie zur Ausübung des Berufs benötigen;
- d. bestimmten Personen zu den Daten:
 1. der Grundstücke, die ihnen gehören, oder
 2. der Grundstücke, an denen ihnen Rechte zustehen, sofern sie die Daten zur Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit oder der Wahrnehmung ihrer Rechte benötigen.

² *Urkundspersonen kann auch Zugang zu den Belegen gewährt werden.*

Leider ist diese Bestimmung bis heute weitgehend toter Buchstabe geblieben. Der Schweizerische Anwaltsverband legt deshalb grossen Wert darauf, dass den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten sowie den Notarinnen und Notaren die Einsichtsrechte in das elektronische Grundbuch, welche sie für ihre Berufsausübung benötigen, gewährt werden.

5. Art. 949d E-ZGB

Nicht einverstanden ist der Schweizerische Anwaltsverband mit dem Vorschlag, dass das Bundesamt für Justiz einen Aufgabenträger des privaten Rechts damit betrauen

kann, in Zusammenarbeit mit den Kantonen Nutzungen des informatisierten Grundbuchs zu verwirklichen.

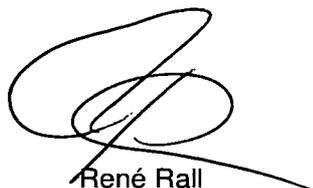
Zum einen erachtet der Schweizerische Anwaltsverband die Führung des Grundbuchs und alles was damit zusammenhängt wegen der sehr grossen Bedeutung des Grundbuchs als wesentliche und zentrale öffentliche und hoheitliche Aufgabe.

Aus Sicht des Schweizerischen Anwaltsverbandes sind bei einer auch nur teilweisen Privatisierung dieser Aufgabe folgende Probleme ungelöst:

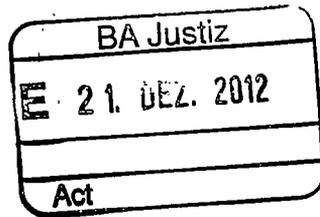
1. Was geschieht bei einem Konkurs des Aufgabenträgers des privaten Rechts mit den Daten?
2. Wie ist die Aufgabenerfüllung bei einem Konkurs des Aufgabenträgers des privaten Rechts sichergestellt?
3. Wie kann die Sicherheit der Daten bei einem Aufgabenträger des privaten Rechts gewährleistet werden?
4. Wie können die Daten bei einem Aufgabenträger des privaten Rechts vor missbräuchlicher Verwendung geschützt werden?
5. Wie kann die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen und getroffenen Vereinbarungen bei einem Aufgabenträger des privaten Rechts unmittelbar, das heisst ohne gerichtliches Verfahren, durchgesetzt werden?

Schon jetzt danken wir Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung bei der Ausarbeitung der definitiven Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen
Für den Schweizerischen Anwaltsverband



René Rall
Generalsekretär



Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

egba@bj.admin.ch

Urtenen-Schönbühl, 20.12.2012

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns im Rahmen der Vernehmlassung zu oben genannter Vorlage aus Sicht der rund 1800 dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) angeschlossenen Gemeinden äussern zu können.

Allgemeine Bemerkungen

Mit vorliegender Revision des Zivilgesetzbuches sollen die gesetzlichen Grundlagen für die Weiter- und Neuentwicklungen der zentralen elektronischen Datenbank des Zivilstandswesens (Infostar) geschaffen werden. Der SGV unterstützt die vorgeschlagenen Anpassungen im Zivilstandsregister und die damit verbundenen Bestrebungen des Bundes, die Behördenzusammenarbeit, zum Beispiel zwischen den Zivilstands- und Einwohnerdiensten, zu modernisieren und Infostar zu einem zentralen Personen- Informationssystem über das Zivilstandswesen hinaus auszubauen. Von diesen Vereinfachungen der Abläufe profitieren nicht nur die Verwaltungen auf allen drei Staatsebenen, sondern auch die Einwohnerinnen und Einwohner.

Bemerkungen zu einzelnen Artikeln

Art. 43a Datenschutz und Bekanntgabe der Daten, Neue Ziffer 5: Einwohnerregister

Der SGV begrüsst die Ergänzung in Art. 43a, wonach die Gemeinden und Kantone für die Führung der Einwohnerregister und für die Abklärung der Identität einer Person Zugriff auf die Daten des zentralen Personen- Informationssystems (Infostar) erhalten. Mit der Abfragemöglichkeit in Infostar wird den Einwohnerdiensten die Arbeit wesentlich erleichtert. Zudem ermöglicht die vorliegende Anpassung die Abschaffung des Heimatscheins. Das Abholen und Deponieren des Heimatscheins ist für Bürgerinnen und Bürger hinderlich und erfordert Behördengänge, die nicht mehr zeitgemäss sind. Mit der Änderung von Art. 43a Abs. 1 Ziffer 5 wird nun im Gesetz zukunftsweisend der Weg in Richtung einer elektronischen An- und Abmeldung gelegt, wie sie der Verband Schweizerischer Einwohnerdienste mit dem Projekt A1.12 «Meldung, Adressänderung, Wegzug und Zuzug» zum Ziel hat. Der SGV hat mit Freude zur Kenntnis genommen, dass das Vorhaben in den Aktionsplan 2012 von E-Government Schweiz aufgenommen wurde. Der Bund trägt damit zu einer Optimierung der Prozesse im Meldewesen und zu einer erhöhten Datenqualität und -sicherheit bei.

Mit der Abfragemöglichkeit in Infostar sind weitere Vorteile zu erwarten:

- Die Namensschreibweise ausländischer Staatsangehöriger stellt die Einwohnerdienste bei der Festlegung des amtlichen Namens immer wieder vor Probleme. Mit der Abfragemöglichkeit im System werden die Zivilstandsämter von Anfragen entlastet.

- Bei einem Zuzug aus dem Ausland können Schweizerinnen und Schweizer bei der Anmeldung häufig keinen Heimatschein vorlegen. Um die Identität einer Person einwandfrei zu prüfen, ist eine Abfragemöglichkeit in Infostar notwendig, weil womöglich bereits Zivilstandsergebnisse stattgefunden haben und diese Personen in Infostar erfasst sind. Zahlreiche, für die Führung der Einwohnerregister benötigte Personendaten können so unkompliziert und bürgerfreundlich im Sinne eines modernen Service Public erfasst werden. Angesichts der rund 700'000 Auslandsschweizerinnen und Auslandschweizern und der zunehmenden Mobilität kommt diesem Anliegen grosse Bedeutung zu. Im Weiteren ist die Frage des Leitsystems zwischen Infostar und ZEMIS zu klären. Der SGV geht davon aus, dass sich ZEMIS diesem unterordnen muss, sonst gibt es zwei Bundeslösungen und damit ungleiche Rahmenbedingungen für Schweizerinnen und Schweizer und hier geborene sowie zugezogene Ausländerinnen und Ausländer.
- Das mit «Heimatschein» betitelte Zivilstandsdokument hat heute nicht mehr denselben Stellenwert und dieselbe Qualität wie früher. Der zurzeit ausgestellte Heimatschein kann mehrfach bestellt werden. Dadurch wächst die Gefahr des Missbrauchs (Anmeldung an einem Scheindomizil zum Beispiel für den Bezug von Sozialleistungen). Mit der Schaffung eines neuen Datenfelds «Niederlassungsgemeinde» in Infostar kann verhindert werden, dass sich jemand an mehreren Orten mit einem Haupt- und/oder Nebenwohnsitz anmeldet. Die vorgesehene Änderung von Art. 43a ermöglicht diese Abfragemöglichkeit in Infostar und reduziert die Gefahr von Scheindomizilen mit unerwünschter Kostenfolge für die Kantone und die Gemeinden wegen ungerechtfertigt ausbezahlter Sozialhilfe.
- Mit der Registerharmonisierung konnte die Qualität der Einwohnerregister nochmals gesteigert werden. Davon profitieren der Bund (z.B. Statistik), die Kantone (z.B. kantonale Einwohnerregister) und die Gemeinden, bei welchen das Einwohnerregister die Datengrundlage für zahlreiche Anwendungen in verschiedenen Ämtern und Diensten bildet. Mit der Änderung von Art. 43a kann die Datenqualität zum Nutzen aller weiter gesteigert werden.

Art. 45a, Absatz 3

Der SGV begrüsst im Grundsatz die neue Bestimmung, wonach der Bund ein zentrales Personen-Informationssystem betreibt und entwickelt. Mit der vorgeschlagenen Änderung sollen die heutigen strukturellen Schwächen der gemischten Rollenverteilung zwischen Bund und Kantonen behoben werden. Der SGV wehrt sich jedoch dagegen, dass der Bund für die Abfragemöglichkeit in Infostar von den Einwohnerdiensten eine Gebühr verlangen will. Mit der Registerharmonisierung ist den Kantonen und Gemeinden – insbesondere auch den Einwohnerdiensten – bereits ein erheblicher finanzieller und personeller Aufwand entstanden (unter anderen durch die Anpassung der Einwohnerregister und das Einrichten von Schnittstellen). Hinzu kommen die jährlich wiederkehrenden Kosten der Registerharmonisierung. Es kann nicht angehen, dass die Einwohnerdienste gemäss Art. 141 RHG einerseits dem Bund unentgeltlich Daten zur Verfügung stellen müssen, die sie im Hinblick auf eine qualitativ hochstehende Datenlieferung an den Bund mit anderen Registern laufend und aufwändig harmonisieren, während der Bund andererseits Gebühren für den Zugriff auf Infostar verlangen kann. **Auf eine Gebührenerhebung zulasten der Gemeinden für den Zugriff der Einwohnerdienste ist zu verzichten, indem Absatz 3 ersatzlos gestrichen wird.**

Art. 45a, Absatz 4 und 5 Ziffer 1

Zur Beratung des Bundes in Fachfragen zur Weiter- und Neuentwicklung des zentralen Systems (heutiges Infostar) soll ein Gremium unter massgeblicher Beteiligung der Kantone eingesetzt werden. Der SGV erachtet es als wichtig, dass in dieser verwaltungsinternen Arbeitsgruppe (Kommission) des Bundes ebenfalls Fachverbände wie der Schweizerische Verband für Zivilstandswesen SVZ und der Verband Schweizerischer Einwohnerdienste VSED, die über das nötige Praxiswissen verfügen, Einsitz nehmen.

Der SGV schlägt deshalb für die Absätze 4 und 5 (Ziffer 1) die folgende Ergänzung vor:

⁴Der Bund bezieht die Kantone **und die betroffenen Fachverbände** in die Weiter- und Neuentwicklungen des Systems ein.

⁵ Der Bund regelt:

1. die Einzelheiten des Einbezuges der Kantone **und der betroffenen Fachverbände** in die Weiter- und Neuentwicklungen des zentralen Personen- Informationssystems;

Art. 949 d (neu) Aufgabenträger des privaten Rechts

Die neue Bestimmung sieht vor, dass auch Aufgabenträger des privaten Rechts, in Zusammenarbeit mit den Kantonen, im Rahmen des elektronischen Grundstückinformationssystems (eGRIS) Zugriff auf die Daten des Grundbuchs im Abrufverfahren erhalten sollen. Der SGV fordert, dass diese Möglichkeit auch für öffentlich-rechtliche Körperschaften wie Gemeinden geschaffen wird. Er beantragt, Art. 949 d (neu) wie folgt zu ergänzen:

Art. 949 d (neu) Aufgabenträger des privaten oder öffentlichen Rechts

¹ Das Bundesamt für Justiz kann einen Aufgabenträger des privaten **oder öffentlichen Rechts** damit betrauen, in Zusammenarbeit mit den Kantonen folgende Nutzungen des informatisierten Grundbuchs zu verwirklichen: (...)

² Der Aufgabenträger des privaten **oder öffentlichen Rechts** untersteht der Aufsicht des Bundesamts für Justiz. Das Bundesamt für Justiz stellt sicher, dass der Datenschutz und die Datensicherheit gewährleistet sind.

Art. 6a, Finanzierung des zentralen Personen-Informationssystems im Zivilstandswesen Absatz 2

Die Bestimmung regelt die künftige Aufteilung der Kosten für den laufenden Betrieb sowie für die Weiter- und Neuentwicklungen zwischen Bund und Kantonen. Mit der vollständigen Übernahme des Systems durch den Bund werden in Zukunft der Betrieb sowie die Neu- und Weiterentwicklungen zur Bundesaufgabe. Die dafür notwendigen Mittel sind in erster Linie vom Bund bereitzustellen, unter Berücksichtigung einer angemessenen Kostenbeteiligung der Kantone. Der SGV wehrt sich gegen die Möglichkeit, dass sich die Einwohnerdienste der Gemeinden an den Kosten der Weiter- und Neuentwicklungen von Infostar finanziell beteiligen sollen, ohne dass ihnen ein entsprechendes Mitspracherecht gewährt wird. Eine Umwälzung der Kosten zulasten der Gemeinden ist in jedem Fall zu verhindern.

Der SGV beantragt deshalb Art. 6a Abs. 2 wie folgt zu ergänzen:

² Die Kantone tragen die Hälfte derjenigen Kosten für Neuentwicklungen des Systems, die das Zivilstandswesen betreffen. Der entsprechende Betrag wird nach der Einwohnerzahl aufgeteilt. **Betreffen diese Neuentwicklungen die Interessen der Gemeinden oder falls der Kanton entsprechende Kosten auf die Gemeinden übertragen will, so unterbreitet der Kanton den entsprechenden Antrag den Gemeinden zur Stellungnahme.**

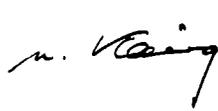
Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gemeindeverband

Präsident

Direktor

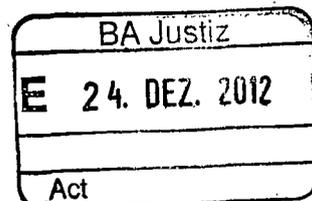
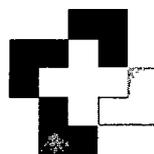


Hannes Germann
Ständerat

Ulrich König

Kopie:

- Verband Schweizerischer Einwohnerdienste
- Schweizerischer Verband für Zivilstandswesen
- Schweizerischer Städteverband



Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 B e r n

Bern, 21. Dezember 2012

Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches

Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Dieser Tage hat unser Verband festgestellt, dass er nicht in die laufende Vernehmlassung zur rubrizierten Revision einbezogen worden ist.

Der Schweizerische Verband der Bürgergemeinden und Korporationen (SVBK) bezweckt die Wahrung der Interessen und die Beratung seiner Mitglieder sowie die Förderung und Stärkung ihrer Beziehungen. Mithin will er die meist in Kantonalverbänden organisierten Bürgergemeinden und Korporationen mit über 500'000 Mitgliedern auf eidgenössischer Ebene wirksam vertreten. In verschiedenen Kantonen erteilen die Bürgergemeinden das Schweizer Bürgerrecht auf Gemeindeebene.

Bei unseren Mitgliedern handelt es sich um öffentlich-rechtliche Körperschaften, welche insbesondere zur Führung ihrer Stimmregister auf die Daten aus Infostar angewiesen sind. Es darf daran erinnert werden, dass unser Verband über CHF 100'000.- beisteuerte, damit Infostar mit den Interessen der Bürgergemeinden kompatibel ausgestaltet werden konnte.

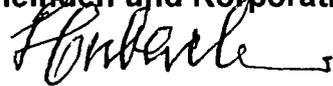
Vor diesem Hintergrund erscheint es äusserst befremdlich, dass wir nicht in die Vernehmlassung einbezogen worden sind, welche zur Ablösung des Systems Infostar führen soll; im Gegensatz etwa zur Berghilfe.

Nach summarischer Prüfung der Vorlage stellen wir fest, dass diese unseren Bedürfnissen kaum zuwiderläuft. Da Art. 43a ZGB nur ergänzt wird, gehen wir davon aus, dass die Daten gemäss Absatz 3 und der Zivilstandsverordnung grundsätzlich weiterhin ebenfalls für die Bürgergemeinden und Korporationen zur Verfügung stehen.

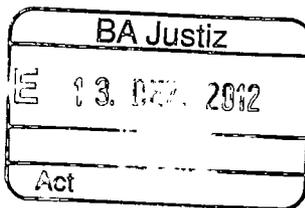
Die Revision des Gesetzes wird auch eine solche der Zivilstandsverordnung nach sich ziehen. Gerne gehen wir davon aus, dass unser Verband wenigstens in diesem Zeitpunkt aktiv in die Vernehmlassung einbezogen wird.

Für die Festtage und zum Neuen Jahr entbieten wir Ihnen die besten Wünsche.

Mit freundlichen Grüssen
**Schweiz. Verband der Bürger-
gemeinden und Korporationen**



Andreas Hubacher, Geschäftsführer



Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Bern, 13. Dezember 2012 sgv-KI/dl

Vernehmlassungsverfahren: Änderung des Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv, die Nummer 1 der Schweizer KMU-Wirtschaft, vertritt 250 Verbände und gegen 300'000 Unternehmen. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Mit Schreiben vom 24. September 2012 lädt das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ein sich zur Änderung des Zivilgesetzbuchs betreffend der Beurkundung des Personenstands und des Grundbuchs zu äussern. Der Schweizerische Gewerbeverband sgv dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Heute bestehen im Grundbuch, im Handels-, Zivilstands- sowie im Betreibungsregister weder einheitliche Vorgaben noch eine übereinstimmende Praxis der Behörden. Die Vorlage will Grundlagen dafür schaffen, dass in sämtlichen Registern des Privatrechts eine einheitliche Erfassung der natürlichen Personen sichergestellt ist. Strukturelle Schwächen der gemischten Zuständigkeiten und Hoheiten des Bundes und der Kantone sollen behoben werden. Das informatisierte Standesregister Infostar soll an den Bund übergehen. Die Führung des Grundbuchs soll neu mittels der AHV-Versichertennummer zulässig sein.

Unterschiedliche Vorgaben im Grundbuch, im Zivilstands- und im Betreibungsregister sowie in anderen Registern führen zu nutzlosem Koordinationsaufwand. Der Schweizerische Gewerbeverband sgv unterstützt deshalb die Vernehmlassungsvorlage, da sie eine Reduktion von Koordinationsaufwand, weniger Fehler und letztlich weniger administrativen Leerlauf verspricht.

Dass die Führung des Grundbuchs neu mittels AHV-Versichertennummer möglich sein soll, macht Sinn. Die AHV-Nummer ist unverwechselbar und identifiziert die Person genau, während es bisher immer wieder Fälle gegeben hat, in denen eine natürliche Person im Grundbuch nicht eindeutig bezeichnet werden konnte, z.B. weil der Name geändert hat. Diese Neuregelung verspricht damit mehr Rechtssicherheit.

Ebenso unterstützt der sgv die Auffassung, dass die Grundbuchführung nicht zwingende Staatsaufgabe sein muss, sondern eine Übertragung dieser Aufgabe an eine private Betreibergesellschaft möglich

sein soll. Mit der vorliegenden Revision werden diesbezügliche Bedenken ausgeräumt. Neu soll auch eine private Betreibergesellschaft die Grundbuchführung übernehmen können.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Bemerkungen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgv



Hans-Ulrich Bigler
Direktor



Dieter Kläy
Ressortleiter

Per E-Mail: egba@bj.admin.ch

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

SIX Terravis AG
Brandschenkestrasse 47
CH-8002 Zürich

Postanschrift:
Postfach 1758
CH-8021 Zürich

T +41 58 399 4499
F +41 58 499 4499
www.terravis.ch

Kontaktperson:
Werner Möckli
T +41 58 399 3304
F +41 58 499 3304
werner.moeckli@six-group.com

Zürich, 20. Dezember 2012

Vernehmlassung zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die am 24. September 2012 eröffnete Vernehmlassung zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch) und nehmen die Gelegenheit gerne wahr, Ihnen im Folgenden unsere Stellungnahme zu unterbreiten.

Die SIX begrüsst die vorgeschlagenen Änderungen grundsätzlich. Wir sind der klaren Überzeugung, dass ein einheitlicher Personenidentifikator eine schnelle, zuverlässige und eindeutige Identifikation von natürlichen Personen zulässt und damit die Behördenarbeit erleichtert und namhafte Vorteile sowohl für die Kunden als auch für die Wirtschaft bringt. Mit der Übertragung bestimmter Aufgaben an eine private Trägerschaft ist überdies eine Fokussierung auf Kernkompetenzen und damit auch eine Professionalisierung möglich.

Im Folgenden möchten wir zu den Bestimmungen im Einzelnen Stellung nehmen:

Personenidentifikator im Grundbuch (Art. 949b)

Wir gehen mit der Einschätzung des EJPD einig, dass ein permanenter Personenidentifikator bedeutende Vorteile v.a. im Bereich des E-Governments mit sich bringt. Die Nutzung der AHV-Versichertennummer ist in diesem Zusammenhang zu unterstützen. Allerdings ist die „Kann-Bestimmung“ in Abs. 1 einer Standardisierung in der Grundbuchführung und im elektronischen Verkehr mit den Ämtern abträglich, da der Nutzen einer solchen Regelung gerade darin besteht, dass sie von allen Kantonen einheitlich umgesetzt wird. Anstelle einer Kann-Vorschrift bevorzugen wir, eine Delegationsnorm an den Bundesrat zu legiferieren.

Zudem ist es für uns von zentraler Bedeutung, dass nicht nur in Angelegenheiten des Grundbuchs bzw. behördenintern mit der AHVN13 gearbeitet werden kann, sondern dass zeitnah auch eine praktikable Lösung in Abstimmung mit der Wirtschaft für den elektronischen Meldungs- und Informationsaustausch zur Verfügung gestellt wird.

Landesweite Grundstücksuche (Art. 949c)

Wir begrüssen die Schliessung der bestehenden Gesetzeslücke in diesem Bereich. Allerdings würden wir eine Präzisierung bzgl. der Suchkriterien empfehlen. In der vorliegenden Fassung kommt nicht deutlich zum Ausdruck, welche Anspruchsgruppe nach welchen Rechten (nur Eigentümer oder auch Grundpfandgläubiger etc.) suchen dürfen. Auch hier würden wir eine Delegation an den Bundesrat bevorzugen, damit dieser zeitgerecht auf Änderungen reagieren kann.

Aufgabenträger des privaten Rechts (Art. 949d)

Die mit dieser Bestimmung einhergehende Rechtsklarheit und Klärung der Zuständigkeiten ist für uns von grosser Bedeutung. Allerdings wäre auch hier eine Präzisierung angezeigt. Es wird lediglich gesagt, dass das BJ eine Trägerorganisation mit der Dienstleistungserbringung betrauen kann. Dabei wird jedoch nicht geklärt, ob Kantone ihre hoheitlichen Aufgaben im Bereich des Grundbuches an eine private Organisation delegieren dürfen. Letztlich sollte eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit zusätzlich zu den Kantonen die private Trägerorganisation selbständig als Anbieter auftreten kann.

Schliesslich möchten wir uns zur Oberaufsicht des Bundes äussern, da es für uns von grosser Bedeutung ist, dass die Oberaufsicht professionell durchgeführt wird und der Bund mit den Kantonen in diesem Bereich ein abgestimmtes Vorgehen sicherstellt.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen. Bei Fragen betreffend unsere Stellungnahme stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne für ergänzende Erläuterungen zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

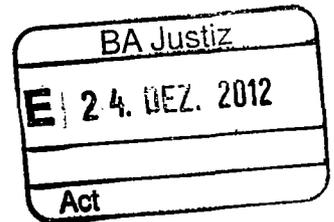
SIX Terravis AG

Werner Möckli

Walter Berli



Einschreiben
 EJPD
 Bundesamt für Justiz
 Direktionsbereich Privatrecht
 Bundesrain 20
 3003 Bern



Muri bei Bern, 21. Dezember 2012

Änderung ZGB betreffend Beurkundung des Personenstands und Grundbuch: Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, uns aus der Sicht des Notariats zu den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen zu äussern.

Art. 949b und Art. 949c: Personenidentifikation und landesweite Grundstücksuche

Es ist an sich wünschenswert, dass in sämtlichen Registern des Privatrechts die natürlichen Personen einheitlich, d.h. nach gleichen Kriterien erfasst werden.

Mit der vorgeschlagenen Norm (Art. 949b ZGB) wird dieses Ziel aber nicht erreicht.

Im Notariat weisen sich die Privatpersonen, die eine Beurkundung mit Registereintrag wünschen, mit der ID oder mit dem Pass aus. Aus beiden Dokumenten ist die Versichertennummer der AHV nicht ersichtlich. Solange dies nicht der Fall ist, ist die Personenidentifikation anhand der Versichertennummer der AHV ungeeignet.

Die neue Bestimmung Art. 949b ZGB enthält bloss eine "Kann-Vorschrift". Damit ist ausgeschlossen, dass eine einheitliche Personenidentifikation über die Versichertennummer der AHV für die ganze Schweiz ermöglicht wird. Damit scheitert aber auch die an sich erstrebenswerte Suche nach dem Grundeigentum einer Person in der ganzen Schweiz. Eine solche Suche ist für das Notariat äusserst hilfreich, wenn eine Person verstirbt (Nachlassinventar).



tare, Erbenscheine) und wenn eine Person über alle ihre Grundstücke in der Schweiz verfügen will.

Offen bleibt die Frage, wie Ausländerinnen und Ausländer ohne Versichertennummer der AHV zu identifizieren sind.

Offen bleibt auch die Frage, welchen Stellen und Institutionen die Versichertennummer bekannt gegeben werden darf. Im Bericht mit Vorentwurf vom September 2012 fehlen konkrete Angaben dazu.

Zu den berechtigten Behörden gemäss Art. 949c ZGB muss zwingend das Notariat gehören, damit es seine vorbereitenden Aufgaben im Zusammenhang mit dem Registereintrag erfüllen kann. Für das Notariat ist zudem von Bedeutung, dass auch beschränkt dingliche Rechte sowie vorgemerkte persönliche Rechte einer Person abgefragt werden können, um diese zu bearbeiten oder löschen zu lassen.

Art. 949d: Aufgabenträger des privaten Rechts

Der Schweizerische Notarenverband lehnt diese neue Bestimmung in der vorliegenden Form ab.

Die Führung des Grundbuchs ist eine hoheitliche Aufgabe. Ebenso sind die Notare Träger dieser öffentlichen Aufgabe, unabhängig davon, ob ein Kanton das Beamtennotariat oder das freiberufliche Notariat kennt. Die Notare sind als öffentliche Aufgabenträger an Verfassung und Gesetzgebung gebunden. Diese Ausgangslage, die eine effiziente und bewährte Anmeldung von Rechtsgeschäften an die öffentlichen Register gewährleistet, gilt es zu respektieren. Es macht so gesehen keinen Sinn, wenn der Bund bzw. freiwillig und damit uneinheitlich gewisse Kantone nochmals einen (öffentlichen?) Aufgabenträger mit letztlich unklarem Auftrag und völlig fehlender Kompetenzregelung dazwischenschalten. Offen ist diesbezüglich auch die Frage, wer haftet, wenn im "delegierten" Bereich Fehler/Mängel auftreten.

Im Rahmen der Einführung des elektronischen Geschäftsverkehrs mit dem Grundbuch muss die heutige Sicherheit des Rechtsverkehrs vollständig aufrechterhalten und wenn möglich verbessert werden. Aus Sicht des Notariats ist dies mit Art. 39 und 40 GBV in vernünftiger Art und Weise gewährleistet, indem für den elektronischen Geschäftsverkehr auf die Verordnung über die elektronische Übermittlung im Rahmen von Zivil- und Strafprozessen sowie von Schuldbetreibungs- und Konkursverfahren (SR 272.1) bzw. auf Internetseiten des Bundes (z.B. juspace) oder der Kantone verwiesen wird.

Mit der unklaren, unnötigen und eminent unsicheren neuen Bestimmung Art. 949d ZGB wird dem elektronischen Geschäftsverkehr nicht geholfen, sondern es wird das Ziel des einheitlichen Zugangs zu Grundbuchdaten in der ganzen Schweiz unerreichbar.



Der SNV erachtet die vorgesehene Aufgabenübertragung als ungeeignet und äusserst heikel.

Der Zugriff auf die Daten des Grundbuchs muss zwingend hoheitlich bleiben. In geltendem Recht ist es ausschliesslich eine Aufgabe der Kantone, darüber zu entscheiden, welchen Personen ein Zugriff auf die Daten des Grundbuchs gewährt werden kann und welche Daten von wem eingesehen werden können.

Den Kantonen bleibt es selbstverständlich unbenommen, Private für die technische Realisierung des informatisierten Grundbuchs beizuziehen. Hierfür ist eine neue gesetzliche Grundlage auf Bundesebene aber nicht erforderlich.

Nicht nachvollziehbar ist schliesslich der vorgesehene Absatz 3 von Art. 949d ZGB, welchem bloss deklaratorische Bedeutung zukomme. Um den elektronischen Geschäftsverkehr mit dem Grundbuch schweizweit zu fördern, genügt es, wenn der Bund das Portal juspace zur Verfügung stellt. Eine "Aufgabenübertragung" auf private Aufgabenträger ist unnötig, fördert zweckwidrig die Uneinheitlichkeit und bewirkt einen Aufsichtsaufwand des Bundesamtes für Justiz, wofür in jeder Beziehung die Ressourcen fehlen werden.

Der Bericht mit Vorentwurf vom September 2012 zeigt die ganze Problematik auf:

- Es können mehrere Aufgabenträger beauftragt werden, denen je keine Monopolstellung zukommt: wie legitimieren sich denn die nicht beauftragten Anbieter?
- Es gehe bei den delegierten Aufgaben um Funktionen, welche die Grundbuchführung auxiliarisch in ihrer administrativen Ausgestaltung unterstütze: hierfür ist ein Bundesgesetz und eine Aufgabenübertragung nicht erforderlich?
- Es gehe darum, der SIX Terravis AG eine gesetzliche Grundlage zu verschaffen: dies erstaunt sehr und steht im Widerspruch zur Aussage, wonach keine Monopolstellung angestrebt werde.
- Völlig unklar bleibt die Aussage, wonach es um die Umschreibung der Arbeitsteilung im Rahmen einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit gehe, der Aufgabenträger dagegen vom Bund nicht beauftragt werde, sondern mit verschiedenen Teilprojekten "betraut" werde.
- Es bleibe jedem Kanton unbenommen, den elektronischen Geschäftsverkehr mit dem Grundbuch durch andere Formen der Zusammenarbeit oder selbständig sicherzustellen. Wenn diese Aussage ernst gemeint ist, dann ist klar, dass Art. 949d ZGB - wie bereits mehrfach dargelegt - unnötig ist.

Mit freundlichen Grüssen

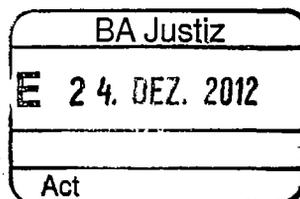
Der Beauftragte des Vorstandes:


Martin Bichsel

Bern, 21. Dezember 2012



Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern



Vernehmlassung zur Beurkundung des Personenstandes (Infostar) und Führung des Grundbuches

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wie folgt wahrnehmen:

Die SP Schweiz ist mit der Weiterentwicklung der Informatisierung des Personenstandsregisters und der Verwendung der AHV-Nummer zur Personenidentifikation im Grundbuch grundsätzlich einverstanden, hat aber folgende Vorbehalte:

1. aus datenschutzrechtlicher Sicht

Die Definition des zentralen Personen-Informationssystems ist in der Vorlage sehr offen formuliert. Angesichts der zentralen Bedeutung von Infostar und den zunehmenden Aufgaben, Zielen und Zwecken, die dieses Register zu erfüllen hat, soll eine vertiefte Regelung des Registers auf gesetzlicher Ebene geprüft werden. Dies gilt insbesondere für das geplante Data-Warehouse als gespiegelte Datenbank von Infostar.

2. aus mietrechtlicher und geldwäschereirechtlicher Sicht

Die Informationen zum Kaufpreis einer Liegenschaft und den auf ihr lastenden Hypotheken müssen öffentlich zugänglich sein. Nur so kann gewährleistet werden, dass Mieterinnen und Mieter sowie deren Verbände auf unkomplizierte Art die Ertragsrechnung einer Liegenschaft überprüfen können und so die entsprechenden Bestimmungen des OR zur Überprüfung des Mietzinses durchsetzbar werden.

Gleichzeitig hilft eine Offenlegung dieser Informationen auch dabei, geldwäschereirechtliche Aspekte leichter zu erkennen und zu bekämpfen.

1

3. aus staatspolitischer Sicht

Die Führung des Grundbuches mit all ihren Nebenaspekten, zu denen auch die Auskunftserteilung und Zugänglichmachung der darin enthaltenen Informationen gehören, ist aus Sicht der SP zu den staatlichen Kernaufgaben zu zählen, die einer Privatisierung nicht zugänglich sind. Sie spricht sich deswegen gegen eine Auslagerung solcher Dienstleistungen an einen Aufgabenträger des privaten Rechts aus und lehnt Art. 949d des Entwurfs entsprechend ab.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ



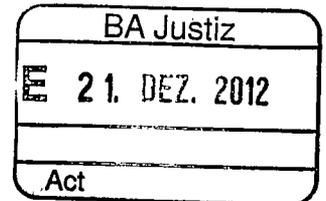
Christian Levrat
Präsident



Carsten Schmidt
Politischer Fachsekretär



Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern



Bern, 20. Dezember 2012

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Einladung, uns zu oben genannten Gesetzesänderungen zu äussern. Der Schweizerische Städteverband, Vertreter der Interessen der Städte, urbanen Gemeinden und Agglomerationen unseres Landes, unterstützt grundsätzlich die referenzierte Revision des Zivilgesetzbuches.

Allgemeine Bemerkungen

Wir befürworten das zentrale Anliegen der Vorlage, die heutigen strukturellen Schwächen der gemischten Zuständigkeiten und Hoheiten – einerseits des Bundes und andererseits der Kantone – im Bereich des elektronischen Zivilstandsregisters Infostar dadurch zu beheben, dass die fragliche Datenbank ganz in die Zuständigkeit des Bundes überführt werden soll. Letztlich ist es aus der städtischen Anwendersicht nicht relevant, ob Infostar in Zukunft durch den Bund oder die Kantone betrieben und bedarfsgerecht weiterentwickelt wird.

Aus Sicht der Städte und urbanen Gemeinden muss aber in jedem Fall gewährleistet sein, dass durch die Neuordnung der Zuständigkeit der generelle Betrieb im Alltag und der Support für die Datenbank mindestens in der heutigen Qualität gewährleistet bleiben oder noch verbessert werden können. Die vorgeschlagene Zentralisierung beim Bund darf insbesondere nicht dazu führen, dass der Kanton allfällige höhere Infostar-Betriebskosten im Innenverhältnis auf die Zivilstandeskreise und damit letztlich auf die kommunale Ebene abwälzt. Und es wäre inakzeptabel, wenn für den Zugriff der Einwohnerdienste von den Städten und Gemeinden Gebühren erhoben würden.



Bemerkungen zu einzelnen Artikeln

Register, Allgemeines: Art. 39 Abs. 1

Der Begriff «zentrales Personen-Informationssystem» ist unseres Erachtens unglücklich gewählt. Bei Infostar handelt es sich nach wie vor und in erster Linie um das schweizerische Personenstands-Register. Da der Bund aber selber weitere zentrale Personenregister wie bspw. das zentrale Personeninformationssystem für ausländische Personen «ZEMIS» (zentrales Migrationsinformationssystem) führt, könnte der Begriff zu Verwirrungen führen.

Abs. 1 ist daher aus städtischer Sicht wie folgt neu zu formulieren:

«Der Personenstand wird im ~~zentralen Personen-Informationssystem (Personenstandsregister)~~ elektronischen Personenstandsregister beurkundet.»

Register, Allgemeines: Art. 39 Abs. 2 Ziff 2.

Bei dieser Aufzählung ist die eingetragene Partnerschaft zu ergänzen.

Datenschutz und Bekanntgabe der Daten: Art. 43a Abs. 4, neue Ziffer 5

Die Aufnahme dieser Bestimmung, die es den Einwohnerdiensten ermöglicht, direkt Daten aus Infostar abzurufen, ist die konsequente Folge aus den Regulierungen zum Registerharmonisierungsgesetz (RHG) und wird selbstredend unterstützt. Die Registerharmonisierung bedingt die Vereinfachung des gesetzlich vorgesehenen Austausches von Personendaten zwischen den Registern (Art. 1 Abs. 1 lit. b RHG). Sowohl das Informatisierte Standesregister (Infostar) als auch die Einwohnerregister werden in Art. 2 RHG explizit erwähnt.

Mit dem Zugriff der Einwohnerdienste auf Infostar kann die heute in den meisten Kantonen gesetzlich verankerte formelle Voraussetzung zur Begründung einer Niederlassung, nämlich die Hinterlegung eines Heimatscheines, ersatzlos aufgehoben werden. Dies ist einerseits aus verwaltungsökonomischer Sicht sinnvoll, weil dadurch die aufwändige Bewirtschaftung der Heimatscheindepots bei den Gemeinden entfällt. Andererseits wird damit den Aspekten der Kunden- oder Bürgerfreundlichkeit Rechnung getragen, da sich umziehende Personen nicht jedes Mal neben der Identifikation mit einem Ausweis (Pass oder Identitätskarte) zusätzlich mit einem sogenannten heimatlichen Ausweispapier für die Wohnsitznahme legitimieren müssen.

Schliesslich wird im Bericht zum Vorentwurf auch zu Recht darauf hingewiesen, dass die Hinterlegung des Heimatscheines eine Behinderung der Umsetzung des automatisierten und elektronischen Meldedeprozesses darstellt. Für die Bevölkerung und die Verwaltung zufriedenstellende Prozessabläufe im Rahmen von eGovernment-Dienstleistungen sind nur denkbar, wenn die Hinterlage des physischen Dokuments Heimatschein abgeschafft wird. Damit ergibt sich gleichzeitig die Notwendigkeit des direkten Zugriffes der Einwohnerdienste auf Infostar.

Die Formulierung in Abs. 4 «Auf Daten, die für die Überprüfung der Identität einer Person notwendig sind, haben im Abrufverfahren Zugriff» ist zu Recht einschränkend gewählt. Die Einwohnerdienste sollen nämlich im Infostar lediglich über die «Person» abfragen können und brauchen nicht weitere Abfragemöglichkeiten zu nutzen, wie etwa «Ereignisse». Aus Datenschutzgründen erachten wir es daher als wichtig, dass die einschlägigen Zugriffskriterien klar und abschliessend definiert werden.



So ist ein Zugriff auch aus Sicht des Datenschutzes kaum mehr problematisch, handelt es sich doch bei den Daten, auf die ein Zugriff für Einwohnerdienste möglich sein soll, um solche, die diese gestützt auf die gesetzlichen Grundlagen ohnehin zu erheben haben.

Die Schaffung der rechtlichen Grundlage für den Zugriff der Einwohnerdienste auf Infostar wird ausdrücklich begrüsst.

Zentrales Personen-Informationssystem: Art. 45a Abs. 3

Dass der Bund für die Abfrage durch Einwohnerdienste Gebühren von den Gemeinden erheben will, ist aus Sicht des Städteverbandes nicht nachvollziehbar und geradezu paradox.

Die Kantone sollen sich nach Art. 45a Abs. 2 bereits an den Kosten für Betrieb, Weiter- und Neuentwicklung des Systems im Bereich des Zivilstandeswesens beteiligen (und haben dies notabene bis heute schon in grossem Umfange getan). Weshalb nun noch zusätzlich Gebühren von den Gemeinden generiert werden sollen, ist nicht einsichtig.

Zudem hatten Kantone und Kommunen im Zusammenhang mit der Registerharmonisierung und der registergeschützten Volkszählung Aufwände in Millionenhöhe zu tragen (u.a. Anpassungen in den kommunalen/kantonalen Einwohnerregistern sowie Zuweisung von Wohnungsnummern). Neue zusätzliche Prozesse und Schnittstellen für die Statistik mussten eingerichtet werden, was jährlich wiederkehrende Kosten hauptsächlich zulasten der Gemeinden und Städte verursacht.

Wir wehren uns im Namen der Städte und Gemeinden vehement dagegen, dass die Einwohnerdienste gem. Art. 14 Registerharmonisierungsgesetz einerseits dem Bund unentgeltlich Daten zur Verfügung stellen müssen, welche sie mit anderen Registern laufend und aufwendig harmonisieren müssen, um eine qualitativ hochstehende Datenlieferung an den Bund zu gewährleisten und andererseits der Bund für die Abfragemöglichkeit in Infostar eine Gebühr von den Einwohnerdiensten verlangen bzw. die notwendigen Hilfsmittel für die Registerharmonisierung nicht unentgeltlich zur Verfügung stellen will.

Der Städteverband beantragt deshalb, dass Städte und Gemeinden von einer allfälligen Gebührenerhebung für den Zugriff der Einwohnerdienste ausgenommen sind.

Zentrales Personen-Informationssystem: Art. 45a, Abs. 4 und Abs. 5, Ziffer 1

Die Beteiligung der Kantone an der Weiter- und Neuentwicklung des zentralen Informationssystems (heute Infostar) – innerhalb einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe (Kommission) des Bundes – ist wichtig. Allerdings wäre es aus unserer Sicht angebracht, wenn in einer solchen «Infostarkommission» auch die kommunale Ebene (z.B. durch den Verband Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED)) vertreten wäre.

Abs. 4 ist daher aus städtischer Sicht wie folgt neu zu formulieren:

«Der Bund bezieht die Kantone und die Gemeinden in die Weiter- und Neuentwicklungen des Systems ein.»

Und Abs. 5, Ziffer 1 sollte neu lauten:

«die Einzelheiten des Einbezuges der Kantone und der Gemeinden in die Weiter- und Neuentwicklungen des zentralen Personen-Informationssystems»



**Schlusstitel, Finanzierung des zentralen Personen-Informationssystems im Zivilstandswesen:
Art. 6a, Abs. 1 und 2**

Mit der vorgesehenen Änderung in Art. 43a werden auch die Einwohnerdienste der Gemeinden an das neue System angeschlossen. In Art. 6a ist die künftige Verteilung der Kosten für den laufenden Betrieb wie für die Weiter- und Neuentwicklungen lediglich für das Zivilstandswesen geregelt. Das Einwohnerwesen ist dabei jedoch nicht eingeschlossen. Weil das Melderecht Kantonshoheit ist, schlagen wir vor, dass die Kantone auch für die Betriebs- und Weiterentwicklungskosten, welche vom Einwohnerwesen verursacht werden, aufkommen. Ob die Kantone diese zusätzlichen Kosten an die Gemeinden weitergeben, kann dann ihnen überlassen werden.

Art. 6a Abs. 1 und 2 wären daher wie folgt umzuformulieren:

“¹ Die Kantone bezahlen dem Bund jährlich pauschal 3 Millionen Franken für diejenigen

Betriebs- und Weiterentwicklungskosten des zentralen Personen-Informationssystems nach Artikel 45a Absatz 1, die das Zivilstands- und Einwohnerwesen betreffen. Dieser Betrag wird nach der Einwohnerzahl aufgeteilt und wird ab dem Jahr, das der Inkraftsetzung dieser Bestimmung folgt, jährlich der Teuerung angepasst.»

“² Die Kantone tragen die Hälfte derjenigen Kosten für Neuentwicklungen des Systems, die das Zivilstands- und Einwohnerwesen betreffen. Der entsprechende Betrag wird nach der Einwohnerzahl aufgeteilt.»

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Präsident

Dr. Marcel Guignard
Stadtammann Aarau

Direktorin

Renate Amstutz

Kopie Dr. Marcel Guignard, Stadtammann Aarau
Schweiz. Gemeindeverband, Urtenen-Schönbühl
Verband Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED)



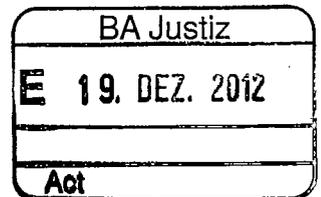
Creditreform

Wirtschaftsauskünfte Inkasso Marketing

**Schweiz. Verband Creditreform SVC
Präsident**

Teufener Strasse 36
9000 St. Gallen
Tel. 071 221 11 01
Fax 071 221 11 85
e-mail info@creditreform.ch

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern



St. Gallen, 17. Dezember 2012

SVC Vernehmlassung Revisionsvorlage Beurkundung
Personenstand 12.12.12.docx

Vernehmlassung betr. Aenderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns die Möglichkeit geboten, zur Vorlage für eine Aenderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch) Stellung zu nehmen. Dafür bedanken wir uns bestens.

Im Einladungsschreiben werden die Ziele der Revisionsvorlage wie folgt umschrieben:

- Neuorganisation für den Betrieb und die Weiterentwicklung des elektronischen Zivilstandsregisters "Infostar" unter der alleinigen Verantwortung des Bundes;
- die Verwendung der AHV-Versichertennummer als Personenidentifikator im Grundbuch;
- eine Verwirklichung gewisser Nutzungen des informatisierten Grundbuchs durch Aufgabenträger des privaten Rechts;

Für den Schweizerischen Verband Creditreform ist vor allem die beabsichtigte Einführung eines registerübergreifenden Personenidentifikators von Interesse. Wir benutzen gerne die Gelegenheit, uns dazu zu äussern.

Der Schweizerische Verband Creditreform ist 1888 als Selbsthilfeorganisation der kreditgebenden Wirtschaft gegründet worden. Mit rund 12'000 Mitgliedern und Kunden, 7 regionalen Kreisbüros und insgesamt rund 200 Mitarbeitern bildet er die grösste schweizerische Gläubigervereinigung für Kreditschutz. Zu seiner Tätigkeit gehören u.a. die Erteilung von Bonitätsauskünften und das Forderungsmanagement (Inkasso). Diese Dienstleistungen haben eine Verminderung des Risikos von Forderungsausfällen bei



Creditreform

Wirtschaftsauskünfte Inkasso Marketing

Lieferanten und Kreditgebern zum Ziel. Sie tragen zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit von Firmen, Selbständigerwerbenden und Privatpersonen bei.

Wer Waren oder Dienstleistungen auf Kredit erbringt, ist als Erstes darauf angewiesen, seinen Vertragspartner eindeutig identifizieren zu können. Bei natürlichen Personen ist dies zur Zeit mit völlig unverhältnismässigem Aufwand verbunden. Der aktuelle Rechtszustand mit einer Verteilung identifikationsrelevanter Daten auf Register des Bundes, der Kantone und der Gemeinden (Einwohnerkontrollen) erhöht die Hürden für diese grundlegende Aufgabe weit über das vertretbare Mass hinaus und verursacht unakzeptable Kosten.

Die Umstände, die zu Schwierigkeiten bei der Identifikation einer natürlichen Person führen können, sind in 1.3.1 des Berichts zum Vorentwurf richtig wiedergegeben worden; der Katalog liesse sich weiter ergänzen, z.B. um

- sich ändernde Adressdaten, wenn aus dem Bauernhof "Im Ried" ein Gebäude mit der Adresse "Riedstrasse 2", wird, oder dgl;
- Familien, in denen ein Elternteil und ein Kind den gleichen Vornamen tragen und am gleichen Ort Wohnsitz haben;
- Personen, welche sich bei einem Umzug nicht korrekt an- und abmelden bzw. die dezentrale Organisation der Schweizerischen Einwohnerkontrolle bewusst zum Untertauchen nutzen,
- etc.

Ein anschauliches Beispiel für problematische Konstellationen bildet die Gemeinde Stalden bei Sarnen/OW. Das elektronische Telefonbuch local.ch zeigt 416 Einträge, wobei der Familienname Burch 98 mal auftaucht. Die Kombination "Josef Burch" erscheint 16 mal. An der Adresse Schwanderstrasse 30 wohnen drei Träger dieses Namens, die höchstens aufgrund der Telefonnummer und des Allianznamens unterschieden werden können (letzterer dürfte einem Lieferanten selten bekannt sein, ausserdem wird er unter dem neuen Namensrecht zunehmend an Bedeutung verlieren). Der Heimatort dürfte in den meisten Fällen ebenfalls übereinstimmen.

Erschwerend kommt hinzu, dass viele Privatpersonen heute gar nicht mehr im Telefonbuch verzeichnet sind. Vielfach hilft auch das Geburtsdatum nicht weiter, da dasselbe leicht verfälscht werden kann bzw. - wie die Erfahrung zeigt - amtlicherseits nicht immer korrekt erfasst wird.

Diesen Problemen könnte einfach und wirksam abgeholfen werden mit einem Merkmal, welches gesamtschweizerisch nur gerade einer einzigen Person zugeordnet ist. Aus datenschutzrechtlicher Sicht dürfte der Einführung nichts entgegenstehen, so lange sich daraus keine weiteren Informationen über den Träger oder die Trägerin ableiten lassen. Die AHV-Nummer bietet sich dafür zweifellos an, da von Gesetzes wegen jeder Erwachsene eine solche Nummer führt und diese inzwischen nicht mehr "sprechend" ist.



Creditreform

Wirtschaftsauskünfte Inkasso Marketing

Der Schweizerische Verband Creditreform begrüsst jede Anstrengung zur Schaffung und Implementierung eines eindeutigen Personenidentifikators, der es - endlich - erlauben würde, die Identität von Privatpersonen in allen Fällen leicht und eindeutig festzustellen. Es liegt auf der Hand, dass ein solcher Identifikator nicht nur die Registerführung optimieren wird, sondern auch den Verkehr von Privatrechtssubjekten untereinander erheblich vereinfachen könnte. Dies entspricht einem dringenden Bedürfnis der Wirtschaft, die heute - wie erwähnt - einen unakzeptabel hohen Zeit- und Kostenaufwand für die Identifikation ihrer Vertragspartner und Schuldner betreiben muss. Der jetzige Zustand mit einer Vielfalt von Registern in Bund, Kanton und Gemeinden, die zur eindeutigen Identifikation einer natürlichen Person u.U. abgefragt werden müssen, verursacht völlig unverhältnismässige Kosten und trägt letztlich dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit der durch die gegenwärtige Wirtschaftslage ohnehin schon belasteten KMU weiter zu verschlechtern. Gerade kleineren und mittleren Unternehmen - welche die wichtigste Stütze der Schweizer Wirtschaft darstellen und die grösste Zahl von Arbeitsplätzen anbieten - fehlen oft die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen, um den entsprechenden Aufwand konsequent für alle Abnehmer zu betreiben. Die zahlreichen Lieferanten, welche täglich Waren gegen Rechnung liefern, riskieren damit noch höhere Verluste, als ohnehin schon zu verzeichnen sind. Deren Bedeutung und Höhe wird von der Politik häufig übersehen; wir erinnern an dieser Stelle daran, dass sich schon nur die amtlich erfassten Forderungsausfälle Jahr für Jahr Milliardenhöhe bewegen.

Dies belegt ein Blick in die Betreibungs- und Konkursstatistik des BFS, von der wir einen Ausdruck beilegen. Dieser weist für die letzten 4 Jahre Konkursverluste von 2 bis 2.5 Mia pro Jahr aus. Zahlenmässig werden nur die durchgeführten Konkursverfahren erfasst; weitaus grössere Ausfälle resultieren aus den mangels Aktiven eingestellten Konkursen (ca. 50 % aller Verfahren) sowie aus zehntausenden von Pfändungsverlustscheinen, die gegen Private und nicht im Handelsregister eingetragene Kleinunternehmen ausgestellt wurden. 2011 mussten mehr als 1,42 Mio. Pfändungen vollzogen werden, wobei das BFS die resultierenden Ausfälle zahlenmässig nicht erfasst. Nach unserer Schätzung bescheren Insolvenzen und fruchtlose Pfändungen unserer Volkswirtschaft Jahr für Jahr Verluste von gegen CHF 11 Mia. Eine Verbesserung ist nicht in Sicht. Auch bei den Privatpersonen bleibt die Tendenz steigend. Für das laufende Jahr ist mit knapp 6'700 publizierten Privatkonkursen zu rechnen, was einer Zunahme von 16 % gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Weiter kommt es aufgrund der unbefriedigenden Möglichkeiten zur zweifelsfreien Identifikation natürlicher Personen trotz aller Bemühungen immer wieder zu Verwechslungen, die für alle Beteiligten äusserst peinlich sein können und zudem datenschutzrechtliche Implikationen aufwerfen. Dies gilt sowohl für den Forderungseinzug als auch für Wirtschaftsauskünfte.



Creditreform

Wirtschaftsauskünfte Inkasso Marketing

Der Gefahr solcher Verwechslungen kann mit einem gesamtschweizerischen Personenidentifikator am besten und wirksamsten begegnet werden. Dieser Identifikator muss insbesondere auch solchen Organisationen zugänglich sein, die im Rahmen von Art. 13 c des Datenschutzgesetzes die Kreditwürdigkeit natürlicher Personen abklären. Ansonsten muss in der Schweiz auch weiterhin Jahr für Jahr vermeidbarer Aufwand für Millionen von Identitätsprüfungen getrieben werden.

Wir beantragen dementsprechend, solche Organisationen im Rahmen von Bonitätsprüfungen zum Abrufverfahren zuzulassen, unter entsprechender Anpassung von Art. 43a und 949b Abs. 2 der Vorlage. Sollte die Zulassung zum Abrufverfahren nicht möglich sein, wäre jedenfalls die in Art. 949b Abs. 2 der Revisionsvorlage enthaltene, doppelte Einschränkung zu streichen, wonach die Nummer nur Dritten bekanntgegeben werden kann, die "die Versichertennummer ebenfalls systematisch verwenden dürfen" und sie zudem "für gesetzliche Aufgaben...im Zusammenhang mit dem Grundbuch" benötigen. Private sollten vielmehr ohne weiteres Zugang zur Identifikationsnummer einer Person erhalten, falls sie ein berechtigtes Interesse glaubhaft machen können. Die angestrebte, komplette Geheimhaltung scheint völlig übertrieben. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso z.B. Betreibungsdaten - die inhaltlich einen weit grösseren Eingriff in die persönliche Sphäre beinhalten als eine nicht-sprechende Nummer - bei Vorliegen eines berechtigten Interesses erhältlich sind (Art 8a SchKG), die Identifikationsnummer aber derart hochgeheim sein soll, dass der Zugang Privaten praktisch vollständig verunmöglicht werden muss (das Ziel, den Kreis der abrufberechtigten Stellen klein zu halten, erachten wir demgegenüber als datenschutzrechtlich sehr begrüssenswert).

Im Uebrigen gilt auch hier, was seinerzeit bei den Vorarbeiten zum Konsumkreditgesetz richtig erkannt worden ist: Der Zugang zu ausreichenden Informationen dient im wirtschaftlichen Verkehr nicht nur dem Schutz des Gläubigers, sondern durchaus auch demjenigen des Schuldners.

Wir danken Ihnen im Voraus bestens für eine Aufnahme unserer Anregungen im Rahmen der weiteren Gesetzgebungsarbeit.

Freundliche Grüsse

**Schweiz. Verband Creditreform
(Genossenschaft)**

Präsident

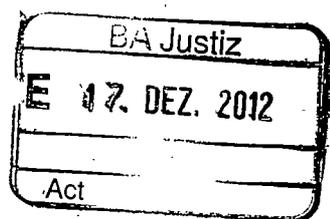
Rabul Egeli

Sekretär

Claude Federer

Beilage:

- Ausdruck der Betreibungs- und Konkursstatistik des BFS per 2008 bis 2011



Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Bern, 21. Dezember 2012

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches. Beurkundung des Personenstands und Grundbuch.

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, im Rahmen des ob genannten Vernehmlassungsvorlage Stellung nehmen zu können. Gerne äussern wir uns dazu wie folgt:

Aus Sicht der SVP ist den Änderungen für das elektronische Zivilstandsregister (Informatisiertes Standesregister „Infostar“) zuzustimmen.

Die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen zur Führung des Grundbuchs unterstützt die SVP mit Einschränkungen. Die Verwendung der AHV-Versichertennummer zur Führung des Grundbuchs ist zu befürworten, die gewählte „Kann-Vorschrift“ wird jedoch eine einheitliche Praxis verunmöglichen. Die Möglichkeit der Übertragung öffentlicher Aufgaben an Private im Bereich der Nutzung des informatisierten Grundbuchs (Art. 949d [neu] Abs. 1 VE-ZGB) ist deshalb zu befürworten, weil diese Unternehmen nicht das Grundbuch an sich führen, sondern lediglich die Nutzungsmöglichkeiten verwirklichen. Zu verhindern ist jedoch, dass jedermann ohne Hinterlassung seiner Personalien, die frei zugänglichen Informationen im Grundbuch abrufen kann. Überdies sollte auch der Grundeigentümer ein Anrecht haben zu wissen, wer in seine Grundbucheinträge Einsicht genommen hat.

Der Bundesrat will das Zivilstandsregister und Grundbuch modernisieren, damit die beiden Register auch in Zukunft einen sicheren und effizienten Rechtsverkehr gewährleisten.

Personenstandsregister

Für das elektronische Zivilstandsregister (Informatisiertes Standesregister „Infostar“) soll in Zukunft einzig der Bund verantwortlich sein.

Art. 39 Abs. 1 ZGB bestimmt, dass zur Beurkundung des Personenstandes elektronische Register geführt werden. Heute erfolgt die Beurkundung des Personenstandes jedoch in einem einzigen, elektronisch geführten Register, bzw. in einem zentralen Informationssystem. Dass Art. 39 Abs. 1 des Vorentwurfs zum Zivilgesetzbuch (VE-ZGB) nunmehr „Personenstandsregister“ im Singular erwähnt, ist konsequent und zu unterstützen.

Gemäss Art. 43a ZGB sorgt der Bundesrat auf dem Gebiet der Beurkundung des Personenstandes für den Schutz der Persönlichkeit und der Grundrechte der Personen, über die Daten bearbeitet werden. Ohne die bestehenden Regelungen von Art. 43a Abs. 4 Ziff. 1-4 ZGB zu verändern, will der Vorentwurf Art. 4 mit zwei neuen Ziffern ergänzen (Ziff. 5 und 6). Gemäss den neuen Ziffern sollen auf Daten, die für die Überprüfung der Identität einer Person notwendig sind im Abrufverfahren Zugriff haben: die für die Führung der kantonalen und kommunalen Einwohnerregister nach dem Registerharmonisierungsgesetz vom 23. Juni 2006 zuständigen Behörden (Art. 43 Abs. 4 Ziff. 5 VE-ZGB) sowie die für die Führung des zentralen Versichertenregisters nach Art. 71 Abs. 4 lit. a des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung zuständige Stelle des Bundes (Art. 43 Abs. 4 Ziff. 6 VE-ZGB). Diese Ergänzungen im Abrufverfahren sind zu unterstützen. Sie führen zu einer weiteren Beschleunigung der Verfahrensabläufe und damit zu einer Senkung der Kosten bei gleichzeitiger Erhöhung der Datenqualität und -verlässlichkeit.

Art. 45a ZGB bestimmt, dass der Bund für die Kantone eine zentrale Datenbank betreibt (Abs. 1). Diese Datenbank wird von den Kantonen finanziert, wobei die Kosten nach der Einwohnerzahl aufgeteilt werden (Abs. 2). Der Bund setzt im Bereich des Personenstandes einerseits Recht und übt die Oberaufsicht über die Kantone aus, andererseits ist er von diesen Beauftragter für die Sicherstellung des Betriebs und der Weiterentwicklung der Datenbank Infostar. Diese widersprüchliche Rollenverteilung ist nicht zukunftsfähig. Die Kantone haben dies mehrheitlich erkannt. Anlässlich der ausserordentlichen Versammlung der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) vom 13. November 2009 wurde mit 17 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung die Meinung vertreten, dass Betrieb und Weiterentwicklung der Datenbank beim Bund liegen soll (Bundeslösung Infostar). Die vorgeschlagene Änderung, wonach der Bund das Personenstandsregister als zentrales Personen-Informationssystem betreibt und entwickelt (Art. 45a Abs. 1 VE-ZGB) ist ebenso zu befürworten, wie die grundsätzliche Kostenbeteiligung der Kantone (Art. 45a Abs. 2 VE-ZGB). Art. 6a Abs. 1 VE-SchIT ZGB sieht vor, dass die Kantone dem Bund jährlich 3 Millionen Franken für diejenigen Betriebs- und Weiterentwicklungskosten des zentralen Personen-Informationssystem bezahlen, die das Zivilstandswesen betreffen. Dieser Betrag wird nach der Einwohnerzahl aufgeteilt. Heute bezahlen die Kantone einen Betrag von jährlich 1.6 Millionen Franken für den laufenden Betrieb von Infostar. Der neue Betrag in Höhe von 3 Millionen Franken setzt sich aus diesen Betriebskosten und den Investitionskosten für Weiterentwicklungen zusammen. Allfällige Neuentwicklungen des Systems sind von Bund und Kantonen je hälftig zu tragen (Art. 45a Abs. 2 VE-ZGB i.V. mit Art. 6a Abs. 2 VE-SchIT ZGB).

Diese hohen Kosten sind nur deshalb gerechtfertigt, weil Infostar die Kantone von viel administrativem Ballast, Personalaufwand und Portokosten befreit.

Grundbuch

Die vorgeschlagene Gesetzesänderung soll die Führung des Grundbuchs aufgrund der AHV-Versichertennummer ermöglichen, um die Qualität und Aktualität der Grundbuchdaten zu verbessern. Art. 949b (neu) Abs. 1 VE-ZGB sieht entsprechend vor, dass das Grundbuchamt die Versichertennummer der AHV nach Art. 50c AHVG zur Identifizierung von Personen systematisch verwenden kann.

Die Verwendung der AHV-Versichertennummer ist grundsätzlich zu befürworten. Die „Kann-Vorschrift“ führt jedoch zu keiner einheitlichen Praxis. Den Kantonen ist es frei gestellt, ob sie in Zukunft die Versichertennummer der AHV verwenden wollen oder nicht. Abgesehen davon gibt es in der Grundbuchdatenbank Personen, die gar nicht identifizierbar sind.

Nach Art. 949b (neu) Abs. 2 VE-ZGB ist die Bekanntgabe der Versichertennummer durch das Grundbuchamt nur unter einschränkenden Voraussetzungen zulässig. Zum einen sind als Empfänger bloss Stellen und Institutionen vorgesehen, welche die Versichertennummer ebenfalls systematisch verwenden dürfen. Zum andern ist vorausgesetzt, dass die Bekanntgabe zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Empfängers erforderlich ist, und zwar Aufgaben „im Zusammenhang mit dem Grundbuch“. Diese Regelung ist nicht zu beanstanden.

Gemäss Art. 949d (neu) Abs. 1 VE-ZGB kann das Bundesamt für Justiz einen Aufgabenträger des privaten Rechts damit betrauen, in Zusammenarbeit mit den Kantonen folgende Nutzungen des informatisierten Grundbuchs zu verwirklichen: den Zugriff auf die Daten des Grundbuchs im Abrufverfahren (Ziff. 1); die Auskunft betreffend ohne Interessennachweis einsehbare Daten des Hauptbuchs (Ziff. 2); den elektronischen Geschäftsverkehr mit dem Grundbuchamt (Ziff. 3). Der Aufgabenträger des privaten Rechts untersteht der Aufsicht des Bundesamts für Justiz (Art. 949d [neu] Abs. 2 VE-ZGB).

Das Wort „einen“ in Abs. 1 - gemäss Bericht Vorentwurf - ist nicht als Zahlwort zu verstehen, sondern als unbestimmter Artikel. Dies bedeutet, dass eine Einräumung einer Monopolstellung nicht vorgesehen ist. Dies ist deshalb erstaunlich, weil es schlichtweg nicht vorstellbar ist, dass das Bundesamt für Justiz die in Ziff. 1 - 3 aufgeführten Aufgaben an verschiedene Unternehmen vergibt. Das Wort „kann“ in Abs. 1 weist darauf hin, dass das Bundesamt für Justiz nicht zwingend einen (oder mehrere) private Aufgabenträger mit den in Ziff. 1-3 erwähnten Aufgaben betrauen muss. Es kann sich auch durchaus um eine öffentlich-rechtliche Organisationsform unter überwiegendem Einfluss der Kantone handeln, insbesondere um eine spezialrechtliche Aktiengesellschaft, d.h. eine Aktiengesellschaft des öffentlichen Rechts oder eine öffentlich-rechtliche Körperschaft.

Offenbar sind die Würfel bereits gefallen. Die Schweizerische Eidgenossenschaft, vertreten durch das Bundesamt für Justiz, und die SIX Group AG haben bereits entsprechende Vereinbarungen abgeschlossen (Projekt „eGRIS“: elektronisches Grundstückinformationssystem). Das Projekt „eGRIS“ macht bereits beachtliche Fortschritte und wird zwischenzeitlich von der SIX Terravis AG, einer Tochtergesellschaft der SIX Group AG, betreut (www.terravis.ch).

An dieser Stelle drängt sich die Frage auf, ob die im Besitz von Banken stehende SIX Terravis AG geeignet, die in Art. 949d (neu) Abs. 1 Ziff. 1-3 aufgeführten Aufgaben zu übernehmen. Angesichts der Tatsache, dass die SIX Terravis AG nicht das Grundbuch an sich führt, sondern in Zusammenarbeit mit den Kantonen die in Ziff. 1-3 erwähnten Nutzungsmöglichkeiten verwirklicht, kann in die-

sem Zusammenhang nicht von einer streng staatlichen Aufgabe gesprochen werden. Im Weiteren benötigt die Umsetzung der Aufgaben in Ziff. 1-3 ein hohes technisches Knowhow. Über dieses verfügt die SIX Terravis AG offensichtlich.

Abschliessend sei Art. 949d (neu) Abs. 1 Ziff. 2 VE-ZGB näher zu betrachten. Die SIX Terravis AG müsste auf ihrem Portal die „allgemein einsehbaren Daten des Hauptbuchs“ aufschalten. Im Internet würden die von Gesetzes wegen voraussetzungslos zugänglichen Daten des Hauptbuchs veröffentlicht werden. Gemäss Art. 970 Abs. 2 ist jede Person berechtigt, Auskunft über folgende Daten des Hauptbuches zu erhalten: die Bezeichnung des Grundstücks und die Grundstücksbeschreibung (Ziff. 1); den Namen und die Identifikation des Eigentümers (Ziff. 2); die Eigentumsform und das Erwerbsdatum (Ziff. 3). Bereits heute können die Kantone die ohne Interessennachweis einsehbaren Daten des Hauptbuchs im Internet öffentlich zugänglich machen (Art. 27 Abs. 1 der Grundbuchverordnung [GBV]). Dabei ist sicherzustellen, dass die Daten nur grundstücksbezogen abgerufen werden können und dass die Auskunftssysteme vor Serienabfragen geschützt sind (Art. 27 Abs. 2 GBV). Unklar ist wie Art. 949d (neu) Abs. 1 Ziff. 2 VE-ZGB in der Praxis umgesetzt werden soll. Soll jedermann weltweit ohne jedwelches Interesse und ohne Hinterlassung seiner Personalien Zugriff auf die Daten haben? Grundsätzlich ist es nicht nachvollziehbar, weshalb eine Person in Erfahrung bringen muss, wem ein bestimmtes Grundstück gehört. Ist die Auskunft gegen eine Gebühr am Schalter des Grundbuchamtes möglich, so ist zumindest eine gewisse Schwelle gegeben. Eine anonyme Abfrage im Internet ist dagegen abzulehnen. Eine Registrierungspflicht, die Entrichtung einer Gebühr sowie die eindeutige Identifizierung des Einsichtnehmenden muss sichergestellt sein. Prüfwert ist auch die Information des Grundeigentümers. Es spricht nichts dagegen, dass der Grundeigentümer weiss, wer in seine Grundbuchdaten Einsicht genommen hat.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

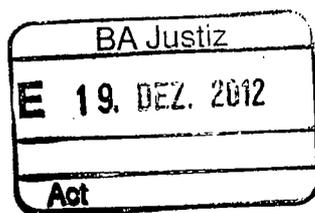
Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Toni Brunner
Nationalrat

Martin Baltisser



Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Zürich/Chur, 18. Dezember 2012

**Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Änderungen betreffend Beurkundungen des
Personenstandes und Grundbuch)
Vernehmlassung**

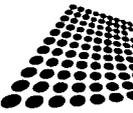
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorstand des **Schweizerischen Verbandes für Zivilstandswesen** bedankt sich für die ihm gewährte Möglichkeit, zu den eingangs erwähnten Änderungen Stellung nehmen zu dürfen.

Grundsätzlich begrüssen wir Anstrengungen, die heutigen strukturellen Schwächen der gemischten Zuständigkeiten und Hoheiten einerseits des Bundes und andererseits der Kantone im Bereich des Personenstandsregisters dadurch zu beheben, dass Betrieb und Unterhalt von Infostar ganz in die Zuständigkeit des Bundes überführt werden soll. Zudem befürworten wir die Schaffung von Grundlagen, um in sämtlichen Registern des Privatrechts eine einheitliche Erfassung von natürlichen Personen sicher zu stellen. Wir befürworten insbesondere die angestrebte Harmonisierung der Dateninhalte und die Erhöhung der Datenqualität in den Registern.

Es muss aber gewährleistet sein, dass durch die beantragte Zuständigkeitsanpassung der generelle Betrieb und Support für die Datenbank mindestens in der heutigen Qualität gewährleistet bleibt oder noch verbessert wird.

Die vorgeschlagene Zentralisierung beim Bund darf jedoch auch nicht dazu führen, dass allfällige höhere Infostar-Betriebskosten auf die Kantone bzw. auf die Zivilstandskreise und damit auf die kommunale Ebene abgewälzt werden.



Durch die Einführung der zukünftigen Schnittstellen (Abruf von Daten durch z.B. die Einwohnerdienste), werden die Einnahmen bei den Zivilstandsämtern unweigerlich sinken (z.B. Heimatschein). Heute finanzieren die Gemeinden nach Einwohnerzahl die Datenbank Infostar. Demzufolge sind wir klar der Meinung, dass sich Stellen (Einwohnerdienste, CH-Vertretungen, AHV usw.), welche speziell zugeteilte Daten aus Infostar abrufen können, grundsätzlich an den Kosten beteiligen und/oder die Gebühren entsprechend einziehen und abliefern müssen, damit die Ertragseinbussen für den Zivilstandsdienst nicht zu stark zu Buche schlägt.

Weiter geben wir zu bedenken, dass der Datenschutz dank der vorgesehenen Abfragemöglichkeit durch eine grosse Personengruppe (Tausende Personen) sicherlich eine gravierende Schwächung erfährt, was offenkundig nicht im Sinne des Gesetzgebers sein kann.

Gehen wir recht in der Annahme, dass mit den vorliegenden Änderungen jeweils die Eheschliessungen **und** die Eingetragenen Partnerschaften mit eingeschlossen sind?

Folgend nehmen wir gerne auch zu einzelnen Artikeln Stellung:

Art. 39 Abs. 1

Die Formulierung "Zentrales Personen-Informationssystem" lehnen wir ab. Es ist zu ändern in:

Der Personenstand wird im elektronischen Personenstandsregister beurkundet.

Selbstverständlich gilt bei allen Artikeln diese Formulierung (*elektronisches Personenstandsregister*).

Art. 39 Abs. 2 Ziff. 2

Die Formulierung ...wie die Mündigkeit, die ... ist zu ändern in ... wie die Volljährigkeit, die ...

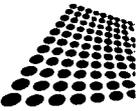
Neu wird ja im Gesetz von Minderjährigkeit – minderjährig gesprochen.

Art. 43a Abs. 4

Der Begriff „Zugriff“ darf in diesem Zusammenhang auf keinen Fall erscheinen, weil dieser zu grösseren Begehrlichkeiten führen könnte (je nach Auslegung); für die einzelnen Verwaltungseinheiten darf einzig eine klar definierte Abrufmöglichkeit bestehen.

Das Abrufverfahren ist klar zu definieren und sämtliche Daten, welche eingesehen werden können, sind für jede Verwaltungseinheit separat und abschliessend aufzulisten.

Die Abrufmöglichkeit z.B. für die Einwohnerdienste soll ausserdem nicht dazu führen, dass die Gebühren für die Ausstellung eines Heimatscheines gestrichen werden, sondern die Gebühr muss dem zuständigen (ausstellenden) Zivilstandsamt des jeweiligen Heimatortes gutgeschrieben werden.



Siehe dazu auch unser Kommentar zu Art. 45a Abs. 3 folgend.

Gerade auch im Hinblick auf den Datenschutz und die Datensicherheit muss darauf geachtet werden, dass die abrufberechtigten Stellen ebenfalls die gleichen Kriterien wie der Zivilstandsdienst hierin sehen müssen (insbesondere die Einwohnerdienste, die CH-Vertretungen usw.). Anders als im Zivilstandswesen unterstehen nämlich Personen, welche Einwohnerdaten bearbeiten und bekanntgeben, nicht den strengen Schutzbestimmungen des ZGB. Im Gegensatz zu den Zivilstandsämtern gibt es für z.B. die Einwohnerdienste kein gesetzlich festgelegtes Aufsichtsorgan, welches u. a. die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen regelmässig überprüft.

Die Einwohnerregister werden schon heute über die elektronische Sedex-Schnittstelle vom Personenstandsregister mit allen Personendaten bedient, die sie zur Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags benötigen. Die Abfragemöglichkeit durch die Einwohnerkontrollen - im oben beschriebenen Rahmen - genießt nach wie vor unsere Unterstützung.

Art. 45a Abs. 3

Der Datenbezug durch andere Stellen (Dienstleistungen an Dritte) muss kostenpflichtig sein. Es kann nicht sein, dass beispielsweise die AHV Daten abrufen, Forderungen stellen und auch Anpassungen verlangen kann, und alles dies ohne Verrechnung zu Gunsten des Zivilstandsdienstes.

Die kann-Form ist unglücklich. Wir fordern eine Umformulierung von „kann“ auf „werden in Rechnung gestellt“. So soll die Gebühr dem angefragten Zivilstandsamt gutgeschrieben werden

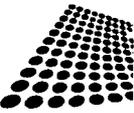
Art. 45a Abs. 4

Die Mitwirkung der Kantone wird gemäss erläuterndem Bericht (Seite 13) sichergestellt. Allerdings ist nicht mehr als ein beratendes Organ vorgesehen. Diese Form der Mitwirkung ist zu vage formuliert. Es muss insbesondere sichergestellt werden, dass nicht die Informatiker sagen, was das Informationssystem können sollte oder nicht, sondern die Praktiker im Zivilstandsdienst müssen die Ziele festlegen können.

Wir fordern daher ein explizites Mitbestimmungsrecht zur Weiterentwicklung des Systems für die Kantone. Die Praktikabilität von Infostar kann durch den Einbezug von Kantonsvertretern des Zivilstandsdienstes besser gewährleistet werden; natürlich ohne die spezifische Arbeit der Informatiker kritisieren zu wollen.

Art. 45a Abs. 2 und Schlusstitel Art. 6a

In diesen Punkten schliessen wir uns vollumfänglich der Stellungnahme der *Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst* vom 25.10.2012 an.

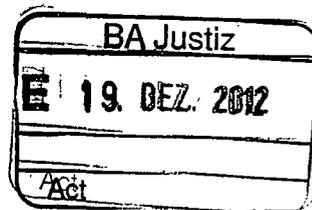


Wir bitten Sie, sehr geehrte Damen und Herren, unsere Stellungnahme zu würdigen und danken Ihnen bestens für die Berücksichtigung unserer Standpunkte.

Mit freundlichen Grüßen
Schweizerischer Verband für Zivilstandswesen

Roland Peterhans
Präsident

Gian Carlo Pescio
Ressort Vernehmlassungen



Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

egba@bj.admin.ch

Basel, 18. Dezember 2012
A.098 / AKN

Anhörung zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf das Schreiben von Frau Bundesrätin Sommaruga vom 24. September 2012 betreffend das Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch) und bedanken uns für die Möglichkeit, Stellung zu nehmen.

Wir begrüßen die Schaffung einer klarstellenden gesetzlichen Regelung, wonach das Bundesamt für Justiz einen Aufgabenträger des privaten Rechts damit betrauen kann, in Zusammenarbeit mit den Kantonen bestimmte Nutzungen des informatisierten Grundbuchs zu verwirklichen (Art. 949d nZGB). Die damit einhergehende Klärung der Governance-Fragen im Zusammenhang mit dem Projekt eGRIS ist aus unserer Sicht zu unterstützen. Das elektronische Grundstück-Informationssystem (eGRIS) kann denn auch sowohl für die Banken als auch deren Kunden zu Effizienzsteigerungen bei Grundbuchgeschäften führen. Eine entsprechende gesetzliche Grundlage schafft geeignete Voraussetzungen für die Weiterführung des Projekts im bisherigen Sinne.

Wir danken Ihnen für Ihre Kenntnisnahme und stehen für allfällige Fragen oder weiterführende Erläuterungen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Schweizerische Bankiervereinigung

Markus Staub

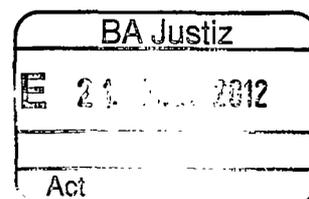
Angela Knuchel



Le Président et la Conférence des présidents

Kreuzackerstrasse 12, Case postale,
CH-9023 St-Gall
Téléphone +41 (0) 58 705 26 26
Numéro de classement: 024.1

Office fédéral de la justice
Bundesrain 20
2003 Berne



Saint-Gall, le 20 décembre 2012 / noe

Code civil suisse, modifications concernant l'enregistrement de l'état civil et le registre foncier
Procédure de consultation

Mesdames, Messieurs,

Nous remercions l'Office fédéral de la justice de donner l'opportunité au Tribunal administratif fédéral de prendre position sur l'objet mentionné sous rubrique.

En guise de remarque préliminaire, nous aimerions préciser que notre position n'évalue en rien la pertinence des différentes modifications législatives proposées dans la documentation jointe à la procédure de consultation. Notre objectif est de vous donner notre avis sur les effets que les modifications relatives à l'enregistrement de l'état civil et du registre foncier auront pour l'exercice de nos tâches judiciaires.

Actuellement, l'art. 43a al. 3 CC prévoit que les autorités externes à l'état civil, notamment les tribunaux (art. 58 OEC), ont accès régulièrement ou sur demande, aux données indispensables à l'accomplissement de leurs tâches légales. Cependant, nous remarquons que l'alinéa 4 de l'article 43a CC permet à certaines autorités l'accès direct en ligne aux données contenues dans le registre d'état civil relatives à une personne. Dans le cadre des modifications prévues, cet aliéna élargira l'accès en ligne au registre d'état civil à deux autres autorités, à savoir les autorités compétentes pour la tenue des registres cantonaux et communaux des habitants et le service fédéral pour la tenue du registre des assurés (art. 43a al. 4 ch. 5 et 6 CC).

Nous ne contestons en rien l'élargissement du champ d'application de l'alinéa 4 qui est en tout point cohérent avec les modifications de l'état civil. Néanmoins, nous souhaitons rappeler que les tribunaux ont besoin d'accéder aux données d'état civil des personnes parties à une procédure. En effet, il nous est indispensable de pouvoir vérifier les données d'état civil lorsque celles-ci changent en cours de procès ou entre les instances inférieures et la nôtre.

A ce titre, nous pensons qu'il serait judicieux d'inclure les tribunaux dans la liste des autorités ayant un accès en ligne aux données d'état civil (art. 43a al.4 CC), en particulier dans le cadre de procédures devant le TAF relatives au droit de cité. Cela simplifierait grandement nos démarches. Nous regrettons que cet avant-projet de modifications du CC ne le prévoit pas.

Nous concluons donc en attirant votre attention sur le fait que l'accès aux données de l'état civil d'une personne (pour l'instant, octroyé à l'article 43a al.3 CC et 58 OEC) doit rester une démarche simple et rapide afin que nous puissions remplir dans les meilleures conditions nos tâches judiciaires.

Les autres modifications concernant l'enregistrement de l'état civil et le registre foncier ne nous concernent pas outre mesure.

En vous remerciant de l'attention que vous accorderez à la présente, nous vous prions de croire, Mesdames, Messieurs, à notre parfaite considération.

Le président du
Tribunal administratif fédéral



Markus Metz

Le président de la
Conférence des présidents



Hans Urech

Egalement par email:
egba@bj.admin.ch

Copie à:

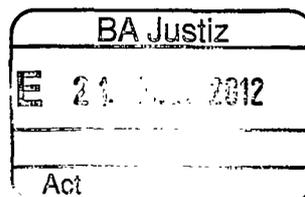
- Tribunal fédéral
- Tribunal pénal fédéral



Le Président et la Conférence des présidents

Kreuzackerstrasse 12, Case postale,
CH-9023 St-Gall
Téléphone +41 (0) 58 705 26 26
Numéro de classement: 024.1

Office fédéral de la justice
Bundesrain 20
2003 Berne



Saint-Gall, le 20 décembre 2012 / noe

Code civil suisse, modifications concernant l'enregistrement de l'état civil et le registre foncier
Procédure de consultation

Mesdames, Messieurs,

Nous remercions l'Office fédéral de la justice de donner l'opportunité au Tribunal administratif fédéral de prendre position sur l'objet mentionné sous rubrique.

En guise de remarque préliminaire, nous aimerions préciser que notre position n'évalue en rien la pertinence des différentes modifications législatives proposées dans la documentation jointe à la procédure de consultation. Notre objectif est de vous donner notre avis sur les effets que les modifications relatives à l'enregistrement de l'état civil et du registre foncier auront pour l'exercice de nos tâches judiciaires.

Actuellement, l'art. 43a al. 3 CC prévoit que les autorités externes à l'état civil, notamment les tribunaux (art. 58 OEC), ont accès régulièrement ou sur demande, aux données indispensables à l'accomplissement de leurs tâches légales. Cependant, nous remarquons que l'alinéa 4 de l'article 43a CC permet à certaines autorités l'accès direct en ligne aux données contenues dans le registre d'état civil relatives à une personne. Dans le cadre des modifications prévues, cet alinéa élargira l'accès en ligne au registre d'état civil à deux autres autorités, à savoir les autorités compétentes pour la tenue des registres cantonaux et communaux des habitants et le service fédéral pour la tenue du registre des assurés (art. 43a al. 4 ch. 5 et 6 CC).

Nous ne contestons en rien l'élargissement du champ d'application de l'alinéa 4 qui est en tout point cohérent avec les modifications de l'état civil. Néanmoins, nous souhaitons rappeler que les tribunaux ont besoin d'accéder aux données d'état civil des personnes parties à une procédure. En effet, il nous est indispensable de pouvoir vérifier les données d'état civil lorsque celles-ci changent en cours de procès ou entre les instances inférieures et la nôtre.

A ce titre, nous pensons qu'il serait judicieux d'inclure les tribunaux dans la liste des autorités ayant un accès en ligne aux données d'état civil (art. 43a al.4 CC), en particulier dans le cadre de procédures devant le TAF relatives au droit de cité. Cela simplifierait grandement nos démarches. Nous regrettons que cet avant-projet de modifications du CC ne le prévoit pas.

Nous concluons donc en attirant votre attention sur le fait que l'accès aux données de l'état civil d'une personne (pour l'instant, octroyé à l'article 43a al.3 CC et 58 OEC) doit rester une démarche simple et rapide afin que nous puissions remplir dans les meilleures conditions nos tâches judiciaires.

Les autres modifications concernant l'enregistrement de l'état civil et le registre foncier ne nous concernent pas outre mesure.

En vous remerciant de l'attention que vous accorderez à la présente, nous vous prions de croire, Mesdames, Messieurs, à notre parfaite considération.

Le président du
Tribunal administratif fédéral



Markus Metz

Le président de la
Conférence des présidents



Hans Urech

Egalement par email:
egba@bj.admin.ch

Copie à:

- Tribunal fédéral
- Tribunal pénal fédéral



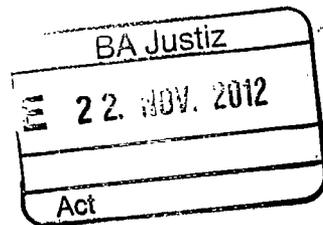
**UNIVERSITÉ
DE GENÈVE**

FACULTÉ DE DROIT

LA DOYENNE

OFFICE FEDERAL DE LA JUSTICE
Bundesrain 20

3003 BERNE



Le 19 novembre 2012/CC/pr

Procédure de consultation relative à une modification du code civil suisse
(enregistrement de l'état civil et registre foncier)

Mesdames, Messieurs,

Le Département de la sécurité de la République et Canton de Genève nous a transmis la demande de consultation susvisée.

Vous trouverez en annexe l'avis de la Faculté y relatif et rédigé par les professeures du Département de droit civil, Marie-Laure Papaux van Delden et Margareta Baddeley.

Cet avis a également été envoyé pour information aux parlementaires genevois à Berne.

Veuillez croire, Mesdames, Messieurs, à l'expression de notre considération distinguée.


Christine Chappuis

Annexe mentionnée



Genève, le 16 novembre 2012

***Procédure de consultation relative à une modification du code civil suisse
(enregistrement de l'état civil et registre foncier)***

Prise de position du Département de droit civil

A. Remarques générales

La présente prise de position ne concerne que les modifications visant l'enregistrement de l'état civil.

B. Problématiques traitées dans l'avant-projet

1. Art. 39 AP-CC

L'art. 39 al. 1 CC est en effet trompeur en indiquant « des registres électroniques », alors que l'enregistrement de l'état civil se fait dans un seul registre tenu électroniquement. La mention « registre de l'état civil » au singulier est en conséquence à saluer. Il en va de même de la mention « système d'information centrale sur l'état civil (registre d'état civil) ».

L'alinéa 2 de l'art. 39 CC est modifié exclusivement de manière à supprimer la redondance linguistique présente aux chiffres 1 et 2, qui rappelle sans nécessité la qualité de personne.

Les chiffres 1 à 5 constituent une liste exemplative de ce que le législateur entend par l'état civil d'une personne, *cf.* « notamment » *ab initio*. Il convient néanmoins à notre sens d'actualiser la liste indicative en y intégrant à l'alinéa 2 ch. 1 l'adoption et l'enregistrement du partenariat et au ch. 2 d'ajouter *in fine* lien matrimonial ou partenarial. Il y a par ailleurs double indication dans les ch. 1 et 2 du mariage/lien matrimonial qui pourrait aussi être supprimée.

Il convient en outre de rester attentif aux autres projets de modifications du Code civil, en particulier celui sur l'autorité parentale qui tend apparemment à modifier la conception de l'état civil, à tout le moins la mission de l'officier de l'état civil.

En effet, ce projet de modification du Code civil prévoit que si la mère n'est pas mariée avec le père et que le père reconnaît l'enfant, les parents obtiennent l'autorité parentale conjointe sur la base d'une déclaration commune, laquelle, déposée en même temps que la reconnaissance, est reçue par l'officier de l'état civil. Celui-ci doit, de ce fait, pouvoir inscrire dans le registre la réception de telles déclarations et délivrer des extraits du registre qui le prouvent. Cette nouvelle mission de l'officier de

l'état civil doit, à notre avis, être mentionnée expressément à l'art. 44 CC, car il ne s'agit pas d'une mission comparable à celles énumérées actuellement. On soulignera néanmoins que la détention des droits parentaux n'appartient pas à l'état civil d'une personne.

La révision des dispositions du Code civil en matière d'attributions de l'officier de l'état civil devrait, par ailleurs, compléter l'art. 44 CC également par rapport au devoir de l'officier découlant de l'art. 99 al. 4 CC.

2. Art. 43a PC-CC

Le législateur prévoit d'accorder l'accès en ligne à la banque de données aux services des habitants et à la Centrale de compensation CdC de l'AVS (art. 43a al. 4 ch. 5 et 6 AP-CC), justifié en particulier pour cette dernière par l'introduction du nouveau numéro de sécurité sociale AVS dans le registre de l'état civil au 1^{er} décembre 2007 qui a entraîné une collaboration étroite entre la CdC et l'unité compétente Infostar de l'OFJ. Depuis le 1^{er} janvier 2011, l'art. 53 OEC, sous-section 2: Divulgarion d'office, prévoit déjà la transmission de certaines données directement aux organes de l'AVS. Selon le rapport, l'accès en ligne à la banque de données aux services des habitants est accordé pour autant que ces données soient « indispensables à la vérification de l'identité d'une personne », ce qui ne ressort pas du texte de loi proposé. Il n'y a de surcroît pas de contrôle sur le caractère indispensable de cette vérification dans la mesure où le droit d'accès leur est accordé en ligne de par la loi. L'art. 47 al. 4 OEC ne fixe pas davantage de cautèle précisant simplement que l'art. 43a, al. 4, CC régit l'accès en ligne aux données du registre de l'état civil par des autorités externes à l'état civil. Les conditions de la divulgation sur demande sont fixées aux art. 58ss OEC mais ne visent pas les autorités habilitées au sens de l'art. 43a al. 4 CC.

L'art. 43a al. 3 CC prévoit que le Conseil fédéral détermine les autorités externes à l'état civil auxquelles sont divulguées, régulièrement ou sur demande, les données indispensables à l'accomplissement de leurs tâches légales (cf. sections 2 et 3 de l'OEC) ; il s'agit donc d'une procédure d'appel en ligne par les autorités qui y sont habilitées et qui permet de contrôler le caractère indispensable de la vérification demandée et pourrait suffire aux besoins des services du contrôle des habitants.

3. Art. 45 AP-CC

L'alinéa 1 accorde la souveraineté sur le système d'information central sur l'état civil à la Confédération, conformément aux vœux de la majorité des cantons (17 voix contre huit et une abstention, cf. p. 4 du Rapport) dont il convient en effet de prendre acte. Afin de garantir une saisie uniforme des personnes physiques dans tous les registres du droit privé, cette solution apparaît convaincante. Le Rapport dénonce en effet qu'actuellement il n'y a, ni consigne uniforme, ni pratiques communes, ce qui doit être remédié alors qu'Infostar est un registre public dont les documents générés sont des documents authentiques au sens de l'art. 9 CC.

La reprise de l'entière responsabilité par la Confédération entraîne que le financement en sera assuré par ses soins. Une réserve est néanmoins insérée à l'art. 45a al. 2 AP-CC, lequel prévoit la participation des cantons aux ressources pour autant que celles-ci se rapportent à l'état civil. La répartition des coûts proposée est fonction du nombre d'habitants (cf. art. 6a AP-Titre final), ce qui correspond à la solution retenue actuellement à l'art. 45a al. 2, 2^{ème} phrase CC. Il appartient aux cantons de déterminer si l'art. 6a al. 1 et 2 Titre final AP-CC représente une répartition adéquate des coûts entre la Confédération et eux-mêmes. On soulignera que ce financement par les cantons du système d'information central se limite

exclusivement aux coûts relevant du domaine de l'état civil. En dehors du domaine de l'état civil, l'alinéa 3 réserve la possibilité pour la Confédération de demander des émoluments aux services bénéficiaires ; le principe du paiement par l'utilisateur, en dehors du domaine de l'état civil, apparaît justifié.

Dans le but de prendre suffisamment en compte les besoins de la pratique de l'état civil, les cantons doivent pouvoir participer au développement du système d'information sur l'état civil. À cet effet, l'art. 45a al. 2 et 3 AP-CC prévoit une délégation qui permettra à la Confédération de fixer un pouvoir de codécision des cantons ; il s'agira de l'insérer dans l'Ordonnance sur l'état civil. Il serait utile de déjà prévoir un projet de modification de cette ordonnance, afin de pouvoir juger du caractère adéquat de la répartition de ce pouvoir décisionnel.

Selon le Rapport, au nom de la protection des données, aucune autorité n'a un accès complet à Infostar, à l'exception des officiers de l'état civil au sens de l'art. 44 CC et des autorités de surveillance de la Confédération et des cantons (art. 45 CC) ; les autorités désignées à l'art. 43a al. 4 AP-CC disposent « seulement de l'accès par procédure d'appel en ligne » (cf. p. 13 Rapport). Or, le Rapport admet que le Conseil fédéral ne doit pas régler uniquement les droits d'accès des autorités de l'état civil, mais aussi ceux de toutes les autorités habilitées selon l'art. 43a al. 4 AP-CC, ce que l'art. 45a al. 5 ch. 2 AP-CC souligne à juste titre. En effet, comme relevé *supra*, actuellement l'OEC ne règle pas ce droit d'accès ; dans son annexe, elle indique que les titulaires du droit d'accès sont les autorités habilitées à l'art. 43a al. 4 CC au même titre que l'officier de l'état civil ou l'OFEK et l'art. 47 al. 4 OEC ne fait que renvoyer à l'art. 43a al. 4 CC. Il nous paraît indispensable de régler expressément et avec précision tout particulièrement le droit d'accès des autorités des habitants au registre d'état civil.

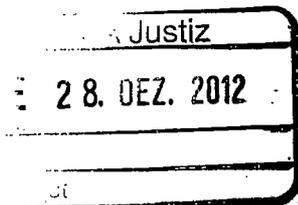
L'alinéa 5 chiffres 3 et 4 n'appelle pas de remarque particulière.

C. Problématiques non traitées dans l'avant-projet

Il convient de repenser la notion d'état civil ou à tout le moins la mission de l'officier si celui-ci a la tâche de récolter des données autres que celle appartenant à l'état civil d'une personne. Les données traitées dans le registre de l'état civil n'ont certes déjà actuellement pas trait exclusivement à l'état civil d'une personne, et il pourrait être question d'y insérer de nouvelles données, en particulier liées à la déclaration commune visant la détention des droits parentaux. Le législateur tend ainsi à confier à l'officier de l'état civil des tâches, comme la lutte contre les mariages fictifs et forcés, autres que celles qui découlaient traditionnellement de sa mission, et semble vouloir faire de l'officier de l'état civil, après un auxiliaire de la police des étrangers, un auxiliaire de l'autorité de protection de l'enfant. Ces rôles et les relations entre ces autorités restent néanmoins à définir.

Marie-Laure Papaux van Delden
Professeure

Margareta Baddeley
Professeure et Vice-rectrice



Office fédéral de la justice
Bundesrain 20
3003 Bern

Lausanne, le 19 décembre 2012

**Modification du code civil suisse (enregistrement de l'état civil et registre foncier):
procédure de consultation**

Madame la Conseillère fédérale,

Par courrier du 24 septembre 2012, vous avez soumis à consultation l'objet cité en exergue.

Nous vous faisons parvenir ci-joint les déterminations de la Faculté de droit et des sciences criminelles de l'Université de Lausanne. Elles ont été préparées par le Professeur Denis Piotet.

Veuillez agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'assurance de notre considération très distinguée.

Bettina Kahil-Wolff, Doyenne

Annexe : mentionnée

Copie : Professeurs Denis Piotet et Philippe Meier

Faculté de droit et des sciences criminelles
Décanat Droit

DETERMINATIONS de la FACULTE de DROIT de l'UNIVERSITE de LAUSANNE sur l'AVANT-PROJET MIS EN CONSULTATION par l'OFFICE FEDERAL de la JUSTICE en 2012 SUR DES MODIFICATIONS CONCERNANT L'ENREGISTREMENT de l'ETAT CIVIL ET LE REGISTRE FONCIER

L'avant-projet mis en consultation par l'OFJ en automne 2012 soulève beaucoup plus de questions politiques et financières que de questions juridiques. Les quelques lignes qui suivent mettent en évidence des lacunes qui apparaissent sur le plan strictement juridique, mais elles sont naturellement en lien avec les questions politiques et financières.

Art. 39, 43a et 45a CC (état civil)

L'installation d'une *Data warehouse* assujettie aux mêmes règles de protection des données met en évidence les lacunes du droit actuel dans ce secteur, la multiplication des banques de données accroissant les risques de violation, même si les textes prévoient une protection identique.

Avec la multiplication des accès à l'état civil, et la reproduction des données personnelles par les autorités y ayant accès, il devient indispensable de supprimer la règle absurde de l'art. 2 LPD qui soustrait les registres du droit civil à la protection fédérale des données. Cette disposition pouvait se justifier à une époque où les registres de l'état civil, tenus par les cantons encore sur papier, n'étaient pas centralisés comme l'a réalisé le système *Infostar*. Cette exception est non seulement injustifiée par l'évolution des registres, mais surtout par la distorsion créée entre les données personnelles diffusées ou utilisées par les autorités, selon qu'elle relèvent ou non de l'état civil.

Art. 949c, 949d CC (registre foncier)

Ces dispositions sont malheureuses à plus d'un titre.

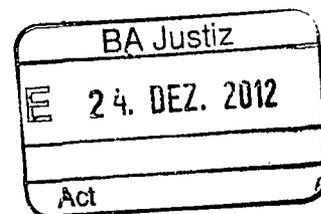
Tout d'abord, l'organisme de droit privé délégataire selon l'art. 949d CC projeté ne voit pas son statut financier réglementé, notamment au regard des moyens qu'il aura de monnayer, et pas nécessairement à des conditions uniformes, les données qui relèveront l'art. 949c CC. Par l'ampleur, le poids et les moyens de cet organisme privé, une simple surveillance de l'OFJ paraît tout à fait insuffisante (al.3), d'autant qu'aucune base légale ne fixe les conditions de la délégation quant à la surveillance et aux sanctions.

Les données immobilières doivent absolument rester en mains publiques, car c'est là la seule garantie qu'elles ne soient pas réutilisées à des fins favorisant certains secteurs de l'économie. Cela dit, le projet présente le tort supplémentaire de retirer aux cantons les moyens qu'ils ont actuellement de diriger et de superviser la recherche sur appel direct en ligne. Ce sont eux qui sont les créateurs historiques des données du registre foncier et leurs conditions d'accès en ligne restent en mains publiques. Leurs rentrées, pour ces accès, vont tomber alors que la charge de maintenance leur pèse toujours pour l'avenir. C'est encore là une forme de privatisation des avantages pour laisser les collectivités publiques en assumer les seules charges.

Conclusion

La Faculté de droit considère que l'extension des art. 43a et 45a CC doit amener une révision de l'art. 2 LPD, soit la soumission de l'état civil à la protection des données, comme condition d'adoption de ces normes projetées.

Elle considère également que la centralisation et délégation à un organisme privé pour les accès aux données immobilières des art. 949c et 949d CC devrait être rejetée pour les motifs susindiqués.



OFFICE FÉDÉRAL DE LA JUSTICE
Bundesrain 20

3003 BERNE

Paudex, le 21 décembre 2012
FD/ir

**Procédure de consultation relative à la modification du code civil suisse
(enregistrement de l'état civil et registre foncier)**

Madame, Monsieur,

Nous faisons suite à votre courrier du 24 septembre 2012 et vous en remercions. Nous avons pris connaissance de la consultation relative au projet mentionné sous rubrique et, après avoir étudié les documents mis à disposition, nous sommes en mesure de vous transmettre, dans le délai imparti, notre prise de position.

A titre de rappel, l'USPI Suisse est l'organisation faîtière romande des professionnels de l'immobilier. Elle se compose des associations cantonales de l'économie immobilière implantées dans les six cantons romands. Elle est le porte-parole de quelque 400 entreprises et de plusieurs milliers de professionnels. Aussi, dans la mesure où nous sommes actifs dans le domaine immobilier, notre prise de position se limitera aux modifications concernant le registre foncier.

I. Remarques générales

La cyberadministration s'impose progressivement au sein des autorités. Par ailleurs, la mobilité croissante des individus, de même que les modifications législatives qui s'annoncent, notamment quant au nom de famille en faveur duquel pourront opter les époux, ont pour conséquence de rendre plus complexe l'identification des administrés.

Afin d'atteindre une cohérence entre les différentes autorités, la Confédération tend à l'introduction d'un traitement uniforme et harmonisé des données afférentes aux personnes physiques dans tous les registres de droit privé.

Aussi, nous sommes favorables à une approche globalisée et facilitée de la tenue des registres qui tient compte des développements technologiques futurs et des nouvelles exigences légales.

II. Registre foncier

Le numéro d'assuré AVS faisant d'ores et déjà office de référence pour la tenue du registre d'état civil, il ne nous paraît pas dénuer de sens d'étendre son utilisation au registre foncier. En outre, nous saluons le fait que la communication de cet identifiant par l'office du registre foncier est soumise à des conditions restrictives.

Nous sommes également favorables à l'attribution à un organisme de droit privé de projets partiels pour la réalisation des applications du registre foncier informatisé, à savoir l'accès aux données selon une procédure en ligne, la communication des données du grand livre consultables sans justification d'un intérêt ainsi que les communications et les transactions électroniques avec l'office du registre foncier. En outre, le risque que l'organisme de droit privé désigné occupe une position monopolistique est fortement réduit dès lors que ces tâches doivent être effectuées en collaboration avec les cantons.

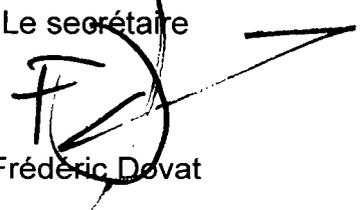
III. Conclusion

Au vu des éléments ci-dessus, nous approuvons la modification du code civil suisse relative au registre foncier.

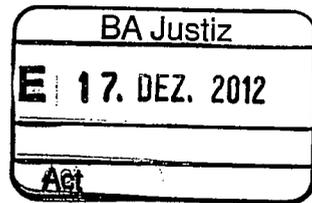
Veillez agréer, Madame, Monsieur, l'assurance de notre considération distinguée.

**UNION SUISSE DES PROFESSIONNELS
DE L'IMMOBILIER**

Le secrétaire



Frédéric Dovat



Verband Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED)
Association suisse des services des habitants (ASSH)
Associazione svizzera dei servizi agli abitanti (ASSA)
Associazion svizra dals servetschs als abitants (ASSA)

A-Post

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

St.Gallen/Wettingen, 13.12.2012 WE

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches; Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Verband Schweizerischer Einwohnerdienste VSED hat das Schreiben des EJPD vom 24. September 2012, worin das Vernehmlassungsverfahren mitgeteilt wird, erhalten. Wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme in diesem für die Schweiz wie auch für die Einwohnerdienste bedeutungsvollen Geschäft.

Der Vorstand des VSED hat an seiner Sitzung vom 14. November 2012 in Luzern die Vernehmlassungsvorlage diskutiert und nimmt zu den vorgesehenen Änderungen Stellung.

Grundsätzliches

Die Zugriffsmöglichkeit im Abrufverfahren in Infostar betrifft ein altes und immer wieder postuliertes Anliegen des VSED. Die Mitteilung, dass eine diesbezügliche Änderung des ZGB angestrebt wird, wurde deshalb sehr erfreut zur Kenntnis genommen. Die Abfragemöglichkeit in Infostar ermöglicht den Einwohnerdiensten zahlreiche Arbeitserleichterungen und ist ein erster, grosser Schritt zur Abschaffung des Heimatscheins und echtem e-Government. Ausdrücklich begrüsst werden die Bestrebungen, die Behördenzusammenarbeit (z.B. zwischen Zivilstands- und Einwohnerdiensten) zu modernisieren und Infostar zu einem zentralen Personen-Informationssystem auszubauen. Davon profitieren nicht nur die Verwaltungen auf allen drei Staatsebenen, sondern insbesondere auch die Einwohnerinnen und Einwohner.

Art. 43a, neue Ziffer 5: Einwohnerregister

Die Änderung in Art. 43a, wonach die Gemeinden und Kantone für die Führung der Einwohnerregister und für die Abklärung der Identität einer Person Zugriff auf die Daten des zentralen Personen-Informationssystem erhalten, wird unterstützt. Die Ausführungen zu den E-Government-Aktivitäten im priorisierten Vorhaben A1.12 (Meldung Adressänderung, Wegzug, Zuzug), in dem der VSED federführende Organisation ist, sind korrekt. Sie machen deutlich, dass **echtes** E-Government nur mit der Abschaffung des physischen Dokumentes Heimatschein machbar ist. Die Unterstützung der Modernisierungsbestrebungen durch den Bund führt zu einer besseren Datenqualität und zu mehr Effizienz bei Bund, Kanton und Gemeinden sowie zu grösserem Nutzen für die Einwohnerinnen und Einwohner.

Der VSED verspricht sich von der Abfragemöglichkeit im neuen Personen-Informationssystem aber noch weitere Vorteile:

- Die Namensschreibweise ausländischer Staatsangehöriger stellt die Einwohnerdienste bei der Festlegung des amtlichen Namens immer wieder Probleme. Dem Grundsatz „Namensschreibweise gem. ausländischem Pass, ausser wenn ein Zivilstandsereignis stattgefunden hat“ kann einwandfrei nur mit einer Abfrage im System nachgelebt werden. Die Zivilstandsämter werden von Anfragen entlastet.
- Bei einem Zuzug aus dem Ausland können Schweizerinnen und Schweizer bei der Anmeldung häufig keinen Heimatschein vorlegen. Um die Identität einer Person einwandfrei zu prüfen, ist eine Abfragemöglichkeit in Infostar notwendig, weil womöglich bereits Zivilstandsereignisse stattgefunden haben und diese Personen in Infostar erfasst sind. Zahlreiche, für die Führung der Einwohnerregister benötigte Personendaten können so unkompliziert und bürgerfreundlich im Sinne eines modernen Service Public erfasst werden.

Bei rund 700'000 Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern und unter dem Aspekt der wegen der fortschreitenden Globalisierung erhöhten Mobilität kommt diesem Anliegen grosse Bedeutung zu.

- Die Qualität des Heimatscheins ist nicht mehr die gleiche wie früher, als der Heimatschein „einmalig“ war und bei einem Verlust in einem aufwendigen Verfahren kraftlos erklärt werden musste. Der zur Zeit verwendete Heimatschein ist ein Zivilstandsdokument, das mehrfach bestellt werden kann. Die Gefahr des Missbrauchs (Anmeldung an einem Scheindomizil, z.B. zum Bezug von Sozialleistungen) ist grösser geworden.

Mit der Schaffung eines neuen Datenfelds „Niederlassungsgemeinde“ in Infostar kann verhindert werden, dass sich jemand an mehreren Orten mit einem Hauptwohnsitz anmeldet. Die Überprüfung kann durch die Mitarbeitenden der Einwohnerdienste sowohl im analogen Schalterbetrieb wie online mit einem „einfachen“ Webservice (analog der UPI-Abfrage) erfolgen. Die Aktualisierung des Datenfelds „Niederlassungsgemeinde“ kann analog den Zivilstandsmeldungen zwischen Infostar und Einwohnerdiensten (eMistar) über sedex erfolgen.

Die vorgesehene Änderung von Art. 43a ermöglicht diese Abfragemöglichkeit in Infostar und reduziert die Gefahr von Scheindomizilen mit unerwünschter Kostenfolge für die Kantone wegen ungerechtfertigt ausbezahlter Sozialhilfe.

- Mit der Registerharmonisierung konnte die Qualität der Einwohnerregister nochmals gesteigert werden. Davon profitieren der Bund (z.B. Statistik), die Kantone (z.B. kantonale Einwohnerregister) und die Gemeinden, bei welchen das Einwohnerregister die Datengrundlage für zahlreiche Anwendungen in verschiedenen Ämtern und Diensten bildet. Mit der Änderung von Art. 43a kann die Datenqualität zum Nutzen aller weiter gesteigert werden.

Art. 45a, Absatz 3

Mit der Registerharmonisierung ist den Kantonen und Gemeinden - insbesondere auch den Einwohnerdiensten - ein erheblicher finanzieller und personeller Aufwand entstanden (unter anderem Anpassung der Einwohnerregister inkl. Einrichten der Schnittstellen und Zuweisung von Wohnungsnummern bzw. AHVN13). Die Registerharmonisierung verursacht jährlich wiederkehrende Kosten und zusätzlichen Aufwand. Da Infostar sozusagen aufgrund der gesetzlichen Vermutung der Richtigkeit seiner Daten als Master-Register angesehen wird, benötigen die Einwohnerdienste gezwungenermassen die Abfragemöglichkeit in Infostar, damit sie entscheiden können, welche Namensführung beispielsweise bei ausländischen Personen massgebend ist (gemäss Eintrag in Infostar oder gemäss Pass). Auch wenn unklare Angaben in der UPI-Datenbank (nAHV13) zu einer Person geklärt werden müssen, stehen die Einwohnerdienste im Zentrum der Bemühungen (gemäss Anweisung des EDI Verteiler Clearingprozess zur nAHV13) und müssen bei Fehlern in anderen Registern die entsprechenden Stellen informieren. Damit entstehen für die Einwohnerdienste zusätzliche Aufwände. Es kann deshalb nicht sein, dass die Einwohnerdienste gem. Art. 14 RHG einerseits dem Bund unentgeltlich Daten zur Verfügung stellen müssen, welche sie mit anderen Registern laufend und aufwändig harmonisieren müssen, um eine qualitativ hochstehende Datenlieferung an den Bund zu gewährleisten und andererseits der Bund für die Abfragemöglichkeit in Infostar eine Gebühr von den Einwohnerdiensten verlangen will bzw. die notwendigen Hilfsmittel für die Registerharmonisierung nicht unentgeltlich zur Verfügung stellen will.

Der VSED stellt folgenden Antrag:

Auf eine Gebührenerhebung zu Lasten der Gemeinden für den Zugriff der Einwohnerdienste ist zu verzichten.

Art. 45a, Absatz 4 und 5 Ziffer 1

Die Beteiligung der Kantone an der Weiter- und Neuentwicklung des zentralen Systems (heute Infostar) ist wichtig. Die Form einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe (Kommission) des Bundes mit massgeblicher Beteiligung der Kantone ist richtig. Allerdings wäre es sinnvoll, wenn in einer solchen „Infostarkommission“ auch die Fachverbände wie der Schweizerische Verband für Zivilstandswesen SVZ und der Verband Schweizerischer Einwohnerdienste VSED Einsitz nehmen. Die Verbände verfügen über das nötige

Praxiswissen und –erfahrung und es wäre wohl fahrlässig, dieses Know how nicht für die System-Weiterentwicklung zu nutzen.

Der VSED schlägt deshalb für Art. 45a, Absatz 4 folgende Formulierung vor:

Der Bund bezieht die Kantone und Fachverbände in die Weiter- und Neuentwicklungen des Systems ein.

Art. 6a, Absatz 1 und 2 (Schlusstitel ZGB)

Im Artikel 6a ist die künftige Verteilung der Kosten für den laufenden Betrieb wie für die Weiter- und Neuentwicklungen geregelt. Allerdings werden nur wie bisher die Aufwendungen für das Zivilstandswesen, nicht aber für das Einwohnerwesen eingeschlossen. Mit der vorgesehenen Änderung in Art. 43a werden auch die Einwohnerdienste der Gemeinden an das neue System angeschlossen. Weil das Melderecht Kantonshoheit ist, macht es vermutlich Sinn, wenn die Kantone auch für die Betriebs- und Weiterentwicklungskosten, welche vom Einwohnerwesen verursacht werden, aufkommen. Ob die Kantone diese zusätzlichen Kosten an die Gemeinden weitergeben, kann dann ihnen überlassen werden.

Der VSED schlägt deshalb für Art. 6a Abs. 1 und 2 des Schlusstittels ZGB folgende Formulierung vor:

¹ Die Kantone bezahlen dem Bund jährlich pauschal 3 Millionen Franken für diejenigen Betriebs- und Weiterentwicklungskosten des zentralen Personen-Informationssystems nach Artikel 45a Absatz 1, die das Zivilstands- und Einwohnerwesen betreffen. Dieser Betrag wird nach der Einwohnerzahl aufgeteilt und wird ab dem Jahr, das der Inkraftsetzung dieser Bestimmung folgt, jährlich der Teuerung angepasst.

² Die Kantone tragen die Hälfte derjenigen Kosten für Neuentwicklungen des Systems, die das Zivilstands- und Einwohnerwesen betreffen. Der entsprechende Betrag wird nach der Einwohnerzahl aufgeteilt.

Der VSED dankt Ihnen für die Aufnahme in die Liste der Vernehmlassungsadressaten und wünscht Ihnen für den weiteren Verlauf des Verfahrens viel Erfolg.

Freundliche Grüsse

Verband Schweizerischer Einwohnerdienste



Stephan Wenger, Präsident



Walter Allemann, Sekretär

Kopie:

Schweizerischer Gemeindeverband, Schönbühl-Urtenen

Schweizerischer Städteverband, Bern

Schweizerischer Verband für Zivilstandswesen, Roland Peterhans (Präsident)

Präsidium: Stephan Wenger, Leiter Einwohneramt Stadt St.Gallen, Rathaus, Poststr. 28, 9001 St.Gallen
Tel. 071/ 224 53 37 / Fax. 071/ 224 51 08 / stephan.wenger@stadt.sg.ch

Sekretariat: Walter Allemann, Leiter Einwohnerkontrolle, Rathaus, Alb. Zwyszigstr. 76, 5430 Wettingen
Tel. 056/ 437 77 41 / Fax. 056/ 437 77 99 / walter.allemann@wettingen.ch

**VERBAND SCHWEIZERISCHER GRUNDBUCHVERWALTER
SOCIÉTÉ SUISSE DES CONSERVATEURS DU REGISTRE FONCIER
SOCIETÀ SVIZZERA DEGLI UFFICIALI DEL REGISTRO FONDIARIO**

www.grundbuchverwalter.ch

www.registre-foncier.ch

www.registro-fondiaro.ch

Präsident Christian Heim
Grundbuchverwalter
Grundbuch- und Vermessungsamt
Münsterplatz 11
Postfach
CH - 4001 Basel

per Mail: egba@bj.admin.ch

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Telefon +41 (0)61 267 92 90
Fax +41 (0)61 267 92 91
e-mail: christian.heim@bs.ch

Basel, 13. Dezember 2012

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch); Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 24. September 2012, mit welchem Sie uns die Unterlagen zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch) zugesandt und uns eingeladen haben, zu dieser Stellung zu nehmen. Gerne übermitteln wir Ihnen hiermit fristgemäss die Stellungnahme des Verbandes Schweizerischer Grundbuchverwalter (VSGV).

1. Art. 39, 43a und 45a ZGB

Diese Bestimmungen betreffen das Zivilstandswesen und fallen nicht unmittelbar in den Aufgabenbereich der Grundbuchführung. Wir verzichten deshalb auf entsprechende Bemerkungen.

2. Art. 949a ZGB (Personenidentifikator im Grundbuch)

Der Bericht zum Vorentwurf geht im Grundsatz davon aus, dass für die einheitliche Erfassung von Daten von natürlichen Personen eine Grundlage geschaffen werden muss, weil keine einheitliche Praxis der beteiligten Behörden bestehen würde. Dies führe zu administrativem Leerlauf und zu unnötigem Koordinationsaufwand.

Diese Aussage trifft für eine Vielzahl der Kantone nicht zu. Die Personendaten werden bereits heute in vielen Kantonen zentral erfasst, gepflegt und den Grundbuchsystemen zur Verfügung gestellt, so dass für diese Kantone kein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht.

Wenn man nun tatsächlich mit einem schweizweit verbindlichen Personenidentifikator eine gesamtschweizerisch einheitliche Lösung anstreben und gleichzeitig alle bestehenden Dubletten beseitigen möchte, so müsste die Verwendung des Personenidentifikators vom Bund zwingend vorgeschrieben werden und nicht vom Gutdünken der Kantone abhängig gemacht werden. Zudem müssten auch die Urkundspersonen verpflichtet werden, die Nummer in ihren Urkunden anzugeben. Ausserdem müsste die Einführung des neuen Personenidentifikators zwingend in einer vorgegebenen Frist erfolgen, wie dies beispielsweise für die Einführung der Schnittstelle für den Grundbuchdatenbezug und –austausch (GBDBS) für die

Grundbuchsysteme sowie für die Einführung des Bezugsrahmens der Landesvermessung 1995 (LV95) für die amtliche Vermessung der Fall ist.

Auch wenn die Harmonisierung der Personendaten im Grundbuch unter gewissen Umständen durchaus Sinn machen könnte, so muss doch zuerst der Aufwand berücksichtigt werden, der für die Einführung und Bereinigung der bestehenden Personendaten entstehen wird. Zu beachten ist nämlich, dass nicht nur die Eigentümerdaten betroffen sind, sondern sämtliche Personen, welche im Grundbuch eingetragen sind, weil sie ein dingliches oder obligatorisches Recht an einem Grundstück besitzen (bsp. Dienstbarkeitsberechtigte, Vorkaufsberechtigte, Nutzniesser, Mieter, Schuldner und Gläubiger). Dies ausserdem unabhängig davon, ob die entsprechende Person überhaupt noch am Leben ist oder nicht. Der Bereinigungsaufwand dürfte somit horrend sein. Ganz abgesehen davon, dass es Personen in der Grundbuchdatenbank gibt, die gar nicht identifizierbar sind. Diese Personen sind unter Umständen schon seit Jahrzehnten ohne einen besonderen Identifikator (bsp. Geburtsdatum) eingetragen, leben eventuell im Ausland oder sind schon längst verstorben.

Unklar ist weiter das Procedere, wenn Ausländerinnen und Ausländer mit Wohnsitz im Ausland, die bisher keine AHV-Versichertennummer erhalten haben, ein Grundstück oder ein Recht an einem Grundstück in der Schweiz erwerben. Es kann nicht sein, dass eine Grundbuchanmeldung wegen Fehlens der Versicherungsnummer abgewiesen werden müsste. Muss sich der Grundbuchverwalter selbst darum kümmern und bei der AHV-Behörde eine Nummer beantragen? Wie kann die Nummer nachträglich mit einer bestimmten Person verknüpft werden?

Keinesfalls darf eine Namensänderungen in Zukunft automatisch aktualisiert werden, wie das im Bericht suggeriert wird. Dieses Vorgehen würde dem im Grundbuchrecht geltenden Antragsprinzip widersprechen und müsste ausdrücklich im Gesetz als zulässig erklärt werden. Art. 963 ZGB müsste entsprechend angepasst werden.

Schliesslich stellt sich die Frage, ob die neue AHV-Versichertennummer auf dem Grundbuchauszug nun erscheinen soll oder nicht? Dem Bericht (Seite 14) ist zu entnehmen, dass dies nicht der Fall sein soll. Dies widerspricht jedoch Art. 26 Abs. 1 lit. a GBV, der ausdrücklich erwähnt, dass die Identifikation des Eigentümers auf dem Auszug enthalten sein muss. Dieser Widerspruch muss unbedingt geklärt werden.

3. Art. 949c ZGB (Landesweite Grundstücksuche)

Auch diese Bestimmung macht nur dann einen Sinn, wenn letztlich alle Kantone die Versichertennummer als Personenidentifikator im Grundbuch einsetzen. Eine Kann-Vorschrift ist nicht zielführend.

In diesem Zusammenhang wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine landesweite Grundstücksuche nur betreffend die im Hauptbuch rechtsgültig eingetragenen Personen möglich ist. Entsprechend ist zu berücksichtigen, dass der Eintrag im Hauptbuch nicht auf allen Grundbuchämtern denselben Aktualitätsstand aufweist, ist doch die Dauer zwischen Grundbuchanmeldung und definitivem Hauptbucheintrag von verschiedenen Faktoren abhängig (Arbeitsanfall, Beanstandung etc.). Gerade im Falle des Konkurses einer Person sind solche „pendenten“ Grundbuchgeschäfte von grösster Bedeutung. Ohne eine Möglichkeit, auch in diesen Fällen schweizweit nach dem Eigentum einer bestimmten Person zu suchen, muss der Nutzen der vorgeschlagenen Regelung stark in Zweifel gezogen werden.

Der Wortlaut von nArt. 949c ZGB ist unklar. Dem Bericht (Seite 15) ist zu entnehmen, dass landesweit offenbar nur nach Grundeigentümern gesucht werden soll. Falls die Suche tatsächlich nur auf das Eigentum einer Person beschränkt sein wird, müsste dies ausdrücklich

gesagt werden. Es ist nämlich zu bedenken, dass ein einheitlicher Personenidentifikator auch die Möglichkeit zulassen würde, nach einer Person zu suchen, welcher eine andere Rolle als die Rolle „Eigentümer“ zukommt. Damit wird die Gefahr, dass Personendaten gesammelt und missbraucht werden, noch grösser.

Schliesslich muss der Begriff „berechtigte Behörde“ genauer definiert werden. Sind etwa die freiberuflichen Notare dazu zu rechnen? Diesen kommt im Zusammenhang mit der Behandlung von Erbgängen eine wichtige Bedeutung zu, wenn es beispielsweise darum geht, sämtliche sich in einem Nachlass befindlichen Grundstücke und andere Rechte des Erblassers ausfindig zu machen.

4. Art. 949d ZGB (Aufgabenträger des privaten Rechts)

Die Führung des Grundbuchs ist eine hoheitliche Aufgabe der Kantone. Nach der auch hier vertretenen Auffassung ist es nach geltendem Recht die Aufgabe der Kantone, darüber zu entscheiden, welchen Personen ein Zugriff auf die Daten des Grundbuchs gewährt werden darf und welche Daten eingesehen werden können.

Mit nArt. 949d ZGB soll die gesetzliche Grundlage dazu geschaffen werden, dass die Kantone diese Aufgabe an eine Person ausserhalb der kantonalen Verwaltung übertragen können. Diese neue Bestimmung ist somit die Voraussetzung, dass das Projekt eGRIS weiterverfolgt werden kann, welches durch die SIX-Group vorangetrieben wird.

Der Wortlaut der vorgeschlagenen Bestimmung ist aber zu unpräzise. Es fehlt etwa die klare Aussage, dass die Kantone die hoheitlichen Aufgaben an einen privaten Aufgabenträger delegieren dürfen. Der Wortlaut von nArt. 949c ZGB lässt demgegenüber vermuten, dass private Aufgabenträger nur bei der Systementwicklung mitwirken werden (...in Zusammenarbeit mit den Kantonen folgende Nutzungen des informatisierten Grundbuchs zu verwirklichen), was natürlich keine gesetzliche Grundlage erforderlich machen würde.

Da auch diese Bestimmung optional ist und die Kantone somit frei entscheiden könnten, ob sie von der Möglichkeit der Delegation Gebrauch machen oder nicht, drängt sich auch hier die Frage auf, ob damit das Ziel – ein schweizweit einheitlicher Zugang zu den Grundbuchdaten - tatsächlich erreicht werden kann. Da zudem ausdrücklich kein Monopolanbieter vorgegeben werden soll, wird dies dazu führen, dass weitere Koordinationsaufgaben nötig werden, wenn verschiedene Systeme miteinander verknüpft werden müssen.

Die Aufsicht über den privaten Aufgabenträger soll schliesslich vom Bundesamt für Justiz vorgenommen werden. Es fragt sich, ob dieses Bundesamt über das erforderliche Know-how und genügend personelle Ressourcen für diese höchst anspruchsvolle Aufgabe verfügt, und ob nicht allenfalls eine andere Institution (FINMA?) diese Aufgabe übernehmen sollte, sofern die vorgeschlagene Art der Trägerschaft überhaupt umgesetzt wird.

5. Art. 6a SchIT ZGB

Aus Sicht der Grundbuchführung haben wir keine Bemerkungen zu dieser Bestimmung.

6. Schlussbemerkungen und Anträge

Dem im Bericht ausgeführten Vergleich mit dem Ausland ist zu entnehmen, dass keines der genannten Länder (Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich) einen einheitlichen Personenidentifikator kennt, der im Grundbuch genutzt wird. Offensichtlich haben diese Staaten das Problem der eindeutigen Zuordnung eines Grundstücks zu einer natürlichen Person

anderweitig lösen können oder erachten das „Problem“ als eher marginal. Möglicherweise dürfte aber auch eine Kosten-Nutzen-Analyse gegen diese Idee gesprochen haben.

Der Verband Schweizerischer Grundbuchverwalter (VSGV) kann aufgrund der zahlreichen, noch offenen Fragen den vorgeschlagenen Gesetzesbestimmungen nicht zustimmen und stellt somit folgende Anträge:

1. Die Bestimmungen sind im Sinne unserer Bemerkungen zu überarbeiten. Insbesondere muss die Verbindlichkeit der Bestimmungen konkreter festgelegt werden. „Kann-Vorschriften“ führen nicht zu einer schnellen Realisierung der skizzierten Ziele.
2. Es ist eine Machbarkeitsstudie durchzuführen, welche insbesondere den Aufwand und die Kosten für die Kantone aufzuzeigen hat.
3. Die Frage der Aufsicht muss neu geprüft werden, sofern die vorgeschlagene Art der Trägerschaft überhaupt realisiert wird. Entsprechend sind vorgängig alternative Formen für eine Trägerschaft zu prüfen (bsp. Konkordat).

Wir hoffen, Ihnen mit unseren Ausführungen dienen zu können.

Freundliche Grüsse

Christian Heim, Präsident

Koenig Grégoire BJ

De: Vetter Meinrad <meinrad.vetter@economiesuisse.ch>
Envoyé: jeudi 27 septembre 2012 17:29
À: _BJ-EGBA
Cc: Pletscher Thomas
Objet: VNL: Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 24. September 2012 hat uns Frau BRin Simonetta Sommaruga zur obgenannten Vernehmlassung eingeladen. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Mangels Betroffenheit verzichten wir jedoch auf Vernehmlassungsantwort.

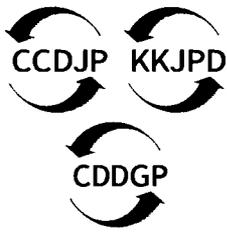
Für Ihr Verständnis danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Meinrad Vetter

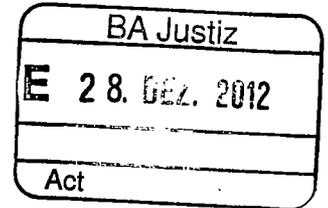
Dr. Meinrad Vetter
Stv. Leiter Wettbewerb &
Regulatorisches
economiesuisse
Hegibachstrasse 47
CH-8032 Zürich
Telefon +41 44 421 35 38
Mobile +41 79 961 52 24
Telefax +41 44 421 34 88

meinrad.vetter@economiesuisse.ch
www.economiesuisse.ch



KONFERENZ DER KANTONALEN JUSTIZ- UND POLIZEIDIREKTORINNEN UND -DIREKTOREN
CONFERENCE DES DIRECTRICES ET DIRECTEURS DES DEPARTEMENTS CANTONAUX DE JUSTICE ET POLICE
CONFERENZA DELLE DIRETTRICI E DEI DIRETTORI DEI DIPARTIMENTI CANTONALI DI GIUSTIZIA E POLIZIA

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern



Bern, 21. Dezember 2012

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren

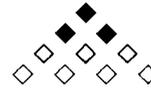
Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) wurde eingeladen, zur oben erwähnten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen dafür bestens.

Gerne teilen wir Ihnen mit, dass wir auf eine Stellungnahme im Namen der KKJPD verzichten, und es den einzelnen Kantonen überlassen sich zur Vorlage zu äussern.

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

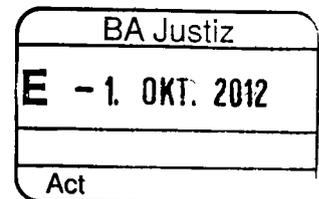
Freundliche Grüsse

Roger Schneeberger
Generalsekretär



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
UNION PATRONALE SUISSE
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern



Zürich, 28. September 2012 Da/sb
daum@arbeitgeber.ch

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren

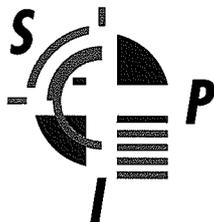
Mit Schreiben vom 24. September 2012 haben Sie uns aufgefordert, zum obenerwähnten Geschäft Stellung zu nehmen. Für die Möglichkeit der Stellungnahme und die Gelegenheit, uns dazu einzubringen, danken wir Ihnen bestens.

Da die Vorlagen die Wirtschaft als Arbeitgeber nicht direkt betrifft, verzichten wir auf eine Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND

Thomas Daum
Direktor



INSTITUT SUISSE DE POLICE
ISTITUTO SVIZZERO DI POLIZIA
SWISS POLICE INSTITUTE
SCHWEIZERISCHES POLIZEI-INSTITUT

Avenue du Vignoble 3
Case postale 146
CH-2009 Neuchâtel
Tél. 032 723 81 00
Fax 032 723 81 19
www.institut-police.ch
isp@ne.ch

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

E-Mail: egba@bj.admin.ch

Neuchâtel, 28. September 2012
31.1/MPM/cp

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen
Sehr geehrte Herren

Den Bericht und den Vorentwurf zum Vernehmlassungsverfahren gemäss Titel haben wir interessiert durchgeschaut und danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Mangels direkter Betroffenheit verzichtet das Schweizerische Polizei-Institut jedoch auf eine Meinungsäusserung.

Freundlicher Gruss

Schweizerisches Polizei-Institut

Peter-Martin Meier
Direktor

VERBAND SCHWEIZERISCHER HOLDING- UND FINANZGESELLSCHAFTEN
ASSOCIATION SUISSE DES SOCIÉTÉS HOLDING ET FINANCIÈRES

Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz
3003 Bern

Basel, 1. Oktober 2012
TKN / CL.AD.

Ihre Zusendung vom 24. September 2012: Änderung Zivilgesetzbuch

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Verband Schweizerischer Holding- und Finanzgesellschaften ist nicht mehr politisch tätig. Deshalb möchten wir Sie bitten, uns keine weiteren Informationen, z.B. Vernehmlassungen, zuzusenden.

Besten Dank im Voraus.

Freundliche Grüsse

VERBAND SCHWEIZERISCHER
HOLDING- UND FINANZGESELLSCHAFTEN



Thomas W. Knell

Koenig Grégoire BJ

De: Schweren Katrin <K.Schweren@vskb.ch>
Envoyé: vendredi 21 décembre 2012 15:20
À: _BJ-EGBA
Cc: Hodel Thomas
Objet: Aenderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch)

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir danken Ihnen für die Zustellung der Unterlagen zur im Betreff beschriebenen Vernehmlassung.
Der Verband Schweizerischer Kantonalbanken hat die Unterlagen geprüft und entschieden, sich einer Stellungnahme zu enthalten.

Wir dürfen Sie auf die Stellungnahme der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) verweisen
(http://www.swissbanking.org/20121218-3370-VER-Aenderung_ZGB_eGRIS-AKN.pdf)

Freundliche Grüsse

Dr. Kátrin Schweren
Projektleiterin Public Affairs/Regulierung

Verband Schweizerischer Kantonalbanken
Wallstrasse 8 - Postfach - CH-4002 Basel
Tel. +41 (0)61 206 66 28 - Fax +41 (0)61 206 66 67

k.schweren@vskb.ch
www.kantonalbank.ch